



Beteiligungen Aachen 2012

Beteiligungsbericht der Stadt Aachen

beteiligungen.aachen.de



Aachen

Beteiligungs- bericht 2012

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
---------------	---

01 Allgemeiner Teil

Aufbau des Beteiligungsberichts	6
Erläuterungen zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	7
Übersicht über die Kennzahlen der Unternehmen	9
Beteiligungsstruktur: Übersicht 1	10
Beteiligungsstruktur: Übersicht 2	11
Beteiligungsstruktur: Übersicht 3	12

02 Entsorgung

Zweckverband Entsorgungsregion West	14
AWA Entsorgung GmbH	20
MVA Weisweiler GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	28
AWA Service GmbH	35

03 Energie

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen	41
Stadtwerke Aachen AG	49
Trianel GmbH	61
regio iT aachen gesellschaft für informationstechnologie mbh	64
Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH.....	72

04 Verkehr

Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG	78
Aachener Parkhaus GmbH	87
Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH	92
Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH	95

05 Tourismus, Wirtschaft, Wohnen

Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH.....	100
Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Aachen - Heerlen N.V. (G.O.B.-AVANTIS)	108
AVANTIS Services N.V.	111
Kur- und Badegesellschaft mbH	113
gewoge AG	122
Gewerbegründstücksgesellschaft mbH	132
EUROGRESS AACHEN Betriebs-GmbH	138

Vorwort



Die Stadt Aachen hat wie die meisten Städte und Gemeinden einen großen Teil ihrer vielfältigen Aufgaben selbständigen Unternehmen übertragen, an denen sie als Gesellschafterin in unterschiedlicher Höhe unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht dabei aber nicht die Rechtsform selbst, sondern vielmehr die Frage nach dem effektivsten Instrumentarium zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. So sollen auch die Beteiligungsgesellschaften vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation in der Stadt Aachen ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Mit dem vorliegenden Bericht wird sowohl dem Rat der Stadt und seinen Ausschüssen als auch den Bürgerinnen und Bürgern wieder eine umfassende Übersicht über die wirtschaftlichen Beteiligungen der Stadt Aachen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts gemäß § 117 Gemeindeordnung NRW gegeben. Als Beitrag zu einer größeren Transparenz der städtischen Beteiligungen und zur Verbesserung der Steuerung und Kontrolle der wirtschaftlichen Betätigungen erfüllt der vorliegende Bericht die gesetzlich geforderten Aufgaben in vollem Umfang. Er soll eine Standortbestimmung der Unternehmen sein sowie Anregung für eine weitere strategische Entwicklung städtischer Beteiligungen. Grundlage bilden die geprüften Jahresabschlüsse der Gesellschaften für das Geschäftsjahr 2011. Die Übersicht über die gesamte städtische Beteiligungsstruktur wurde zum 31.12.2012 erstellt.

Den Ratsmitgliedern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern steht der Bericht weiterhin kostenlos – auch unter aachen.de - zur Verfügung.


Marcel Philipp
Oberbürgermeister

01



Fotograf: Andreas Herrmann

Beteiligungen im Überblick

Aufbau des Beteiligungsberichts

Der vorliegende Bericht enthält wesentliche Angaben über alle per 31.12.2010 bestehenden wichtigen Beteiligungen der Stadt Aachen. Er wurde zum Ende des Jahres auf der Grundlage geprüfter Jahresabschlüsse erstellt. Dabei liefert er gesellschaftsrechtliche und wirtschaftliche Daten der einzelnen Unternehmen und ermöglicht einen schnellen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Unternehmen, die aufgrund der niedrigen Beteiligungsquote nicht detailliert betrachtet werden, können der graphischen Darstellung entnommen werden.

Die Angaben zu den einzelnen Gesellschaften sind wie folgt aufgebaut:

In einer kurzen tabellarischen Übersicht sind allgemeine Angaben zum Unternehmen enthalten. Weiterhin finden sich die Organe des Unternehmens und deren Zusammensetzung im Bericht wieder. Außerdem werden für die Gesellschaften die wirtschaftlichen Verhältnisse aufgeführt, die in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zum Ausdruck kommen. Es folgt die Verbindung zum städtischen Haushalt. Hier wird gezeigt, ob es sich um eine Gesellschaft handelt, die über ihre Dividende Zahlungen an den Haushalt leistet oder ob Zuschüsse oder Verlustausgleichszahlungen von der Stadt zu leisten sind. Abschließend folgen die Lageberichte der Unternehmen. Hierbei liegt ein besonderes Augenmerk auf der Erreichung der öffentlichen Zwecksetzung.

Der Bericht ist in die Kapitel Entsorgung, Versorgung, Verkehr und Tourismus/ Wirtschaft/ Wohnen unterteilt.

Erläuterungen

zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Gemäß § 264 Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB) hat der Jahresabschluss der Kapitalgesellschaft unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln. Nachstehend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erläutert. Im Zahlenteil der Beteiligungsunternehmen kann es aufgrund der Darstellung in vollen Tausend EUR zu Rundungsfehlern bei der Addition der Einzelbeträge kommen. Die Gesamtsummen geben dann aber wieder die richtigen gerundeten Summen an.

Bilanz

Auf der Aktivseite wird die Verwendung der Eigen- und Fremdmittel gezeigt, während die Passivseite die Mittelherkunft darstellt. Die Verwendung des Vermögens wird in Anlage- und Umlaufvermögen gegliedert, wobei das Anlagevermögen diejenigen Vermögensgegenstände widerspiegelt, die dem Unternehmen langfristig dienen sollen. Das Umlaufvermögen unterliegt einem häufigeren Zu- und Abfluss, da es i.d.R. nur kurzfristig zur Verfügung steht. Rechnungsabgrenzungsposten sind zeitliche Abgrenzungen von Ausgaben (Aktivseite) bzw. Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand bzw. Ertrag für die Zeit nach diesem Tag darstellen.

Das auf der Passivseite ausgewiesene Eigenkapital gliedert sich zum einen in die Stammeinlagen sowie ggf. gebildete Rücklagen und zum anderen in sowohl im aktuellen Geschäftsjahr wie auch in Vorjahren erwirtschaftete Gewinne oder Verluste (-Vorräte) der Gesellschaften. Rückstellungen sind für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden. Ungewiss bedeutet hierbei Unsicherheit hinsichtlich der Höhe oder des Zeitpunktes ihres Eintritts. Außerdem sind Rückstellungen zu bilden für im Geschäftsjahr unterlassene Instandhaltungsaufwendungen, die innerhalb der ersten drei Monate des Folgejahres nachgeholt werden. Darüber hinaus sind noch Rückstellungen für Gewährleistungen ohne rechtliche Verpflichtung zulässig (sog. Gewährleistungs-Rückstellungen) und Aufwandsrückstellungen, soweit sie am Abschlussstichtag wahrscheinlich oder sicher sind. In der tabellarischen Darstellung wird weiterhin der prozentuale Anteil der genannten Posten an der Bilanzsumme dargestellt. Ferner enthält die Passivseite die verschiedenen Verbindlichkeitspositionen (Schulden), aus deren Mitteln die Vermögensgegenstände der Aktivseite angeschafft wurden.

Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse sind Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung der für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit der Gesellschaft typischen Erzeugnisse, Waren und Dienstleistungen. Das Betriebsergebnis gibt an, in welchem Maße das Unternehmen auf seinem Leistungs- bzw. Produktionsgebiet erfolgreich ist. Das Ergebnis ist maßgeblich für die Wirtschaftlichkeit der Zweckerfüllung. Ausnahmen gelten für Holdinggesellschaften und Finanzinstitute. Das Finanzergebnis

spiegelt das Zins- und Beteiligungsergebnis und das Ergebnis des sonstigen Finanzanlagevermögens des Unternehmens wider. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ist der Saldo aus dem Betriebs- und Finanzergebnis.

Das außerordentliche Ergebnis zeigt den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen. Diese haben mit der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nichts zu tun und fallen selten an, sind von ungewöhnlicher Art, aber von einiger Bedeutung. Ein Beispiel für außerordentliche Erträge ist der Verkauf einer Beteiligung, bei der sehr hohe Buchgewinne anfallen. Ein außerordentlicher Aufwand kann z.B. das Abbrennen eines Gebäudes sein, das in Millionenhöhe abgeschrieben werden muss. Der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag entspricht dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

Kennzahlen

der Gesellschaften im Überblick

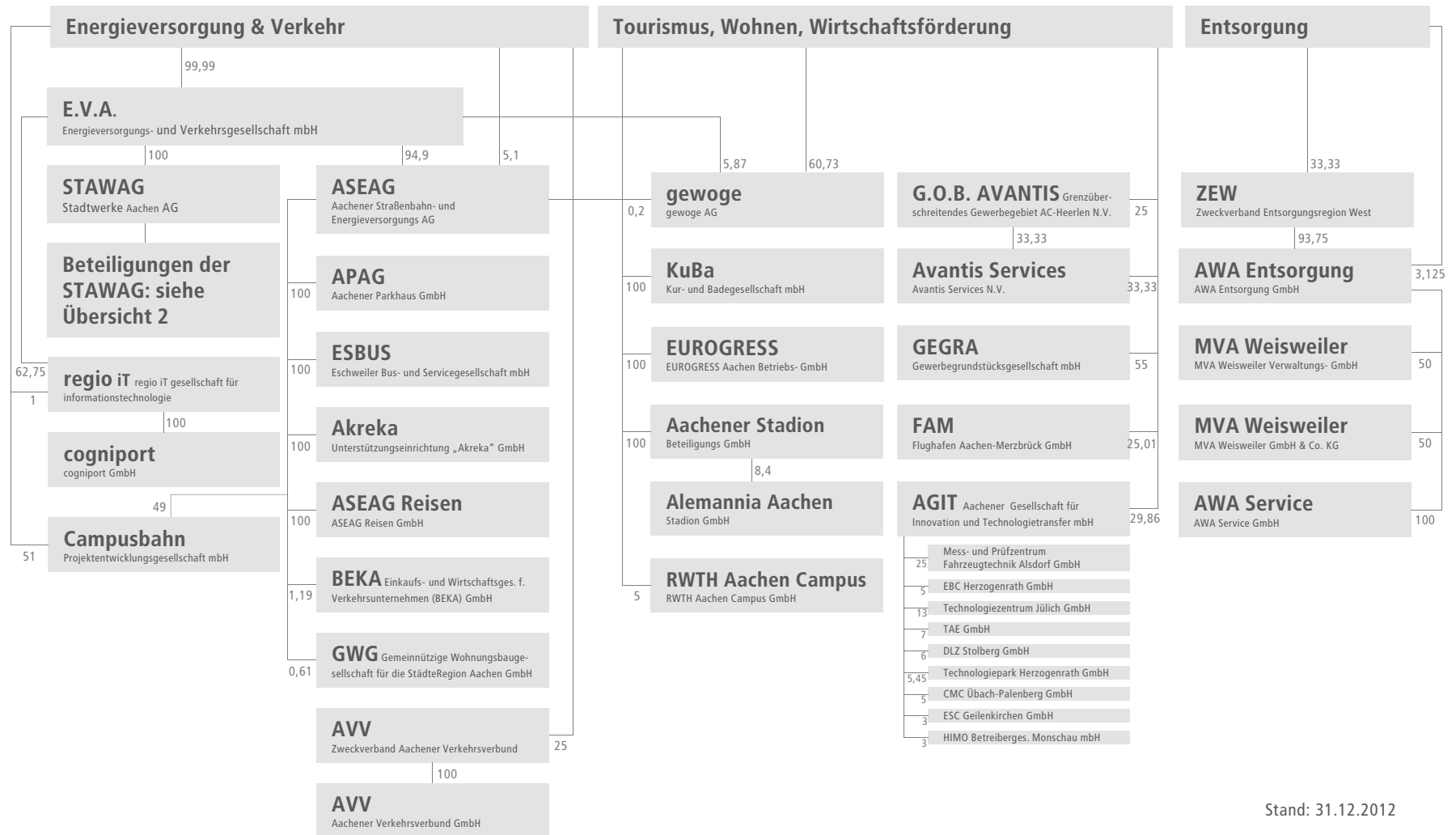
in TEUR	AGIT	APAG	ASEAG	AVANTIS	AVANTIS S.	AWA	AWA Serv.	ESBUS	EUROGRESS	E.V.A.	FAM	GEGRA	GEWOG	KUBA	MVA	regio it	STAWAG	Trianel	WAG	ZEW
Eigenkapital	1.103	4.817	9.332	2.990	279	6.938	324	174	61	29.986	161	1.089	38.720	205	5.000	1.815	104.708	81.544	15.147	26
Bilanzsumme	10.330	23.078	116.372	31.227	406	68.345	3.204	216	143	91.000	1.974	9.775	155.128	38.333	132.047	15.510	477.280	284.957	50.847	7.294
Eigenkapitalquote	10,7%	20,9%	8,0%	9,6%	68,7%	10,2%	10,1%	80,6%	42,7%	33,0%	8,2%	11,1%	25,0%	0,5%	3,8%	11,7%	21,9%	28,6%	29,8%	0,4%
Materialaufwand, Aufwand für bezogene Leistungen	27	3.604	25.628	211	286	36.762	3.462	457	0	5.986	2	0	13.730	1.874	25.579	14.426	357.689	1.863.168	18.925	43.358
in % der Gesamtkosten	0,4%	56,2%	36,3%	21,6%	100,0%	77,1%	49,6%	32,8%	0,0%	34,8%	0,7%	0,0%	60,3%	21,9%	51,0%	38,0%	78,4%	98,2%	83,1%	99,0%
Personalaufwand	2.684	930	31.621	382	0	4.464	1.459	670	239	6.393	171	20	2.871	2.068	958	15.506	32.882	17.907	19	175
in % der Gesamtkosten	41,8%	14,5%	44,8%	39,1%	0,0%	9,4%	20,9%	48,1%	80,7%	37,1%	56,1%	1,0%	12,6%	24,2%	1,9%	40,8%	7,2%	0,9%	0,1%	0,4%
Abschreibungen*	910	622	4.093	-104	0	1.280	476	50	0	566	25	1.829	4.087	1.517	21.035	3.289	16.504	824	3.512	0
in % der Gesamtkosten	14,2%	9,7%	5,8%	-10,6%	0,0%	2,7%	6,8%	3,6%	0,0%	3,3%	8,2%	94,4%	18,0%	17,7%	42,0%	8,7%	3,6%	0,0%	15,4%	0,0%
sonst. betriebl. Aufwendungen	2.804	1.259	9.231	488	0	5.178	1.580	217	57	4.280	107	89	2.065	3.099	2.536	4.769	49.267	15.830	322	274
in % der Gesamtkosten	43,6%	19,6%	13,1%	49,9%	0,0%	10,9%	22,6%	15,6%	19,3%	24,8%	35,1%	4,6%	9,1%	36,2%	5,1%	12,6%	10,8%	0,8%	1,4%	0,6%
Gesamtkosten (ohne Fremdkapitalkosten)	6.425	6.415	70.573	977	286	47.684	6.977	1.394	296	17.225	305	1.938	22.753	8.558	50.108	37.990	456.342	1.897.729	22.778	43.807
Umsatzerlöse**	3.014	9.127	47.619	517	327	43.778	6.389	1.326	122	16.974	211	499	29.055	7.321	56.605	39.826	480.352	1.898.093	24.963	43.683
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-201	6.987	-18.560	-1.211	46	12.577	87	-51	36	9.223	-73	42	4.741	-1.539	15.979	2.331	38.880	13.722	1.348	0
Abschreibungen / Umsatzerlöse	30,2%	6,8%	8,6%	-20,1%	0,0%	2,9%	7,5%	3,8%	0,0%	3,3%	11,8%	366,5%	14,1%	20,7%	37,2%	8,3%	3,4%	0,0%	14,1%	0,0%
Eigenkapitalrentabilität	n.s.	145,0%	n.s.	n.s.	16,5%	181,3%	26,9%	n.s.	59,0%	30,8%	n.s.	3,9%	12,2%	n.s.	319,6%	128,4%	37,1%	16,8%	8,9%	0,0%
Cash Flow	739	7.609	-10.880	-1.297	46	22.392	552	2	49	13.740	-46	1.869	8.026	-130	35.500	6.515	69.266	22.668	4.464	-93

*Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

**Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen

Negative Rentabilitäten sind mit n.s. (nicht sinnvoll) gekennzeichnet. Die Gesellschaften sind alphabetisch geordnet.

Beteiligungen der Stadt Aachen



Beteiligungen

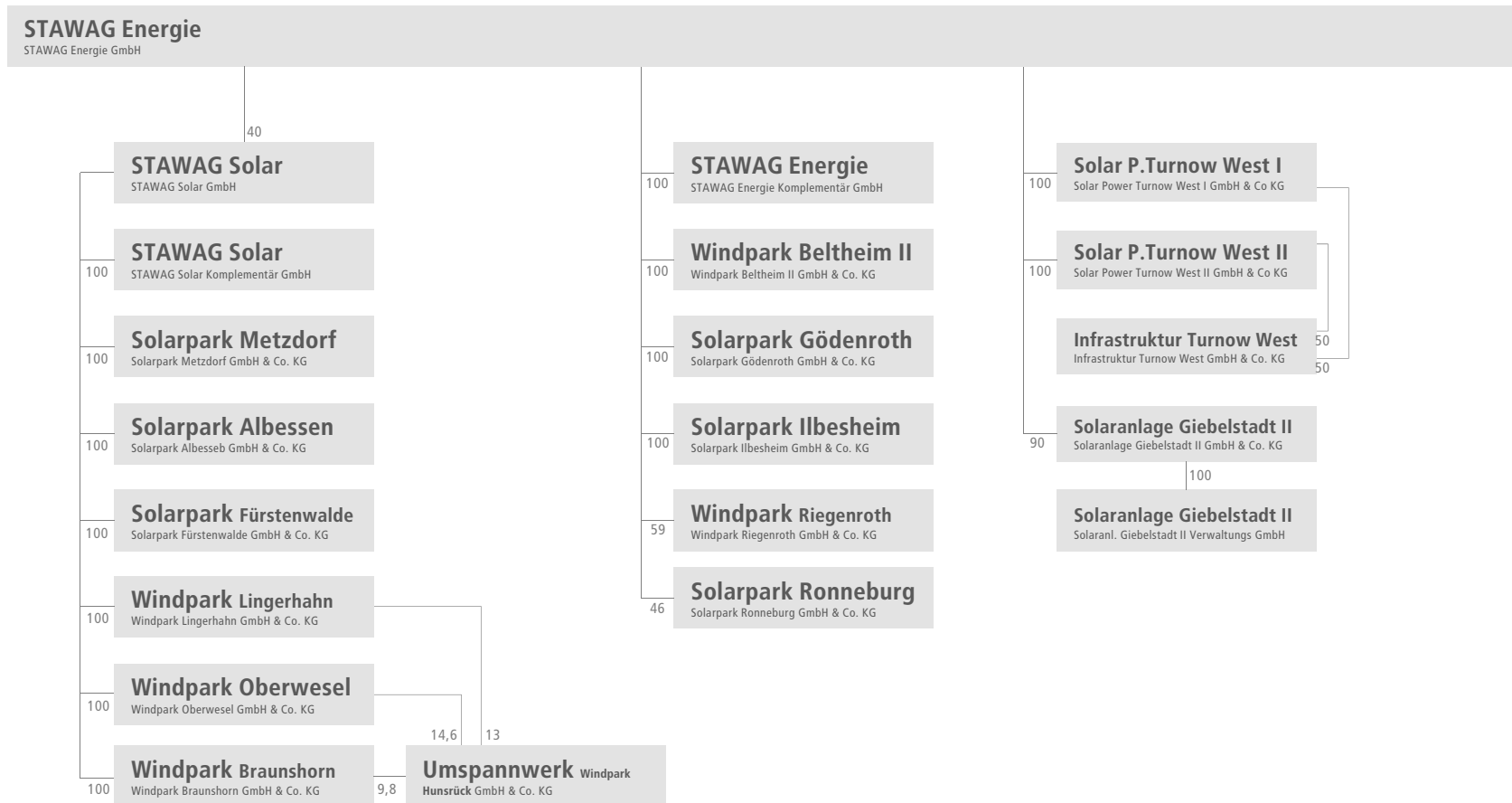
der Stadt Aachen: STAWAG-Konzern



Stand: 31.12.2012

Beteiligungen

der Stadt Aachen im STAWAG-Konzern: STAWAG Energie GmbH



Stand: 31.12.2012



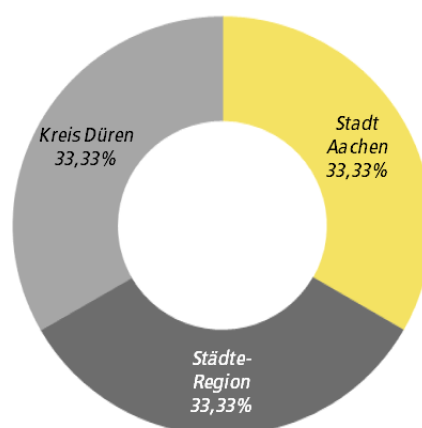
Bereich Entsorgung

Zweckverband Entsorgungsregion West Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	Zweckverband Entsorgungsregion West
Sitz	Zum Hagelkreuz 24, 52249 Eschweiler
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsjahr	2003
Verbands- vorsteher	Helmut Etschenberg
Leiter	
Verwaltung	Wilfried Kohl
Gremien	Verbandsversammlung
Stammkapital	25.500,00 EUR
Mitarbeiter	2,69 (Durchschnitt)
Internet	www.zew-entsorgung.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von den Mitgliedern übertragen wurden. Der Zweckverband nimmt insoweit im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gem. §§ 15 Abs. 1 Satz 1, 13 Abs. 1 Satz 1 KrW-/AbfG, § 5 LAbfG wahr. Soweit Aufgaben bei den Verbandsmitgliedern verbleiben, steht ihnen insoweit das Recht und die Pflicht zum Erlass von Satzungen, zur Erhebung von Gebühren sowie zur Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzeptes zu. Der Zweckverband darf Abfälle von außerhalb des Verbandsgebietes zur Beseitigung übernehmen. Er kann dazu öffentlich-rechtliche Vereinbarungen schließen.

Organe des Unternehmens

Verbandsvorsteher Helmut Etschenberg

Verbandsversammlung

Vorsitzender	Marcel Philipp	Oberbürgermeister
Stellvertreter	Dr. Thomas Griesse	StädteRegion
	Peter Blum (FDP)	Ratsmitglied
	Ferdinand Corsten (CDU)	Ratsmitglied
	Hans-Wilhelm Dohmen	Kreis Düren
	Helmut Etschenberg	Städtereionsrat
	Rudi Frischmuth	Kreis Düren
	Claus Haase (SPD)	Ratsmitglied
	Hendrik Hackmann	StädteRegion
	Michael Kirsch	StädteRegion
	Oliver Krischer	Kreis Düren
	Jochen Luczak (Grüne)	Ratsmitglied

Iris Lürken (CDU)	Ratsmitglied
Gudula Metz	Kreis Düren
Jürgen Neesen	StädteRegion
Sibylle Reuß (SPD)	Ratsmitglied
Karl Schavier	Kreis Düren
Josef-Johann Schmitz	Kreis Düren
Wolfgang Spelthahn	Landrat Kreis Düren
Walter Welter	StädteRegion
Otto Zimmermann	StädteRegion

Zusammensetzung der Organe

Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Die Verbandsversammlung nimmt die Aufgaben des Werksausschusses und der Verbandsvorsteher die der Werksleitung entsprechend (§§ 2, 5 EigVO i.V.m. §18 Abs.3 GkG) wahr.

Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Der Verbandsvorsteher muss Hauptverwaltungsbeamter eines Mitglieds des Zweckverbandes sein. Der Verbandsvorsteher wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Hauptverwaltungsbeamten der Mitglieder des Zweckverbandes wechseln sich als Verbandsvorsteher im 2-Jahres-Rhythmus ab. Die Reihenfolge bestimmt sich nach der alphabetischen Abfolge der Verbandsmitglieder (Städtereion Aachen, Stadt Aachen, Kreis Düren).

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus je sieben stimmberechtigten Vertretern je Verbandsmitglied. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bestellt.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	24	0%	24	0%	24	0%
Umlaufvermögen	7.390	100%	7.666	100%	7.268	100%
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0%	2	0%	2	0%
Bilanzsumme Aktiva	7.416		7.692		7.294	
Eigenkapital	26	0%	26	0%	26	0%
Rückstellungen	517	7%	542	7%	449	6%
Verbindlichkeiten	6.873	93%	7.124	93%	6.819	93%
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme Passiva	7.416		7.692		7.294	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	44.926	44.124	43.683
sonstige betriebliche Erträge	7	4	138
Betriebsleistung	44.932	44.128	43.821
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	44.677	43.808	43.358
Personalaufwand	162	198	175
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	105	116	274
Betriebserfolg	-11	6	13
Finanzerfolg	11	-6	-13
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Der Zweckverband erhebt von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Für die Berechnung der Umlage wird die Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitgliedes zur Zahl der Gesamteinwohner im Verbandsgebiet ins Verhältnis gesetzt. Soweit die Notwendigkeit einer Umlage aus einer Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes resultiert, die dieser lediglich für einzelne Verbandsmitglieder erfüllt, können nur diese hierfür zu einer Umlage herangezogen werden.

Lagebericht

A. Geschäftsverlauf 2011

1. Allgemeines

Die Geschäftsentwicklung des ZEW im Jahre 2011 lag im Bereich der Erwartungen.

Die neue Landesregierung wird sich im Hinblick auf die umzusetzende EU-Abfallrahmenrichtlinie erst in 2012 mit der Erstellung eines neuen Abfallwirtschaftsplans (AWP) befassen, der den am 31.3.2010 bekannt gemachten AWP ersetzen soll, da dieser nicht der politischen Zielvorstellung einer „regionalen Entsorgungsautarkie“ mit verbindlichen Zuweisungen entspricht, um Mülltourismus, höhere Abfallgebühren und den Verkauf kommunaler Anlagen zu vermeiden. Zwecks restriktiver Bedarfsprüfung wird durch zwei vom Ministerium beauftragte Institute zunächst eine Datenerhebung bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern erfolgen.

Die Bekanntmachung ist erst für das Jahr 2013 vorgesehen. Bis dahin sind die Vorstellungen für den neuen AWP bei Ausschreibungen und Vergaben zu berücksichtigen. Dennoch besteht die Sorge, dass in der Zwischenzeit Abfallmengen, die bisher der MVA Weisweiler angedient wurden, anderen Müllverbrennungsanlagen zugeführt werden und eine Gebührenerhöhung für die Bürger/innen der Körperschaften, die über eigene Müllverbrennungsanlagen verfügen, hingenommen werden muss.

Am 30.3.2011 wurde der Gesetzesentwurf zur Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts von der Bundesregierung beschlossen.

In mehreren Verhandlungen zwischen dem Bundesumweltminister und den kommunalen Spitzenverbänden unter Beteiligung des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) wurde ein Kompromissvorschlag, insbesondere hinsichtlich der Anforderungen an eine gewerbliche Sammlung, erarbeitet, der vollständig in den vom Deutschen Bundestag am 28.10.2011 verabschiedeten Gesetzesentwurf eingeflossen ist.

Dennoch bestanden nach wie vor Unsicherheiten im Hinblick auf neue unbestimmte Rechtsbegriffe und die sog. „Gleichwertigkeitsklausel“. Diese besagt, dass im Falle dessen, dass eine gewerbliche Sammlung auch nur geringfügig höherwertig ist als das bestehende Sammelsystem des öffentlich-rechtlichen Entsorgers, die private Sammlung zugelassen werden muss, unabhängig davon, ob der Bestand des öffentlich-rechtlichen Entsorgers gefährdet ist oder es zu massiven Gebührenerhöhungen kommt.

Der Bundesrat hatte am 25.11.2011 den Entwurf behandelt. Zehn Bundesländer stimmten für die Anrufung des Vermittlungsausschusses, welcher am 14.12.2011 tagte. Jedoch konnte insbesondere keine Einigung zur sog. „Gleichwertigkeitsprüfung“ erzielt werden, sodass das Gremium Anfang Februar 2012 erneut über das Gesetz beriet. Hier konnte nun insoweit ein Ausgleich im Streit zwischen den privaten und öffentlichen Interessen im Hinblick auf die „Gleichwertigkeitsklausel“ erzielt werden, als dass die gewerbliche Sammlung einen eng umgrenzten Ausnahmetatbestand darstellt, nach welchem der private Entsorger erst dann aktiv werden kann, wenn sich seine Sammel- und Verwertungsleistung als „wesentlich leistungsfähiger“ erweist als das Angebot des kommunalen Entsorgungsträgers oder des von ihm beauftragten Dritten. Dadurch ist eine verlässliche Planungs- und Organisationssicherheit bei der Weiterentwicklung von Erfassungs- und Recyclingstrukturen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gegeben. Erhebliche kommunale Einnahmeverluste mit der Folge unvermeidlicher Gebührenerhöhungen zu Lasten der Bürger/innen sind nicht mehr in einem so hohen Maße zu befürchten.

Im Hinblick auf die bis 2015 umzusetzende Wertstofffassung wird das Bundesumweltministerium im Frühjahr 2012 ein Eckpunktepapier als Grundlage für ein noch zu erlassendes Wertstoffgesetz vorlegen. Es ist zu befürchten, dass die Auseinandersetzungen zwischen privaten und öffentlichen Entsorgern noch heftiger ausfallen werden, da auch die Regelungen der Verpackungsverordnung mit einfließen sollen.

Definitiv festzuhalten ist, dass keine europarechtlichen Bedenken gegen die Definition der gewerblichen Sammlung bestehen. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht in drei Grundsatzurteilen bereits bestätigt. Die gesamten Inhalte des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes gehen weit über die von der EU geforderte Umsetzung hinaus, zumal zu berücksichtigen ist, dass es in manchen EU-Staaten erst gar keinen Regelungstatbestand in deren Abfallgesetz für gewerbliche Sammlungen gibt. Einer Beschwerde gegenüber der EU-Kommission bzw. einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland im Hinblick auf die Nichtumsetzung der 5-stufigen Abfallhierarchie kann somit gelassen entgegengesetzt werden.

Das Gesetz dürfte frühestens zum 1. Juni 2012 in Kraft treten. Die Frist zur Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie endete zum 12.12.2010.

Am Standort der Kompostierungsanlage in Würselen ist eine Vergärungsanlage errichtet worden. Seit 1.1.2012 wird die Vergärungsanlage befüllt. Die Gesamtanlage (Vergärungsstufe mit nachgeschalteter Kompostierungsanlage) hat eine Jahreskapazität von 30.000 t. Das bei der Vergärung anfallende Gas wird verstromt. Die anfallende Wärme wird zur Verbesserung des Vergärungsprozesses und für eine benachbarte Holz Trocknung genutzt.

Die Rauchgasreinigung der MVA ist inzwischen vollständig umgerüstet worden. Durch die nunmehr eingesetzte Rauchgasreinigungstechnik wird der Bedarf an Erdgas und elektrischer Energie deutlich gesenkt. Dies führt zu erheblichen Kosteneinsparungen und ist wesentlicher Beitrag zur Ressourcenschonung.

Ende des Jahres 2011 wurde von der Bezirksregierung Köln die Genehmigung zur Rekultivierung der Zentraldeponie Warden erteilt. In den nächsten Jahren wird die Deponie nun abschnittsweise endprofiliert, abgedichtet und begrünt.

2. Entwicklung der Umsätze und entsorgten Mengen

Die Umsatzerlöse im Jahr 2011 lagen mit insgesamt TE 43.683 um 1,0 % unter dem Vorjahresniveau (TE 44.124). Während die Umsätze aus dem Herkunftsbereich Stadt Aachen (TE 13.397; Vj. TE 13.422) und Städte Region Aachen (TE 15.543; Vj. 15.686) nur unwesentlich unter dem Vorjahr lagen, gingen die Umsätze aus dem Kreis Düren (TE 14.024; Vj. TE 14.399) um rd. 2,6 % zurück.

3. Anlagenbetrieb

Der ZEW betreibt kein operatives Geschäft. Mit der Erfüllung der dem ZEW übertragenen abfallwirtschaftlichen Aufgaben hat der ZEW die AWA Entsorgung GmbH beauftragt. Diese betreibt die notwendigen Anlagen oder bedient sich in Teilbereichen auch. externer Entsorgungsmöglichkeiten.

4. Investitionen

Da sich der ZEW zur Erfüllung seiner Aufgaben im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH bedient, ergeben sich in der Regel keine nennenswerten Investitionen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine Investitionen getätigt.

5. Finanzierung

Die Aktivitäten des Geschäftsjahres 2011 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich.

Die Liquidität des Unternehmens war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres ausreichend gesichert. Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die von den Abfallerzeugern zu erhebenden Gebühren einzubeziehen.

6. Personalentwicklung

Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern des ZEW war im Berichtsjahr auch eine Aushilfskraft in geringem Umfang beschäftigt. Im Jahr 2011 wurden, bezogen auf Vollzeitstellen, insgesamt 2,69 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt.

Im Übrigen bedient sich der ZEW zur Erfüllung seiner Aufgaben überwiegend der AWA Entsorgung GmbH als beherrschter Tochtergesellschaft. Als rechtliche Grundlage dient ein diesbezüglicher Geschäftsbesorgungsvertrag.

7. Umweltschutz

Der ZEW als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger hat Vorbildfunktion beim Umweltschutz. Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies auch konsequent und zuverlässig.

8. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres 2011

Die Erstellung eines neuen Abfallwirtschaftsplanes für das Land NRW wird erst in 2012 erfolgen. Danach sind Zuweisungen für Restabfälle zu bestimmten Müllverbrennungsanlagen weiterhin vorgesehen.

Der Arbeitsentwurf des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes wurde nunmehr Anfang 2012 im Vermittlungsausschuss abschließend behandelt. Die Auswirkungen auf die kommunale Abfallentsorgung sind nun absehbarer.

B. Lage des Zweckverbandes

1. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) ist weiterhin geordnet.

Das Anlagevermögen ist von stark untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Im Umlaufvermögen ist unter den sonstigen Vermögensgegenständen eine Position in Höhe von T€ 1.330 ausgewiesen, deren Sachverhalt in einem Vorgang der WNA Weisweiler GmbH & Co. KG im Rahmen des Erwerbs der MVA im Jahr 2008 begründet liegt und in dessen Folge auch Auswirkungen auf die Kosten der AWA Entsorgung GmbH sowie des Zweckverbandes Entsorgungsregion West vorhanden sind. Unter Anwendung entgeltrechtlicher Wahlrechte werden diese Kosten ratierlich in die Entgelte der kommenden Jahre eingerechnet, was unter Berücksichtigung der erforderlichen Gesellschafter- und Gremienbeschlüsse zu bilanziellen Konsequenzen führte. Hieraus resultiert auch der Ausweis einer Position in gleicher Höhe unter den Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 5.238; Vj. T€ 5.520) beinhalten einen Betrag von T€ 1.330 aus dem Vorgang bezüglich der Moena-Mietnebenkosten.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern ist eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren (T€ 1.563; Vj. TE 1.588) bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, der aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und seinen Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat.

Die Kapitalflussrechnung weist einen Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 456 aus.

Aus dem speziellen Vorgang einer Ausgleichszahlung, die beim ZEW im Verhältnis zum Kreis Düren einen Darlehenscharakter hat, resultieren Auswirkungen auf die Finanzierungstätigkeit, was im Berichtsjahr zu einem Mittelabfluss von T€ 24 geführt hat.

Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme des Finanzmittelfonds um T€ 480 auf nunmehr T€ 3.390.

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlichanalytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen.

Der Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital/Anlagevermögen) weist einen Wert von 106% aus, dagegen ist die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital) mit 59% schwach, wird aber dadurch relativiert, dass der weit Überwiegende Anteil des kurzfristigen Fremdkapitals aus Verbindlichkeiten gegenüber der AWA Entsorgung GmbH besteht. Zudem weist die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital) mit 106% einen deutlich besseren Wert auf.

Auch die Eigenkapitalquote (0,35%) ist auf den ersten Blick sehr schwach, aufgrund der besonderen Bedingungen aber nicht bedrohlich.

2. Ertragslage

Aussagen zur Umsatzentwicklung wurden bereits getroffen.

Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i. d. R. beim Rohergebnis nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen.

Das Rohergebnis (T€ 463; Vj. T€ 321) deckt die übrigen Verwaltungskosten. Das Geschäftsjahr schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Da der ZEW seine Gebühren auf LSP-Basis kalkuliert, sind die Gewinnmöglichkeiten strukturell sehr begrenzt. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. Vor Zuführung zur Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger wies der ZEW ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 22 aus.

C. Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2011 konnten die Gebühren leicht gesenkt werden.

Weiterhin können keine seriösen Aussagen darüber getroffen werden, wie sich Marktpreise und Mengenangebot für gewerbliche Abfälle entwickeln. Die Auslastung der MVA und die Erlöse für die Annahme gewerblicher Abfälle zur Verwertung haben Auswirkungen auf die Entgelte, die die AWA dem ZEW in Rechnung stellt.

Die Auswirkungen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes sowie des neu zu erstellenden Abfallwirtschaftsplans sind besser abzuschätzen und stellen sich als durchaus positiv dar.

D. Entwicklung nach dem Abschlussstichtag

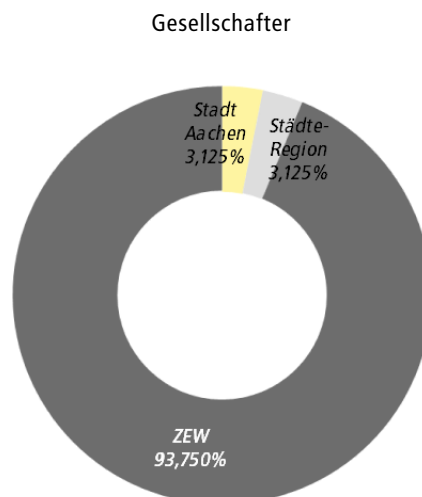
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag, die einen Einfluss auf den Jahresabschluss haben könnten, sind nicht bekannt.

AWA Entsorgung GmbH

Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	AWA Entsorgung GmbH
Sitz	Zum Hagelkreuz 24, 52249 Eschweiler
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1991
Geschäftsführer	Ulrich Koch
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	640.000,00 EUR
Mitarbeiter	82
Internet	www.awa-gmbh.de



Gegenstand des Unternehmens

Hierzu zählen die Wahrnehmung, Koordination und Durchführung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben. Daneben spielen Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Sortierung, stofflichen Verwertung, thermischen oder sonstigen Behandlungen und Ablagerungen von Siedlungsabfällen sowie Errichtung und Betrieb entsprechender Anlagen eine Rolle.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer Ulrich Koch

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Wolfgang Spelthahn	Landrat Kreis Düren
stellv. Vorsitzender	Ferdinand Corsten (CDU)	Ratsmitglied
	Michael Bayer	IHK
	Johannes Blees (CDU)	sachk. Bürger
	Peter Blum (FDP)	Ratsmitglied
	Prof. Dr.-Ing. Peter Doetsch	RWTH
	Hans-Wilhelm Dohmen	Kreis Düren
	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Rudi Frischmuth	Kreis Düren
bis 20.5.2011	Dr. Thomas Griesse	StädteRegion Aachen
	Claus Haase (SPD)	Ratsmitglied
	Michael Kirsch	StädteRegion Aachen
	Oliver Krischer	Kreis Düren
	Jochen Luczak (Grüne)	Ratsmitglied
	Gudula Metz	Kreis Düren
ab 20.5.2011	Folker Moschel	StädteRegion Aachen
	Jürgen Neesen	StädteRegion Aachen
	Marcel Philipp	Oberbürgermeister

Sibylle Reuß (SPD)	Ratsmitglied
Dr. Philipp Rohde	StädteRegion Aachen
Karl Schavier	Kreis Düren
Josef-Johann Schmitz	Kreis Düren
Walter Welter	StädteRegion Aachen
Ralf Woelk	DGB
Otto Zimmermann	StädteRegion Aachen

Darüber hinaus entsendet jedes Mitglied des ZEW eine fachkundige Person mit beratender Stimme. Dies sind die Umweltdezernenten/innen:

Gisela Nacken	Stadt Aachen
Hans Martin Steins	Kreis Düren
Uwe Zink	StädteRegion Aachen

Weiterhin nimmt ein Vertreter des Betriebsrates mit beratender Stimme an der Sitzung des Aufsichtsrates teil.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Die Zahl der Geschäftsführer richtet sich nach dem Aufgabenumfang der Gesellschaft. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist er stets alleinvertretungsberechtigt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann einer der Geschäftsführer durch Beschluss der Gesellschafterversammlung zum Vorsitzenden bestimmt werden.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 24 stimmberechtigten und vier beratenden Mitgliedern. 21 stimmberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrates und ihre Stellvertreter werden von der Versammlung des Zweckverbands Entsorgungsregion West bestellt und in den Aufsichtsrat entsandt. Drei stimmberechtigte Aufsichtsratsmitglieder und ihre Stellvertreter werden auf Vorschlag der Gesellschafterversammlung durch Mehrheitsbeschluss des Aufsichtsrates bestellt (je ein Mitglied von IHK, DGB, RWTH). Darüber hinaus entsendet jedes Mitglied des ZEW eine fachkundige Person mit beratender Stimme. Weiterhin nimmt ein Vertreter des Betriebsrates mit beratender Stimme an der Sitzung des Aufsichtsrates teil.

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter durch ihre gesetzlichen Vertreter vertreten. Darüber hinaus kann sich jeder Gesellschafter durch rechtsgeschäftliche Vertreter vertreten lassen, sofern es sich hierbei um Angehörige der Verwaltung des vertretenen Gesellschafters handelt. Abweichend hiervon kann die Gesellschafterversammlung weitere Personen als Vertreter oder Beistand in der Gesellschafterversammlung zulassen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	19.160	36%	19.818	35%	27.947	41%
Umlaufvermögen	33.638	64%	36.381	63%	40.327	59%
Rechnungsabgrenzungsposten	53	0%	1.119	2%	71	0%
Bilanzsumme Aktiva	52.851		57.318		68.345	
Eigenkapital	7.344	14%	11.152	19%	6.938	10%
Sonderposten mir RL-Anteil	1.500	3%	0	0%	0	0%
Rückstellungen	24.284	46%	24.315	42%	32.850	48%
Verbindlichkeiten	19.147	36%	21.306	37%	28.044	41%
Rechnungsabgrenzungsposten	577	1%	545	1%	513	1%
Bilanzsumme Passiva	52.851		57.318		68.345	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	47.007	41.240	43.778
sonstige betriebliche Erträge	6.753	3.698	5.640
Betriebsleistung	53.760	44.938	49.418
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	38.574	35.017	36.762
Personalaufwand	4.520	4.683	4.464
Abschreibungen	5.609	1.300	1.280
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.043	4.613	5.178
Betriebserfolg	1.012	-675	1.734
Finanzerfolg	1.044	2.079	10.843
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.057	1.403	12.577
Außerordentliches Ergebnis	1.650	-718	-16.569
Steuern	1.127	-1.623	222
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	2.580	2.308	-4.214

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Über die Ergebnisverwendung - d.h. über die Verwendung des Jahresüberschusses zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages oder, soweit einschlägig, über die Verwendung des Bilanzgewinnes - entscheidet die Gesellschafterversammlung nach freiem Ermessen. Die Gesellschafterversammlung kann insbesondere beschließen, dass das Ergebnis ganz oder teilweise in Gewinnrücklagen eingestellt oder auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Soweit die Ergebnisse aus der Wahrnehmung von Aufgaben resultieren, die die Gesellschafter in gleichem Umfang auf die AWA Entsorgung GmbH übertragen haben, erfolgt die Ergebnisverteilung im Verhältnis der Geschäftsanteile zueinander. Im Übrigen erfolgt die Ergebnisverteilung nach dem Ergebnis der jeweiligen von den Gesellschaftern übertragenen Aufgaben.

Lagebericht

A. Geschäftsverlauf 2011

a) Abfallwirtschaftliche Entwicklung und entsorgte Mengen

Der geschäftliche Erfolg der AWA Entsorgung GmbH ist in besonderem Maße davon abhängig, welche Abfälle im Bereich des ZEW (Zweckverband Entsorgungsregion West) von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gewerbetreibenden den abfallwirtschaftlichen Einrichtungen angedient werden.

Für die Geschäftsentwicklung der AWA Entsorgung GmbH sind sieben Stoffströme von entscheidender Bedeutung:

a) Abfälle zur Beseitigung Inklusive Sperrmüll aus dem Bereich der Privathaushalte

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger für Sammlung und Beförderung im Bereich des ZEW (Zweckverband Entsorgungsregion West) - 15 Städte und Gemeinden sowie ein Kommunalunternehmen/ Zweckverband - beliefern die abfallwirtschaftlichen Anlagen auf Basis der Abfallsatzung des ZEW. Diese regelt die entsprechenden räumlichen Zuweisungen zu den Anlagen und erlaubt aber auch eine anlagenbedingte Flexibilität im Fall von Revisionen, Ausfällen u. a. Randbedingungen.

b) Beseitigungspflichtige hausmüllähnliche Gewerbeabfälle sowie Sperrmüll aus dem Bereich Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe (insbesondere Abfallgemische)

Die überlassungspflichtigen Anteile des Abfalls, der bei Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe entsteht, hat sich trotz der Aktivitäten der privaten Entsorgungswirtschaft stabilisiert. Die satzungsmäßigen Voraussetzungen für den Anschluss des Gewerbes an die öffentliche Entsorgung für den überlassungspflichtigen Anteil sind im Verbandsgebiet des ZEW geschaffen.

c) Verwertungsabfälle aus dem Bereich Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbebetriebe

Die Verwertungsabfälle aus dem gewerblichen Bereich erreichen die Entsorgungsanlagen der AWA Entsorgung GmbH nur dann, wenn dort marktgerechte Preise angeboten werden können.

Auf die Bedürfnisse einzelner Kunden ausgerichtete Entsorgungs- und Verwertungsangebote werden im Rahmen der Geschäftsaktivitäten der AWA Entsorgung GmbH platziert.

d) Inertmaterialien zur Endverfüllung und Profilierung der ehemaligen Deponie Warden

Inertabfälle für das Planum der Oberflächenabdichtung werden in großen Mengen für die sich in der Stilllegungsphase befindende ehemalige Deponie Warden benötigt. Diese konnten entsprechend dem jeweiligen Baufortschritt am Markt beschafft werden.

e) Bioabfälle und Grünschnitt

Die Mengenentwicklung bei Bioabfällen und Grünschnittmengen ist im Verbandsgebiet stabil. Mit der Errichtung der Biovergärungsanlage als Ergänzung zur Kompostierungsanlage Würselen wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit eine Mengenerhöhung noch möglich sein, wenn der Bevölkerung bewusst ist, dass mit ihren Bioabfällen Energie in nennenswerter Größenordnung gewonnen werden kann.

f) Schadstoffe aus den Privathaushalten und dem Kleingewerbe Die regelmäßigen Sammlungen von Schadstoffen über die

Schadstoffmobile der AWA Service GmbH zeigen, dass in den Privathaushalten ein großes Bewusstsein herrscht, dass diese Abfälle nicht in die graue Mülltonne gehören und damit nicht der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG zugeführt werden sollten. Auch in den kleineren Gewerbebetrieben ist erkennbar das Bewusstsein gestiegen, die festen Annahmestellen im ZEW-Verbandsgebiet bzw. die mobilen Sammlungen zur Entsorgung der Schadstoffe in Anspruch zu nehmen. Für das Geschäftsjahr 2012 wird ein kundenfreundliches Boxen-Sammelsystem für gewerbliche Schadstoffe in kleineren Mengen bereitgestellt.

g) Papier, Pappe, Kartonagen (PPK) aus Privathaushalten und aus dem gewerblichen Bereich

Die RegioEntsorgung AöR sowie die Stadt Nideggen dienen dem ZEW das gesammelte Altpapier an. Dieser hat die AWA Service GmbH mit dem Umschlag und der Vermarktung beauftragt. Hinzu kommen auch im gewerblichen Bereich akquirierte Papier- und Kartonagemengen. Die Entwicklung dieser Mengen ist in den letzten Jahren außerordentlich erfreulich.

Durch eine Konzentration der Mengen sowie eine verbesserte Infrastruktur durch die Inbetriebnahme der Papierumladehalle im ELC Warden konnten erheblich bessere Preise für die Vermarktung von Altpapier erreicht werden, sodass sich auch die Vergütung für die Kommunen entsprechend erhöht hat. Über den Standort ELC Horm wird verstärkt die Papierpressung und zunehmend auch die Vermarktung gewerblicher Papiermengen als Dienstleistung angeboten.

h) Wertstoffe

Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz wird die Anforderungen an die Erfassung und Vermarktung/Wiederverwertung von Wertstoffen deutlich erhöhen. Neben den sammelnden Kommunen ist auch die AWA Entsorgung GmbH gefordert, eine Verbesserung der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur zu unterstützen und eine wirtschaftliche Weiterbehandlung umzusetzen.

b) Anlagenbetrieb

a) MVA Weisweiler

In der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG wurden im Jahr 2011 371.003 t thermisch behandelt.

In der zweiten Junihälfte 2011 wurde der Betrieb der MVA Weisweiler durch eine Störung aufgrund erhöhter Quecksilberwerte stark beeinträchtigt. Die Anlage musste für einige Tage abgestellt werden.

Technisch arbeitet die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG sehr zuverlässig.

b) Kompostierungsanlagen

Die Kompostierungsanlagen in Würselen, Aachen-Brand und Warden sind im Jahr 2011 ohne Komplikationen gelaufen.

Die Bauarbeiten für die Erweiterung der Kompostierungsanlage Würselen um eine Vergärungsstufe wurden im Zeitplan durchgeführt, sodass Anfang 2012 der Probebetrieb aufgenommen werden konnte. Das Investitionsbudget wurde bisher eingehalten.

c) ELC Warden/Deponie Warden

Die Entwicklung des Deponiebetriebs in Warden ist geprägt von der abschließenden Verfüllung des noch freien Restvolumens. Die erforderliche Genehmigung zur Rekultivierung liegt seit Dezember 2011 vor. Der erste Bauabschnitt der Oberflächenabdichtung wird in 2012 ausgeführt.

Ansonsten läuft die Entwicklung des Standorts entsprechend der Planungen und Erwartungen. Die Verfahren zur FNP- und GEP - Änderung als Grundlage einer Folgenutzung wurden eingeleitet.

d) ELC Horm

Das ELC Horm erfüllt seine Funktionen des Zwischenlagerns, Umladens und Aufbereitens verschiedener Materialströme vollkommen problemlos und Dank einiger Umbaumaßnahmen auf technisch hohem und energiesparendem Niveau.

c) Investitionen

Das Volumen aller Investitionen im Geschäftsjahr 2011 belief sich auf T€ 9.991 (Vorjahr T€ 2.491), wovon alleine der Bau der Vergärungsanlage einen Betrag von über € 8 Mio. ausmachte. Weitere wesentliche Investitionen entfielen auf den Erwerb von Grundstücken (T€ 1.417).

d) Finanzierung

Während in den vergangenen Jahren alle Investitionen aus Eigenmitteln finanziert werden konnten, erforderten die wesentlichen Investitionen im Rahmen des Baus der Vergärungsanlage die Aufnahme von Fremdmitteln. Alle laufenden Darlehen wurden planmäßig getilgt. Die Bankverbindlichkeiten zum Bilanzstichtag betragen T€ 25.379.

e) Personalentwicklung

Insgesamt waren 82 Personen bezogen auf Vollzeitstellen im Jahr 2011 bei der AWA Entsorgung GmbH tätig. 12 Auszubildende werden bei der AWA Entsorgung GmbH auf ihr Berufsleben vorbereitet. Dies entspricht einer Ausbildungsquote von über 14%.

f) Umweltschutz

Wie seit Bestehen des Unternehmens hat sich die AWA Entsorgung GmbH auch im Jahre 2011 bei der Umsetzung der Umweltziele und Einhaltung von Umweltschutzvorschriften vorbildlich verhalten.

Das seit Jahren eingerichtete Qualitäts- und Umweltmanagement wurde wiederum zertifiziert. Außerdem wurde die AWA Entsorgung GmbH erneut als Entsorgungsfachbetrieb anerkannt.

g) Öffentlichkeitsarbeit

Ohne über entsprechende Erkenntnisse aus einer Umfrage zu verfügen, kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass das Bild der AWA in der Öffentlichkeit gut ist. Die Rückmeldungen von Besuchern, Lehrern, Gremienmitgliedern und Journalisten lassen diesen Schluss zu.

h) Sonstige wesentliche Vorgänge des Geschäftsjahres

a) LSP-Preisprüfung MVA Weisweiler GmbH Irr. Co. KG

Das Schiedsverfahren wurde mit einem Vergleich beendet, der eine hälftige Zuordnung zu den MVA-Gesellschaftern beinhaltet. Das Ergebnis kann als nicht zufriedenstellend bezeichnet werden.

b) Verteilung der Ausgleichszahlung

Auch hier haben sich die MVA-Gesellschafter grundsätzlich auf eine hälftige Zuordnung geeinigt. Die Schiedsverfahren werden im Laufe des Jahres 2012 beendet werden können.

B. Lage der Gesellschaft

a) Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der AWA Entsorgung GmbH ist weiterhin geordnet.

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft in Höhe von T€ 68.345 überschreitet den Vorjahreswert (T€ 57.318) um T€ 11.027. Das Anlagevermögen ist von T€ 19.818 im Vorjahr auf T€ 27.947 angestiegen. Das langfristige Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert.

Im Bereich des kurzfristigen Umlaufvermögens ergibt sich ein deutlicher Zuwachs in von rd. € 4 Mio., der insbesondere aus dem Anstieg der liquiden Mittel sowie der Forderungen gegen die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG resultiert.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um T€ 4.215 reduziert. Ursächlich hierfür ist der Jahresfehlbetrag in gleicher Höhe.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 25.379; Vorjahr T€ 16.514) erhöhten sich durch die Darlehensaufnahme zur Finanzierung der Vergärungsanlage. Die Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2011 (TEUR)	31.12.2010 (TEUR)
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	3.528	4.123
Cashflow aus Investitionen	- 9.958	- 2.491
Cashflow aus Finanzierung	9.101	-323
Veränderung der Liquidität	2.671	1.309
Finanzmittelfonds am Anfang des Geschäftsjahres	8.565	7.256
Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	11.236	8.565

Die Eigenkapitalquote ist mit 10,1 % unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zwar nicht zufriedenstellend, aufgrund des strukturellen und rechtlichen Umfelds erwachsen hieraus aber keine Risiken.

b) Ertragslage

Die Umsatzerlöse (€ 43,8 Mio.; Vj. € 41,2 Mio.) haben sich gegenüber dem Vorjahr um 6,3 % erhöht. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft ihre Entgelte nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen (KAG, LSP u. a.) zu bemessen hat und diese nicht frei kalkulierbar sind.

Die Umsatzerlöse sind somit von der Entwicklung der Entsorgungskosten abhängig, die wesentlich von den Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG beeinflusst werden. Im Berichtsjahr haben Sondereffekte auf Ebene der MVA Weisweiler zu einem Anstieg der Verbrennungskosten geführt.

Insgesamt war die Gesellschaft wirtschaftlich erfolgreich, was sich insbesondere bilanziell in einer entsprechend hohen Rückstellung für zurückzuerstattende Entgelte an die Bürger niederschlägt (2011: T€ 1.986).

Das Rohergebnis (T€ 11.355; Vorjahr T€ 9.774) liegt um T€ 1.581 (16,2 %) über dem des Vorjahres, wozu ein unterproportionaler Anstieg des Materialaufwandes beigetragen hat. Im Bereich des neutralen Ergebnisses (T€ - 6.908; Vj. T€ - 808) führen Sondereffekte zu starken Ausschlägen.

Dies führt auch zu entsprechenden Auswirkungen auf das Ergebnis vor Steuern (T€ - 4.051), welches somit wesentlich unter dem betreffenden Vorjahreswert (T€ + 628) liegt.

Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf T€ 4.215 (Vorjahr: Jahresüberschuss von T€ 2.308), was auf einen Sondervorgang zurückzuführen ist.

C. Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

a) Abfallmengen und Preisentwicklungen

Für die Jahre 2012 und 2013 kann nach heutigen Erkenntnissen davon ausgegangen werden, dass die Menge des Hausmülls relativ stabil bleibt. Sollten Vorhaben einer gesonderten Wertstofffassung umgesetzt werden, so ist mit einem Rückgang der Hausmüllmengen, insbesondere aber des Sperrmüllaufkommens, zu rechnen.

Angesichts der nach wie vor massiven technischen Konkurrenz durch Mitverbrennungsanlagen und im stärker werdenden Einsatz von aufbereiteten Abfällen in der Sekundärstoffverbrennung ist auch entsprechender Preisdruck permanent gegeben. Verwertungsmengen können nur zu Marktkonditionen akquiriert bzw. angenommen werden, wobei die Kosten des „Auslastungsmanagements“ vom Auftraggeber ZEW zu tragen sind.

b) Landesabfallplan NRW

Die Ankündigung der neuen Landesregierung, den Landesabfallplan zu überarbeiten und erneut Einzugsgebiete für abfallwirtschaftliche Anlagen festzulegen, gibt Anlass zu Optimismus, dass die Auslastung insgesamt stringenter erfolgt. Allerdings muss ebenso illusionsfrei konstatiert werden, dass der Wille zur schnellen Umsetzung dieser abfallwirtschaftlich für die Gesellschaft sinnvollen Maßnahme kurzfristig nicht zu erwarten ist.

c) Grünschnitt- und Bioabfallmengen

Der ZEW ist sehr darum bemüht, die Grünschnitt- und Bioabfallmengen in seiner Zuständigkeit zu behalten und die Stoffströme zu steuern bzw. zu kontrollieren. Im Jahre 2012 ist die Erstellung eines Grünschnittkonzeptes vorgesehen.

d) Primärenergieproduktion

Mit der Realisierung der Baumaßnahme Biovergärungsanlage in Würselen ist der erste und wesentliche Schritt getan, aus Biomasse und Grünschnitt die entsprechenden Energien zu gewinnen. Die Anlage hat im Januar 2012 den Testbetrieb aufgenommen und arbeitet seither erfolgreich.

e) Rekultivierungs- und Sanierungskosten

Die AWA Entsorgung GmbH ist als Eigentümerin der Deponie Aisdorf – Warden vertraglich verpflichtet, für die Rekultivierung, Nachsorge und Sanierung des Deponiegeländes Sorge zu tragen. Für diese Risiken hat die Gesellschaft, basierend auf einem im Jahr 2002 erstellten Gutachten, entsprechende Rückstellungen gebildet.

Ein neues Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung aktueller gesetzlicher und genehmigungsrechtlicher Vorgaben die bislang dotierten Rückstellungen nicht ausreichen.

Unter Beachtung der betreffenden Bewertungsvorschriften waren im Geschäftsjahr 2011 Rückstellungszuführungen in Höhe von rd. € 6 Mio. (nach Abzinsung) vorzunehmen. Da diese Zuführung entsprechend eines diesbezüglichen Urteils in der derzeitigen Stilllegungsphase der Deponie nicht in den Entsorgungsentgelten Berücksichtigung finden darf, führte die Zuführung zu einem vergleichsweise hohen Jahresverlust, obwohl die Gesellschaft operativ erfolgreich gewirtschaftet hat.

f) Risikobericht

Die Einführung des formellen Risikomanagementsystems (RMS) konnte im Vorjahr abgeschlossen werden.

Über monatliche Telefonkonferenzen zwischen der Geschäftsleitung und den mit der Pflege des RMS beauftragten externen Beratern wird eine zeitnahe Aktualisierung sichergestellt. Weitere Beteiligte werden regelmäßig schriftlich befragt und einmal jährlich durch die Berater vor Ort persönlich interviewt.

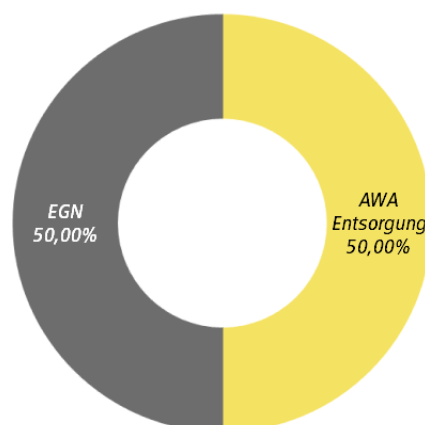
Die Risikosituation der AWA Entsorgung ist gekennzeichnet durch branchenübliche Risiken, die sich z. B. in Rechtsrisiken im überregionalen Rechtsumfeld äußern. Weiterhin kann kein Anlagenbetreiber jegliche Betriebsrisiken ausschließen oder vermeiden, die im Risikobericht daher entsprechend benannt und bewertet sind. IT-Risiken erfordern eine zunehmende Fokussierung und finden eine angemessene Gewichtung in der Risikobetrachtung.

MVA Weisweiler GmbH & Co. KG Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	MVA Weisweiler GmbH & Co. KG
Sitz	Zum Hagelkreuz 22, 52249 Eschweiler
Rechtsform	GmbH & Co. KG
Gründungsjahr	1997
Geschäftsführer	Ulrich Koch, Andreas Fries
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	12.784.00,00 EUR
Mitarbeiter	12,5 (Durchschnitt)
Internet	www.mva-weisweiler.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Hierzu zählen die Fertigstellung sowie die Betriebsübernahme und der Betrieb der MVA Weisweiler. Zudem der wirtschaftliche und umweltverträgliche Betrieb und die technische Weiterentwicklung der MVA Weisweiler. Zu den Aufgaben gehören alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten, Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Reststoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten und die Beteiligung an anderen Unternehmungen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer	Ulrich Koch Andreas Fries
------------------------	------------------------------

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
stv. Vorsitzender	Carsten Liedtke	Stadtwerke Krefeld AG
	Bernfried Ahle	EGN
	Willi Bündgens	StädteRegion
	Ferdinand Corsten (CDU)	Ratsmitglied
bis 20.6.2011	Martin Cirener	Stadtwerke Krefeld AG
ab 5.12.2011	Michael Depenbrock	Stadtwerke Krefeld AG
	Claus Haase (SPD)	Ratsmitglied
	Nikolaus Houben	EGN
	Dr. Hermann-Josef Roos	EGN
	Josef-Johann Schmitz	Kreis Düren
	Wolfgang Spelthahn	Landrat Kreis Düren
	Reinhard Van Vlodrop	EGN
Beratende Mitglieder	Rudi Bertram	Stadt Eschweiler
	Uwe Zink	StädteRegion
	Gisela Nacken	Stadt Aachen

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin berechtigt und verpflichtet.

Gesellschafterversammlung

Die von den beiden Gesellschaftern AWA Entsorgung GmbH und Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH (EGN) zu entsendenden Mitglieder. Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinanderfolgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA und einem von der EGN entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009	2010	2011
Anlagevermögen	126.412 74%	115.165 77%	99.189 75%
Umlaufvermögen	44.104 26%	34.397 23%	32.296 24%
Rechnungsabgrenzungsposten	553 0%	560 0%	562 0%
Bilanzsumme Aktiva	171.069	150.122	132.047
Eigenkapital	5.000 3%	5.000 3%	5.000 4%
Rückstellungen	9.844 6%	6.950 5%	5.436 4%
Verbindlichkeiten	156.225 91%	138.172 92%	121.611 92%
Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Passiva	171.069	150.122	132.047

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	59.786	57.291	56.605
sonstige betriebliche Erträge	12.416	1.321	14.390
Betriebsleistung	72.202	58.612	70.994
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	32.437	28.904	25.579
Personalaufwand	1.056	902	958
Abschreibungen	15.966	16.930	21.035
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.918	2.352	2.536
Betriebserfolg	7.825	9.523	20.886
Finanzerfolg	-4.493	-6.082	-4.907
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.332	3.441	15.979
Außerordentliches Ergebnis	0	-10	0
Steuern	930	241	2.503
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	2.401	3.191	13.475

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Es besteht keine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt.

Lagebericht

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2011 war gelungen und wirtschaftlich erfolgreich.

Trotz massiv widriger Umstände konnte insgesamt eine über dem Wirtschaftsplan liegende Auslastung der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG erreicht werden.

Immerhin musste die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG wegen illegaler Quecksilberverbringung für 9 Tage komplett stillgelegt werden. Zusätzlich wurden planmäßig an zwei Linien Revisionen mit zeitgleichem Umbau der Rauchgasreinigungsanlage sowie ein weiterer Gesamtanlagenstillstand zur Einbindung neuer Rauchgaskühler durchgeführt. Trotz dieser bemerkenswert vielen Stillstandstage führten die von den Gesellschaftern angelieferten Müllmengen zu einem hohem Verbrennungsdurchsatz.

Die in den vergangenen Jahren an vielen Stellen vorgenommenen Umbauten und Optimierungen sowie die regelmäßige Instandsetzung haben sich in jeder Hinsicht bewährt.

Anlagenbetrieb

Die beiden Gesellschafter der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG sind zugleich beide zu gleichen Teilen Auslastungspartner der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Beiden Firmen ist es gelungen, trotz einer volatilen Entwicklung am Abfallmarkt immer genügend Müllmengen für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG zu beschaffen.

Teilweise mussten wegen der Revisionen sogar Müllmengen abgewiesen werden. Während der quecksilberbedingten Stillstandzeiten konnten entsprechende Zwischenlager aufgebaut werden. Nur wenige Tage im Jahr war die Müllsituation leicht angespannt, so dass es sogar für einige Tage zu müllbedingten Teillastbetrieben kam.

Selbst in den Revisions- und Umbauphasen hat die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG einwandfrei mit jeweils 2 Straßen alle Entsorgungsverpflichtungen abarbeiten können.

Dabei lag trotz der zuvor geschilderten Umstände die Zeitverfügbarkeit an allen 3 Linien höher als 90%.

Gleichzeitig mit den Revisionen wurde für die gesamte Anlage die Leittechnik umfassend modernisiert, ohne dass es zu Betriebsausfällen bzw. -problemen gekommen ist. Der Umbau der Rauchgasreinigungsanlage hat ebenfalls - dank einer hervorragenden Planung - einwandfrei funktioniert. Inzwischen konnten auch alle Wäscher der alten Rauchgasreinigung zurückgebaut werden.

Ebenso gleichmäßig und zuverlässig war die Dampfproduktion.

Durch den Umbau der Rauchgasreinigung konnten alle Erwartungen an die Einsparung von Gas übertroffen werden; sie betrugen mehr als 49,7 Millionen kWh. Dies entspricht immerhin dem jährlichen Gasverbrauch von ca. 4.100 Reihenhäusern.

Aufgrund des Umbaus konnte ebenfalls der betriebsinterne Stromverbrauch um mehr als 30% gesenkt werden.

Beide Auslastungspartner haben sich bemüht, möglichst viel klassische Hausmüllmengen in die Anlage zu fahren. Ebenso konnten höherkalorische Gewerbe- und Industrieabfälle durch das konsequente Mischen auf einen relativ gleichen Heizwert eingestellt werden.

Abfallwirtschaftliche Situation

Die MVA-Anlagenbetreiber machen sich landesweit und bundesweit untereinander enorm Konkurrenz. Nahezu alle MVA-Anlagenbetreiber werden bei ihrer Preisgestaltung von den äußerst günstigen Preisen der EBS-Kraftwerke unter Druck gesetzt.

Auch die nach wie vor in großem Umfang bestehenden Möglichkeiten einer Mitverbrennung aufbereiteter Abfallmengen in konventionellen Kraftwerksanlagen setzen den MVA-Betreibern erheblich zu.

Nur selten gelingt es den MVA-Betreibern, ihre freien Kapazitäten auf dem Niveau ihrer Produktionskosten per Tonnage zu vermarkten. In der Regel muss durch entsprechende Ausgleichszahlungen der Hausmüllgebührenzahler diese Verbrennungsleistung zu einem Teil indirekt mitfinanzieren.

Das Konkurrenzpotenzial von EBS-Kraftwerken ist anders als befürchtet nur gering angestiegen, so dass die Sogwirkung im relevanten MVA-Abfallmarkt derzeit noch zu bewältigen ist.

Der dauerhafte Ausbau von Mitverbrennungskapazitäten in Braunkohlenkraftwerken hat sich im Einzugsbereich der MVA Weisweiler nicht erhöht.

Wirtschaftliche Situation

Die jeweiligen Pflichtkontingente der beiden Auslastungspartner wurden vollständig erfüllt. Die dafür im Lieferplan des Wirtschaftsplanes geschaffene Basis wurde umgesetzt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind in der Zusammenarbeitsvereinbarung für das Pflichtkontingent abschließend geklärt. Die Vermarktung der freien Spitze erfolgte bei beiden Auslastungspartnern zu Marktkonditionen.

Das im Jahr 2009 beendete LSP-Nachprüfverfahren durch die Preisprüfungsbehörde der Bezirksregierung Köln hat zu erheblichen Erstattungen der RWE Power AG geführt. Diese Mittel standen der MVA ganzjährig zur Verfügung. Dadurch verfügte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 immer über ausreichende Liquidität.

Die Liquidität aus den zuvor genannten Sachverhalten stand der Gesellschaft inklusive entsprechender Zinseinnahmen seit mehreren Jahren zur Verfügung und hat auch dazu beigetragen, dass die Umbaumaßnahmen in der Rauchgasreinigungsanlage ohne Kreditaufnahme finanziert werden konnten.

Das bundesweite Benchmark hat aufschlussreiche Ergebnisse für die Zukunft der MVA Weisweiler gebracht. Insbesondere wurde nochmals deutlich, wie überdurchschnittlich sich die Personalkosten im Bereich des Dienstleistungsvertrages im Vergleich zu den durchschnittlichen Personalkosten anderer Anlagen darstellen.

Ebenso wurde eindrucksvoll bestätigt, dass sich die Energieverbräuche innerhalb der letzten zehn Jahre um bis zu 50% haben senken lassen können und dass der laufende Betrieb der MVA Weisweiler zu teilweise überdurchschnittlich guten Konditionen gefahren werden kann.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Das im Jahr 2009 eingeleitete LSP-Schiedsverfahren zwischen den Gesellschaftern konnte Ende des Geschäftsjahres abgeschlossen werden.

Die im Sommer des Jahres 2010 von Mitgliedern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen initiierten Prüfungen über die Auswirkungen der Stilllegung einer Verbrennungsstraße u.a. wurden im gesamten Geschäftsjahr weiter bearbeitet, wobei eine Prioritätensetzung auf Grund aktueller Ereignisse (Quecksilber u.a.) eine abschließende Bewertung noch nicht ermöglichte. Hintergrund für diese Verzögerung war auch die erfolgreiche Teilnahme der MVA Weisweiler dem o.g. bundesweiten Benchmark mit mehr als 30 Anlagen der unterschiedlichsten Größenordnungen. Das Ergebnis dieser Bewertung soll auch in die Beantwortung der o.g. Fragestellungen mit einfließen.

Ein intensiver Erfahrungsaustausch in allen technischen Fragen hat sich zwischen der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und der EGK Krefeld etabliert. Eine gemeinsame Beschaffung von Einsatzstoffen in der Rauchgasreinigungsanlage ist als gemeinsames Projekt vorbereitet worden.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die Umsatzerlöse (56.510 T€; Vj. 57.232 T€) waren um 722 T€ (1,3 %) leicht rückläufig.

Der starke Zuwachs der sonstigen betrieblichen Erträge (14.390 T€; Vj. 1.321 T€) resultiert im Wesentlichen aus den im Schiedsvergleich im Zusammenhang mit den Erträgen aus der LSP-Preisprüfung festgelegten Umsetzungsmodalitäten.

Durch eine günstige Entwicklung der Instandhaltungsaufwendungen verzeichnete der Materialaufwand (25.579 T€; Vj. 28.904 T€) einen starken Rückgang um 11,5 %.

Der vergleichsweise starke Anstieg der Abschreibungen (21.035 T€; Vj. 16.930 T€) ist begründet durch außerplanmäßige Abschreibungen im Rahmen des Umbaus der Rauchgasreinigungsanlage.

Der hohe Jahresüberschuss von 13.475 T€ ist wesentlich geprägt durch einen Sondervorgang als Folge des bereits erwähnten Schiedsvergleichs.

Nach den neuen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften (BilMoG) sind sogenannte Aufwandsrückstellungen nicht mehr zulässig. Da im Rahmen des LSP-basierenden kalkulatorischen Umfelds der MVA KG diesbezügliche Abgrenzungen weiterhin berücksichtigt werden dürfen, wird es künftig handelsrechtlich zu größeren Ergebnisschwankungen kommen.

Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung setzt sich wie folgt zusammen:

	2011	2010
	TEUR	TEUR
A. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	20.477	12.738
B. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-5.059	- 5.683
C. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-16.552	- 16.552
D. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-1.134	-9.497
E. Finanzmittelfonds am Jahresanfang	27.110	36.607
F. Finanzmittelbestand am Jahresende	25.976	27.110

Der Anstieg der Abflüsse aus dem Cashflow aus der Investitionstätigkeit resultiert aus der Umrüstung der Rauchgasreinigungsanlage.

Insgesamt beträgt der Finanzmittelbestand am Ende des Geschäftsjahres 25.976 T€ (Vj. 27.110 T€).

Vermögenslage

Die Eigenkapitalquote (3,8%; Vj. 3,3%) hat sich nur unwesentlich verändert. Die Eigenkapitalquote ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zwar sehr niedrig, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten. Weiterhin wird der Jahresüberschuss entsprechend des Gesellschaftsvertrags und diesbezüglicher Beschlüsse den Gesellschafterkonten gutgeschrieben und danach nicht mehr unter dem Eigenkapital ausgewiesen. Somit bleibt das Eigenkapital trotz des Jahresüberschusses in seiner absoluten Höhe gleich.

Die permanente Optimierung des Anlagenbetriebs führt inzwischen zu Reisezeiten von deutlich über zwölf Monate. Diesem positiven Umstand wurde in den vergangenen Jahren aus Gründen einer sachgerechten periodischen Zuordnung durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen. Leider lassen die neuen Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes die Bildung sogenannter Aufwandsrückstellungen nicht mehr zu.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse der MVA KG sind weiterhin geordnet. Die Liquidität ist sichergestellt. Für die Abflüsse, die aus Sondersachverhalten resultieren werden, stehen zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses liquide Mittel zur Verfügung. Die Umrüstung der Rauchgasreinigungsanlage zog auch außerplanmäßige Abschreibungen nach sich, die im Rahmen der kalkulatorischen Rahmenbedingungen in die Entgelte einfließen und somit eine zeitnahe Amortisation der Investitionen ermöglichen bzw. deren Finanzierung dienen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Nach dem erfolgreichen Umbau der Rauchgasreinigungsanlage, sowie anderer Verbesserungsmaßnahmen können die Betriebskosten ab 2012 insgesamt gesenkt werden. Damit ist die Wettbewerbsfähigkeit der MVA Weisweiler im Verhältnis zu den Vorjahren für die Zukunft grundsätzlich gestärkt. An weiteren Einsparpotentialen wird gearbeitet.

Beide Auslastungspartner werden in 2012 ihre eingegangenen Kontingentverpflichtungen ebenso erfüllen können wie die Auslastung der freien Spitze.

Es wird nach wie vor von beiden Auslastungspartnern darauf geachtet werden, dass möglichst wenig hochkalorische Mengen und Materialien in der MVA Weisweiler zum Einsatz kommen.

Die Betriebsmannschaft muss ihrerseits darauf achten, dass durch eine zuverlässige und umfassende Mischung der angelieferten Müllmengen ein gleichmäßiges Verbrennungsmaterial zum

Einsatz kommt, so dass ein möglichst hoher Durchsatz erzielt und eine möglichst schonende Fahrweise ermöglicht wird.

Die sich verbessernde Kooperation der Müllverbrennungsanlagen im Regierungsbezirk Köln stellt sicher, dass jederzeit - auch in unvorhersehbaren Stillstandssituationen - die Entsorgungsverpflichtungen der öffentlichen Gebietskörperschaften sichergestellt werden. Unter Inanspruchnahme weiterer Verbrennungskapazitäten ist auch sichergestellt, dass alle Mengen aus Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe in angemessener Frist entsorgt werden. Die Priorität bei der Behandlung von Beseitigungsmengen ist vertraglich zwischen den Auslastungspartnern geregelt.

Aus den zuvor geschilderten Umständen kann eine stabile Geschäftsentwicklung der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2012 prognostiziert werden.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Verabschiedung Landesabfallplan NRW

Die im Juni 2010 angekündigte Neuaufstellung des NRW-Landesabfallplans durch die neu gebildete Landesregierung wird in 2012 sachlich/inhaltlich vorbereitet, sodass das eigentliche Aufstellungsverfahren 2013 erfolgen kann. Dabei hat die neue Landesregierung die Einhaltung der vorgegebenen 5stufigen Abfallhierarchie als Teil des neuen Abfallplanes vorgesehen. Damit werden Maßnahmen der Abfallvermeidung und der Vorbereitung für eine Wiederverwertung und die stoffliche Verwertung mit Vorrang vor der thermischen Behandlung auch im Landesabfallplan berücksichtigt werden. Zu befürchten ist, dass hier die Verbrennungsmengen im Bereich der Siedlungsabfälle zurückgehen werden.

In welcher Größenordnung dies geschieht und wie sich dies auf die Verbrennungsmengen bzw. die Qualität des eingesetzten Materials auswirken werden wird, kann derzeit nicht seriös vorhergesehen werden.

Durch die Verpflichtung zur flächendeckenden Einführung bzw. Aufstellung von Biotonnen wird sich jedenfalls der Heizwert in gewissem Umfang erhöhen.

Zurückgehende Abfallmengen aus dem Hausmüllbereich müssen durch stärkere Akquisition im gewerblichen Bereich ausgeglichen werden, so dass auch über diese Schiene mit höheren Heizwerten gerechnet werden muss.

Anlieferungen aus den Niederlanden und Belgien werden angesichts der dort vorherrschenden Preisgestaltung - wenn überhaupt - nur noch in äußerst geringem Umfang die MVA Weisweiler erreichen. Ob sich die Gesellschaft von der EU bzw. der Bundesregierung initiierten Sonder- und Hilfsaktionen beteiligen wird, um Umweltmissstände in anderen europäischen Ländern durch Zurverfügungstellung von Verbrennungskapazitäten zu minimieren, bleibt offen und muss im konkreten Einzelfall vom Aufsichtsrat mit den Gesellschaftern entschieden werden. Zusätzliche Umsätze können durch derartige Aktionen generiert werden, wie die Verbrennung von Mengen aus Kampagnen im Jahre 2009 eindrucksvoll gezeigt hat.

Im neuen Landesabfallplan sollen auch feste Einzugsgebiete für alle abfallwirtschaftlichen Anlagen etabliert werden. Diese Festsetzungen sollen sich nach den europäischen Grundprinzipien von Autarkie und Nähe gestalten, um insbesondere die Verkehrsbelastungen, die mit abfallwirtschaftlichen Anlagen verbunden sind, auf das unbedingt Notwendigste zu beschränken. Offensichtlich soll auch das Ziel einer gewissen Grundauslastung der einzelnen Anlagen verfolgt werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Diesbezügliche Sachverhalte liegen außer dem zuvor genannten Erlass zum Landesabfallplan nicht vor.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalentwicklung

Im Jahr 2011 waren bei der MVA Weisweiler 10 Mitarbeiter/-innen (MA) in Vollzeit, 1 MA in Teilzeit und 3 Aushilfen (geringfügig) beschäftigt.

Gerade die Umbaumaßnahmen, die parallel zur Revision durchgeführt wurden, erforderten ein hohes Maß an Engagement, so dass auch zusätzlich nochmal im Rahmen des Revisions- und Umbaumanagements noch weitere Firmen mit entsprechenden Fachleuten hinzugezogen werden mussten. Neue Stellen wurden für diese enorme Zusatzaufgabe nicht geschaffen.

Das technische Personal erfüllt überwiegend Controllingaufgaben gegenüber dem technischen Betriebsführer der RWE Power AG, Kraftwerk Weisweiler und greift in immer stärkerem Maße auch gestalterisch in Arbeitsabläufe ein. Zudem sind den Fachingenieuren auch Planungsaufgaben übertragen worden.

Die Überwachung der Aufgabenerledigung des technischen Betriebsführers muss immer stärker intensiviert werden.

Der Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG der AWA Entsorgung GmbH sieht vor, dass alle kaufmännischen Aufgaben von der kaufmännischen Abteilung des Gesellschafters der AWA Entsorgung GmbH durchgeführt werden.

Im Jahr 2011 konnte eine ruhestandsbedingte Vakanz im Ingenieurbereich mit einem qualifizierten Sachingenieur beseitigt werden.

Ebenso konnte eine beim Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH ausgebildete Bürokauffrau für den Sekretariatsbereich übernommen werden.

Umweltschutz

Die hochwertige technische Ausstattung der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hat sich im Geschäftsjahr 2011 außerordentlich bewährt.

Die illegale Quecksilberbringung hat alle dafür vorgesehenen Messgeräte und Komponenten erfolgreich arbeiten lassen, so dass mit dieser Betriebsstörung verbundenen Umweltauswirkungen auf ein Minimum reduziert werden konnten.

Im Übrigen werden alle umweltrelevanten Grenzwerte permanent unterschritten, so dass das Unternehmensziel Umweltschutz ganz besonders erfolgreich umgesetzt werden konnte.

Die entsprechenden Detailangaben über die Einhaltung der Grenzwerte sind für jedermann transparent nachvollziehbar über Intern& und die regelmäßigen Veröffentlichungen der aufbereiteten monatlichen Emissionsdaten. Dies und die Informationspolitik der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG führen dazu, dass die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG eine sehr hohe Akzeptanz in der Region genießt.

Die besten Zeugen für das ununterbrochene Interesse an der Technik der MVA Weisweiler sind die zahlreichen Besucher und die gelegentlich lange Liste der wartenden Besuchergruppen, die während der Revisions- und Umbaumaßnahmen die Anlage aus Sicherheitsgründen nicht besuchen können.

Dass trotz der Quecksilberbetriebsstörung keine Grundsatzkritik an der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG in der Öffentlichkeit geübt wurde, zeigt, dass die konventionelle Verbrennungstechnik ein hohes Maß an Akzeptanz genießt. Dies ist erneut der Beweis, dass sich hohe Investitionen in den Umweltschutz langfristig lohnen.

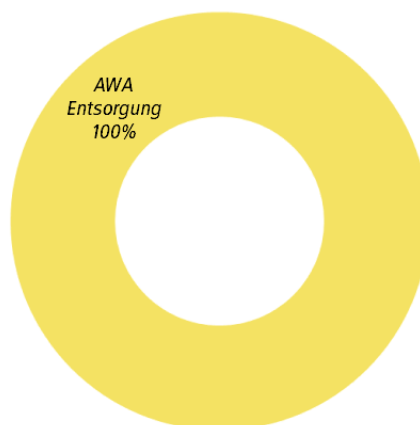
AWA Service GmbH

Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	AWA Service GmbH
Sitz	Zum Hagelkreuz 24, 52249 Eschweiler
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	2004
Geschäftsführer	Ulrich Reuter Karl Rambadt
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	25.000,00 EUR
Mitarbeiter	37(Durchschnitt)

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen, einschließlich Errichtung, Erwerb und Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen. Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gesellschaftsgegenstand zu fördern. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich mit Zustimmung der Gesellschafter an anderen Gesellschaften zu beteiligen. Die Gesellschaft darf Grundstücke erwerben sowie eigenen und fremden Grundbesitz verwalten und verwerten.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer Ulrich Reuter
Karl Rambadt

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Die Zahl der Geschäftsführer richtet sich nach dem Aufgabenumfang der Gesellschaft. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist er stets alleinvertretungsberechtigt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter durch ihre gesetzlichen Vertreter vertreten. Darüber hinaus kann sich jeder Gesellschafter durch rechtsgeschäftliche Vertreter vertreten lassen. Abweichend hiervon kann die Gesellschafterversammlung weitere Personen als Vertreter oder Beistand in der Gesellschafterversammlung zulassen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009	2010	2011
Anlagevermögen	1.874 61%	1.802 52%	1.449 45%
Umlaufvermögen	1.181 39%	1.658 48%	1.741 54%
Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	13 0%	15 0%
Bilanzsumme Aktiva	3.055	3.473	3.204
Eigenkapital	226 7%	283 8%	324 10%
Rückstellungen	115 4%	138 4%	127 4%
Verbindlichkeiten	2.714 89%	3.052 88%	2.754 86%
Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Passiva	3.055	3.473	3.204

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	5.029	6.141	6.389
sonstige betriebliche Erträge	463	520	717
Betriebsleistung	5.492	6.661	7.106
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	1.890	3.191	3.462
Personalaufwand	1.403	1.370	1.459
Abschreibungen	757	443	476
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.283	1.492	1.580
Betriebserfolg	158	164	129
Finanzerfolg	-72	-54	-41
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	86	110	87
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	48	53	47
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	38	57	40

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum städtischen Haushalt.

Lagebericht

A. Geschäftsverlauf 2011

1. Allgemeine Entwicklung des Unternehmens

Die AWA Service GmbH wurde durch notarielle Urkunde vom 19. Juli 2004 gegründet und am 20. September 2004 unter der HRB 12652 in das Handelsregister Aachen eingetragen.

Die AWA Service GmbH hat die Aufgabe, als 100 %ige Tochtergesellschaft der AWA Entsorgung GmbH abfallwirtschaftliche Dienstleistungen im Auftrage des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) und der AWA Entsorgung GmbH zu erbringen. Die Beauftragung der AWA Service GmbH durch die AWA Entsorgung GmbH erfolgte aufgrund eines umfangreichen Vertragswerkes, das am 18. Februar 2005 unterzeichnet wurde. Die AWA Entsorgung GmbH ist wiederum durch ein umfangreiches Vertragswerk durch den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) beauftragt worden.

Der Geschäftsverlauf 2011 hat wiederum unsere positiven Erwartungen erfüllt. Im Einzelnen sind zu erwähnen:

a) ELC Horm

Im Betrieb des ELC Horm hat sich beim Betrieb der für die Zwischenlagerung genutzten Rotteboxen die Umrüstung aus dem vergangenen Jahr - Austausch eines Kettenantriebes durch einen Zahnstangenantrieb und Neuprogrammierung bzw. Neuinstallation von Steuerungstechnik - bereits ausgezahlt. Die Lagerkapazität für die MVA konnte dadurch außerordentlich flexibel betrieben werden. Ansonsten sind weitere Betriebsoptimierungen zu erwähnen, die beispielsweise zu Reduzierungen des Energieverbrauchs beigetragen haben.

Herausragend im Betrieb des ELC Horm war allerdings die Sortieraktion der Berufsfeuerwehr Aachen an einem MVA-Container, der im Verdacht stand, quecksilberhaltige Abfälle zu enthalten.

Hierfür war in der Bioumladehalle ein vollkommen isoliertes Schutzzelt errichtet worden, in dem die Feuerwehr unter schwerem Atemschutz die Sortiertätigkeit durchgeführt hat. Die Maßnahme erfolgte in engster Abstimmung und unter Aufsicht der Genehmigungsbehörden und der federführenden Staatsanwaltschaft Aachen.

Weiterhin zu erwähnen ist ein Brandereignis am 13.02.2011, das vermutlich durch die Selbstentzündung einer Sprayflasche ausgelöst wurde. Eine starke Rauchentwicklung hat sehr schnell zu einem großen Feuerwehreinsatz geführt. Der Schaden war nach kürzester Zeit unter Kontrolle. Da die Rotteboxen in sich geschlossene Betonbehälter sind, war ein Übergreifen auf andere Bereiche allerdings ohnehin nicht möglich. In Abstimmung mit unserem Brandschutzbeauftragten und den Behörden muss aber weiterhin auf spezielle Brandmeldesysteme verzichtet werden. In Abstimmung mit unserem Brandschutzbeauftragten und den Behörden muss aber weiterhin auf spezielle Brandmeldesysteme verzichtet werden. Dies ist in der relativ hohen Staubbelastung der Boxen begründet, die einen ordnungsgemäßen Betrieb von Brandmeldeeinrichtungen verhindern.

b) Sonstige Aktivitäten

Zum Jahresende 2011 wurde eine Neustrukturierung der Vertriebsaktivitäten von AWA Entsorgung GmbH und AWA Service GmbH vorgenommen. Zukünftig wird die AWA Entsorgung GmbH schwerpunktmäßig die kommunalen Kunden betreuen, während die AWA Service GmbH für die gewerblichen Kunden verantwortlich ist. Mit dieser Neustrukturierung soll eine klare Ausrichtung der Akquisitionsbemühungen erreicht werden, die für die Auslastung insbesondere der Verbrennungskongente wichtig ist.

2. Entsorgung und behandelte Mengen

Die Durchsatzleistung des ELC Horm lag mit ca. 59.036 t geringfügig über dem Vorjahreswert. Wiederum wurde ein erheblicher Anstieg des Papier- und Pappe-Umsatzes erreicht, da wir zwischenzeitlich verstärkt auch für Drittanlieferer unsere Papierpresse betreiben.

Auffallend ist der starke Rückgang der Schadstoffmengen aus der mobilen Schadstoffsammlung. Hier wird eine Ursachenforschung betrieben. Allerdings wird der Rückgang teilweise kompensiert durch angestiegen Anliefermengen an der Sammelstelle Aachen-Lilienthalstraße und durch Mengen aus der Schulentorgung. Diese Mehrmengen bleiben allerdings deutlich hinter den sonstigen Rückgängen zurück.

3. Umsatzerlöse

Trotz der erheblichen Umsatzzuwächse im Vorjahr konnte nochmals an die positive Umsatzentwicklung der letzten Jahre angeknüpft werden. Die Umsätze in Höhe von 6.389 TEUR lagen um 248 TEUR über dem Vorjahr.

B. Lage der Gesellschaft

1. Vermögens- und Finanzlage

Die Zugänge im Anlagevermögen in Höhe von insgesamt 123 TEUR resultieren schwerpunktmäßig aus Investitionen im Bereich des Fuhrparks und aus Anschaffungen von Containern.

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch Einräumung von vertraglich geregelten Gesellschafterdarlehen gewährleistet. Der Darlehensvertrag beinhaltet Regelungen für ein Investitionsdarlehen

sowie für ein Liquiditätsdarlehen zur Finanzierung des laufenden Geschäftsverkehrs. Das Liquiditätsdarlehen wird bei Bedarf in Anspruch genommen. Die von der AWA Entsorgung gewährten Darlehen dotieren zum Stichtag mit 1.106 TEUR (Vorjahr 1.582 TEUR). Die Tilgungen erfolgen planmäßig entsprechend den getroffenen Vereinbarungen.

Die Kapitalflussrechnung setzt sich wie folgt zusammen:

	2011	2010
	(TEUR)	(TEUR)
A. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	638	1.015
B. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-85	-361
C. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-476	-278
D. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	77	376
E. Finanzmittelfonds am Jahresanfang	1.324	948
F. Finanzmittelfonds am Jahresende	1.401	1.324

Das Verhältnis von Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital zum Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad II) weist einen Wert von 67% aus. Das Umlaufvermögen deckt das kurzfristige Fremdkapital mit einem Wert von 79% ab.

Beide Werte erreichen damit zwar nicht vollständig die betriebswirtschaftlich empfohlene Maßgabe einer fristenkongruenten Finanzierung, woraus aber aufgrund des strukturellen Umfelds kein Risikopotential abzuleiten ist.

2. Ertragslage

Obwohl im Vorjahr eine erhebliche Steigerung der Umsätze zu verzeichnen war, konnte im Geschäftsjahr 2011 ein weiterer Zuwachs erreicht werden (6.389 TEUR; Vj. 6.141 TEUR), was einer Steigerung von 4% entspricht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von insgesamt 701 TEUR (Vj. 517 TEUR) beinhalten zu einem hohen Anteil Weiterberechnungen von Fremdbetankungen.

Die Entwicklung der Materialaufwendungen und die Erlöse aus der Altpapierannahme korrespondieren in einem gewissen Rahmen, da aufgrund entsprechender Vereinbarungen die Preisentwicklung bei den Vergütungen an Dritte berücksichtigt werden muss. Durch einen moderaten Anstieg der bezogenen Leistungen kam es insgesamt zu einem Anstieg des Rohertrags (3.628 TEUR; Vj. 3.467 TEUR).

Der Zinsaufwand resultiert ausschließlich aus Zinsen für das Gesellschafterdarlehen, das insbesondere den Erwerb des ELC Horm sowie weitere Investitionsmaßnahmen finanziell sicherstellt.

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem Ergebnis vor Ertragssteuern in Höhe von 50,6 TEUR ab. Nach Ertragssteuern (10,1 TEUR) beträgt der Jahresüberschuss 40,5 TEUR.

C. Risikomanagement

Das installierte Risikomanagementsystem wird in der Gesellschaft aktiv gelebt. Die kontinuierliche Fortschreibung ist durch unsere Beratungsgesellschaft unter Einbeziehung unserer betroffenen Mitarbeiter sichergestellt.

D. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die in den vergangenen Jahren getätigten Optimierungsmaßnahmen im ELC Horm sowie die Neustrukturierung des Vertriebs sollen die AWA Service GmbH gegenüber ihren gewerblichen Kunden wesentlich besser positionieren.

So sollen zum Beispiel die Möglichkeiten zur Sortierung von Papier im ELC Horm im Jahre 2012 ausgebaut werden, um zusätzliche Mengenströme wirtschaftlich bearbeiten zu können. Auch der Vertrieb soll einen deutlichen Beitrag sowohl zum Betrieb des ELC Horm als auch der anderen Anlagen – im AWA-Verbund – leisten.

Bestandsgefährdende Risiken werden aufgrund des eng begrenzten Geschäfts und der vertraglichen Bindungen zur Muttergesellschaft jedoch nicht gesehen.

E. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag liegen nicht vor.

F. Sonstige Angaben

Sitz der Gesellschaft ist Eschweiler. Wesentliche Bereiche der kaufmännischen und technischen Verwaltung werden im Rahmen einer Geschäftsbesorgung von der Muttergesellschaft erledigt. Zum Abschlussstichtag beschäftigte die AWA Service GmbH insgesamt 35 Mitarbeiter.

Die Gesellschaft betreibt Betriebsstätten in Hürtgenwald-Horm (Entsorgungs- und Logistikcenter Horm), in Aachen (Schadstoffsammelstelle/ Recyclinghof) und in Eschweiler (ELC Warden: Betriebsführungsaufgaben auf dem Deponiegelände, Sonderabfallzwischenlager, Betrieb einer Papierumladehalle).

Der Betrieb der Anlagen erfolgte ohne besondere Ereignisse in Übereinstimmung mit den betrieblichen Vorgaben und Genehmigungsaufgaben.

03

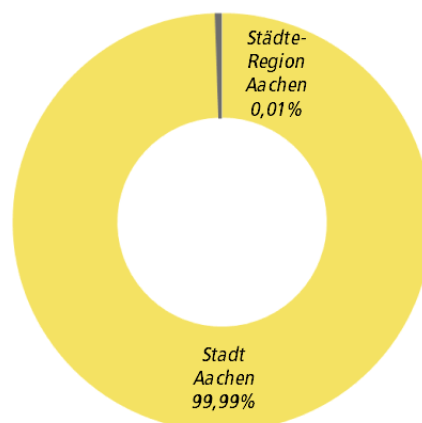


Bereich Energie

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH	Gesellschafter
Sitz	Neuköllner Str. 1, 52068 Aachen	
Rechtsform	GmbH	
Gründungsjahr	1972	
Geschäftsführer	Dr. Christian Becker Michael Carmincke	
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat	
Stammkapital	14.049.880,00 EUR	
Mitarbeiter	150 (Durchschnitt)	



Gegenstand des Unternehmens

Die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben, der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in Stadt und StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen sind Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer Dr. Christian Becker
Michael Carmincke

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Marcel Philipp	Oberbürgermeister
stellv. Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
2. stellv. Vorsitzender	Claus Schramm	Arbeitnehmersvertreter
	Harald Baal (CDU)	Ratsmitglied
	Gaby Breuer (CDU)	Ratsmitglied
	Leo Buse	Arbeitnehmersvertreter
	Sabine Göddenhenrich (Grüne)	Ratsmitglied
	Karl-Heinz Goldin	Arbeitnehmersvertreter
	Dr. Alexander Heyn (FDP)	sachk. Bürger
	Heiner Höfken (SPD)	Ratsmitglied
	Roland Jahn (Grüne)	Ratsmitglied
	Kurt Lennartz	Arbeitnehmersvertreter
	Maike Schlick (CDU)	Ratsmitglied
	Angelika Weinkauff (SPD)	Ratsmitglied
	Peter Zimmermann	Arbeitnehmersvertreter

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung besteht aus bis zu vier Geschäftsführern, von denen einer dem Vorstand der STAWAG und einer dem Vorstand der ASEAG angehören muss. Der dritte Geschäftsführer wird von der Stadt Aachen vorgeschlagen. Der vierte Geschäftsführer wird von der StädteRegion Aachen vorgeschlagen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern. Die Stadt Aachen stellt zwei und der Kreis Aachen ein Mitglied(er). Die übrigen Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt. Eines der von der Stadt Aachen gestellten Mitglieder ist der Oberbürgermeister oder ein von ihm benannter Vertreter. Die StädteRegion Aachen entsendet den Städteregionsrat oder einen von ihm benannten Vertreter. Zehn der Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern bestimmt, fünf von den Arbeitnehmern nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes gewählt.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	58.367	68%	57.786	59%	57.164	63%
Umlaufvermögen	27.818	32%	40.053	41%	33.836	37%
Rechnungsabgrenzungsposten	21	0%	87	0%	0	0%
Bilanzsumme Aktiva	86.206		97.925		91.000	
Eigenkapital	47.908	56%	28.011	29%	29.986	33%
Rückstellungen	9.501	11%	8.209	8%	12.160	13%
Verbindlichkeiten	28.698	33%	61.631	63%	48.805	54%
Rechnungsabgrenzungsposten	99	0%	74	0%	50	0%
Bilanzsumme Passiva	86.206		97.925		91.000	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	15.882	17.164	16.974
sonstige betriebliche Erträge	3.892	3.658	6.747
Betriebsleistung	19.774	20.822	23.721
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	5.748	6.388	5.986
Personalaufwand	8.608	9.050	9.393
Abschreibungen	678	725	566
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.159	4.508	4.280
Betriebserfolg	582	151	3.496
Finanzerfolg/ Ergebnis aus Beteiligungen	8.211	-5.185	5.727
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.792	-5.034	9.223
Steuern	4.688	10.758	7.248
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	4.105	-15.792	1.975

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Der Jahresüberschuss in Höhe von 1,975 Mio. EUR mindert den aus dem Vorjahr bestehenden Verlustvortrag. Dieser Verlustvortrag wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Lagebericht (gekürzte Fassung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.), Aachen, ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig.

Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG (ASEAG), Aachen und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG), Aachen, die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Die E.V.A. hat als bisher alleinige Gesellschafterin der regio iT im Berichtsjahr 25,0 Prozent ihrer Unternehmensanteile an die StädteRegion Aachen veräußert. Aufgrund der in 2010 erfolgten Änderung der Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen konnte der schon seit langem geplante Anteilsverkauf nunmehr durchgeführt werden. Darüber hinaus wurden 1,0 Prozent der Geschäftsanteile an die Stadt Aachen sowie 11,25 Prozent an den Zweckverband INFOKOM Gütersloh veräußert. Die E.V.A. hält damit mit 62,75 Prozent weiterhin den Mehrheitsbesitz. Im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres veräußerte die StädteRegion Aachen 3,75 Prozent Geschäftsanteile der regio iT an die INFOKOM Gütersloh.

Der Anteil der Geschäftsanteile an der gewoge AG (gewoge) beträgt weiterhin 5,9 Prozent.

Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch – administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Am Jahresende waren bei der E.V.A. 163 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildende und Aushilfen beschäftigt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 43 Jahre. Eine große Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stammt aus den Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG und wurde in den Jahren 2000 und 2001 in die E.V.A. übergeleitet.

Jährlich werden kaufmännische Ausbildungsplätze besetzt. Nach Bedarf werden die Auszubildenden im Anschluss an ihre Ausbildungszeit in befristete oder unbefristete Anstellungsverhältnisse übernommen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 2,0 Mio. Euro. Das Gesamtergebnis verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 17,8 Mio. Euro.

Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt 5,7 Mio. Euro und liegt damit 10,9 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis.

Die STAWAG konnte im Berichtsjahr 2011 aufgrund der Umsetzung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) zum 1. Januar 2010 eine weitere außerordentliche Zuführung zu der Pensionsrückstellung von insgesamt 9,8 Mio. Euro einstellen.

Desweiteren stärkte die STAWAG ihre Gewinnrücklagen um 2,5 Mio. Euro und führte wieder einen beachtlichen positiven Ergebnisbeitrag von 26,1 Mio. Euro an die E.V.A. ab.

Das Vorjahresergebnis der ASEAG war von einer außerordentlichen Zuführung zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 19,1 Mio. Euro infolge eines Arbeitsgerichtsprozesses geprägt, der auch im Berichtsjahr weitere Kosten verursachte. Demzufolge verringerten sich die Aufwendungen aus Verlustübernahme gegenüber dem Vorjahr um 17,2 Mio. Euro auf 19,4 Mio. Euro.

Die Beteiligungserträge betreffen mit 0,21 Mio. Euro die regio iT und mit 0,17 Mio. Euro die gewoge.

Der Buchgewinn aus dem Anteilsverkauf der regio iT in Höhe von 3,0 Mio. Euro wird im Jahresabschluss unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Insofern erhöhte sich das Betriebsergebnis um 3,3 Mio. Euro auf insgesamt 3,5 Mio. Euro.

Die Umsatzerlöse reduzierten sich insgesamt um 0,2 Mio. Euro auf 17,0 Mio. Euro. Davon resultierten 12,6 Mio. Euro (Vorjahr: 12,7 Mio. Euro) aus Verwaltungsdienstleistungen und 4,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4,4 Mio. Euro) aus der Vermietung von Immobilien.

Bis auf den bereits erwähnten Buchgewinn aus Finanzanlagenabgängen in Höhe von 3,0 Mio. Euro blieben die Sonstigen betrieblichen Erträge nahezu auf Vorjahresniveau.

Die Materialaufwendungen verringerten sich im Wesentlichen aufgrund geringerer Kosten für die Grundbesitzwirtschaft um 0,4 Mio. Euro auf 6,0 Mio. Euro.

Die Personalaufwendungen stiegen im Wesentlichen aufgrund einer Tariflohnsteigerung um 0,3 Mio. Euro auf 9,4 Mio. Euro. Im Jahresdurchschnitt wurden 150 Mitarbeiter (Vorjahr: 150) beschäftigt.

Die Abschreibungen resultieren im Wesentlichen aus Software und liegen mit 0,6 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau.

Die Sonstigen Aufwendungen reduzierten sich insbesondere durch geringere Beratungskosten um 0,2 Mio. Euro auf 4,3 Mio. Euro.

Das Steuerergebnis beinhaltet neben den Ertragssteuern des Berichtsjahres in Höhe von 6,4 Mio. Euro Belastungen für Vorjahre in Höhe von 0,8 Mio. Euro, die im Wesentlichen aus einer laufenden Betriebsprüfung resultieren.

Finanzlage

Im Jahr 2011 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 30,2 Mio. Euro.

Die Mittelverwendung resultiert mit 16,9 Mio. Euro aus der Erhöhung der flüssigen Mittel, wovon zum Bilanzstichtag 15,0 Mio. Euro als Termingeld angelegt wurden. Für den Abbau der Verbindlichkeiten, insbesondere aufgrund der Tilgung des außerordentlich hohen Verlustausgleichsanspruchs der ASEAG aus dem Jahr 2010, waren insgesamt weitere 12,8 Mio. Euro erforderlich.

Finanziert wurde dies im Wesentlichen mit 23,1 Mio. Euro durch höhere Cash-Pooling-Verbindlichkeiten gegenüber der STAWAG, die im Umlaufvermögen mit Forderungen aus der Gewinnabführung saldiert wurden.

Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 91,0 Mio. Euro und liegt damit um 6,9 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert.

Das Anlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen 62,8 Prozent des Gesamtvermögens. Die Finanzmittel aus dem Cash-Pooling sämtlicher Konzerngesellschaften betragen 31,6 Prozent und das übrige Umlaufvermögen 5,6 Prozent der Bilanzsumme. Die Forderung gegenüber der STAWAG aus der Gewinnabführung wurde dabei mit Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling saldiert.

Die Kapitalseite weist insgesamt 40,3 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die das Anlagevermögen zu 70,5 Prozent abdecken. Die mittel- und langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten resultieren überwiegend aus Gesellschafterdarlehen und betragen 11,5 Prozent der Bilanzsumme. Der Anteil der kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten beträgt 55,5 Prozent und besteht im Wesentlichen aus der Verlustausgleichsverpflichtung und Cash-Pooling-Verbindlichkeiten gegenüber der ASEAG. Die Eigenkapitalquote beträgt 33,0 Prozent.

Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der regio iT, der Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen, der STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen, der STAWAG Netz GmbH (STAWAG Netz), Aachen, sowie der FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen, einbezogen.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

Risikobericht

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) – konkretisiert durch den § 91 Abs. 2 Aktiengesetz – hat die Geschäftsleitung ein Überwachungssystem einzurichten, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Bei den halbjährlichen Risikoinventuren der E.V.A. für das Geschäftsjahr 2011 wurden keine bestandsgefährdenden Risiken identifiziert.

Die operativen Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells begrenzt und liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG. Anders ist dies bei den steuerlichen Risiken. Hier steht die E.V.A. als steuerliche Organmuttersgesellschaft für alle wirtschaftlichen Konsequenzen ein, die sich im Organkreis aus den dort stattfindenden Geschäftsaktivitäten ergeben. Aus der im Geschäftsjahr 2010 begonnenen und noch anhaltenden steuerlichen Betriebsprüfung für den Zeitraum 2005 bis 2008 entstanden bislang Prüfungsfeststellungen, für die die E.V.A. ihre Rückstellungen in 2011 um 0,8 Mio. Euro auf insgesamt 4,1 Mio. Euro erhöhte. Weitere steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind aktuell nicht erkennbar.

Die Risikolage der STAWAG sowie ihrer Tochtergesellschaften hat sich im Vergleich zum Vorjahr tendenziell erhöht. Dies liegt vor allem an der Entscheidung zur Energiewende sowie den Preisentwicklungen an den Commodity-Märkten, wo Preise für Primärenergieeinkäufe sowie Verkaufspreise von Strom gesichert werden können. Der plötzliche Ausstieg aus der deutschen Kernenergiepolitik und der beschleunigte Zubau bei regenerativen Erzeugungsanlagen verdrängt zum Teil die Stromproduktion von Gas- und Kohlekraftwerken, sodass deren Gewinnmargen unter Druck geraten. Kombiniert mit steigenden Brennstoffkosten und fallenden Stromnotierungen kann hieraus ein kumulativer Effekt entstehen, der die Werthaltigkeit und Ergebnisbeiträge der Kraftwerksbeteiligungen absenkt.

Darüber hinaus ist die STAWAG weiterhin der Gefahr von Kundenfluktuation und der Schwierigkeit der Neukundengewinnung ausgesetzt. Chancen bestehen andererseits darin, über die Teilnahme an Ausschreibungen von Konzessionen und Rekommunalisierungen solche Kundenverluste wieder auszugleichen. Günstig gestaltete sich in 2011 die Entwicklung an den Finanzmärkten, sodass die Befürchtung steigender Zinsen vorerst gebannt ist. Die STAWAG plant daher den baldigen Abschluss von Zinssicherungsgeschäften. Die Finanzierungsaufgabe für die Kanalnetzinvestitionen übernimmt zukünftig wieder die Stadt Aachen selbst. Der STAWAG werden aus der Zwischenfinan-

zierung der Kanalnetzinvestitionen aus den Jahren 2006 bis 2010 ca. 42 Mio. Euro zufließen, die das Kreditportfolio entlasten werden.

Das Risikoportfolio der ASEAG wurde 2011 zusätzlich zu den bereits in den Vorjahren erläuterten Risiken um ein neues wesentliches Risiko ergänzt. Sollten die seit einigen Jahren rückläufigen Ergebnisse bei der Tochtergesellschaft APAG durch bereits eingeleitete Maßnahmen nicht aufrechterhalten werden können, ergäbe sich vielleicht die Notwendigkeit, den Beteiligungsansatz der APAG in der Bilanz der ASEAG zu korrigieren. Ansonsten wird die Risikolage unverändert bestimmt durch den noch offenen Arbeitsgerichtsprozess, für den im letzten Jahr eine außerordentliche Rückstellung gebildet wurde, die Restrisiken aus dem 2017 auslaufenden Betrauungsakt als Mobilitätsdienstleister für die Städteregion, die sinkenden Zuschüsse und Fördermittel sowie den Risiken aus Umweltbelangen, sofern schadstoffreduzierende Maßnahmen schneller umgesetzt werden müssen als bereits eingeplant.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation hat keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Risikokonzentration erkennen lassen. Konkrete Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt.

Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2011 voll gerecht wurde.

Prognosebericht

Die führenden acht Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrem Frühjahrsgutachten 2012 die Wachstumsprognose für 2012 und 2013 nach oben korrigiert. Sie erwarten beim Bruttoinlandsprodukt einen Zuwachs für 2012 von 0,9 Prozent und für 2013 2,0 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen soll im Prognosezeitraum 2012/2013 auf 2,6 Millionen sinken. Die Arbeitslosenquote wird demnach von 7,1 Prozent (2010) auf 6,2 Prozent (2013) zurückgehen. Die Gutachter gehen davon aus, dass sich die Lage der öffentlichen Haushalte weiter entspannen wird. So wird das Budgetdefizit des Staates für 2012 auf 16 Mrd. Euro bzw. in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 0,6 Prozent sinken und die Verbraucherpreise um 2,3 Prozent steigen. Nichtsdestotrotz bestehen weiterhin Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung. So ist fraglich, ob die verschiedenen finanzwirtschaftlichen Rettungsschirme ausreichen werden, den Euroraum zu stabilisieren. Neben der Schuldenkrise Griechenlands gibt vor allem die negative konjunkturelle Entwicklung in Spanien Anlass zur Sorge. (Quelle: Frühjahrsgutachten 2012 der Wirtschaftsforschungsinstitute).

Die Unternehmen in Stadt und StädteRegion Aachen sind gemäß der aktuellen Konjunkturumfrage der IHK vom Januar 2012 mit einer positiven Erwartungshaltung in das neue Geschäftsjahr gestartet.

Die E.V.A. erwartet für das Wirtschaftsjahr 2012 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 5,7 Mio. Euro. Dabei geht die Gesellschaft im Bereich ihrer Dienstleistungen von einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aus. Auch für 2013 wird mit einem ausgeglichenen Betriebsergebnis gerechnet. Das Gesamtergebnis der EVA wird jedoch wesentlich beeinflusst durch die Gewinnabführung bzw. die Verlustübernahme von STAWAG und ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse von regio iT und gewoge.

Die STAWAG hat das Geschäftsjahr 2012 erfolgreich begonnen und geht auf der Grundlage der vorliegenden ersten Geschäftsdaten davon aus, dass das geplante Ergebnisniveau von 26,7 Mio. Euro vor Gewinnverwendung erreicht werden kann.

Für das Planjahr 2013 geht die STAWAG aufgrund der aktuellen Situation am Stromhandelsmarkt und den sich daraus für das Unternehmen ergebenden Auswirkungen auf die Erzeugungssparte derzeit von einem Rückgang des Ergebnisses auf rund 22,5 Mio. Euro aus. Sowohl die geschäftliche Entwicklung im Jahr 2012 als auch die Entwicklung in den Folgejahren werden dabei insbesondere im Geschäftsbereich Erzeugung, aber auch im Geschäftsbereich Vertrieb/ Beschaffung durch aktuelle Entwicklungen im internationalen und nationalen Umfeld beeinflusst. Das für die deutsche Energiewirtschaft prägende Thema wird die Gestaltung der Energiewende und der Umbau der Energieversorgung sein.

Die STAWAG verfolgt vor diesem Hintergrund weiterhin die Strategie, ihr Investitionsportfolio durch die Entwicklung attraktiver Projekte im Bereich Onshore-Wind und Photovoltaik zu nutzen. Im Bereich Windenergie ist die Entwicklung weiterer Projekte soweit fortgeschritten, dass im Geschäftsjahr 2012 weitere Windparks errichtet werden. Die im Verlauf des Geschäftsjahres installierten Photovoltaik-Anlagen werden im Geschäftsjahr 2012 einen relevanten Ergebnisbeitrag leisten können. Hinsichtlich des Baus neuer Anlagen ist die Situation aufgrund der politisch beschlossenen Senkung der Vergütungssätze angespannt.

Einen weiteren Schwerpunkt ihrer strategischen Aktivitäten sieht die STAWAG im Bereich Rekommunalisierung im erweiterten regionalen Umfeld. Im Fokus steht vor dem Hintergrund der Anreizregulierung auch die weitere Optimierung der organisatorischen Strukturen.

Insgesamt sieht sich die STAWAG durch die aktuellen Entwicklungen in ihrem strategischen Kurs bestätigt.

Nach positiver Prüfung des 4. EuGH-Kriteriums "durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen" im Jahr 2010 muss sich die ASEAG in den nächsten Jahren erneut großen Herausforderungen stellen, um dieses Prädikat in einem zunehmend dynamischen Umfeld auch langfristig zu sichern. Dabei wird die Ergebnisentwicklung im Wesentlichen von Faktoren wie der Neubewertung der Pensionsrückstellungen wegen des BilMoG, der Entwicklung der Lohntarife bei ASEAG und Subunternehmen bzw. der geplanten personellen Umschichtung im Fahrdienst von der ASEAG zur 100-prozentigen Tochter ESBUS, steigenden Umsatzerlösen, zunehmenden Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung und abnehmenden Ausgleichszahlungen für Schwerbehinderte sowie der Entwicklung der Dieselpreise beeinflusst.

Bei den Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung kommt es nach langen Jahren rückläufiger Ausgleichs nunmehr zu einer Steigerung. Die Schwerbehindertenquote wird nach aktuellen Zählungen weiter sinken, wodurch auch die hieraus resultierenden Zuschüsse abnehmen werden. Weiterhin rechnet die ASEAG mit Zuwächsen im Bereich der Zeitkarten. Die allgemeinen Kostensteigerungen können somit vollumfänglich durch Mehrerlöse gedeckt werden. Belastend wirkt sich hingegen die Veränderung des Beteiligungsergebnisses aus, da mit einem Ergebnisrückgang bei der APAG zu rechnen ist. Aufgrund dessen wird der geplante Jahresfehlbetrag für das Jahr 2012 19,7 Mio. Euro erreichen und damit um 0,3 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis liegen.

Für den Planungszeitraum bis 2016 rechnet die ASEAG mit einem gleich hohen Ergebnisniveau zwischen -19,3 Mio. Euro und -19,8 Mio. Euro. Dabei sollen Erlössteigerungen einen Großteil der Kostensteigerungen auffangen.

Das Programm zur Modernisierung der Busflotte ist mittlerweile weitestgehend abgeschlossen.

Das Ziel eines umweltverträglichen ÖPNV bleibt weiterhin bestehen. Die Vermarktung dieses ÖPNV soll durch das neue Kundencenter verbessert werden. Weiterhin sollen Maßnahmen, die aus der Kundenbedarfsanalyse des Jahres 2011 abgeleitet wurden, umgesetzt werden.

Die ASEAG als kommunales Verkehrsunternehmen und zuverlässiger Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen soll erhalten bleiben und zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister ausgebaut werden. Aus diesem Grunde beabsichtigt sie zusammen mit einem Partner, an der für 2012 avisierten Ausschreibung für die Euregiobahn (geplante Betriebsaufnahme 2016) teil zu nehmen.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2017, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Kreis Aachen im Jahr 2007 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden.

Die regio iT erwartet für die Wirtschaftsjahre 2012 und 2013 positive Jahresergebnisse vor Steuern von 2,2 Mio. Euro bzw. 2,3 Mio. Euro. Die Effekte aus dem Kauf der IT-Sparte von der INFOKOM werden eher mittelfristig gesehen. Der Umsatz wird sich bereits in 2012 signifikant auf 43 Mio. Euro erhöhen bei gleichzeitigem Anstieg der Materialaufwendungen, Personalkosten und Abschreibungen. Der Kauf der IT-Sparte zeigt schon positive Effekte, insbesondere im Bildungsbereich durch zusätzlich gewonnene Schulprojekte als auch bei den Bestandskunden, da sich durch den Zusammenschluss auch das Produktportfolio erweitert hat.

Das Jahr 2012 wird davon geprägt sein, die Prozesse an den beiden Standorten Aachen und Gütersloh zu harmonisieren bzw. das Integrierte Managementsystem (IMS) an bei den Standorten flächendeckend einzusetzen. Zum 1. April 2012 wird eine neue Organisationsstruktur der regio iT verabschiedet werden, mit dem Fokus, dass sich die Center und Teams standortübergreifend zusammensetzen, um die geforderte Effizienz leben zu können.

Die regio iT verfolgt weiterhin das Ziel, ihren Kundenkreis weiter auszubauen. Dies gelingt u.a. durch die Vermarktung des eigenentwickelten Wahlverfahrens „Votemanager“. Auch im Bereich der mobilen Applikationen, der perspektivisch einen Wachstumsmarkt darstellt, können erste Erfolge verzeichnet werden.

Der Gesellschafter StädteRegion Aachen hat sich im Rahmen des Erwerbs der Gesellschafteranteile die Möglichkeit einräumen lassen, je einen einprozentigen Anteil an die Kommunen der StädteRegion zu veräußern. Die Gespräche hierzu werden derzeit noch geführt. Es ist erkennbar, dass ein Großteil der Kommunen diese Optionen wahrnehmen wird. Auch die neu gewonnenen Kunden Stadt Düren und Kreis Düren beabsichtigen, Gesellschaftsanteile an der regio iT zu erwerben.

Insgesamt erwartet die EVA. für das Geschäftsjahr 2012 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 5,8 Mio. Euro. Aufgrund des Ergebnisrückgangs bei der STAWAG wird das Beteiligungsergebnis der EVA. für 2013 auf 1,2 Mio. Euro prognostiziert.

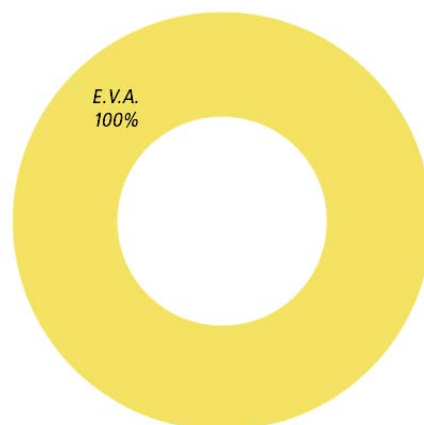
Stadtwerke Aachen AG

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Stadtwerke Aachen AG
Sitz	Lombardenstr. 12-22, 52070 Aachen
Rechtsform	AG
Gründungsjahr	1967
Vorstand	Dr. Peter Asmuth Dr. Christian Becker
Gremien	Hauptversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	43.520.000,00 EUR
Mitarbeiter	376 (Durchschnitt)
Internet	www.stawag.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben und Ziele der STAWAG sind die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungs- und Entsorgungsaufgaben. Außerdem gehört die grundbesitzwirtschaftliche Betätigung dazu.

Organe des Unternehmens

Vorstand	Dr. Peter Asmuth Dr. Christian Becker
-----------------	--

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Harald Baal (CDU)	Ratsmitglied
1. stellv.	Heiner Höfken (SPD)	Ratsmitglied
2. stellv.	Bernhard Wilhelm	Arbeitnehmersvertreter
	Willy Beyer	Arbeitnehmersvertreter
	Ferdinand Corsten (CDU)	Ratsmitglied
	Sabine Göddenhenrich (Grüne)	Ratsmitglied
	Annekathrin Grehling	Stadtkämmerin
	Dr. Alexander Heyn (FDP)	sachkundiger Bürger
	Norbert Kreitz	Arbeitnehmersvertreter
	Peter Kremer	Arbeitnehmersvertreter
	Monika Kuck (Grüne)	Ratsmitglied
	Marcel Philipp	Oberbürgermeister
	Dr. Margrethe Schmeer	Ratsmitglied
	Karl Schultheis (SPD)	Ratsmitglied
	Volker Willms	Arbeitnehmersvertreter

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Mitglieder des Vorstandes und kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellen. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen vertreten. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedarf.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Die E.V.A. entsendet den Oberbürgermeister und den Stadtkämmerer der Stadt Aachen in den Aufsichtsrat. Die Amtszeit des Aufsichtsrates endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr beschließt, das nach der Wahl des Aufsichtsrates beginnt. Die Amtszeit der auf Vorschlag der Stadt Aachen gewählten Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die innerhalb von vier Monaten nach Ablauf der Wahlperiode des Rates der Stadt Aachen abzuhalten ist. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied aus, so ist für die Restzeit ein Nachfolger zu wählen. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, einen ersten und einen zweiten Stellvertreter. Der zweite Stellvertreter ist aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter zu wählen.

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Die ordentliche Hauptversammlung findet spätestens innerhalb von 8 Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt. Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder im Verhinderungsfalle sein Stellvertreter. Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen, soweit Gesetz oder Satzung nichts anderes bestimmen, der einfachen Mehrheit des in der Versammlung vertretenen Grundkapitals.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	241.205	62%	250.953	56%	298.722	63%
Umlaufvermögen	143.871	37%	192.830	43%	175.972	37%
Rechnungsabgrenzungsposten	1.627	0%	2.260	1%	2.586	1%
Bilanzsumme Aktiva	386.703		446.043		477.280	
Eigenkapital	99.408	26%	102.208	23%	104.708	22%
Sonderposten für Zuschüsse	14.574	4%	15.011	3%	16.166	3%
Rückstellungen	120.479	31%	152.212	34%	166.094	35%
Verbindlichkeiten	152.206	39%	176.173	39%	190.290	40%
Rechnungsabgrenzungsposten	36	0%	439	0%	22	0%
Bilanzsumme Passiva	386.703		446.043		477.280	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	423.580	442.852	480.352
sonstige betriebliche Erträge	19.083	44.211	21.276
Betriebsleistung	442.663	487.063	501.628
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	312.934	328.981	357.689
Personalaufwand	45.515	31.853	32.882
Abschreibungen	17.876	16.187	16.504
Sonstige betriebliche Aufwendungen	49.194	50.107	49.267
Betriebserfolg	17.144	59.935	45.286
Finanzerfolg	16.663	-5.900	-6.406
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	33.807	54.035	38.880
außerordentliches Ergebnis	0	-21.024	-9.782
Sonstige Steuern	738	521	531
Gewinnabführung an E.V.A.)	-18.119	-29.690	-26.067
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	14.950	2.800	2.500

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über Ergebnisübernahmeverträge innerhalb des EVA - Konzerns und eine entsprechende Ausschüttung der EVA an die Stadt Aachen betroffen.

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG) ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Zentrale Aufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen zum umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie. Tochtergesellschaften der STAWAG verantworten die Bereitstellung von Personal für den Betrieb der städtischen Abwasserkanäle, den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze in Aachen sowie den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien.

Das Geschäftsjahr 2011 war durch die Fortsetzung der schnellen und deutlichen konjunkturellen Erholung nach der schweren Rezession des Jahres 2009 geprägt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm preisbereinigt in Deutschland um 3,1 Prozent zu, nachdem für das Jahr 2010 eine Zunahme von 3,6 Prozent zu verzeichnen war. Einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum leisteten auch im Jahr 2011 die Exporte, die real um 8,5 Prozent zunahmen. Im Schlussquartal des Jahres 2011 hat die deutsche Wirtschaft allerdings geringfügige Wertschöpfungseinbußen erlitten, die sich real auf 0,2 Prozent der Vorperiode beliefen. Diese Entwicklung deckt sich weitgehend mit dem Verlauf der Wirtschaft in der Eurozone im letzten Quartal.

Der Konjunkturaufschwung hat auch zu einem Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und einer äußerst positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland geführt. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent, während die Anzahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um 8,1 Prozent zurückging. Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosenquote für die Bundesrepublik Deutschland 7,1 Prozent.

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2011 nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen um 5,3 Prozent gesunken. Damit erreichte er im vereinigten Deutschland den bisher niedrigsten Wert, der selbst das krisenbedingt niedrige Verbrauchsniveau aus dem Jahr 2009 noch leicht unterschritt.

Als Ursache für diesen Rückgang ist vor allem die im Vorjahresvergleich deutlich mildere Witterung anzuführen, die den Wärmebedarf in allen Sektoren deutlich abgesenkt hat. Damit wurden auch die verbrauchssteigernden Wirkungen der gesamtwirtschaftlichen Leistung mehr als ausgeglichen. Bereinigt um den Temperatureinfluss beträgt der Rückgang des Primärenergieverbrauchs lediglich 1,0 Prozent.

Eine weitere Ursache für den sinkenden Energieverbrauch waren sicher auch die Reaktionen auf die erheblich gestiegenen Energiepreise und -kosten. Hinzu kam ein rein statistischer Effekt, der sich im Jahr 2011 besonders stark auswirkte, da einerseits die Kernenergie stark zurückgefahren und andererseits deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wurde. Ohne diesen Effekt wäre der Primärenergieverbrauch „nur“ um 3,8 Prozent statt um 5,3 Prozent gesunken. Zusammen mit den temperaturbereinigten Werten bewirkt der statistische Effekt einen mehr oder weniger unveränderten Primärenergieverbrauch.

Die Netzeinspeisungen bei der STAWAG Netz GmbH (STAWAG Netz) lagen im Berichtsjahr 2011 in den Sparten Gas und Fernwärme witterungsbedingt deutlich unterhalb der Werte aus dem Vorjahr. Für Strom und Wasser lagen die Netzeinspeisungen hingegen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Verkaufsmengen bei der STAWAG waren für Gas und Wärme, aufgrund der warmen Witterung und beim Gas zusätzlich wegen des zunehmenden Wettbewerbs rückläufig. Die verkauften Strommengen haben vornehmlich bei Handelsgeschäften zugenommen. Die Verkaufsmenge Wasser ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben.

Der Wettbewerbsdruck am Markt und die gravierenden Anforderungen der Regulierungsbehörden hatten auch im Berichtsjahr 2011 einen bestimmenden Einfluss auf Art und Umfang der Leistungserbringung in unseren Kerngeschäftsfeldern Vertrieb und Netze. Die STAWAG konnte dabei auf den verstärkt umkämpften Energiemärkten ihre starke Marktposition im Strom- und Gasbereich bei den Privatkunden in Aachen erneut behaupten.

Unsere Fernwärmestrategie mit ihrem Schwerpunkt, die Anschlussdichte in Bezug auf das vorhandene Fernwärmenetz zu erhöhen, wurde erfolgreich fortgesetzt.

Bei Übernahme der Betriebsführung des Kanalnetzes der Stadt Aachen durch die STAWAG im Jahr 2006 wurde das damals vorhandene Personal in die STAWAG Abwasser GmbH (STAWAG Abwasser) überführt. Auch im Berichtsjahr wurde das Personal der STAWAG Abwasser der STAWAG zur Erbringung der Betriebsführungsleistung kostendeckend zur Verfügung gestellt, so dass die STAWAG Abwasser erneut ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen konnte.

Die STAWAG Netz ist als hundertprozentige Tochtergesellschaft der STAWAG Pächterin der Netze und Anlagen. Sie plant und steuert als sogenannte „kleine Netzgesellschaft“ deren langfristige Instandhaltungs-, Erneuerungs- und Entwicklungsstrategie unter dem besonderen Aspekt der Kosteneffizienz bei gleichzeitiger Erhaltung der Netzsubstanz. Die STAWAG Netz ist Ansprechpartnerin der Regulierungsbehörden und somit auch Adressatin für deren Netzentgeltbescheide.

Gemäß § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG ist die STAWAG Netz mit den Tätigkeiten der in § 6b Abs. 3 EnWG aufgeführten Bereiche der Elektrizitäts- und der Gasverteilung betraut. Auf die in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen der STAWAG an ihre Tochter STAWAG Netz wird in der Anlage zum Tätigkeitsabschluss im Bereich der Strom- und Gasverpackung verwiesen.

Seit dem Jahr 2009 werden die Netzentgelte nicht mehr auf der Basis einer kostenbasierten Entgeltkalkulation, sondern nach dem System der Anreizregulierung ermittelt. Im Konzept der Anreizregulierung ist vorgesehen, dass den Netzbetreibern von den Regulierungsbehörden für die Dauer einer Regulierungsperiode von fünf Jahren (im Gasbereich zunächst vier Jahre) weitgehend unabhängig von der tatsächlichen eigenen Kostenentwicklung ein fester Erlöspfad als Obergrenze vorgegeben wird. Die Entwicklung dieser Erlösobergrenze in den einzelnen Jahren wird maßgeblich von der unternehmensindividuellen Effizienz bestimmt. Diese wird für jedes Unternehmen mit Hilfe eines zentralen deutschlandweiten Unternehmensvergleichs (Benchmarking) von der Regulierungsbehörde ermittelt.

Die unternehmensindividuellen Effizienzwerte der STAWAG Netz liegen für die erste Regulierungsperiode (Gas: 2009 bis 2012; Strom: 2009 bis 2013) sowohl im Strombereich (Effizienzwert 94,8

Prozent) als auch im Gasbereich (Effizienzwert 88,2 Prozent) über den Durchschnittswerten der gesamten Branche.

Im Jahr 2009 erhielt die STAWAG Netz sowohl für den Strom- als auch für den Gasbereich erstmals Erlösberggrenzenbescheide nach dieser Systematik. Diese haben, ausgehend von den in der Vergangenheit bereits deutlich gekürzten Netzkosten, in den nächsten Jahren leicht steigende Erlöse aus Strom- und Gasnetzentgelten zur Folge. Da in diesen Erlössteigerungen jedoch bereits ein Inflationsausgleich berücksichtigt ist, werden die realen Erlöse aus den Netzentgelten im Strom- und Gasbereich auch zukünftig weiter sinken. Im Berichtszeitraum wurden diese genehmigten Erlösberggrenzen nach den Vorgaben der Anreizregulierungsverordnung lediglich noch bei einigen wenigen Positionen (Inflationsausgleich, Erweiterungsfaktor, vorgelagerte Netzkosten und andere sogenannte dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten) durch die STAWAG Netz angepasst. Für das Jahr 2011 resultierte hieraus für den Strombereich eine Erlösberggrenze in Höhe von 43,2 Mio. Euro (Vorjahr: 42,4 Mio. Euro) und für den Gasbereich eine Erlösberggrenze in Höhe von 21,3 Mio. Euro (Vorjahr: 21,8 Mio. Euro).

Für die kommende zweite Regulierungsperiode (Gas: ab 2013 und Strom: ab 2014) bilden im Konzept der Anreizregulierung die Kostenprüfungen in den sogenannten Basisjahren (Gas: 2010, Strom: 2011) neben dem erneuten Effizienzvergleich eine wesentliche Grundlage für die zukünftigen Erlösberggrenzen. Nicht zuletzt aufgrund des Basisjahres 2011 im Strombereich entstand bei der STAWAG Netz im Berichtszeitraum ein Verlust in Höhe von 8,9 Mio. Euro, der von der STAWAG ausgeglichen wird.

Die STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie) ist eine weitere hundertprozentige Tochter der STAWAG. Geschäftszweck der STAWAG Energie sind der Betrieb von Anlagen zur Energieumwandlung, das Halten von Beteiligungen an solchen Anlagen sowie die Verwertung der in den einzelnen Anlagen erzeugten Energie für die Gesellschafter. Innerhalb des STAWAG-Teilkonzerns ist die STAWAG Energie insbesondere verantwortlich für die Entwicklung von Projekten im Umfeld der regenerativen Energieerzeugung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Gesellschaft zusätzlich zu den bereits bestehenden Photovoltaikanlagen direkt oder über Beteiligungen 13 neue Anlagen mit einer Gesamtleistung von 40 MWp errichtet. Darüber hinaus hat sie drei Windparks erworben, die nach Plan im Geschäftsjahr 2012 erste Ergebnisbeiträge liefern werden. Im Segment Biogas wurden in den Anlagen Straelen und Kerpen die Prozessabläufe weiter optimiert. Witterungsbedingt konnte in den Blockheizkraftwerken nicht die gesamte Gasproduktion umgesetzt werden. Dementsprechend lagen die Erträge aus den Blockheizkraftwerken und den Heizzentralen leicht unter dem üblichen Niveau. Insgesamt liegt der Jahresüberschuss der STAWAG Energie mit 0,1 Mio. Euro deutlich über den Erwartungen.

Die FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR) erzielte 2011 ein Ergebnis in Höhe von rund 6,2 Mio. Euro, das an die STAWAG abgeführt wird. Maßgeblichen Einfluss hatte hierbei das gegenüber dem Vorjahr nochmals ausgeweitete Beratungs- und Dienstleistungsgeschäft mit konzernfremden Gesellschaften. Themenkomplexe wie die Rekommunalisierung, die Umsetzung von energiewirtschaftlichen Regelungen in IT-Systeme und die Neugründung von Vertriebsgesellschaften haben die Nachfrage nach den Leistungen der FACTUR auf den Feldern Anwendungsentwicklung und Prozessdienstleistung deutlich steigen lassen.

Die Trianel-Gruppe, an deren Führungsgesellschaft Trianel GmbH die STAWAG zum Jahresende mit 12,9 Prozent beteiligt war, hat ihre Aktivitäten im Bereich der Stromerzeugung und der energierelevanten Dienstleistungen weiter ausgebaut. Die Arbeit in den verschiedenen Projektgesellschaften, an denen neben anderen kommunalen Partnern auch die STAWAG oder die STAWAG Energie beteiligt sind, wurde vorangetrieben. Beispiele hierfür sind der Bau eines 750-MW-Steinkohlekraftwerks in Lünen sowie die Projektierung eines weiteren Gaskraftwerkes in Krefeld, der Bau eines Off-Shore-Windparks vor Borkum, der Betrieb eines Erdgasspeichers in Epe sowie das Netzwerk e-Mobilität und Projekte im Umfeld des Smart Metering. Das Management für diese Projekte liegt jeweils bei der Trianel.

Nach vorläufigen Angaben wird die Trianel für das Geschäftsjahr 2011 einen Jahresüberschuss von 7 Mio. Euro erzielen.

Der Anteil am Telekommunikationsanbieter NetAachen GmbH (NetAachen), in den die STAWAG 2009 ihre Anteile an der accom KG eingebracht hat, beträgt unverändert 16 Prozent. Das Berichtsjahr 2011 wird mit einem leicht positiven Ergebnis über den Erwartungen liegen.

Die Neukonzeption der STAWAG Energiedienstleistung GmbH (EDL), die zukünftig unter Einbindung von oder in Kooperation mit regionalen Partnerunternehmen Energiedienstleistungen bündeln und ausbauen soll, dauerte im Berichtsjahr weiter an.

Im Geschäftsjahr 2011 hat die STAWAG wie im Berichtsjahr 2010 angekündigt, ihre Anteile an der energieGut GmbH veräußert.

Die Entwicklung der übrigen operativ tätigen Beteiligungsgesellschaften WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Technische Werke Naumburg GmbH (TWN) sowie der smartlab Innovationsgesellschaft mbH (smartlab) entsprach den Erwartungen.

Die utilicount GmbH & Co. KG weist ein vorläufiges positives Ergebnis von 41 TEuro aus.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zum 31. Dezember 2011 beschäftigte die STAWAG insgesamt 387 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildenden und Aushilfen. Dazu kommen 236 Beschäftigte bei unseren Tochtergesellschaften. Dies bedeutet einen deutlichen Mitarbeiterzuwachs -speziell bei der FACTUR Billing Solutions GmbH, die im Vergleich zum Vorjahr weitere 19 Mitarbeiter einstellen konnte. Auch bei der STAWAG Energie GmbH wuchs die Mitarbeiterzahl mit acht weiteren Beschäftigten auf 22 an.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 43 Jahre. Die STAWAG zeichnet sich als Arbeitgeber durch eine geringe Fluktuationsquote aus, die sich in einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16 Jahren niederschlägt.

Im Jahr 2011 wurde das konzernweite Führungskräfte-Entwicklungsprogramm fortgesetzt. In vier Modulen erhalten Führungskräfte wichtige Impulse zu den Themen Führung, Kommunikation und Change-Management sowie ein Angebot zur Reflexion und zum Austausch mit anderen Führungskräften. Das Programm stößt auf eine positive Resonanz und hat bereits spürbar die Zusammenarbeit im Konzern verbessert. Flankierend wurde ein Kompetenzmodell für Führungskräfte entwickelt, das die Anforderungen an die Leitungsmannschaft objektiviert und eine Basis für Auswahlverfahren bietet.

Des Weiteren setzt die STAWAG ihr Engagement fort, zielgerichtet Mitarbeiter als potenzielle Führungskräfte zu identifizieren, um sie früh mit individuellen Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen auf kommende Aufgaben vorzubereiten und langfristig an das Unternehmen zu binden.

Die STAWAG und die STAWAG Netz sind in ein Qualitäts- und Umweltmanagement eingebunden. Ein Zertifikat bestätigt bis zum 14. Januar 2013, dass die Anforderungen nach ISO 9001:2008 und ISO 14001:2004 erfüllt werden.

Ertragslage

Die STAWAG schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem Überschuss von 28,6 Mio. Euro vor Gewinnabführung und vor Einstellung in die Gewinnrücklagen ab. Das Ergebnis resultiert aus folgenden Einflüssen:

Die insgesamt um 7,7 Prozent gestiegenen Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus dem Stromgeschäft. Hier erfolgte eine Preiserhöhung, mit der die gestiegenen Vergütungen für regenerativ erzeugte Strommengen an die Kunden weitergegeben wurden. Trotz der fortgeführten Konjunkturbelebung sank der Stromabsatz bedingt durch einen stärkeren Rückgang im Tarifikundengeschäft. Die Absatzmengen im Sonderkundenbereich und bei den Handelsgeschäften stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich an. Auch bei der Stromvermarktung aus dem konventionellen Kraftwerksbereich konnte eine Steigerung von 8,0 Mio. Euro im Geschäftsjahr erzielt werden. Im Gasbereich wirkten sich die seit 2009 angestiegenen Preise am Ölmarkt weiter aus, so dass die Gaspreise zum 1. September 2011 erhöht werden mussten. Aufgrund der durchschnittlich warmen Witterung, aber auch wettbewerbsbedingt waren die Absatzmengen im Berichtsjahr rückläufig.

In der Sparte Fernwärme musste aufgrund der gestiegenen Beschaffungskosten für Gas, Öl und Kohle eine Preisanpassung zum 1. Januar 2011 und zum 1. Juli 2011 vorgenommen werden. Insgesamt lagen die Absatzmengen aufgrund der warmen Witterung deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Die allgemeinen Wasserpreise blieben im Berichtsjahr erneut konstant. Der Umsatzanteil dieser Sparte ging mengenbedingt leicht zurück.

Insgesamt erzielte die STAWAG im Berichtsjahr 2011 einschließlich der Netznutzungsentgelte und Umsatzerlöse aus den Nebengeschäften einen gegenüber dem Vorjahr um 33,8 Mio. Euro gestiegenen Umsatz von 473,2 Mio. Euro. In den Nebengeschäften sind auch für den Tätigkeitsabschluss relevante Umsatzerlöse der Strom- und der Gasverpachtung gegenüber der STAWAG Netz enthalten. Die Aufteilung auf die einzelnen Bereiche ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

	2011	2010	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Stromversorgung	157,1	141,7	10,9
Gasversorgung	101,9	96,8	5,3
Stromerzeugung und -vermarktung	60,7	52,7	15,2
Wasserversorgung	35,3	35,6	-0,8
Fernwärmeversorgung	18,2	18,9	-3,7
Stadtentwässerung	13,3	14,5	-8,3
Grundbesitzwirtschaft	3,2	3,2	0,0
Nebengeschäfte	83,5	76,0	9,9
Gesamtumsatz	473,2	439,4	+7,7

In der Stromversorgung ist die Stromsteuer und in der Gasversorgung ist die Erdgassteuer nicht berücksichtigt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge nahmen um 22,9 Mio. Euro ab und betragen 21,3 Mio. Euro. Wesentliche Gründe für den Rückgang waren der bereits realisierte Buchgewinn aus dem Verkauf des PIACO-Fonds in Höhe von 18,9 Mio. Euro sowie die periodenfremde Erträge aus dem Kraftwerksbereich von 2,2 Mio. Euro im Jahr 2010. Neben den im Berichtsjahr von der STAWAG Netz leicht rückläufig vereinnahmten Konzessionsabgaben für Strom und Gas in Höhe von 12,3 Mio. Euro sind Auflösungen für Rückstellungen in Höhe von 1,9 Mio. Euro enthalten.

Die mit Abstand größte Aufwandsposition war mit rund 357,7 Mio. Euro auch im Jahr 2011 der Materialaufwand. Er stieg gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 28,7 Mio. Euro an und war im Wesentlichen durch die Bezugskosten aus dem konventionellen Kraftwerksbereich mit 10,6 Mio. Euro sowie durch weitere gestiegene Energiebezugskosten von Dritten in Höhe von 18,1 Mio. Euro begründet.

Der Personalaufwand stieg um 1,0 Mio. Euro auf 32,9 Mio. Euro. Die STAWAG beschäftigte am Jahresende 387 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildenden und Aushilfen.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens lagen mit 16,5 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 49,3 Mio. Euro (Vorjahr 50,1 Mio. Euro) sind neben dem üblichen Aufwand die Konzessionsabgabe an die Stadt Aachen und die erbrachten Dienstleistungen der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.), der regio iT aachen - gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) sowie der FACTUR enthalten. Die konzerninternen Leistungen lagen im Jahr 2011 mit 17,6 Mio. Euro geringfügig unter dem Vorjahreswert (18,3 Mio. Euro).

Aufgrund der Anwendung des BilMoG ab 1. Januar 2010 werden außerordentliche Aufwendungen im Berichtsjahr mit 9,8 Mio. Euro ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Effekte aus der Zuführung des Bewertungsunterschieds der Pensionsrückstellungen.

Das Zinsergebnis verbesserte sich um 1,2 Mio. Euro. Die STAWAG profitierte hier von einem anhaltenden niedrigen Zinsniveau.

Insgesamt weist die STAWAG für das Berichtsjahr ein negatives Finanzergebnis von 6,4 Mio. Euro aus, das um 0,5 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis liegt. Hierin enthalten sind im Wesentlichen Effekte aus bestehenden Gewinn- und Verlustabführungsverträgen von -2,6 Mio. Euro (Vorjahr: +2,5 Mio. Euro), außerplanmäßige Abschreibungen aus Finanzanlagen gegenüber der G.O.B. und NetAachen in Höhe von 0,3 Mio. Euro sowie Effekte aus einem negativen Zinsergebnis von 6,8 Mio. Euro.

Das Geschäftsjahr 2011 schließt die STAWAG mit einem sehr guten Ergebnis von 28,6 Mio. Euro ab. Zur Stärkung der Finanzkraft führt die STAWAG ihren Gewinnrücklagen 2,5 Mio. Euro zu. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages werden 26,1 Mio. Euro an die E.V.A. abgeführt.

Finanzlage

Die Investitionen in das Anlagevermögen einschließlich der Kapitaleinlagen bei verbundenen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften betrugen im Berichtsjahr 67,5 Mio. Euro. Hierbei entfielen 26,8 Mio. Euro auf die Kapitalrücklage bei der STAWAG Energie, wovon 24,5 Mio. Euro durch Bareinzahlung und 2,3 Mio. Euro als Sacheinlage durch Einbringung der Anteile an der STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar) eingestellt wurden. Des Weiteren wurde der STAWAG Energie ein

langfristiges Gesellschafterdarlehen in Höhe von 8,0 Mio. Euro als Ausleihung mit einer Laufzeit von zehn Jahren zur Verfügung gestellt. In die Kapitalrücklage bei der smartlab wurden 0,2 Mio. Euro eingezahlt und an die neugegründete Street Scooter GmbH wurde ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 0,3 Mio. Euro ausgereicht. Darüber hinaus wurden Investitionen bei den Tätigkeiten gemäß § 6b Abs. 3 EnWG für das Strom- und Gasnetz vorgenommen. Wesentliches Ziel der Investitionsmaßnahmen waren die Sicherung und die zukunftsorientierte Erweiterung der Versorgungs- und Dienstleistungsaktivitäten in allen Sparten der STAWAG.

Die Investitionen wurden mit Mitteln aus dem Cashflow, der sich auf 58,0 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr verringerte, sowie aus liquiden Mitteln und Darlehen finanziert.

Die STAWAG war im Berichtsjahr in einem konzernweiten Cash-Pooling-System bei der E.V.A. eingebunden. Am Bilanzstichtag bestanden zum einen Forderungen gegen Konzerngesellschaften aus bereitgestellten Liquiditätsdarlehen in Höhe von 38,9 Mio. Euro und zum anderen Verbindlichkeiten aus aufgenommenen Liquiditätsdarlehen in Höhe von 12,4 Mio. Euro.

Der Bestand an Bankkrediten erhöhte sich um 41,0 Mio. Euro. Die Erhöhung ist insbesondere auf die Finanzierung von Abwasserinvestitionen sowie eines Projekts für erneuerbare Energien zurückzuführen. In das Finanzergebnis in Höhe von -6,4 Mio. Euro (Vorjahr -5,9 Mio. Euro) sind neben den Zinsaufwendungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen auch die Ergebnisabführungen und Verlustübernahmen aus den Beteiligungen der STAWAG an ihren hundertprozentigen Tochtergesellschaften eingeflossen. Nach Änderungen durch BilMoG zum 1. Januar 2010 liegen die Zinsaufwendungen bei der Zuführung zur Pensionsrückstellung zum 31. Dezember 2011 (Zinssatz 5,14 Prozent) in Höhe von 7,6 Mio. Euro auf Vorjahresniveau (7,4 Mio. Euro). Darüber hinaus stehen Mittel aus der aperiodischen Zuführung im Geschäftsjahr zur Pensionsrückstellung in Höhe von 9,8 Mio. Euro (Vorjahr: 21,0 Mio. Euro) zur Verfügung.

Cashflow I und II der STAWAG stellen sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2011	2010	Veränderung
Cashflow (ohne Zuschüsse)	Mio. EUR	Mio. EUR	In %
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und nach Rücklagenzuführung	26,1	29,7	-12,1
+ Zuführung zu Rücklagen (Gewinnrücklagen)	2,5	2,8	-10,7
= Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	28,6	32,5	-12,0
+ Abschreibungen	16,8	17,3	-2,9
= Cashflow I	45,4	49,8	-8,8
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	13,9	31,7	-56,2
- Auflösung von Zuschüssen/Zulagen	-1,3	-1,3	0,0
= Cashflow II	58,0	80,2	-27,7

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,0 Prozent auf 477,3 Mio. Euro. Das Anlagevermögen stieg um 47,8 Mio. Euro auf 298,7 Mio. Euro. Im Wesentlichen geht dieser Anstieg auf die Erhöhung der Anteile sowie eine Ausleihung gegenüber der STAWAG Energie zurück zur Finanzierung weiterer Maßnahmen bezüglich regenerativer Erzeugungsanlagen. Darüber hinaus wurden Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände, in den weiteren Ausbau von Verteilungsanlagen inklusive des Tätigkeitsbereichs gemäß § 6b Abs. 3 EnWG für die Strom- und Gasverpackung, die Ertüchtigung von Umspann- und Netzstationen sowie in die Erhöhung der Beteiligung an der smartlab durchgeführt.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme stieg von 56,3 Prozent auf 62,6 Prozent an. Die Abnahme der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände im Umlaufvermögen um 23,8 Mio. Euro basiert im Wesentlichen auf der Rückzahlung eines kurzfristigen Gesellschafterdarlehens von der STAWAG Energie. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen 76,3 Mio. Euro und nahmen gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Mio. Euro ab. Sie resultieren im Wesentlichen aus der Verbrauchsabrechnung für Tarif- und Sondervertragskunden mit 21,5 Mio. Euro sowie aus der Bautätigkeit im Bereich der Stadtentwässerung mit 44,1 Mio. Euro. Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen betreffen mit 9,7 Mio. Euro die Trianel aus der Stromvermarktung des GuD-Kraftwerks Hamm-Uentrop sowie aus der Gasvermarktung des Gasspeichers Epe. Das Eigenkapital beträgt nach Einstellung von 2,5 Mio. Euro in die anderen Gewinnrücklagen 104,7 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote sank aufgrund des weiter angestiegenen Fremdkapitals auf 21,9 Prozent (Vorjahr: 22,9 Prozent).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich um 16,2 Mio. Euro und beinhalten eine aperiodische Zuführung von 9,8 Mio. Euro. Die sonstigen Rückstellungen

nahmen um 2,3 Mio. Euro zu und beinhalten alle zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtungen erforderlichen Positionen zum Bilanzstichtag.

Die Verbindlichkeitenstruktur führte wie bereits im Vorjahr zu mittel- und langfristigen Restlaufzeiten. Hiervon haben 42,8 Prozent (Vorjahr: 65,0 Prozent) der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Insgesamt stieg jedoch der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um weitere 41,0 Mio. Euro auf insgesamt 153,1 Mio. Euro.

Die Bilanzstruktur ist durch einen sehr hohen Anlagendeckungsgrad II gekennzeichnet. Das Anlagevermögen ist zu 129,0 Prozent durch Eigenmittel (inklusive Zuschüsse) sowie lang- und mittelfristige Fremdmittel finanziert.

Zusammenfassend stellt sich die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der STAWAG als geordnet dar.

Nachtragsbericht

Im ersten Quartal 2012 konnte beim Gas- und Fernwärmegeschäft witterungsbedingt eine leichte Erhöhung der Absatzmengen verzeichnet werden. Unsere Strompreise mussten wir zum 1. Januar 2012 wegen der gestiegenen EEG-Abgabe und der gestiegenen Netznutzungsentgelte erhöhen. Darüber hinausgehende Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Risikobericht

Energieversorgungsunternehmen gehören traditionell eher zu den krisenfesten Branchen. Dennoch verändern sich seit einigen Jahren die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Marktstrukturen grundlegend, so dass eine solide ökonomische Unternehmensführung heute mehr denn je ein funktionierendes Risikofrühwarnsystem erfordert. Ebenso bedeutend ist für uns, unternehmerische Chancen zu identifizieren und sie zum Wachstum oder zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Gesamtsituation zu nutzen.

Organisatorisch ist das Risikomanagement der STAWAG und ihrer Tochtergesellschaften in das konzerneinheitliche Chancen-/Risikomanagementsystem der E.V.A. integriert. Die E.V.A. hat in einer allgemeinen Richtlinie Grundsätze festgelegt, in welcher Weise mögliche Chancen und Risiken bei allen Konzerngesellschaften frühzeitig erkannt, bewertet und erfasst werden. Neben diesem zentral gesteuerten Risikoprozess existieren bei der STAWAG noch dezentrale Risikomanagements für den Energiehandel und die Erzeugungsvermarktung. Die Richtlinien hierfür wurden 2009 und 2011 unter Einbeziehung der E.V.A. etabliert. Die Berichte beider dezentralen Risikomanagements erfolgen jeweils an ein spezielles Risikokomitee. Sie fließen anschließend in den Risikogesamtbericht der STAWAG und der E.V.A. ein.

Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess ist der Risikoprozess mit seinen regelmäßigen Risikoinventuren ein fester Bestandteil unserer betrieblichen Abläufe. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die erkannte Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an den Vorstand und die Aufsichtsgremien zusammen. Die Risikoverantwortlichen kommunizieren ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Risiken und stellen die Überwachung beschlossener Maßnahmen sicher. Da trotz sämtlicher aufgestellter Regeln der Umgang mit Risiken von Mensch zu Mensch verschieden ist, kann nicht völlig ausgeschlossen werden, dass einzelne Risiken nicht erfasst werden. Hierdurch wird jedoch die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems als Ganzes nicht eingeschränkt.

Gesamtrisikobeurteilung

Das Risikoportfolio der Unternehmensgruppe STAWAG und ihrer Tochtergesellschaften, zu denen die STAWAG Netz, STAWAG Energie, FACTUR und STAWAG Abwasser gezählt werden, stellt sich zum Stichtag 31. Dezember 2011 im Vergleich zum Vorjahr tendenziell schlechter dar. Aus unserer heutigen Sicht gibt es keine Hinweise auf Risiken, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit den Fortbestand des Unternehmens im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten. Besonders bedeutend für unser Geschäftsergebnis sind der Witterungsverlauf, Preisfluktuationen auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten sowie politische und regulatorische Veränderungen und Eingriffe.

Nachfolgend werden einige Risiken erläutert, die besonderen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der STAWAG und ihrer Tochtergesellschaften haben können:

Allgemeine externe Risiken

In dieser Risikokategorie betrachtet die STAWAG die politischen Verhältnisse und die gesetzlichen Vorschriften, die die Marktstrukturen beeinflussen. Die STAWAG muss hier weiterhin feststellen, dass sich die energiepolitischen Rahmenbedingungen im Jahr 2011 zwar geändert, jedoch nicht die Verlässlichkeit gefunden haben, die Stadtwerke benötigen, die auf allen Stufen der Wertschöpfungskette tätig sind. Der plötzliche Ausstieg aus der deutschen Kernenergiepolitik nach der Reaktorkatastrophe in Japan beweist eher das Gegenteil, da der beschleunigte Zubau von Solarstrom- und Windkraftanlagen nicht ohne Weiteres zu bewältigen ist und zum Teil die konventionellen Kraftwerkskapazitäten verdrängt. Die STAWAG wird in ihrer zukünftigen Investitions- und Beteiligungspolitik daher einen ausgewogenen Energieerzeugungsmix finden müssen, um die neuen Unsicherheiten managen zu können.

In dieser Risikokategorie erfassen wir weiterhin alle Risiken aus gesetzlichen Auflagen, Auflagen im öffentlich-rechtlichen Bereich, aus Umweltschutzbestimmungen sowie Risiken aus der Regulierung. Die STAWAG Netz befindet sich seit 2009 im eingeführten Regulierungsregime der Anreizregulierung, in deren Rahmen die zuständigen Regulierungsstellen die Erlösobergrenzen für den Strom- und Gasbereich durch Bescheide festgesetzt haben. Die STAWAG Netz hat gegen beide Bescheide Rechtsbeschwerde eingereicht. Aus beiden Bescheiden sind jedoch keine zusätzlichen negativen Auswirkungen auf die Ergebnisse der STAWAG und der STAWAG Netz zu erwarten. Ungeachtet dieser Rechtsvorgänge streiten viele Netzbetreibergesellschaften vor Gericht noch über diverse Grundsatzfragen der Anreizregulierung, die sich sowohl auf die laufenden als auch auf die zukünftigen Erlösobergrenzen, also die Netzerlöse, auswirken. Die Unsicherheiten hinsichtlich der Ausgestaltung der Anreizregulierung werden daher weiter fortbestehen.

Leistungswirtschaftliche Risiken

Die STAWAG bzw. ihre Tochter STAWAG Energie betreiben eigene Kraftwerksanlagen oder sind an entsprechenden Projektgesellschaften beteiligt. Insofern existieren grundsätzlich Risiken aus dem Betrieb von Stromerzeugungsanlagen. Beim Kraftwerk Hamm-Uentrop besteht neben dem technischen Ausfallrisiko vor allem die Gefahr, dass die Margen aus der Stromvermarktung weiter unter Druck geraten und die Gewinnerwartungen der nächsten Jahre korrigiert werden müssen. Ähnliche Befürchtungen betreffen das noch in Bau befindliche Steinkohlekraftwerk in Lünen, das 2013 ans Netz gehen wird.

Die STAWAG betreibt zur Optimierung ihrer Beschaffungskosten Energiehandel. Hierbei werden ausgehend von geplanten Absatzmengen sowie einer vorgegebenen Beschaffungsstrategie physische und finanzielle Produkte für Strom und Gas bei Großhändlern und den Börsen gekauft oder verkauft. Dabei nutzt die STAWAG die Möglichkeiten des professionellen Portfoliomanagements, bei dem die Zeitpunkte der Beschaffung und des Vertriebs naturgemäß auseinanderfallen. Die bei diesem Vorgehen entstehenden Chancen und Risiken managt die STAWAG aktiv. Preisrisiken in den Beschaffungsbüchern werden je Lieferjahr betrachtet und durch einen sogenannten Stresstest und den Value at Risk bewertet. Begrenzt und kontrolliert werden die Risiken durch vorgegebene Limits. Darüber hinaus existieren Mengen- und Strukturrisiken in den Vertriebsbüchern. Offene Mengenpositionen werden dabei grundsätzlich aber nicht eingegangen. Die regelmäßige Ermittlung von Abweichungsfehlern und Worst-Case-Szenarien führen zu einer Bewertung, die die Grundlage für weiterführende Entscheidungen bildet. In den Risikoberichten des Energiehandels werden auch Kredit-, Produkt-, Liquiditäts- und Transportrisiken behandelt. Sie haben aktuell jedoch keine mit den Preis- und Mengenrisiken vergleichbare Bedeutung.

Auf der Kunden- und Energieabsatzseite besteht für die STAWAG unverändert die Gefahr, ihre maßgebliche Rolle als lokaler Energieversorger und Energiedienstleister nicht ausweiten zu können bzw. Kunden im lokalen Vertriebsgebiet zu verlieren. Absatzeinbußen im Privatkundensegment gilt es durch maßgeschneiderte Beratungskonzepte und Serviceorientierung zu vermeiden, während gleichzeitig die Rückgewinnung von Gewerbekunden und die Erweiterung des Vertriebsgebietes außerhalb von Aachen vorangetrieben werden. Die vertragliche Gestaltung von Beschaffungs- und Vertriebsaktivitäten birgt allerdings Risiken, die in die Berichterstattung aufgenommen werden müssen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Die STAWAG hält seit vielen Jahren eine Beteiligung an der G.O.B. Euroservices B.V., die das grenzüberschreitende deutsch-holländische Gewerbegebiet und seine dort neu angesiedelten Kunden mit Strom, Wasser und Wärme versorgt. Die G.O.B. verzeichnet seit ihrer Gründung Verluste, so dass die wirtschaftliche Handlungsfreiheit nur noch durch Gesellschafterdarlehen aufrecht-

erhalten wird. Die Neustrukturierungsüberlegungen für die G.O.B. haben die STAWAG im Jahr 2011 gezwungen, auf die Rückzahlung des eingezahlten Kapitals und des Darlehens vollständig zu verzichten. Die Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes und der Darlehensforderung erfolgte in den Jahren 2010 und 2011.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 hat die STAWAG Energie ihren Beteiligungsansatz an der Trianel Windpark Borkum um 10,5 Mio. Euro erhöht. Im September 2011 hat die Errichtungsphase mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa vier Wochen mit den Rammarbeiten in der Nordsee begonnen. Diese Arbeiten kommen insbesondere dank guter Wetterlage gut voran. Insgesamt ist es nach Einschätzung der STAWAG Energie dennoch nicht möglich, trotz des Baufortschritts eine Reduzierung des Risikos zu begründen.

Der Projektverlauf zeigt, dass auch ein Jahr vor geplanter Inbetriebnahme immer noch Ereignisse eintreten, die das Projekt zeitlich und kostenmäßig erheblich gefährden. Daher wird die STAWAG Energie auch weiterhin noch keine Zuschreibung des bereits 2009 abgeschriebenen Beteiligungsansatzes vornehmen.

Schwankungen an den Finanzmärkten üben einen wesentlichen Einfluss auf das Jahresergebnis der STAWAG und der STAWAG Energie aus. Die Chancen aus den seit der Finanzkrise gefallenden Geld- und Kapitalmarktzinsen hat die STAWAG auch im Jahr 2011 wieder genutzt, indem die aufgenommenen Langfristdarlehen weiterhin mit kurzfristigen, variablen Zinsen bedient wurden. Auf diese Weise profitierte die STAWAG erneut vom niedrigen Zinsniveau am Geldmarkt, insbesondere durch den hohen Unterschied zwischen Geld- und Kapitalmarktzinsen. Wenngleich die Zinsmärkte infolge der Staatsschuldenkrisen in Europa kaum noch Anzeichen für einen Anstieg aufweisen, beabsichtigt die STAWAG in naher Zukunft sehr wohl, das aktuell niedrige Zinsniveau für Zinssicherungsge-schäfte bei bestehenden Langfristdarlehen zu nutzen. Die Zinssicherungsmaßnahmen werden zwar kurzfristig zum Anstieg der Zinsaufwendungen führen, dürften sich mittel- bis langfristig betrachtet jedoch positiv auf die Durchschnittsverzinsung der STAWAG auswirken. Neben der Finanzierung eigener Investitionen hat die STAWAG seit 2006 auch die Finanzierung städtischer Kanalnetzinvestitionen durchgeführt. Diese Aufgabe wurde in einem ersten Teilschritt für alle ab 2011 beginnenden Investitionen wieder an die Stadt Aachen zurück übertragen. In einem zweiten Teilschritt ist im Jahr 2012 die Ablösung der Zwischenfinanzierung der Investitionen der Jahre 2006 bis 2010 vorgesehen. Die STAWAG wird daher aller Voraussicht nach in 2012 nur eine bescheidene Erhöhung ihres langfristigen Darlehensbestandes für eigene Investitionen vornehmen müssen. Die derzeit bei der STAWAG bzw. der STAWAG Energie eingesetzten Finanzinstrumente zur Zinssicherung bergen keine ungewöhnlich hohen Risiken in Bezug auf den laufenden Cashflow.

Allgemeine interne Risiken

Diese Risikokategorie nimmt Risiken aus den Bereichen Organisation, Personal- und Führungsmanagement und Kommunikation auf. Hier wurden keine wesentlichen Risiken erkannt und gemeldet, obwohl bei der Neu- oder Wiederbesetzung von extern ausgeschriebenen Stellen vereinzelt der Mangel an qualifiziertem Fachpersonal schon zu spüren ist.

Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Erfüllung von Entsorgungsaufgaben sowie die grundbesitzwirtschaftliche Betätigung. Die STAWAG ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der genannte Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Die Ausführungen im Lagebericht und Anhang legen dar, dass die STAWAG der aus ihrer satzungsgemäßen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung voll entsprochen hat.

Die Versorgungssicherheit ist langfristig gewährleistet und die Energie- und Wasserversorgung wird wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll durchgeführt.

Prognosebericht

Erste Daten des Jahres 2012 deuten darauf hin, dass sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft im Geschäftsjahr 2012 deutlich abschwächen wird. So geht die IKB in ihrer Konjunkturprognose vom 12. März 2012 von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Vor dem Hintergrund der weiterhin bestehenden Unsicherheiten in der Eurozone wird damit aber von einer weiterhin deutlich positiveren Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften Europas ausgegangen.

Die gegenüber Dezember 2011 verbesserten Frühindikatoren wie der ifo-Geschäftsklimaindex unterstreichen die zurzeit relativ gute Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Ein weiterer positiver Indikator ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt: So ist die Arbeitslosenquote im Februar 2012 auf 6,8 Prozent gesunken. Gesamtwirtschaftlich positiv haben sich darüber hinaus die expansiven geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank und die Fortsetzung der Niedrigzinspolitik ausgewirkt.

Nichtsdestotrotz bestehen für das Jahr 2012 weiterhin Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung. So ist fraglich, ob die verschiedenen finanzwirtschaftlichen Rettungsschirme ausreichen werden, den Euroraum zu stabilisieren. Neben der Schuldenkrise Griechenlands gibt in diesem Zusammenhang vor allem die negative konjunkturelle Entwicklung in Spanien Anlass zur Sorge.

Durch das erwartete langsamere Wachstum wird auch die Zahl der Arbeitslosen voraussichtlich nur geringfügig auf ca. 2,83 Millionen sinken (Quelle: Konjunkturprognose DIHK). Die Arbeitslosenquote wird demnach voraussichtlich im Jahresdurchschnitt unter 7 Prozent liegen. Aktuelle Prognosen zu den Verbraucherpreisen gehen insbesondere aufgrund der im ersten Quartal gestiegenen Preise für Energie davon aus, dass die Preissteigerung im Jahr 2012 zwischen 1,9 Prozent (HWWI, Hamburg, 03/2012) und 2,5 Prozent (Institut für Weltwirtschaft, 03/2012) liegen dürfte.

Die Unternehmen in der Stadt und Städtereion Aachen sind gemäß der aktuellen Konjunkturumfrage der IHK vom Januar 2012 mit einer positiven Erwartungshaltung in das neue Geschäftsjahr gestartet.

Auch die STAWAG hat das Geschäftsjahr 2012 erfolgreich begonnen und geht auf der Grundlage der vorliegenden ersten Geschäftsdaten davon aus, dass das geplante Ergebnissniveau von 26,7 Mio. Euro vor Rücklagen erreicht werden kann.

Für das Planjahr 2013 geht die STAWAG aufgrund der aktuellen Situation am Stromhandelsmarkt und der sich daraus für das Unternehmen ergebenden Auswirkungen auf die Erzeugungssparte derzeit von einem Rückgang des Ergebnisses auf rund 22,5 Mio. Euro aus. Sowohl die geschäftliche Entwicklung im Jahr 2012 als auch die Entwicklung in den Folgejahren werden dabei insbesondere im Geschäftsbereich Erzeugung, aber auch im Geschäftsbereich Vertrieb/Beschaffung durch aktuelle Entwicklungen im internationalen und nationalen Umfeld beeinflusst. Das für die deutsche Energiewirtschaft prägende Thema werden die Gestaltung der Energiewende und der Umbau der Energieversorgung sein.

Die STAWAG verfolgt vor diesem Hintergrund weiterhin die Strategie, ihr Investitionsportfolio durch die Entwicklung attraktiver Projekte im Bereich On-Shore-Wind und Photovoltaik zu nutzen. Im Bereich Windenergie ist die Entwicklung weiterer Projekte soweit fortgeschritten, dass im Geschäftsjahr 2012 weitere Windparks errichtet werden. Die im Verlauf des Geschäftsjahres installierten Photovoltaikanlagen werden im Geschäftsjahr 2012 einen relevanten Ergebnisbeitrag leisten können. Hinsichtlich des Baus neuer Anlagen ist die Situation aufgrund der politisch beschlossenen Senkung der Vergütungssätze angespannt.

Einen weiteren Schwerpunkt ihrer strategischen Aktivitäten sieht die STAWAG im Bereich Rekommunalisierung im erweiterten regionalen Umfeld. Im Fokus steht vor dem Hintergrund der Anreizregulierung auch die weitere Optimierung der organisatorischen Strukturen.

Insgesamt sieht sich die STAWAG durch die aktuellen Entwicklungen in ihrem strategischen Kurs bestätigt.

Im Vertrieb liegt unser Hauptaugenmerk zunächst auf der Sicherung unseres Kundenstammes. Hier wollen wir in spezifischen Segmenten - auch überregional - Wachstumschancen prüfen und nutzen. Eine Überprüfung unserer Markenausrichtung rundet unsere Aktivitäten in diesem Geschäftssegment ab.

Das Geschäftsfeld Services wird im Wesentlichen durch unsere Beteiligung an der FACTUR geprägt. Hier gehen wir aufgrund der vorliegenden Informationen und der Entwicklung des Dienstleistungsmarktes davon aus, das erfolgreiche Wachstum auch 2012 durch die Neuakquisition weiterer Kunden fortsetzen zu können.

Unabhängig von den positiven Aussichten für das laufende Geschäftsjahr wird die STAWAG auch 2012 ihr Investitionsportfolio auf eine angemessene Chancen-Risiko-Struktur hin überprüfen und geeignete Maßnahmen treffen, um mittel- und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu sichern.



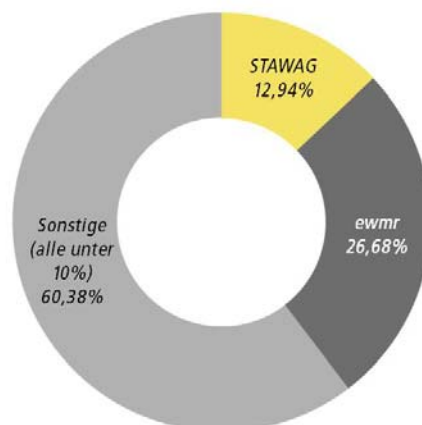
Trianel GmbH

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Trianel GmbH
Sitz	Lombardenstr. 28, 52070 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1999
Geschäftsführer	Sven Becker Dr. Jörg Vogt
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	18.592.575,00 EUR
Mitarbeiter	236 (Durchschnitt)
Internet	www.trianel.com

Gesellschafter



Gesellschafter

Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH (Bochum, Witten, Herne)	26,68%	ENNI Energie & Umwelt Niederrhein GmbH	0,54%
Stadtwerke Aachen AG	12,94%	GWS Stadtwerke Hameln GmbH	0,54%
Überlandwerk Fulda Aktiengesellschaft	7,51%	Schleswiger Stadtwerke GmbH	0,54%
Stadtwerke Bonn GmbH	6,27%	Stadtwerke Bad Salzfluren GmbH	0,54%
Stadtwerke Lübeck Holding GmbH	5,53%	Stadtwerke Dachau	0,54%
SWU Energie GmbH, Ulm	4,10%	Stadtwerke Elmshorn	0,54%
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	3,23%	Stadtwerke Gronau GmbH	0,54%
Niederrheinwerke Viersen GmbH	3,11%	Stadtwerke Sindelfingen GmbH	0,54%
N.V. HVC, Niederlande	2,68%	Stadtwerke Tuttlingen GmbH	0,54%
Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation, Österreich	1,90%	Stadtwerke Wedel GmbH	0,54%
enwor - energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath	1,85%	Regio Energie Solothurn, Schweiz	0,45%
Stadtwerke Halle GmbH	1,70%	Stadtwerke Bad Pyrmont Beteiligungs und Bäder GmbH	0,40%
SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH	1,61%	Stadtwerke Uelzen GmbH	0,40%
Allgäuer Überlandwerk GmbH	1,34%	Stadtwerke Detmold GmbH	0,39%
NVB Nordhomer Versorgungsbetriebe GmbH	1,29%	Stadtwerke Flensburg GmbH	0,36%
Stadtwerke Hamm GmbH	1,21%	Stadtwerke Unna GmbH	0,35%
Stadtwerke Lindau (B) GmbH & Co. KG	1,05%	Stadtwerke EVB Huntetal GmbH, Diepholz	0,33%
GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen	0,89%	Stadtwerke Soest GmbH	0,31%
Stadtwerke Aalen GmbH	0,80%	Trianel GmbH	0,29%
Stadtwerke Borken / Westf. GmbH	0,80%	Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH	0,28%
Stadtwerke Lünen GmbH	0,71%	Stadtwerke Georgsmarienhütte GmbH	0,27%
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	0,61%	Stadtwerke Herford GmbH	0,27%
Hertener Energiehandels-gesellschaft mbH	0,59%	Stadtwerke Lengerich GmbH	0,27%
Stadtwerke Fröndenberg GmbH	0,58%	Stadtwerke Verden GmbH	0,27%
Ahauser Energie- und Dientsleistungs GmbH	0,54%	Teutoburger Energie Netzwerk eG, Hagen a.T.W.	0,27%
		Trianel Suisse AG, Schweiz	0,19%

Stand: 31.12.2011



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel im In- und Ausland mit Energie mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung zu stärken. Zu diesem Zweck darf die Gesellschaft folgende Aufgaben wahrnehmen:

1.1 Handel mit

- a. Energie (Strom, Gas, Öl, Kohle),
- b. Energiederivaten und energiebezogenen Finanzderivaten (i.S.d. Kreditwesengesetzes/KWVG: Eigengeschäfte),
- c. auf die Versorgung bezogenen Finanzprodukten wie Wetterderivaten und Emissionszertifikaten (i.S.d. KWVG: Eigengeschäfte)

1.2 Vertrieb von Energie

1.3 Erbringung von beratenden und sonstigen entgeltlichen Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer

Zum Bilanzstichtag waren Herr Dipl.-Volkswirt Sven Becker (Sprecher) und Herr Dr. Jörg Vogt (Dipl.-Verwaltungswissenschaftler) Geschäftsführer der Gesellschaft.

Aufsichtsrat

Bernhard Wilmert, Bochum Vorsitzender	Sprecher der Geschäftsführung der Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH
Waldemar Opalla, Diepholz stellvertretender Vorsitzender	Geschäftsführer der Stadtwerke EVB Huntetal GmbH
Dr. Christian Becker, Aachen	Mitglied des Vorstands der Stadtwerke Aachen AG
Kurt Kuhn, Lübeck	GF Stadtwerke Lübeck Holding GmbH (bis 5/ 2011)
Stefan Fritz	GF Stadtwerke Lübeck Holding GmbH (ab 6/ 2011)
Günter Bury, Fulda	Vorstand der Überlandwerk Fulda Aktiengesellschaft
Marco Westphal, Bonn	Geschäftsführer der Stadtwerke Bonn GmbH
Alfons Bröker, Soest	Geschäftsführer der Stadtwerke Soest GmbH
Dr. Achim Grunenberg Lünen	Geschäftsführer der Stadtwerke Lünen GmbH
Frank Kindervatter, Viersen	Geschäftsführer der Niederrheinwerke Viersen GmbH
Dr. Arno Gassteiger, Salzburg	Sprecher des Vorstands der Salzburg AG
Michael Hegel, Köln	Bankkaufmann
Dr. Ulf Böge, Meckenheim	Präsident des Bundeskartellamtes a. D.



Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	26.366	10%	35.045	15%	66.060	23%
Umlaufvermögen	224.250	89%	203.460	85%	217.551	76%
Rechnungsabgrenzungsposten	1.039	0%	1.414	1%	1.345	0%
Bilanzsumme Aktiva	251.655		239.919		284.957	
Eigenkapital	64.927	26%	72.486	30%	81.544	29%
Rückstellungen	28.758	11%	26.786	11%	34.908	12%
Verbindlichkeiten	151.868	60%	137.628	57%	168.231	59%
Rechnungsabgrenzungsposten	6.101	2%	3.019	1%	274	0%
Bilanzsumme Passiva	251.655		239.919		284.957	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009		2010		2011	
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	3.132.306		1.794.850		1.898.093	
sonstige betriebliche Erträge	4.909		10.936		9.257	
Betriebsleistung	3.137.215		1.805.786		1.907.350	
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	3.103.994		1.763.169		1.863.168	
Personalaufwand	13.323		15.495		17.907	
Abschreibungen	677		2.665		824	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.963		14.369		15.830	
Betriebserfolg	6.259		10.089		9.621	
Finanzerfolg	239		235		4.101	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.497		10.323		13.722	
Außerordentliches Ergebnis	0		-6		0	
Steuern	1.005		3.758		6.570	
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	5.492		6.559		7.152	

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum städtischen Haushalt.

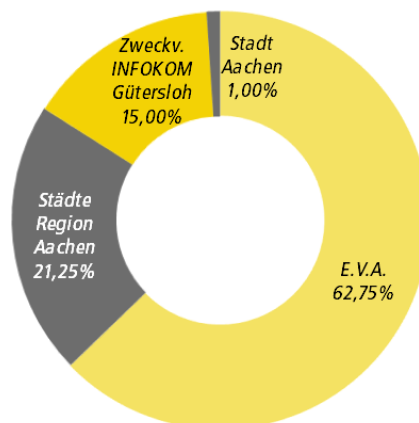
Lagebericht

Auf die Darstellung des äußerst umfangreichen Lageberichts der Trianel wird aus Kostengründen und Gründen der Praktikabilität verzichtet. Interessierte möchten wir auf die unter trianel.com verfügbaren Geschäftsberichte verweisen.

regio iT gesellschaft für informationstechnik mbh

Aachen

Firma	regio iT gesellschaft für informationstechnik mbh	Gesellschafter
Sitz	Lombardenstraße 24, 52070 Aachen	
Rechtsform	GmbH	
Gründungsjahr	2003; 2011 Umfirmierung und Änderung der Gesellschafterstruktur	
Geschäftsführer	Dieter Rehfeld (Vorsitzender) Günter Herrmann (ab 1.12.2011) Dieter Ludwigs (ab 1.12.2011)	
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat	
Stammkapital	300.000,00 EUR	
Mitarbeiter	240 (Durchschnitt)	
Internet	www.regioit-aachen.de	



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer Dieter Rehfeld

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Axel Hartmann	StädteRegion
Stellv. Vorsitzender	Wolfgang Boenke (CDU)	Ratsmitglied
	Manfred Bausch (SPD)	Ratsmitglied
	Ferdinand Gatzweiler	BM Stolberg
	Karl-Heinz Hermanns	BM Simmerath
	Heinz Lindgens	Beigeordneter
	Ingrid von Morandell	StädteRegion
	Dr. Ralf Otten (CDU)	Ratsmitglied
	Hermann-Josef Pilgram (Grüne)	Ratsmitglied
	Dietmar Spotke (FDP)	sachkundiger Bürger

	Angelika Weinkauff (SPD)	Ratsmitglied
	Klaus Dieter Wolf	StädteRegion
ab 1.10.2011 für INFOKOM G.	Sven-Georg Adenauer	Landrat
ab 1.10.2011 für INFOKOM G.	Jürgen Lohmann	Bürgermeister
ab 1.10.2011 für INFOKOM G.	Maria Unger	Bürgermeisterin

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie mehrere Geschäftsführer, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Hat die Gesellschaft mehrere Geschäftsführer, so kann die Gesellschafterversammlung einen Vorsitzenden der Geschäftsführung bestimmen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern in Anlehnung an die Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft entsandt.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus jeweils einem Vertreter pro Gesellschafter. Die Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch den Oberbürgermeister oder seinen Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	7.085	54%	6.857	59%	10.505	68%
Umlaufvermögen	5.685	43%	4.661	40%	3.950	25%
Rechnungsabgrenzungsposten	299	2%	161	1%	1.056	7%
Bilanzsumme Aktiva	13.070		11.680		15.510	
Eigenkapital	893	7%	508	4%	1.815	12%
Rückstellungen	4.358	33%	4.214	36%	5.109	33%
Verbindlichkeiten	6.623	51%	4.801	41%	8.092	52%
Rechnungsabgrenzungsposten	1.196	9%	2.157	18%	494	3%
Bilanzsumme Passiva	13.070		11.680		15.510	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	38.153	37.779	39.826
sonstige betriebliche Erträge	415	828	674
Betriebsleistung	38.567	38.607	40.500
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	16.075	13.635	14.426
Personalaufwand	12.519	13.668	15.506
Abschreibungen	3.147	3.007	3.289
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.089	5.404	4.769
Betriebserfolg	2.737	2.893	2.510
Finanzerfolg	-123	-199	-179
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.614	2.694	2.331
außerordentliche Aufwendungen	0	163	0
Steuern	825	917	815
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.789	1.614	1.515

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über das Ergebnis der E.V.A. betroffen.

Lagebericht

Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Nach einem Plus von 4,0 % von 2009 auf 2010 verlangsamte sich die Entwicklung des deutschen ITK-Gesamtmarktes im Jahr 2011 auf eine Wachstumsrate von 0,7 % gegenüber dem Vorjahr. Wachstumstreiber für den Gesamtmarkt war trotz Schuldenkrise und Turbulenzen an den Finanzmärkten insbesondere der für die regio iT relevante Markt für Informationstechnik mit einer Steigerung von 3,2 % gegenüber dem Vorjahr. Alle drei Teilmärkte der Informationstechnik (Software, IT-Service und IT-Hardware) konnten eine positive Wachstumsrate vorweisen. Insgesamt wurde in Deutschland ein Umsatz von 70 Mrd. € im Bereich der Informationstechnik erzielt.

Die Marktsegmente Software und IT-Services (Outsourcing, IT-Beratung und Wartung) legten im Jahr 2011 wiederum um 2 Milliarden auf 50,4 Milliarden € zu. Treiber dieser dynamischen Entwicklung waren vor allem Technologien wie Cloud Computing, IT-Outsourcing und mobile Applikationen (Apps) sowie IT-Sicherheit. Trotz der Finanz- und Schuldenkrise konnte sich der Markt im Bereich der IT-Hardware in 2011 um 1,1 % steigern. Entscheidend hierfür ist die steigende Verbreitung von Smartphones und Tablet-PCs.

Die Frühindikatoren des Branchenverbandes BITKOM stimmen für das Jahr 2012 nach wie vor optimistisch. Der BITKOM-Index liegt im vierten Quartal 2011 mit 60 Punkten deutlich über dem Info-Index für die Gesamtwirtschaft. Für 2012 wird eine Wachstumsrate des ITK-Gesamtmarktes von 2,2 % gegenüber dem Jahr 2011 erwartet. Im Marktsegment Informationstechnik wird ein Wachstum von 4,5 % erwartet. Wachstumstreiber sind nach wie vor die Top-Trend-Technologien, die schon das Jahr 2011 geprägt haben. Stark an Bedeutung gewinnen wird auch das Thema Social Media im Business-Umfeld. Ein weiteres Wachstumsfeld werden IT-Technologien und Services rund um Elektromobilität sein. Nach einer BITKOM-Befragung in 2011 wächst das Interesse an Elektroautos: 69 % der Befragten könnten sich vorstellen, ein solches zu erwerben. Bemerkenswert hierbei ist, dass sich dies im Vorjahr nur 39 % der Befragten vorstellen konnten. Die regio iT hat sich schon frühzeitig mit dem Thema Elektromobilität auseinandergesetzt und erfolgreich an dem Forschungsprojekt SmartWheels des BMWI teilgenommen. Ein weiteres Top-Thema für die Jahre ab 2012 ist der Aufbau intelligenter Netze.

für die Branchen Energie, Gesundheit, Behörden, Bildung, Verkehr sowie Haus- und Heimvernetzung. In Summe ergibt sich hier ein Investitionspotential von 130 Milliarden €.

Auch für die regio iT haben sich die Umsatzerlöse in 2011 positiv entwickelt. Gegenüber dem Jahr 2010 konnte eine Umsatzsteigerung von 5,4 % erzielt werden, die somit noch über dem Wachstum des Gesamt-ITK-Marktes liegt. Entscheidend hierfür war neben dem Ausbau der bestehenden Geschäftsfelder auch der zum 01.10.2011 vorgenommene Erwerb der IT-Sparte von der INFOKOM Gütersloh AöR (INFOKOM), wodurch im letzten Quartal 2011 ein zusätzlicher Umsatz von 1,4 Mio. € erzielt wurde.

2. Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen im Jahr 2011 bei insgesamt 39,8 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr (37,8 Mio. €) stiegen die Umsatzerlöse um 5,4 % oder 2 Mio. €. Der Umsatzanstieg ist im Wesentlichen auf den Kauf der IT-Sparte der der INFOKOM zurückzuführen. Dieser erfolgte zum 01.10.2011, so dass im letzten Quartal 2011 zusätzlich nicht geplante Umsatzerlöse in Höhe von 1,4 Mio. € erzielt wurden. Dies zeigt sich auch bei den Umsätzen mit Dritten, die 2011 ein Volumen von 30,7 Mio. € erreichten und um 3,9 % anstiegen (Vorjahr 29,6 Mio. €). Bei den Umsatzerlösen mit verbundenen Unternehmen ist ein Anstieg auf 9 Mio. € zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich hier eine Steigerung von 0,9 Mio. € oder 10,8 %.

In den einzelnen Umsatzsegmenten haben sich die Umsatzerlöse aus Dienstleistungen und Beratung in 2011 gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. Im Jahr 2011 konnte hier ein Umsatz von 4 Mio. € erzielt werden, der in Summe 0,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau von 3,7 Mio. € liegt. Hierfür ausschlaggebend ist insbesondere die positive Entwicklung des Projektgeschäftes mit den kommunalen Unternehmen und hier insbesondere mit der STAWAG.

Auch im Umsatzsegment der Produktnutzung ergibt sich eine positive Veränderung der Umsatzerlöse. In Summe wurde in 2011 ein Umsatz von 29,3 Mio. € erzielt, was einem Zuwachs von 1,1 Mio. € entspricht, der im Wesentlichen auf den Kauf der IT-Sparte von der INFOKOM zurückzuführen ist.

Im Bereich des Hardware- und Software-Verkaufs sowie des angebotenen Leasings für das Handelsgeschäft konnte nach Umsatzrückgängen im Vorjahr in 2011 wieder eine Umsatzsteigerung erreicht werden. Insgesamt wurden in diesem Umsatzsegment Umsatzerlöse von 4,3 Mio. € erwirtschaftet, so dass sich eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr (3,9 Mio. €) von 0,4 Mio. € ergibt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Jahresvergleich von 0,8 Mio. € auf 0,7 Mio. € gesunken. Im Wesentlichen handelt es sich bei den sonstigen Erträgen um Fördermittel für Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Diese Fördermittel werden anteilig zum Projektfortschritt ausgezahlt.

Im Jahr 2011 entstanden Materialaufwendungen in Höhe von 14,4 Mio. €, die um 0,8 Mio. € oder 5,9 % über den Aufwendungen des Jahres 2010 (13,6 Mio. €) liegen. Die Erhöhung der Materialaufwendungen ist insbesondere auf eine Erhöhung der Fremdlieferungen von Handelsware (+0,9 Mio. €) zurückzuführen. Dieser Wert korrespondiert jedoch mit den gestiegenen Umsatzerlösen in diesem Segment (+1 Mio. €). Trotz der Übernahme der Aufwendungen für Beamte des Zweckverbandes Gütersloh im vierten Quartal 2011 konnte sich die Summe der Aufwendungen für die zugewiesenen Beamten der Städte Aachen und Gütersloh im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mio. € reduzieren. Ausschlaggebend hierfür war eine Rückstellungsveränderung für die Altersteilzeit.

Das betriebliche Rohergebnis ist aufgrund des signifikanten Umsatzanstiegs sowie nur leicht erhöhter Materialaufwendungen im Vergleich zum Jahr 2010 gestiegen. Dieses beträgt für das Jahr 2011 26,1 Mio. € und ist im Vergleich zum Jahr 2010 (25,0 Mio. €) um 4,8 % gestiegen. Diese positive Entwicklung des Rohergebnisses spiegelt den weiteren Ausbau der eigenen Wertschöpfung im Unternehmen wider.

Die Personalaufwendungen der Angestellten liegen mit 15,5 Mio. € (Vorjahr 13,7 Mio. €) um 1,8 Mio. € oder 13,1 % über dem Vorjahreswert. Die Personalkosten der übernommenen ehemaligen Angestellten der INFOKOM Gütersloh AöR im vierten Quartal, zusätzliche Einstellungen sowie eine Tarifierhöhung in 2011 führten zu dieser Steigerung.

Die Abschreibungen des Jahres 2011 liegen bei 3,3 Mio. € und somit um 0,3 Mio. € über dem Jahr 2010. Diese Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Neuinvestitionen in das zweite Rechenzentrum der regio iT zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 4,8 Mio. € und sind im Vergleich zum Vorjahr (5,4 Mio. €) signifikant gesunken. Dies ist auf einen Einmaleffekt des Jahres 2010 zurückzuführen. Im Vorjahr wurde eine Neubewertung des Pensionsanspruches der entsandten Mitarbei-

ter der ASEAG und STAWAG aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vorgenommen, wodurch Mehraufwendungen von 1,1 Mio. € entstanden sind. Das Finanzergebnis sowie das außerordentliche Ergebnis haben sich ebenfalls aufgrund der neuen Pensionsbewertung etwas verbessert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt mit 2,3 Mio. € um 0,4 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (2,7 Mio. €). Die gestiegenen Personalkosten sowie Abschreibungen - bedingt durch den Kauf der IT-Sparte von der INFOKOM – konnten durch ein verbessertes Rohergebnis nicht ganz kompensiert werden. Im Rahmen der Gesellschafterversammlung im April 2011 wurde entschieden, den aus dem Jahr 2010 verbliebenen Bilanzgewinn in Höhe von 207.660,32 € auszuschütten.

3. Finanzlage

Für die Finanzierung von Investitionen steht der regio iT das konzernweite Cash-Pooling zur Verfügung. Zum Stichtag bestanden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr 1,7 Mio. €). Die folgende Übersicht zeigt die Finanzlage sowie Veränderung von Bilanz- und Vermögensstruktur im Jahresvergleich.

	2011	2010
	T€	T€
Mittelverwendung		
Zugänge Anlagevermögen	6.959	2.837
Verringerung passive RAP	1.663	0
Erhöhung aktive RAP	894	0
Darlehenstilgungen	442	904
Verringerung sonst. Verbindlichkeiten	0	917
Verringerung Rückstellungen	0	144
Verringerung Bilanzgewinn	0	81
Auflösung Gewinnrücklage	0	305
	9.958	5.188
Mittelherkunft		
Abschreibungen	3.297	3.023
Erhöhung übrige Verbindlichkeiten	3.733	0
Erhöhung Bilanzgewinn	1.307	0
Erhöhung Rückstellungen	895	0
Verringerung Umlaufvermögen	712	524
Abgänge Anlagevermögen	14	42
Verringerung aktive RAP	0	138
Erhöhung Verb. aus Vorabausschüttung	0	500
Erhöhung passive RAP	0	961
	9.958	5.188

Bilanzstruktur

Bilanzstruktur	31.12.2011	31.12.2010
Vermögen		
Anlagevermögen	67,7%	58,7%
Umlaufvermögen	25,5%	39,9%
RAP	6,8%	1,4%
	100,0%	100,0%
Kapital		
Eigenkapital	11,7%	4,3%
Bankdarlehen	7,8%	14,2%
Rückstellungen	32,9%	36,1%
übrige Verbindlichk.	44,4%	26,9%
RAP	3,2%	18,5%
	100,0%	100,0%

4. Vermögenslage

Im Berichtsjahr 2011 lagen die Investitionen bei 7,0 Mio. € (Vorjahr 2,8 Mio. €). Umfangreiche Investitionen sind insbesondere in die technische Infrastruktur des neuen Rechenzentrums vorgenommen worden.

Der Erwerb der IT-Sparte von der INFOKOM ist im Rahmen eines Asset-Deals erfolgt, wodurch das Anlagevermögen 2011 gegenüber 2010 signifikant gestiegen ist.

Das Umlaufvermögen (4,0 Mio. €) ist gegenüber dem Vorjahr (4,7 Mio. €) um 0,7 Mio. € gesunken. Ausschlaggebend hierfür ist insbesondere die Ausschüttung von aufgelaufenen Gewinnrücklagen sowie eines Großteils des Jahresergebnisses 2010 an die Gesellschafter.

5. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Die E.V.A. GmbH, bisher alleiniger Gesellschafter der regio iT, hat zum 01.01.2011 Unternehmensanteile an die StädteRegion Aachen veräußert. Aufgrund der in 2010 erfolgten Änderung der Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen konnte der schon seit langem geplante Anteilsverkauf nunmehr durchgeführt werden.

Zusätzliche Gesellschafter wurden zum 01.10.2011 die Stadt Aachen sowie der Zweckverband INFOKOM Gütersloh. Die Gesellschaftsanteile wurden von den bisherigen Gesellschaftern veräußert.

Mit dem Verkauf der Geschäftsanteile an den Zweckverband INFOKOM Gütersloh wurde gleichzeitig der operative Geschäftsbetrieb der INFOKOM Gütersloh AöR von der regio IT erworben. Im Zuge der neuen Gesellschafterstruktur wurde auch die Satzung der Gesellschaft angepasst und eine Umfirmierung der Gesellschaft in regio iT gesellschaft für informationstechnik mbh vorgenommen. Die Gesellschaft verfügt nunmehr über zwei Niederlassungen: Aachen und Gütersloh.

Zum 01.12.2011 wurde auch die Geschäftsführung der bisherigen Gesellschaft erweitert. Seit dem 01.12.2011 wird die Gesellschaft vertreten durch Herrn Dieter Rehfeld (Vorsitzender der Geschäftsführung), Herrn Günter Herrmann (Geschäftsführung) und Herrn Dieter Ludwigs (Geschäftsführung). Ebenfalls im Rahmen der Veräußerung von Geschäftsanteilen an den Zweckverband INFOKOM Gütersloh wurde der Aufsichtsrat um drei zusätzliche Aufsichtsratsmitglieder erweitert.

Im Rahmen einer Feierstunde wurde das zweite Rechenzentrum am 09.02.2011 offiziell vorgestellt. Ab März 2011 startete der produktive Betrieb. Die Räumlichkeiten im Rechenzentrum werden nicht ausschließlich von regio iT genutzt, sondern hier besteht eine Kooperation mit einem privaten Dienstleister, von dem auch sofort Serverräumlichkeiten angemietet wurden. Der neue Standort fungiert aufgrund der höheren Betriebssicherheit und der modernen energieeffizienten Kühltinfrastruktur als Primärrechenzentrum.

6. Personal

Zum Jahresende 2011 beschäftigte die regio iT 309 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 21 Auszubildende. Zusätzlich wurden von der Stadt Aachen 30 Beamtinnen und Beamte sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh 8 Beamtinnen und Beamte zugewiesen. Insgesamt hat sich der Personalbestand im Jahr 2011 um 62 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht, was im Wesentlichen auf den asset deal mit der INFOKOM zurückzuführen ist.

7. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das integrierte Managementsystem (IMS) der regio IT ist zertifiziert nach ISO 9001, ISO 20000 und ISO 27001.

Unserem Qualitätsmanagementsystem haben unabhängige Prüfer eine optimal aufgestellte prozessorientierte Organisation gemäß ISO 9001 in 2011 wiederum bescheinigt: In 2007 wurde das neu eingeführte Qualitätsmanagementsystem der regio iT erstmals zertifiziert. Mit den definierten Qualitätsstandards tragen wir den Anforderungen unserer Kunden Rechnung und qualifizieren uns für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

ISO 20000 ist der internationale Standard zur Zertifizierung von IT-Service-Unternehmen; er wird weltweit von Organisationen genutzt, um deren Service-Dienstleistungen zu verbessern und eine optimale Prozessstruktur nachzuweisen. Erstmals wurde die Zertifizierung in 2008 vorgenommen. Eine erfolgreiche Rezertifizierung erfolgte in 2011.

Auch das Informationssicherheits-Managementsystem der regio iT ist als integraler Bestandteil des IMS nach einem international gültigen und anerkannten Standard ausgerichtet und zertifiziert. Konkret wurde der regio iT erstmals in 2009 bestätigt, dass sie den Umgang mit Informationen hinsichtlich der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Integrität und Revisionssicherheit optimal gestaltet. Im Rahmen eines Überwachungsaudits wurde die Zertifizierung in 2011 bestätigt.

8. Nachtragsbericht

Der Gesellschafter Städteregion Aachen hat sich im Rahmen des Erwerbs der Gesellschafteranteile die Möglichkeit festgeschrieben, einen einprozentigen Anteil an die ehemaligen kreisangehörigen Kommunen der Städteregion zu veräußern. Die Gespräche hierzu werden derzeit noch geführt. Es ist absehbar, dass ein Großteil der Kommunen diese Optionen wahrnehmen wird. Die Übertragung der Anteile soll dann rückwirkend zum 01.01.2012 erfolgen. Auch die neu gewonnenen Kunden Stadt Düren und Kreis Düren beabsichtigen, Gesellschaftsanteile an der regio iT zu erwerben. Auch hier soll bei positivem Verlauf der Gespräche eine rückwirkende Übertragung der Anteile zum 01.01.2012 vorgenommen werden.

9. Risikobericht

Die regio iT ist in das konzernweite Risiko-Chancen-Management-System der E.V.A. eingebunden. Mit diesem Instrumentarium werden nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und bestandsgefährdende Risiken erkannt. Als Ergebnis der jährlichen Risiko-Inventur liegen für 2011 keine bestandsgefährdenden Risiken vor.

Es ergeben sich eher allgemeine interne Risiken aus einem bestehenden Vertragsmanagement und aus möglichen Kundenfluktuationen. In die Risikoanalyse ist auch der asset deal mit der INFOKOM eingeflossen, und durch steigende Energiekosten wird insbesondere der Rechenzentrumsbetrieb durch höhere Bezugskosten negativ belastet, wobei vorausschauend bei dem Neubau des zweiten Rechenzentrum - Standortes insbesondere in moderne Energieeffizienz der Kühlinfrastruktur investiert wurde.

10. Prognosebericht

Für das Wirtschaftsjahr 2012 und 2013 wird ein Jahresergebnis vor Steuern von 2.170 T€ bzw. 2.342 T€ erwartet. Die Effekte aus dem Kauf der IT-Sparte von der INFOKOM werden eher mittelfristig gesehen. Im Rahmen dieses Kaufes wurde den bisherigen Bestandskunden der INFOKOM zugesichert, dass sich die bisherigen umsatzsteuerfreien Produktpreise nicht verändern. Durch Übernahme der Umsatzsteuer für diese ehemaligen Bestandskunden ist der entstehende Umsatzsteuer Mehraufwand für die regio iT durch Wachstum und Effizienz zu heben. Dies wird nicht im ersten Jahr erfolgen, aber mittelfristig gesehen.

Der Umsatz wird sich bereits in 2012 signifikant auf 43 Mio. € erhöhen bei gleichzeitigem Anstieg der Materialaufwendungen, Personalkosten und Abschreibungen. Der Kauf der IT -Sparte zeigt schon positive Effekte, insbesondere im Bildungsbereich durch zusätzlich gewonnenen Schulprojekte als auch bei den Bestandskunden, da sich durch den Zusammenschluss auch das Produktportfolio erweitert hat.

Für das Jahr 2012 ist ein voraussichtliches Investitionsvolumen von 4,6 Mio. € angesetzt worden. Die größten Einzelmaßnahmen bei Investitionen umfassen Software- und Hardware-Investitionen in die Leistungsbereiche Energie und Entsorgung, Kommunales Finanzmanagement und E-Government.

Das Jahr 2012 wird davon geprägt sein, die Prozesse an den beiden Standorten Aachen und Gütersloh zu harmonisieren bzw. das Integrierte Managementsystem (IMS) an beiden Standorten flächendeckend einzusetzen. Zum 01.04.2012 wird eine neue Organisationsstruktur der regio iT verabschiedet werden, mit dem Fokus, dass sich die Center und Teams standortübergreifend zusammensetzen, um die geforderte Effizienz leben zu können.

Die regio iT verfolgt weiterhin das Ziel, ihren Kundenkreis weiter auszubauen. Dies gelingt u. a. durch die Vermarktung des eigenentwickelten Wahlverfahrens "Votemanager". Auch im Bereich der mobilen Applikationen können erste Erfolge verzeichnet werden, und hier wird perspektivisch ein weiterer Wachstumsbereich entstehen. Die Nachfrage zu entsprechenden Lösungen steigt stetig in allen Branchen.

11. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen und der Aufsichtsbehörde von der Stadt Aachen angezeigten öffentlichen Zweck der automatisierten Informationsverarbeitung für kommunale Gesellschafter, ihre kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Organisationseinheiten sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts voll erfüllt.

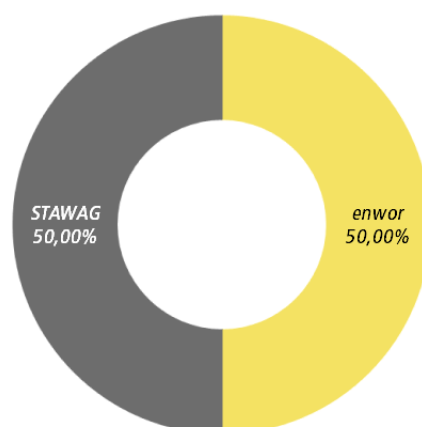
Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH

Roetgen

Allgemeine Angaben

Firma	WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH
Sitz	Am Filterwerk, 52159 Roetgen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1997
Geschäftsführer	Walter Dautzenberg Johannes Grote
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	1.100.000,00 EUR
Mitarbeiter	2 (Durchschnitt)

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die überörtliche Wassergewinnung, die Wasserbeschaffung, der Wassertransport und die Wasseraufbereitung. Die WAG betreibt ihre Geschäfte ohne eigenes Personal unter Einschaltung der STAWAG und enwor als Betriebsführerinnen, wobei Pacht- und Betriebsführungsentgelte sowie alle übrigen Aufwendungen kostendeckend über den Wasserpreis erwirtschaftet werden.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer	Walter Dautzenberg Johannes Grote
------------------------	--------------------------------------

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
stellv. Vorsitzender	Marcel Philipp	Oberbürgermeister
	Dr. Peter Asmuth	Vorstand STAWAG
	Manfred Bausch (SPD)	Ratsmitglied
	Heiner Berlipp	StädteRegion
	Raimund Billmann	StädteRegion
	Peter Blum (FDP)	Ratsmitglied
	Dieter Haller	StädteRegion
	Klaus Dieter Jacoby (CDU)	Ratsmitglied
	Werner Krickel	StädteRegion
	Herbert Pagel	Geschäftsführer enwor
	Dr. Henry Risse (Grüne)	sachkundiger Bürger
	Karl-Heinz Starmanns (CDU)	Ratsmitglied

beratend	Axel Wirtz	StädteRegion
	Hermann Friedrich Brinkmann	Geschäftsführer enwor
	Dieter Tinnemann	enwor
	Peter Kremer	STAWAG
	Gisela Nacken	Beigeordnete
	Rudolf Roß	STAWAG
	Uwe Zink	StädteRegion

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Die Bestellung erfolgt durch die Gesellschafterversammlung. Umfang und Verteilung der Aufgaben bestimmen sich im Einzelnen nach einer vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 stimmberechtigten und sechs beratenden Mitgliedern. Stimmberechtigte Mitglieder sind: Der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen / Der Oberbürgermeister der Stadt Aachen/ Ein Geschäftsführer der enwor / Ein Vorstandsmitglied der STAWAG / 5 vom Städteregionstag der StädteRegion vorgeschlagene und von enwor entsandte Vertreter und 5 vom Rat der Stadt Aachen vorgeschlagene und von der STAWAG entsandte Vertreter. Beratende Mitglieder sind: Ein vom Städteregionsrat der StädteRegion Aachen zu bestimmender Fachbeamter der StädteRegion / Ein vom Oberbürgermeister der Stadt Aachen zu bestimmender Fachbeamter der Stadt / Der Technische Betriebsleiter der enwor/ Der Technische Betriebsleiter der STAWAG / Betriebsratsvorsitzender der enwor / Betriebsratsvorsitzender STAWAG. Neben den stimmberechtigten und den beratenden Mitgliedern des Aufsichtsrats kann zugleich für ein jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied durch die vorschlagende bzw. bestimmende Stelle benannt werden. Die Stellvertreter haben ein Teilnahmerecht an den Sitzungen des Aufsichtsrates nur, wenn die stimmberechtigten oder beratenden Mitglieder selbst nicht anwesend sind. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, sein Vertreter ist der Oberbürgermeister der Stadt Aachen.

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung werden die STAWAG durch den Oberbürgermeister der Stadt Aachen und durch ein Vorstandsmitglied, die enwor durch den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen und durch einen Geschäftsführer vertreten.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	49.637	88%	47.913	88%	45.445	89%
Umlaufvermögen	6.119	11%	5.764	11%	4.809	9%
Rechnungsabgrenzungsposten	724	1%	657	1%	593	1%
Bilanzsumme Aktiva	56.481		54.334		50.847	
Eigenkapital	14.797	26%	15.324	28%	15.147	30%
Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	2.468	4%	2.485	5%	2.528	5%
Rückstellungen	644	1%	824	2%	428	1%
Verbindlichkeiten	38.572	68%	35.701	66%	32.744	64%
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme Passiva	56.481		54.334		50.847	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	24.945	24.739	24.963
sonstige betriebliche Erträge	695	459	607
Betriebsleistung	25.640	25.198	25.570
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	5.043	18.125	18.925
Personalaufwand	18	18	19
Abschreibungen	3.908	3.724	3.512
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.056	363	322
Betriebserfolg	2.615	2.968	2.791
Finanzerfolg	-1.654	-1.575	-1.443
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	961	1.393	1.348
Steuern	446	365	525
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	515	1.027	824

Es hat eine Umgliederung vom sonstigen betrieblichen Aufwand in den Materialaufwand stattgefunden. Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund der Vergleichbarkeit ebenfalls mit umgegliedert.

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht.

Lagebericht

Wirtschaftliche Lage

Der Umfang der Geschäftstätigkeit der WAG lag im Berichtsjahr geringfügig über dem des Vorjahres. Insgesamt wurden 32,8 Mio. m³ Trinkwasser (Vorjahr 32,5 Mio. m³) an die Wasserversorgungsunternehmen enwor, STAWAG, WML und Perlenbachverband geliefert. Damit erhöhte sich die Wasserabgabe um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr. Der Absatz stieg gegenüber der Planung (32,2 Mio. m³) um 0,6 Mio. m³.

Das abgegebene Wasser entsprach jederzeit den Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

Die Wasserabgabe an enwor stieg um 2,7% im Vergleich zum Vorjahr, auch der Absatz an WML erhöhte sich um 0,2 %. Auf der anderen Seite fiel die Wasserabgabe an STAWAG um annähernd 1%.

Die Erlöse aus dem Trinkwasserverkauf betrugen 24,90 Mio. € und lagen damit 229 T€ über denen des Vorjahres (2010: 24,67 Mio. €). Die Umsatzerlöse beinhalten Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgelts (WEEG) in Höhe von 1,33 Mio. €. Dabei betrug das Entnahmeentgelt für einen m³ Wasser bis zum 29.07.2011 3,6 ct/m³. Aufgrund der Gesetzesänderung beträgt das WEEG ab dem 30.07.2011 4,5 ct/m³ Wasser. Der mit enwor und STAWAG vereinbarte Wasserpreis (ohne WEEG) entsprach dem des Vorjahres. Die sonstigen Erlöse betrugen 59 T€ (Vorjahr 65 T€).

Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt insgesamt einen Überschuss vor Steuern von 1.349 T€. Damit konnte das hohe Ergebnisniveau des Vorjahres (1.393 T€) fast wieder erreicht werden. Dieses positive Ergebnis setzt sich zusammen aus einer Ertragssteigerung in Höhe von 372 T€, die jedoch die Aufwandsteigerung von ca. 548 T€ nur zum Teil auffangen konnte. Weiterhin konnte das Finanzergebnis um 133 T€ verbessert werden.

Die Ertragssteigerung begründet sich zum Einen aus den höheren Erlösen aus Trinkwasserabgabe wie bereits oben beschrieben. Auch konnten die sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem

Vorjahr um 148 T€ gesteigert werden, was im Wesentlichen auf die Auflösung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung zurückzuführen ist.

Auf der Kostenseite übersteigen die Materialaufwendungen den Vorjahresansatz von 18,13 Mio. € um ca. 800 T€.

Der Kostenanstieg beruht zum Einen auf höheren Energiekosten im Bereich der „Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren“ von rund 389 T€. Infolge des niederschlagsarmen Frühjahres und Herbstes mussten 6,7 Mio. mfl bzw. 90 % mehr Rohwasser aus dem Obersee gepumpt werden als im Vorjahr. Zum Anderen reduzierte sich die Stromsteuererstattung und stiegen die Stromabgaben (EEG) um 2,3 ct/kWh. Unter der Position „Aufwendungen für bezogene Leistungen“ erhöhten sich die Kosten der Betriebsführung gegenüber dem Vorjahr um 102 T€. Weiterhin stieg das Wasserentnahmeentgelt aufgrund der Gesetzesanpassung (siehe dazu auch die Ausführungen unter „künftige Entwicklung“) sowie den höheren Absatzmengen um 294 T€.

Aufgrund geringerer Investitionstätigkeit, insbesondere durch die zeitliche Verschiebung der Errichtung der Bodenfilteranlage Alter Weg in das Jahr 2012, liegt die Höhe der Abschreibungen unterhalb des Vorjahreswertes und entlasten die Kostenseite um 212 T€.

Aufgrund der dargestellten positiven wirtschaftlichen Entwicklung schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresüberschuss nach Steuern von 824 T€.

Wie aus der Kapitalflussrechnung ersichtlich, hat sich die Vermögenslage der WAG im Geschäftsjahr 2011 um 603 T€ verringert. So konnte aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit ein Finanzvermögen von 4,28 Mio. € erwirtschaftet werden, woraus sich der Zuwachs des Nettoanlagevermögens von 1,04 Mio. € und die Tilgung der Darlehen in Höhe von 3,12 Mio. € finanzieren ließ.

Der Investitionsplan umfasste ein Gesamtvolumen von 2,67 Mio. €, hiervon wurden insgesamt 1,04 Mio. € umgesetzt.

Die Wesentlichen in 2011 umgesetzten Investitionsvorhaben waren der Anschluss des in 2010 erstellten Bodenfilters „Lutterbach“, Konzen, an das vorgelagerte Regenüberlaufbecken, die Einhausung der Filterbecken der Filterstufe II der TWA Roetgen und die Anpassung der zugehörigen Rohrleitungen, die Installation von Rohrleitungen in der Membrananlage zwecks Optimierung der Reinigungsprozedur, die Verlegung eines LWL Datenkabels bis zum Pumpwerk Rurberg und die Anschaffung neuer Unterwassermotorpumpen für das Pumpwerk Rurberg. Darüber hinaus wurden Grundstücke erworben, die dem Gewässerschutz dienen.

Im April des Jahres hat sich die WAG an der IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gemeinnützige GmbH mit einem Anteil in Höhe von 50 T€, entsprechend 5 % des Stammkapitals, beteiligt. Diese Beteiligung dient der langfristigen Absicherung eines leistungsfähigen Forschungsinstituts für Wasserfragen in Nordrhein Westfalen und der jederzeitigen Unterstützung und dem Informationsaustausch bei wasserrelevanten Fragestellungen.

Risikobericht

Der Risikobericht für das Geschäftsjahr 2011 kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Risikolandschaft im Berichtszeitraum nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert hat und sich aus heutiger Sicht keine den Fortbestand gefährdenden Risiken abzeichnen.

Künftige Entwicklungen

Trotz der guten wirtschaftlichen Lage des Jahres 2011 und der zu erwartenden positiven Entwicklung der Wirtschaft in 2012 geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Trinkwasserabgabe in den kommenden Jahren weiterhin rückläufig sein wird. Diese Annahme wurde auch in der Mittelfristplanung berücksichtigt. Aus diesem Grund ist die Geschäftsführung bestrebt, zusätzliche Wasserversorger zur Belieferung mit Trinkwasser aus den Talsperren der Eifel zu gewinnen.

Die Stadtwerke Düren (SWD) beabsichtigen das Wasserwerk Obermaubach stillzulegen und stattdessen Wasser von benachbarten Wasserversorgern ins Versorgungsnetz einzuspeisen. Die Geschäftsführung hat sich intensiv um diese Trinkwasserbereitstellung für die Stadt Düren bemüht und mit der SWD Verhandlungen geführt, mit dem Ziel, einen Teil der bis dahin in anderen Versorgungsgebieten verloren gegangenen Absatzmengen aufzufangen. Mit Abschluss des Trinkwasserlieferungsvertrages vom 5. Mai 2011 ist dies gelungen. Die WAG wird spätestens ab dem 1.1.2013 jährlich ca. 3,2 Mio. mfl Trinkwasser aus der Trinkwasseraufbereitungsanlage an der Wehebachtalsperre an die Stadtwerke Düren liefern. Dieses zusätzliche Geschäft wird sich positiv auf die Ertragslage des Unternehmens auswirken.

Insgesamt sieht die Geschäftsführung unverändert keine aktuellen technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die eine Änderung der Geschäftspolitik erforderlich machen. Die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gegeben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.



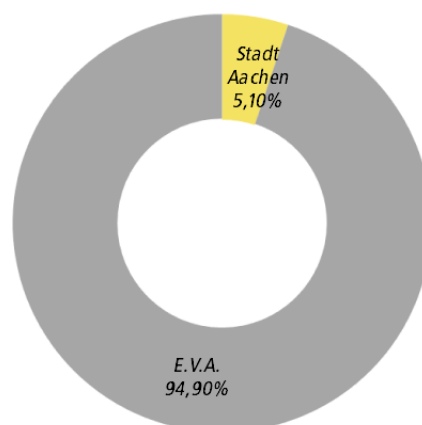
Bereich Verkehr

Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs AG
Sitz	Neuköllner Str. 1, 52068 Aachen
Rechtsform	AG
Gründungsjahr	1880
Vorstand	Michael Carmincke
Gremien	Hauptversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	6.021.120,00 EUR
Mitarbeiter	656 (31.12.2010)
Internet	www.aseag.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und der Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien und Omnibuslinien zur Personen- und Güterbeförderung, sowie der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen. Außerdem gehört die Durchführung von Gelegenheitsverkehren dazu. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, ihren Betrieb ganz oder teilweise zu verpachten. Sie kann sich an Unternehmen, die ihrem Zweck förderlich erscheinen, beteiligen, solche Unternehmungen erwerben oder pachten, veräußern oder verpachten und Interessengemeinschaftsverträge abschließen; sie kann ferner jederzeit Personen- und Güterföhrungsbetrieb von Schienenfahrzeugen ganz oder teilweise auf Betrieb mit anderen Fahrzeugen umstellen. Die Gesellschaft kann Grundstücke und Grundstücksrechte ankaufen und veräußern.

Organe des Unternehmens

Vorstand Michael Carmincke

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Heiner Höfken (SPD)	Ratsmitglied
stellv. Vorsitzender	Peter Timmermanns	StädteRegion Aachen
2. stellv. Vorsitzender	Claus Schramm	Busfahrer ASEAG
	Leo Buse	kfm. Angestellter
	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Karl-Heinz Goldin	Busfahrer ASEAG
ab 9.7.2011	Hans-Albert Heinrich	Busfahrer ASEAG
	Roland Jahn (Grüne)	Ratsmitglied
	Michael Janssen (CDU)	Ratsmitglied
bis 8.7.2011	Andreas Langer	Busfahrer ASEAG
	Marcel Philipp	Oberbürgermeister
	Alfred Sonders	Bürgermeister Stadt Alsdorf
	Josef Stiel	StädteRegion Aachen

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens einer Person. Die genaue Zahl der Vorstandsmitglieder bestimmt der Aufsichtsrat; diesem obliegt auch der Erlass einer Geschäftsordnung für die Vorstandsmitglieder. Ist nur ein Vorstandsmitglied vorhanden, so vertritt es die Gesellschaft allein. Sind mehrere Vorstandsmitglieder vorhanden, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Der Aufsichtsrat kann bestimmen, dass einzelne Vorstandsmitglieder befugt sind, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern. Die E.V.A. entsendet den Oberbürgermeister der Stadt Aachen und den Landrat des Kreises Aachen oder einen vom Oberbürgermeister bzw. Landrat vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt bzw. des Kreises in den Aufsichtsrat. Die übrigen derjenigen Sitze, die nicht nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes besetzt werden, sollen sich zur Hälfte auf die Stadt und zur Hälfte auf den Kreis verteilen. Die Aufsichtsratsmitglieder werden, vorbehaltlich der in Satz 2 dieses Absatzes getroffenen Regelung, auf die Dauer der durch §102 Abs. 1 AktG zugelassenen Frist gewählt. Die Amtszeit der auf Vorschlag der Stadt Aachen und des Kreises Aachen gewählten Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die innerhalb von vier Monaten nach Ablauf der Wahlperiode des Rates der Stadt Aachen beziehungsweise des Kreistages des Kreises Aachen abzuhalten ist. Sie werden durch einen mit einfacher Mehrheit zu fassenden Beschluss der Hauptversammlung abberufen, wenn der Rat der Stadt Aachen beziehungsweise der Kreistag des Kreises Aachen von ihrem Abberufungsrecht [...] Gebrauch gemacht haben. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die festgelegte Amtsdauer [...] einen Vorsitzenden, einen ersten und zweiten Stellvertreter. Hierbei gilt als Richtlinie, dass der Vorsitzende ein von der Stadt Aachen, der erste stellvertretende Vorsitzende ein vom Kreis Aachen und der zweite stellvertretende Vorsitzende ein von den Arbeitnehmern gestelltes Mitglied sein soll. Der Aufsichtsrat ist befugt, aus seiner Mitte Aufsichtsbeiräte zu bilden und deren Aufgaben und Befugnisse in einer Geschäftsordnung festzusetzen.

Vertretung der Stadt Aachen in der Hauptversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	60.596	68%	63.616	58%	77.116	66%
Umlaufvermögen	28.184	32%	45.642	42%	38.516	33%
Rechnungsabgrenzungsposten	176	0%	700	1%	740	1%
Bilanzsumme Aktiva	88.956		109.958		116.372	
Eigenkapital	9.332	10%	9.332	8%	9.332	8%
Sonderposten mit RI-Anteil	300	0%	300	0%	0	0%
Rückstellungen	66.151	74%	87.407	79%	90.994	78%
Verbindlichkeiten	12.077	14%	11.863	11%	14.870	13%
Rechnungsabgrenzungsposten	1.096	1%	1.055	1%	1.175	1%
Bilanzsumme Passiva	88.956		109.958		116.372	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	44.964	45.902	47.619
sonstige betriebliche Erträge	6.824	6.540	7.051
Betriebsleistung	51.788	52.442	54.670
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	22.826	24.478	25.628
Personalaufwand	30.780	49.532	31.621
Abschreibungen	3.798	3.807	4.093
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.981	8.641	9.231
Betriebserfolg	-13.597	-34.016	-15.904
Finanzerfolg/ Ergebnis aus Beteiligungen	-465	-1.703	-2.656
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-14.062	-35.719	-18.560
außerordentliche Aufwendungen	0	765	765
Steuern	-117	102	107
Erträge aus Verlustübernahme	13.945	36.587	19.432
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über Ergebnisübernahmeverträge innerhalb des EVA - Konzerns und eine entsprechende Ausschüttung der E.V.A. an die Stadt Aachen betroffen.

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Immer mehr Menschen nutzen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland. Die Nachfrage nach ÖPNV in Deutschland steigt seit Jahren. Ebenso wie die Fahrgastzahlen stieg im vergangenen Jahr auch die Verkehrsleistung im ÖPNV.

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) liegt im Berichtsjahr bei 3,1% (saison- und kalenderbereinigt), was einen Wachstumsrückgang von 0,5 %-Punkten gegenüber 2010 (3,6%) bedeutet.

Der VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) stellt in seinem Jahresbericht fest, dass die Nachfrage nach dem Angebot von Bussen und Bahnen insgesamt angestiegen ist. Dies trifft vor allem auf die gut ausgebauten Verkehrssysteme in Großstädten zu, die weiterhin an Attraktivität gewonnen haben. In ländlichen Räumen dagegen wirkten sich sinkende Schülerzahlen und eine rückläufige Gesamtbevölkerung mancherorts auch dämpfend aus.

Bundesweit erhöhte sich das Verkehrsaufkommen um 0,7 % auf 9,74 Milliarden Fahrgäste, die Verkehrsleistung um 1% auf 91,4 Milliarden Personenkilometer. Die Erträge, die die VDV - Mitglieder aus der Fahrgastbeförderung erzielten, überschritten wiederum die 10-Milliarden-Euro-Grenze. Der Ertragszuwachs lag bei 2,7 %.

Die positive Nachfrageentwicklung wurde durch die für den Personenverkehr maßgeblichen wirtschaftlichen Parameter unterstützt. Die Anzahl der Beschäftigten erreichte mit über 41 Millionen ein neues Rekordniveau. Anders als in den Vorjahren, als besonders der Export als Motor der Wirtschaftsleistung gegolten hatte, wurde dieser 2011 vor allem durch die privaten Konsumausgaben angetrieben (+1,5%). Obwohl die Nettolöhne mit 2,2% geringer stiegen als im Folgejahr der Wirtschaftskrise 2010, erhöhte sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 3,3% und

damit um 0,4 Prozentpunkte stärker als im Vorjahr. Der Grund dafür liegt in der 2011 gesunkenen Sparquote.

Die Verbraucherpreise allerdings lagen mit einer Steigerung von 2,3% erstmals seit Jahren wieder oberhalb der empfohlenen inflationsgefährdenden Obergrenze. Überproportional beteiligt daran waren die Kraftstoffpreise mit einer Steigerungsrate von 11%. Dies trug neben anderen Ursachen nicht unwesentlich zu einem starken Rückgang des Energieverbrauchs bei. Verbrauchszuwächse ergaben sich ausschließlich beim Diesel, dessen Absatz konjunkturbedingt um 2% anstieg.

Ertragslage

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2011 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 19,4 Mio. EUR abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung um 17,2 Mio. EUR. Die Ergebnisentwicklung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr aufgrund eines Rechtsstreits eine aperiodische Anpassung der Pensionsrückstellungen um 19,1 Mio. EUR erforderlich wurde.

Darüber hinaus wirkten folgende Einflussfaktoren auf die Ergebnisentwicklung ein:

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1,8 Mio. EUR auf 47,6 Mio. EUR.

Mehreinnahmen aus dem Verkauf von Fahrkarten in Höhe von 1,4 Mio. EUR, aus höheren aperiodischen Erlösen von 0,3 Mio. EUR und geringeren Abgaben an den Aachener Verkehrsverbund von 0,2 Mio. EUR, standen negative Effekte aus weiter sinkenden Zuschüssen in Höhe von 0,1 Mio. EUR und geringeren sonstigen Erlösen von 0,1 Mio. EUR gegenüber.

Bei den Mehreinnahmen aus dem Verkauf von Fahrkarten ist besonders hervorzuheben, dass der Anteil der Zeitkarten (Abonnenten) weiter zugenommen hat.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 0,5 Mio. EUR auf 7,1 Mio. EUR. Davon entfielen 0,3 Mio. EUR auf der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil gem. § 6b EStG.

Der Materialaufwand erhöhte sich insgesamt um 1,2 Mio. EUR auf 25,6 Mio. EUR. Dabei stiegen die Treibstoffkosten um 0,4 Mio. EUR und die Anmietungskosten um 0,7 Mio. EUR.

Der Personalaufwand reduzierte sich insgesamt um 17,9 Mio. EUR im Wesentlichen aufgrund einer im Vorjahr vorgenommenen periodischen Zuführung zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 19,1 Mio. EUR. Die Löhne und Gehälter erhöhten sich aufgrund der leicht gestiegenen Mitarbeiteranzahl sowie einer Tariflohnerhöhung insgesamt um 0,5 Mio. EUR. Die periodischen Aufwendungen für Altersversorgung erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. EUR.

Im Berichtsjahr wurde eine Sonderabschreibung gem. § 6b EStG in Höhe von 0,3 Mio. EUR vorgenommen. Die planmäßigen Abschreibungen liegen mit 3,8 Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen 0,6 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Das Finanzergebnis liegt um 1,0 Mio. EUR unter dem des Vorjahres. Hiervon resultieren 0,9 Mio. EUR aus der höheren Aufzinsung der Personalverpflichtungen infolge der im Vorjahr vorgenommenen aperiodischen Zuführung zu Pensionsrückstellungen.

Die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 0,8 Mio. EUR resultieren aus einer weiteren Zuführung von 1/15 des Bewertungsunterschieds der Pensionsrückstellungen gemäß BilMoG.

Zwischen der ASEAG und der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen (E.V.A.) besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Aufgrund dieses Vertrages wird der Verlust der ASEAG von der E.V.A. ausgeglichen.

Finanzlage

Im Berichtsjahr belief sich das Finanzvolumen der ASEAG auf 32,3 Mio. EUR.

Durch die im Berichtsjahr erfolgte Begleichung der Forderung aus dem erhöhten Verlustausgleich des Vorjahres konnten Finanzanlagen in Höhe von 14,1 Mio. EUR und kurzfristige Finanzmittel von 14,1 Mio. EUR angelegt werden. Der Sonderposten mit Rücklageanteil gem. § 6b EStG in Höhe von 0,3 Mio. EUR wurde aufgelöst und als Sonderabschreibung verwendet. Nach Abzug von 1,5 Mio. EUR Zuschüssen wurden Investitionen in Höhe von 3,8 Mio. EUR in das Sachanlagevermögen vor-

genommen. Davon entfielen im Wesentlichen 2,3 Mio. EUR auf die Anschaffung von zwölf Gelenkbussen.

Die Mittel resultieren mit 21,2 Mio. EUR aus der Abnahme des Umlaufvermögens und mit 6,7 Mio. EUR aus der Zunahme der Verbindlichkeiten und Rückstellungen. Darüber hinaus ergaben sich weitere Mittel aus Abschreibungen (4,1 Mio. EUR) und aus Anlagenabgängen (0,3 Mio. EUR).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 116,4 Mio. EUR und liegt damit um 5,8% über dem Vorjahreswert. Das Anlagevermögen bildet 66,3% der Bilanzsumme und beinhaltet im Wesentlichen mit 41,3 Mio. EUR den Beteiligungsbuchwert an der Aachener Parkhaus GmbH sowie mit 14,6 Mio. EUR Ausleihungen. Die Finanzmittel betragen 13,7% des Gesamtvermögens und resultieren im Wesentlichen aus dem unter den Forderungen gegen E.V.A. ausgewiesenen Cash-Pool. Das übrige Umlaufvermögen besteht im Wesentlichen aus der Verlustausgleichsforderung und beträgt 20% der Bilanzsumme.

Die Kapitaleseite weist insgesamt 99,8 Mio. EUR mittel- und langfristige Mittel aus, die sowohl das Anlagevermögen als auch Teile des Umlaufvermögens langfristig abdecken. Die hauptsächlich aus Pensionsverpflichtungen resultierenden mittel- und langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten betragen 77,7% der Bilanzsumme. Der Anteil der kurzfristigen Rückstellungen, Verbindlichkeiten und des Rechnungsabgrenzungspostens beträgt 14,3%, die Eigenkapitalquote beträgt 8,0%.

Investitionen

Die Investitionen des Geschäftsjahres betrugen insgesamt 5,3 Mio. EUR (inkl. 1,5 Mio. EUR Investitionszuschüsse für Busse). Schwerpunkte hierbei waren die Ersatzbeschaffungen von Bussen im Umfang von 3,8 Mio. EUR und Maßnahmen im Bereich der Gebäudewirtschaft. Hierbei ist mit 0,6 Mio. EUR insbesondere die Ertüchtigung des Gewerbeobjektes in der Freunder Landstraße hervorzuheben, das an die Bedürfnisse eines modernen Supermarktes im Zuge einer Neuvermietung angepasst wurde.

Beschaffung

Im Rahmen des konzernübergreifenden Beschaffungsmanagements bei der E.V.A. fand auch im Geschäftsjahr 2011 der elektronische Einkaufsprozess generelle Anwendung. Von der Bestellanforderung bis zur elektronischen Rechnungseingangsbearbeitung besteht eine durchgängige SAP-basierte Prozesskette, mit deren Hilfe die einzelnen Prozessschritte automatisiert und standardisiert werden können. Langfristige Lieferkontrakte mit Schlüssellieferanten und die enge Zusammenarbeit mit verlässlichen Zulieferfirmen bieten der ASEAG ein bewährtes Instrumentarium, das es erlaubt, die Belieferung des Unternehmens sicherzustellen und durch die Bündelung von Einkaufsmengen Volumenvorteile zu nutzen.

Treibstoff für Busse wird in speziellen Tanks auf dem Betriebsgelände bevorratet. Der ASEAG Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 29.06.2009 vorbehaltlich des Ausschlusses kommunalrechtlicher Beschränkungen dem Abschluss von Rahmenverträgen zu „Finanztermingeschäften“ zugestimmt. Ziel war es, eine konstante Größe für die Treibstoffkosten in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung zu erreichen. Die hierfür erforderliche Erklärung für Verträge mit privatrechtlich organisierten Unternehmen von Kommunen zwischen der Stadt Aachen und der ASEAG gegenüber der Bank wurde am 16.12.2009 unterzeichnet. Hierin sichert die ASEAG zu, dass keine kommunalrechtlichen Beschränkungen für den Abschluss von Derivat-Geschäften bestehen. Entsprechende Geschäfte wurden seitens der ASEAG im Jahr 2011 für die Dieselbeschaffung in den Jahren 2013 und 2015 getätigt, so dass nunmehr für das Jahr 2012 eine Absicherung des erwarteten Einkaufsvolumens von ca. 90%, für das Jahr 2013 von ca. 63%, 2014 von ca. 45% und 2015 von ca. 19% besteht. Gegenüber dem tagesaktuellen Spot-Markt konnten in 2011 Kosten von ca. 550 TEUR durch diese Maßnahme vermieden werden. Zum Bilanzstichtag belief sich der Marktwert der DieselSwaps der ASEAG auf ca. 1,1 Mio. EUR. Die ASEAG beabsichtigt auch weiterhin entsprechende Geschäfte abzuschließen, auch wenn aufgrund der hohen Volatilität des Dieselpreises bei Preisrückgängen hiermit auch Risiken verbunden sind. Nach aktueller Marktsituation wird diese Maßnahme sowohl die angestrebte Planungssicherheit bringen als auch den dieselpreisbedingten Kostenanstieg bremsen.

Die Lagerhaltung für Reparaturmaterial erfolgt im Wesentlichen vor Ort im Werkstattbereich der ASEAG u. a. in einem Konsignationslager.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2011 beschäftigte die ASEAG 655 Mitarbeiter/-innen.

Die Anzahl der Mitarbeiter/-innen ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. 28 Eintritten standen 29 Austritte gegenüber.

Unser Ziel ist es, die Mobilität in der StädteRegion im Auftrag unserer Kunden zu gestalten. Dazu etablieren wir Schritt für Schritt nach innen und außen ein modernes Auftreten, damit unsere Leistung zukünftig noch starker positiv wahrgenommen wird. Verschiedene Projekte tragen in diesem Zusammenhang zur Zielerreichung bei.

Ein Schwerpunkt des Berichtsjahres war die Optimierung der Rahmenbedingungen und Prozessabläufe. So wurden in den Centern Werkstatt (W) sowie Verkehr und Betrieb (VB) die Arbeitsabläufe untersucht und Führungsstrukturen und Prozessabläufe mit dem Ziel diskutiert, diese bestmöglich zu gestalten.

Die ASEAG hat im Kalenderjahr 2011 sieben neue Mitarbeiter/-innen eingestellt, die zum Busfahrer oder zur Busfahrerin ausgebildet wurden und innerbetrieblich den Busführerschein „Klasse D“ erworben haben. Nach erfolgreichem Bestehen des Busführerscheins erhielten alle sieben Mitarbeiter/-innen eine befristete Einstellung als Busfahrer/-in.

Im Berichtsjahr wurde eine Kompetenzgruppe zum Thema „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ gegründet, die sich aus den Centerleitern, je einem Mitarbeiter aus dem jeweiligen Center, zwei Mitgliedern des Betriebsrates sowie aus Mitarbeitern der Personalabteilung zusammensetzt. Ziel ist es, durch Sensibilisierung für das Thema Gesundheit und die damit verbundene Entwicklung eines gesteigerten Gesundheitsbewusstseins - unter Berücksichtigung eines hohen Maßes an Selbstbestimmung der Mitarbeiter - die Gesundheit unserer Mitarbeiter zu erhalten bzw. zu verbessern und zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, werden unternehmensbezogene Gesundheitsförderungsprogramme entwickelt und zukünftig angeboten.

Das bereits im Jahr 2006 mit der Bezirksregierung Köln angelaufene Landesprogramm „Sicherheit und Service im ÖPNV“ wurde auch im Jahr 2011 erfolgreich weitergeführt. Der Einsatz der fünf zusätzlich eingestellten Sicherheit- und Servicekräften im Jahr 2006 dient weiterhin als Maßnahme der Verbesserung und Erhöhung der personellen Präsenz für Service, Sicherheit und Sauberkeit in den Bussen der ASEAG und an den Haltestellen.

Auch im Jahr 2011 wurden wieder umfangreiche Fahrerschulungen durchgeführt. Die ASEAG bot ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusätzliche Gesundheitschecks, Kurse etc. an. Die ASEAG übernahm für Mitarbeiter Zuschüsse zu den monatlichen Kosten bei Fitnesscenter-Verträgen. In allen Bereichen bietet die ASEAG weitere Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an.

Im Jahr 2011 bot die ASEAG vier jungen Menschen die Möglichkeit, eine dreieinhalbjährige Berufsausbildung als Kraftfahrzeugmechatroniker, Fachrichtung Nutzfahrzeugtechnik oder Fahrzeugkommunikationstechnik, zu beginnen. Darüber hinaus wurden vier weitere Auszubildende eingestellt, die eine dreijährige Berufsausbildung zur Fachkraft im Fahrbetrieb begonnen haben. Auch für die nächsten Jahre werden diese Ausbildungsplatzangebote aufrechterhalten.

Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

Risikobericht

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und zu dokumentieren. Darauf basierend werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minimierung der Risiken ergriffen. In die Analysen fließen die denkbaren externen Marktrisiken, operative Betriebsrisiken sowie finanzwirtschaftliche Risiken mit ein.

Um dies sicherzustellen, ist das Chancen- und Risikomanagementsystem konsequent in die bestehenden Steuerungs- und Controllingprozesse integriert. Im Rahmen der Unternehmenssteuerung werden allgemeine Markt- und Erlösrisiken im Zuge der Überwachung der Entwicklung von Erlösen, Mengen und Kosten in der Planung, in der Vorhersage für das Jahresendergebnis und im Berichtswesen erfasst und gesteuert. Zusätzlich ist ein Risikomanagementsystem im Sinne von AktG § 91 Abs. 2 auf der Ebene der Konzernmutter implementiert, in das die ASEAG integriert ist und das alle weiteren Risiken erfasst. Berichte zum Risikomanagement erfolgen unmittelbar an den Vorstand.

Darüber hinaus fungieren die interne Revision und der Abschlussprüfer bei der Jahresabschlussprüfung als unabhängige Kontrollinstanzen. Zum 1. Januar 2010 ist eine konzernweite Unternehmensverfassung in Kraft getreten. Diese sieht u.a. Regelungen zum Wettbewerbsrecht, zu Antikorruption, zur Vermeidung von Interessenkonflikten, zum Datenschutz und zur Umsetzung der Verfassung vor. Wie in den Vorjahren wurden auch im Geschäftsjahr 2011 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen der halbjährlichen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert, bewertet und dokumentiert, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit.

Zum 31. Dezember 2010 war es in Folge eines Arbeitsgerichtsurteils Anfang 2011 notwendig geworden, eine außerordentliche Pensionsrückstellung in Höhe von 19,14 Mio. EUR zu bilden; die Pensionsrückstellung valutiert zum 31. Dezember 2011 in Höhe von 19,79 Mio. EUR. Das dazugehörige Gerichtsverfahren befindet sich zurzeit in der Berufung beim Landesarbeitsgericht. Bilanziell wurde nach heutigem Kenntnisstand ausreichend Vorsorge getroffen.

Durch die von der EU angestrebte Liberalisierung des Verkehrsmarktes mit einem kontrollierten Wettbewerb und die damit verbundenen Restrisiken bei der Direktvergabe wird sich die Lage im ÖPNV entscheidend weiter verändern. In Übereinstimmung mit der neuen EU-Verordnung zur Regelung des ÖPNV (VO 1370/2007) wird die ASEAG der Mobilitätsdienstleister in Stadt und Kreis Aachen bleiben. Der Ratsbeschluss, der eine Konkretisierung der Betrauung bis Ende 2017 vorsieht, wurde am 21. November 2007 gefasst. Dieser Sachverhalt bedeutet für die ASEAG einen gewissen Bestandsschutz für die nächsten Jahre. Die ASEAG setzt sich jedoch schon heute mit den Anforderungen, die mit der Umsetzung der VO 1370/2007 einhergehen auseinander und beabsichtigt bereits vor dem Ablauf der Betrauung im Jahr 2017 einzelne Komponenten der Verordnung in Abstimmung mit den Aufgabenträgern in separaten Absprachen zu realisieren (z.B. Anreizsysteme).

Ein wesentliches bilanzielles Risiko ist die Neubewertung der Beteiligung an der APAG. Rückläufige Ergebnisse in den vergangenen Jahren könnten dazu führen, dass eine Korrektur des Beteiligungswertes notwendig wird. Geschäftsführung und Gesellschafter haben bereits Maßnahmen eingeleitet, um diesem Risiko zu entgegenzuwirken.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen, die es erforderlich machen können, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive schadstoffreduzierende Maßnahmen einzuleiten hätte. Im Zusammenhang mit dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) stellt das Ergebnis der Neubewertung der Pensionsrückstellungen ein ergebnisbelastendes Risiko dar, welches im Rahmen der Fünf-Jahres-Planung bereits bewertet und eingeplant ist. Dennoch kann es durch sich verändernde Rahmenparameter (Zinssätze, Versicherungstafeln u. Ä.) auch weiterhin zu erheblichen Belastungen des Ergebnisses durch Anpassungen der Pensionsrückstellungen kommen.

Auch wenn sich die Zuschusssituation gemäß der aktuellen Rechtslage im Bereich der Schülerbeförderung verbessert hat, bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG weiterhin die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln und die damit verbundene Notwendigkeit, wegfallende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. So hält die Tendenz rückläufiger Schwerbehindertenquoten an, wodurch mittelfristig ggf. die ASEAG keinen unternehmenseigenen Zuschuss mehr realisieren kann und somit auf das gesetzliche Niveau zurückfällt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine operativen Risiken bekannt, die zu einer Gefährdung einzelner Betriebsbereiche oder des gesamten Unternehmens führen könnten. Nach Überprüfung der Risikosituation kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir ausreichend versichert sind und genügend bilanzielle Vorsorge getroffen haben.

Der Fortbestand der ASEAG ist gesichert, wenn die E.V.A. langfristig den Verlust der ASEAG ausgleichen kann. Sollte der Ausgleich gefährdet sein, ist die Geschäftsführung der EVA gefordert, Maßnahmen zur Sicherstellung einzuleiten.

Prognosebericht

Nach positiver Prüfung des 4. EuGH-Kriteriums „durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen“ im Jahr 2010 muss sich die ASEAG in den Jahren 2012 bis 2016 erneut großen Herausforderungen stellen, um dieses Prädikat in einem zunehmend dynamischen Umfeld auch langfristig zu sichern. Dabei wird die Ergebnisentwicklung in diesem Zeitraum im Wesentlichen von Faktoren wie der Neubewertung der Pensionsrückstellungen wegen des BilMoG (je 1/15 des zum 1. Januar 2010 festgestellten gesamten Unterschiedsbetrags), der Entwicklung der Lohntarife bei ASEAG und Subunternehmen bzw. der geplanten personellen Umschichtung im Fahrdienst von der ASEAG (Personalaufwand) zur 100%igen Tochter ESBUS (Fremdlieferungen), steigenden Umsatzerlösen,

zunehmenden Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und abnehmenden Ausgleichszahlungen für Schwerbehinderte (§ 148 SGB IX) sowie der Entwicklung der Dieselpreise beeinflusst.

Bei den Ausgleichszahlungen nach § 11a ÖPNVG-NRW (Schülerbeförderung) kommt es nach langen Jahren rückläufiger Ausgleichszahlungen nunmehr zu einer Steigerung. In der Planung der ASEAG ist dies entsprechend berücksichtigt. Aufgrund der Haushaltslage der Länder und der Verabschiedung der entsprechenden Gesetzesanpassungen durch die RotGrüne Minderheitsregierung verbleibt hier jedoch noch ein Restrisiko der mittelfristigen Zurücknahme der entsprechenden Regelungen. Die Schwerbehindertenquote wird nach aktuellen Zählungen weiter sinken, wodurch auch die hieraus resultierenden Zuschüsse abnehmen werden.

Der geplante Jahresfehlbetrag für das Jahr 2012 beträgt 19,7 Mio. EUR und liegt damit um 0,3 Mio. EUR über dem Vorjahresergebnis. Die allgemeinen Kostensteigerungen werden dabei vollumfänglich durch Mehrerlöse gedeckt. Dies ist im Wesentlichen auf die Trendwende bei den Ausgleichszahlungen zur Schülerbeförderung und auf die sehr erfreulichen Zuwächse im Bereich der Zeitkarten zurückzuführen. Außerordentliche Effekte werden im normalen Betrieb nicht erwartet. Ergebnis belastend wirkt sich hingegen die Veränderung des Beteiligungsergebnisses aus. Hier kommt es insbesondere aufgrund eines geplanten Ergebnisrückgangs bei der APAG zu einem deutlichen Rückgang von ca. 0,6 Mio. EUR. Gemäß Mittelfristplanung der APAG wird dieser Ergebnisrückgang jedoch wieder aufgefangen werden.

Kostensteigerungen im Bereich des Dieselvebrauchs werden beim Eigenverbrauch zwar teilweise durch Preissicherungen aufgefangen, führen aber dennoch zu einer Ergebnisbelastung. Dies ist auch bei den Subunternehmen wegen bestehender Preisgleitklauseln zu berücksichtigen, so dass steigende Vergütungssätze zu erwarten sind.

Laut Wirtschaftsplan 2012 ist für den Zeitraum 2012 bis 2016 mit einem in etwa konstanten negativen Ergebnis auf einem Niveau zwischen - 19,3 Mio. EUR (2014) und - 19,8 Mio. EUR (2013) zu rechnen. Diese Stagnation des Ergebnisses ist möglich, weil es gemäß der Planung in den nächsten Jahren jeweils gelingen wird, durch Erlössteigerungen einen Großteil der Kostensteigerungen aufzufangen. Dies wiederum gelingt, weil die Kostensteigerungen im laufenden Betrieb der ASEAG aufgrund weiterer geplanter Maßnahmen zur Kostensenkung insgesamt moderat ausfallen werden. Darüber hinaus wirken sich der Entfall von außerordentlichen Aufwänden (z.B. Ende des Sanierungsprogramms für Wohnimmobilien) und wieder ansteigende Beteiligungsergebnisse positiv aus.

Das Programm zur Modernisierung der Busflotte ist mittlerweile weitestgehend abgeschlossen. Anstehende Investitionen dienen nunmehr primär dazu, den erreichten hohen technischen Stand der Busflotte zu erhalten und technische Fortschritte entsprechend in den Busbestand kontinuierlich einfließen zu lassen. Im Jahr 2012 werden zwölf Standardgelenklinienbusse mit der Euro-5-Abgasnorm angeschafft.

Das Ziel eines umweltverträglichen ÖPNV bleibt somit weiterhin bestehen. Die Vermarktung dieses ÖPNV soll durch das neue Kundencenter weiter verbessert werden, das im ersten Quartal 2011 eröffnet wurde. Ergänzend hierzu ist im letzten Quartal 2011 eine Kundenbedarfsanalyse durchgeführt worden. Die Ableitung konkreter Maßnahmen hieraus, die kurz- bis mittelfristig umgesetzt werden sollen, erfolgt derzeit.

Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV liegt im Trend der Branche. In die gleiche Richtung zielen auch die zusammen mit der Stadt Aachen vorangetriebenen Überlegungen zur Wiedereinführung einer Stadtbahn sowie die Teilnahme an der Bewerbung der Stadt Aachen um das Bundesförderprogramm „Schaufenster Elektromobilität“. Endgültige Bewertungen stehen hier jedoch noch aus.

Weiterhin besteht das Ziel, die ASEAG als kommunales Verkehrsunternehmen und zuverlässigen Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu erhalten und diese Position zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister auszubauen. Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2017, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Kreis Aachen im Jahr 2007 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden. Hierauf aufbauend strebt die ASEAG mittelfristig eine Direktvergabe der Leistung an. Darüber hinaus bleibt ein Ziel der ASEAG, sich den ökonomischen und ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft zu stellen und damit den spezifischen Anforderungen der Bürger der Städteregion Aachen an einen nutzerorientierten ÖPNV gerecht zu werden. Dabei gilt es für die ASEAG, sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und angebotsorientierten Zielen zu bewähren.

Als erste Maßnahme auf dem Weg zum angestrebten Ziel der ASEAG, sich als umfassender Mobilitätsdienstleister in der StädteRegion Aachen zu positionieren, beabsichtigt die ASEAG sich zusammen mit einem Partner an der für 2012 avisierten Ausschreibung für die Euregiobahn (geplante Betriebsaufnahme 2016) zu beteiligen. Auch die Aktivitäten im Bereich „Schaufenster Elektromobilität“ sind neben den ökologischen Zielen vor diesem Hintergrund zu sehen.

Aufgrund des positiven Trends zum Ende 2011 und zu Beginn des Jahres 2012 sowie den derzeit sehr hohen Benzinpreisen gehen wir davon aus, dass wir in diesem Jahr, sowohl bei den Beförderungserlösen als auch bei den Fahrgastzahlen, ganzjährig betrachtet Steigerungen zu erwarten haben.

Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gegenstand des Unternehmens sind der Bau, Erwerb und Betrieb von Straßenbahnen, O-Buslinien und Omnibuslinien zur Personen- und Güterbeförderung, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr und Bau und Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen.

Die Ausführungen im Lagebericht und Anhang legen dar, dass die ASEAG der aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung voll entsprochen hat.

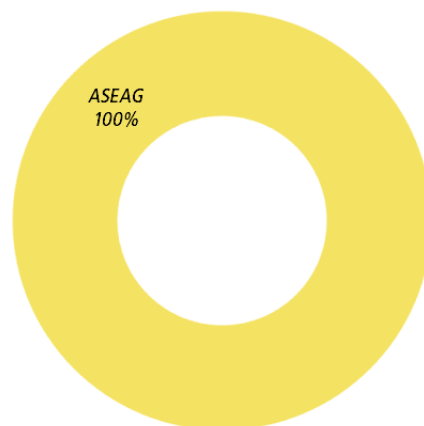
Aachener Parkhaus GmbH

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Aachener Parkhaus GmbH
Sitz	Neuköllner Str. 1, 52068 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1995
Geschäftsführer	Michael Carmincke (bis 4.8.2011) Joachim Adler (ab 4.8.2011) Herbert Sliwinski (ab 4.8.2011)
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	51.129,19 EUR
Mitarbeiter	22 (Durchschnitt)

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen durch den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern, Parkplätzen sowie Anlagen, die diesem Betrieb dienen, und alle damit verbundenen Dienstleistungen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer	Michael Carmincke (bis 4.8.2011) Joachim Adler (ab 4.8.2011) Herbert Sliwinski (ab 4.8.2011)
------------------------	--

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Roland Jahn (Grüne)	Ratsmitglied
Stellv. Vorsitzender	Heiner März (SPD)	Sachkundiger Bürger
	Gisela Nacken	Beigeordnete
	Gaby Breuer (CDU)	Ratsmitglied
	Egbert Form (CDU)	Ratsmitglied
	Rolf Kitt (CDU)	Ratsmitglied
	Michael Servos (SPD)	Ratsmitglied
	Dr. Klaus Vossen (FDP)	sachkundiger Bürger
Beratender Teilnehmer	Claus Schramm	

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Geschäftsführer werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt oder abberufen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus acht stimmberechtigten Mitgliedern. Eines dieser stimmberechtigten Mitglieder ist der Oberbürgermeister als geborenes Mitglied oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter der Stadt Aachen. Die übrigen Mitglieder werden durch den Rat entsandt. Ein vom Betriebsrat benannter Vertreter der Arbeitnehmer der Betriebsführerin, der "Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft" - ASEAG - nimmt an den Aufsichtsratssitzungen beratend teil.

Gesellschafterversammlung

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats, bei seiner Verhinderung sein Stellvertreter. Alleiniger Gesellschafter ist die ASEAG.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	15.807	95%	15.958	98%	22.830	99%
Umlaufvermögen	747	5%	310	2%	228	1%
Rechnungsabgrenzungsposten	11	0%	27	0%	21	0%
Bilanzsumme Aktiva	16.565		16.294		23.078	
Eigenkapital	51	0%	51	0%	4.817	21%
Rückstellungen	239	1%	232	1%	232	1%
Verbindlichkeiten	16.264	98%	16.004	98%	18.021	78%
Rechnungsabgrenzungsposten	11	0%	7	0%	8	0%
Bilanzsumme Passiva	16.565		16.294		23.078	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	8.682	8.429	9.127
sonstige betriebliche Erträge	131	98	4.622
Betriebsleistung	8.813	8.527	13.749
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	3.593	3.600	3.604
Personalaufwand	806	822	930
Abschreibungen	355	374	622
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.073	1.243	1.259
Betriebserfolg	2.986	2.487	7.334
Finanzerfolg	-47	-114	-347
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.939	2.373	6.987
Steuern	135	136	143
Außerordentliches Ergebnis (Gewinnabführung)	-2.804	-2.237	-2.079
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	4.766
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0	0	4.766
Bilanzgewinn	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über Ergebnisübernahmeverträge innerhalb des EVA - Konzerns und eine entsprechende Ausschüttung der E.V.A. an die Stadt Aachen betroffen.

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Aachener Parkhausgesellschaft GmbH (APAG) bewirtschaftet in Aachen 15 Parkhäuser und -objekte, davon sind 14 öffentlich zugänglich. Mit insgesamt 7.000 Stellplätzen bewirtschaften wir ca. 70 % der Gesamtparkflächen in Aachen.

Die Parkhäuser und Parkobjekte, zentral im Innenstadtbereich gelegen, sind 24h für die Kunden geöffnet. Wir bieten unterschiedlichste Produkte rund um das Parken und bedienen alle strategisch wichtigen Zielgruppen, wie z.B. Kurz- und Mietparker. Ca. 7.000 Kunden nutzen die von der APAG zur Verfügung gestellte transpondergesteuerte Abfertigungstechnik (Nupsi), zu der eine Online-Abrechnung angeboten wird.

Das 24h täglich besetzte Servicecenter gewährleistet die Steuerung aller Anlagen über modernste Leitstandtechnik, den Sprechkontakt zu allen Parkhäusern, zentrale Störmeldungen sowie einen mobilen Service. Eine Videozentrale mit der Aufschaltung von Kameras garantiert ein Höchstmaß an Sicherheit.

Seit vielen Jahren sind wir darüber hinaus für die Stadt Aachen ein verlässlicher Partner bei der Bewirtschaftung von ca. 300 Parkscheinautomaten.

Eingebunden im kommunalen Konzernverbund der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.) und dank der engen Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG) bieten wir unseren Geschäftspartnern ein Höchstmaß an Kontinuität und Sicherheit.

Im November 2008 wurde ein Leasingvertrag mit der Alemannia Aachen Stadion GmbH über die Nutzung des Tivoli-Parkhauses geschlossen. Nach der erfolgten Abnahme ist das Parkhaus Tivoli zum 1. Januar 2011 in das wirtschaftliche Eigentum der APAG übergegangen. Zeitgleich ist der ebenfalls 2008 abgeschlossene Mietvertrag mit der Alemannia Aachen GmbH in Kraft getreten.

Im Jahr 2008 wurde darüber hinaus ein Vertrag über den Verkauf des Grundstücks Büchel an die STRABAG unterschrieben. Das Parkhaus blieb bis zur Zahlung des Kaufpreises im Eigentum der APAG. Die Kaufpreiszahlung erfolgte im Dezember 2011, wodurch der Eigentumsübergang vollzogen wurde. Die Bewirtschaftung erfolgt bis zum Zeitpunkt des geplanten Abrisses weiterhin durch die APAG.

Nach dem Erwerb sämtlicher Geschäftsanteile durch die Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- Aktiengesellschaft (ASEAG) besteht seit dem 1. Januar 2003 ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Der ASEAG obliegt außerdem weiterhin die technische und kaufmännische Betriebsführung der Gesellschaft. Allgemeine kaufmännische Verwaltungsleistungen werden von der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung mbH, Aachen, (E.V.A.) ausgeführt.

Finanz- und Vermögenslage

Das Sachanlagevermögen besteht im Wesentlichen aus dem wirtschaftlichen Eigentum des geleasten Parkhauses Tivoli in Höhe von 11,8 Mio. EUR. Das Finanzanlagevermögen beinhaltet ausschließlich eine Darlehensüberlassung an die Alemannia Aachen Stadion GmbH, Aachen. Der Darlehensvertrag hat eine Laufzeit bis zum 21. Mai 2027.

Zur Gegenfinanzierung wurde ein Bankdarlehen in Höhe von 7,6 Mio. EUR mit einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2012 aufgenommen. Die Finanzierung des Parkhauses erfolgt über die bilanzierten Leasingverbindlichkeiten gegenüber der Alemannia Aachen Stadion GmbH, Aachen, in Höhe von 7,6 Mio. EUR sowie durch Gewinnrücklagen, die im Berichtsjahr insbesondere aus dem Buchgewinn des Verkaufs des Parkhauses Büchel eingestellt werden konnten.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse des Jahres 2011 liegen mit 9,1 Mio. EUR um 0,7 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau. Im Berichtsjahr wurden keine Tarifanpassungen vorgenommen. Den wesentlichsten Einfluss auf die Entwicklung der Umsatzerlöse hatte mit 0,5 Mio. EUR die erstmals ganzjährige Bewirtschaftung des Parkhauses Tivoli. Darüber hinaus lagen die Kurzparkerlöse aufgrund höherer Parkvorgänge um 2,7 % über denen des Vorjahres.

Die Erlöse aus der Vermietung von Dauerparkplätzen sanken weiterhin geringfügig von 1.565 TEUR auf 1.557 TEUR. Aus dem Verkauf des Parkhauses Büchel ergeben sich Erträge aus Anlagenabgängen in Höhe von 4.466 TEUR.

Bei den Materialaufwendungen wurden geringere Kosten für die Aufsicht und Bewachung der Parkhäuser durch die ASEAG durch höhere Wartungs- und Instandhaltungskosten sowie durch höhere Energiekosten kompensiert. Die Pachtaufwendungen liegen mit 1.911 TEUR um 11 TEUR unter dem Vorjahresniveau (1.922 TEUR).

Die Personalaufwendungen stiegen infolge der Tariflohnerhöhungen und einer Verschiebung von ASEAG - Mitarbeitern zu eigenem Personal an. Darüber hinaus ergab sich eine Lohnsteuernachzahlung für Vorjahre von 24 TEUR. Zum Jahresende beschäftigte die APAG 22 (Vorjahr 21) eigene Mitarbeiter ohne Aushilfen.

Von dem Jahresergebnis werden 4.766 TEUR in die Gewinnrücklagen eingestellt. Der Restbetrag in Höhe von 2.079 TEUR wird aufgrund des Gewinnabführungsvertrages an die ASEAG abgeführt.

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen und der Aufsichtsbehörde der Stadt Aachen angezeigten öffentlichen Zweck "Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkplätzen" im Berichtsjahr voll erfüllt.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft beeinflussen.

Risiko- und Prognosebericht

Nach einem sehr durchwachsenen Jahresverlauf im Hinblick auf die Kurzparkereinnahmen - starker Anstieg im 1. und 4. Quartal und mit leichten Rückgängen im 2. und 3. Quartal - hat das Geschäftsjahr bei den Kurzparkereinnahmen insgesamt mit einem Zuwachs gegenüber 2010 in Höhe von knapp 3 % abgeschlossen. Damit wurden die Rückgänge im Jahr 2010 gegenüber 2009 vollkommen kompensiert. Im Ergebnis liegt das Jahr 2011 noch ca. 0,7 % über 2009. Der Abwärtstrend der letzten Jahre scheint damit gestoppt zu sein. Aufgrund der starken unterjährigen Schwankungen, die insbesondere auch witterungsbedingt sind, kann jedoch allein aus dem derzeitigen Stammgeschäft keine uneingeschränkt optimistische Prognose für die Zukunft aufgezeigt werden.

Der Verkauf des Parkhauses Büchel, der entgegen der Planung für 2012 doch noch in den letzten Tagen des abgelaufenen Geschäftsjahres 2011 realisiert wurde, belastet das Planergebnis 2012 mit gut 0,5 Mio. EUR. Aufgrund der Planung des Käufers, der STRABAG, ist jedoch davon auszugehen, dass die Bewirtschaftung durch die APAG mindestens noch bis Ende des 3. Quartals 2012 andauern wird. Daneben ist die Ertragsentwicklung des Parkhauses Rathaus aufgrund der in der Mostardstraße geplanten Kanalsanierung nur schwer abzuschätzen. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der vorgesehenen alternativen An- und Abfahrtswege Ertragseinbußen weitestgehend vermieden werden können.

Das Parkhaus Tivoli (Finanzierungsleasing) stellt weiterhin ein wirtschaftliches Risiko dar. Die eigentlich für 2009 geplante Abnahme des Parkhauses erfolgte u. a. aufgrund baulicher Mängel erst im Januar 2011. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus besteht die Möglichkeit, dass sich das Ergebnis des Parkhauses gegenüber der Planung verbessern wird. Mittelfristig entstehen weitere Chancen durch neue Bauprojekte in unmittelbarer Nachbarschaft zum Parkhaus Tivoli, die eine steigende Nachfrage nach Parkplätzen mit sich bringen werden. Am weitesten fortgeschritten sind hier die Gespräche zum Bau eines neuen Bürokomplexes durch die Trianel am Sportpark Soers. Die im Rahmen der Projektkalkulation insgesamt prognostizierten Einnahmen aus der Bewirtschaftung außerhalb der Alemannia - Spieltage werden voraussichtlich jedoch auch langfristig nicht erreicht werden können. Erschwerend wirkt sich hierbei auch aus, dass auch die Möglichkeit zur Realisierung kleinerer Maßnahmen (z.B. Automessen, Flohmärkte) verbaut ist. Unter anderem aufgrund des Unglücks bei der Love-Parade in Duisburg sind die Sicherheitsauflagen für Veranstaltungen nochmals erhöht worden, so dass entsprechende Anträge für Events seitens der APAG von der Stadt Aachen abgelehnt wurden.

Aus der tendenziell stagnierenden Prognose aus dem bestehenden Geschäft hat die Geschäftsführung den Schluss gezogen, dass eine langfristig positive Geschäftsentwicklung insbesondere aus der Gewinnung neuer Parkraumbewirtschaftungsobjekte generiert werden muss. Neben den in der Vergangenheit eher kleineren neuen Bewirtschaftungsobjekten beabsichtigt die APAG daher, sich innerhalb und auch außerhalb Aachens aktiv um Parkraumbewirtschaftungsprojekte zu bewerben.

Ein erster Erfolg ist dabei bereits zu verbuchen; so konnte das Interessenbekundungsverfahren für die Parkraumbewirtschaftung am Universitätsklinikum gewonnen werden. Ein Vorvertrag ist bereits unterschrieben und die abschließenden Verhandlungen laufen zurzeit. Der Bau eines weiteren Parkhauses hat sich aufgrund von Streitigkeiten innerhalb der Erbengemeinschaft, die Verhandlungspartner der APAG war, zerschlagen. Die Geschäftsführung geht jedoch davon aus, dass mittelfristig weitere Projekte generiert und gewonnen werden können.

Ergänzend zu den reinen Parkhausprojekten beabsichtigt die APAG, ihren modernen Videoleitstand auch für die technische Gebäudesicherung einzusetzen. Erste Projekte konnten im Geschäftsjahr 2011 abgeschlossen werden. Für Investitionen sind im Wirtschaftsplan 2012 2.080 TEUR vorgesehen, die im Wesentlichen auf das Projekt am Universitätsklinikum zurückzuführen sind. Nach der Planung des Geschäftsjahres 2012 haben sich im Laufe des Interessenbekundungsverfahrens weitere Parameter dieses Projektes herauskristallisiert, so dass die Investitionssumme in 2012 voraussichtlich noch um weitere ca. 0,5 Mio. EUR ansteigen wird.

Auch im Geschäftsjahr 2011 hat die APAG mit Hilfe eines adäquaten Risikomanagementsystems und basierend auf dem im gesamten E.V.A.- Konzern gültigen Risiko-Handbuch eine Risikoinventur zur Identifizierung der Risiken durchgeführt und die Ergebnisse dokumentiert. Hierbei sind insbesondere die Risiken von Bedeutung, die sich aus den Verpflichtungen im Zusammenhang mit langfristigen Pachtverträgen ergeben. Den Fortbestand der APAG gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

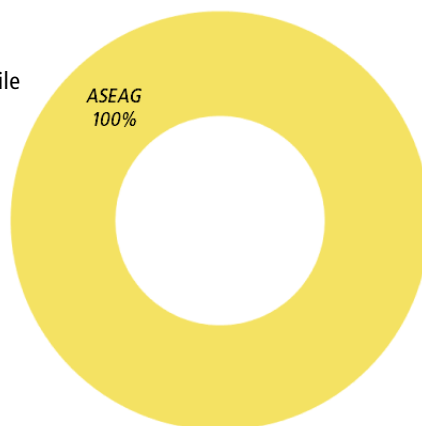
Der Wirtschaftsplan für 2012 sieht ein Ergebnis in Höhe von 5.757 TEUR vor. Dieses Planergebnis ist jedoch maßgeblich vom Buchgewinn aus dem Verkauf des Parkhauses Büchel beeinflusst, der nun bereits im Geschäftsjahr 2011 verbucht werden konnte. Das für 2012 zu erwartende Ergebnis liegt nach Bereinigung um den Büchel - Effekt bei ca. 1,4 Mio. EUR, sowie für 2013 bei 1,6 Mio. EUR. Die Mittelfristplanung geht jedoch davon aus, dass durch die seitens der Geschäftsführung eingeleiteten Maßnahmen wieder ein Niveau von knapp 2 Mio. EUR pro Jahr erreicht werden kann.

Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH

Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH	Gesellschafter
Sitz	Bourscheidtstr. 9, 52249 Eschweiler	
Rechtsform	GmbH	
Gründungsjahr	2000 (Jahr des Erwerbs der Geschäftsanteile der Horst Taeter Verkehrsunternehmen GmbH Durch die ASEAG) 2003 Umfirmierung in ESBUS	
Geschäftsführer	Hermann Paetz Uwe Ratz (bis 31.7.2011) Bernhard Breuer (ab 1.8.2011)	
Gremien	Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	25.600,00 EUR	
Mitarbeiter	21 (Durchschnitt)	



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens zur Personenbeförderung im öffentlichen Linienverkehr und alle damit verbundenen Dienstleistungen. Die Geschäftstätigkeit betrifft ausschließlich die Vermietung von Bussen und die Personalgestaltung an die Muttergesellschaft ASEAG. Die Dienstleistungen wurden auf den der ASEAG konzessionierten Linien erbracht. Wegen der eingeschränkten geschäftlichen Tätigkeit der Gesellschaft ist ein Branchenvergleich nicht möglich.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer Hermann Paetz
Uwe Ratz (bis 31.7.2011)
Bernhard Breuer (ab 1.8.2011)

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung

Alleinige Gesellschafterin ist die Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs - AG (ASEAG)

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	156	47%	224	91%	174	80%
Umlaufvermögen	179	53%	23	9%	14	7%
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	28	13%
Bilanzsumme Aktiva	335		247		216	
Eigenkapital	26	8%	26	10%	26	12%
Rückstellungen	18	5%	34	14%	37	17%
Verbindlichkeiten	291	87%	187	76%	154	71%
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme Passiva	335		247		216	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	1.282	1.290	1.326
sonstige betriebliche Erträge	39	25	26
Betriebsleistung	1.321	1.316	1.351
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	419	540	457
Personalaufwand	618	627	670
Abschreibungen	61	48	50
Sonstige betriebliche Aufwendungen	164	183	217
Betriebserfolg	59	-82	-43
Finanzerfolg	-9	-8	-8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	50	-90	-51
Steuern	0	0	3
Erträge aus Verlustübernahme (+) / abgeführter Gewinn (-)	-50	90	54
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht. Mittelbar ist der Haushalt der Stadt Aachen über Ergebnisübernahmeverträge innerhalb des E.V.A. - Konzerns und eine entsprechende Ausschüttung der E.V.A. an die Stadt Aachen betroffen.

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens zur Personenbeförderung im öffentlichen Linienverkehr und aller damit verbundenen Dienstleistungen. Die Geschäftstätigkeit des Jahres 2011 betrifft die Personenbeförderung im Auftrag der Muttergesellschaft ASEAG auf deren konzessionierten Linien. Wegen der eingeschränkten geschäftlichen Tätigkeit der Gesellschaft ist ein Branchenvergleich nicht möglich.

Ertragslage

Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme weist einen Verlust von -54 T€ aus. Das bedeutet eine Verbesserung 37 T€ gegenüber dem des Vorjahr.

Die periodischen Gesamterlöse aus Personenbeförderungen in Höhe von 1.322 T€ stiegen gegenüber dem Vorjahr (1.290 €) um 32 T€. Dabei erhöhte sich der Vergütungssatz auf 2,46 € (Vorjahr 2,38 €) und die Fahrleistung verringerte sich geringfügig auf 537 Tkm (Vorjahr 541 Tkm).

Die Materialaufwendungen reduzierten sich um insgesamt um 83 T€ auf 457 T€. Dabei stiegen die Treibstoffkosten (283 T€) aufgrund der Preisentwicklung um 47 T€. Die Instandhaltungskosten reduzierten sich um 21 T€ und die Kosten für Fahrzeuganmietungen um 100 T€.

Bei einer durchschnittlich um zwei auf 17 gesunkenen Anzahl von Mitarbeitern erhöhten sich die Personalaufwendungen um 43 T€ aufgrund einer Abfindung, einer erstmaligen Rückstellungsbildung für Flexguthaben sowie einer Tariflohnanpassung. Den Mitarbeitern wurden bis zum 28.02.2011 Vergütungen nach dem NWO-Tarif gewährt. Ab dem 01.03.2011 gilt ein mit ver.di abgeschlossener Haustarifvertrag.

Die Abschreibungen wurden fast ausschließlich für durchschnittlich sieben Fahrzeuge aufgewendet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Wesentlichen aufgrund gestiegener Verwaltungs- und Beratungskosten um insgesamt um 35 T€.

Aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages wird der Verlust von der ASEAG ausgeglichen.

Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2011 standen der Gesellschaft für die Personenbeförderung durchschnittlich sieben eigene Busse und drei Dauerleihgaben der ASEAG zur Verfügung.

Zur Finanzierung des Fuhrparks wurde mit der ASEAG zum 1. August 2006 ein Investitionskreditvertrag in Höhe von 500 T€ abgeschlossen. Dieser wurde zum 31. August 2011 restlos getilgt. Aufgrund der Neuanschaffung eines Busses im Jahr 2010 wurde ein weiterer Kredit in Höhe von 150 T€ mit einer Laufzeit von 9 Jahren abgeschlossen. Die Tilgung erfolgt in 9 gleichbleibenden Jahresraten. Aufgrund des Cash-Pooling im EVA-Konzern werden die flüssigen Mittel grundsätzlich bei der ASEAG geführt und in diesem Jahr mit den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen saldiert.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

Risiko- und Prognosebericht

Die Aufgabe von ESBUS ist auch weiterhin eine strategische. Das heißt, bei einer eventuellen Ausschreibung von Linienkonzessionen oder aber auch im Rahmen des Genehmigungswettbewerbs bestehen über ESBUS mit marktorientierten Kostensätzen gute Chancen, Leistungen zu erwerben und im E.V.A.-Konzern zu halten.

Es wurde die Möglichkeit geschaffen, neue Mitarbeiter für den Fahrdienst und die Leistungserstellung auf ASEAG konzessionierten Linien künftig bei ESBUS unter günstigen Bedingungen einzustellen. Gleichzeitig wird die ESBUS in ihrer Position und am Markt gestärkt. ESBUS wird als kommunales Tochterunternehmen stärker in den Fokus von wirtschaftlich zu betreibender ÖPNV-Leistung gestellt und helfen, die Kosten für die Leistungserstellung im Konzern niedrig zu halten.

Weiterhin wird ESBUS „schlank“ geführt und die notwendigen Leistungen werden über Dienstleistungsverträge bei Dritten oder im E.V.A.-Konzern eingekauft. Für das Geschäftsjahr 2012 wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 24 T€ gerechnet.

Die ESBUS hat im Geschäftsjahr 2011 mit Hilfe eines adäquaten Risikomanagementsystems und basierend auf dem im gesamten E.V.A.-Konzern gültigen Risiko-Handbuch eine Risikoinventur zur Identifizierung der Risiken durchgeführt und die Ergebnisse dokumentiert. Den Fortbestand der ESBUS gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

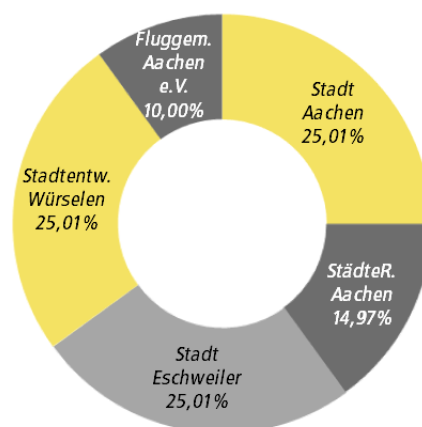
Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH

Würselen

Allgemeine Angaben

Firma	Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH
Sitz	Merzbrück 216, 52146 Würselen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1995
Geschäftsführer	Uwe Zink
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	57.000,00 EUR
Mitarbeiter	15 (Durchschnitt)
Internet	www.flugplatz-aachen.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Aufgabe des Unternehmens ist es, den Verkehrslandeplatz und das Segelfluggelände Aachen-Merzbrück zu betreiben, zu unterhalten und auszubauen. Dabei sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die „Verordnung über die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebes mit Leichtflugzeugen und Motorseglern und Landeplätzen“ vom 5. Januar 1999 zu beachten. Der Flugplatz dient der Allgemeinen Luftfahrt und Luftfahrzeugen bis 5,7 t Höchstabfluggewicht. Er steht ferner der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und Fachhochschule Aachen für wissenschaftliche und Forschungszwecke zur Verfügung.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer Uwe Zink

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Arno Nelles	Bürgermeister Würselen
stellv. Vorsitzende	Annekathrin Grehling	Stadtkämmerin
	Maria Drews (CDU)	Ratsmitglied
	Hermann Gödde	Eschweiler
	Peter Gartzen	Eschweiler
	Manfred Zitzen	Geschäftsführer SEW
	Günter Kuckelkorn	Städteregion Aachen
	Prof. Dr. Rudolf Mathar	Fluggemeinschaft Aachen e.V.
beratend	Hans-Josef Büles	Lärmschutzbeirat
	Monika Frohn	IHK

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Der Geschäftsführer wird von der Gesellschafterversammlung bestellt.

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, dessen Mitglieder von den Gesellschaftern wie folgt entsandt werden: Stadt AC 2 Mitgl., Stadt Eschweiler 2 Mitgl., Stadtentwicklung Würselen 2 Mitgl., FGA 1 Mitgl., StädteRegion AC 1 Mitgl.. Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist von dem entsendenden Gesellschafter ein Vertreter zu bestimmen. Die von den Gesellschaftern entsandten Mitglieder können von dem Gesellschafter, der sie entsandt hat, jeder Zeit abberufen und durch andere Personen ersetzt werden. Der AR wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Zum Vorsitzenden des AR soll der jeweilige Bürgermeister der Stadt Würselen gewählt werden, zum stellvertretenden Vorsitzenden soll eines der beiden Aufsichtsratsmitglieder der Stadt Aachen gewählt werden.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009	2010	2011
Anlagevermögen	278 66%	1.628 83%	1.670 85%
Umlaufvermögen	145 34%	329 17%	303 15%
Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Aktiva	423	1.957	1.974
Eigenkapital	53 12%	89 5%	161 8%
Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	33 8%	22 1%	11 1%
Rückstellungen	38 9%	33 2%	35 2%
Verbindlichkeiten	299 71%	1.813 93%	1.767 90%
Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Passiva	423	1.957	1.974

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	217	210	211
sonstige betriebliche Erträge	99	88	93
Betriebsleistung	315	298	304
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	5	4	2
Personalaufwand	188	195	171
Abschreibungen	25	25	25
Sonstige betriebliche Aufwendungen	124	107	107
Betriebserfolg	-26	-32	-1
Finanzerfolg	-9	-55	-72
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-35	-87	-73
Erträge aus Zuschüssen der Gesellschafter	39	90	105
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	4	3	33

Verbindungen zum städtischen Haushalt

An der von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Ergebnisverwendung ist die Stadt Aachen entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt. Die Gesellschafterversammlung hat den Vortrag des Ergebnisses auf neue Rechnung beschlossen. Die Stadt zahlte einen Pachtkostenzuschuss in Höhe von 7,2 TEUR. Darüber hinaus beteiligte sich die Stadt Aachen mit 29,3 TEUR am Kapitaldienst für Planungsdarlehen.

Lagebericht

Im Geschäftsjahr 2011 haben der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung je zweimal getagt.

Das Jahresergebnis 2011, die Entlastung des Geschäftsführers und die Entlastung des Aufsichtsrates wurden in der 66. Sitzung des Aufsichtsrates bzw. in der 45. Gesellschafterversammlung am 11.07.2011 beschlossen.

Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

In 2011 sind die Flugbewegungen aufgrund der günstigen Witterung von 36.218 auf 43.756 gestiegen.

Darstellung der Geschäftsentwicklung 2011

1. Verlegung der Start- und Landebahn

Mit Schreiben vom 03.06.2011 teilte der Minister Voigtsberger mit, dass bis auf die Förderung des Planfeststellungsverfahrens keine weitere Förderung für den Landeplatz erfolgt. Die Erstellung der Gutachten ist abgeschlossen.

Die Abarbeitung der Einwendungen hat sich länger hingezogen als ursprünglich erwartet. Die Antworten auf die Einwendungen liegen seit dem 29.03.2012 der höheren Luftaufsicht in Düsseldorf vor. Der Erörterungstermin wird für nach der Sommerpause erwartet.

2. Tankstelle

Die Vertragsverhandlungen mit der TOTAL zur Fortsetzung des Tankstellenbetriebes konnten im März 2012 positiv abgeschlossen werden. Insgesamt ist ein wirtschaftliches Ergebnis erzielt worden.

3. Flugbewegungen/ Gebührenordnung

Die Flugbewegungen lagen mit 43.756 2011 wieder auf dem Niveau der Jahre 2006 bis 2009 nach dem schlechten Jahr 2010 mit 36.218. Die Landegebühren lagen insgesamt über 152 TEUR.

Der gewerbliche Flugverkehr verzeichnete fast 17.000 Bewegungen. Der Segelflug ist weiter zurückgegangen auf 1.370 Bewegungen. Die Ultraleichtflieger hatten ca. 4.000 Bewegungen im Jahr.

Die neue Gebührenordnung ist abgeschlossen und wurde mit verschiedenen Nutzern auf dem Platz diskutiert. Kritik wird am Platz geäußert, dass für die Hangars Miete gezahlt wird, jedoch die Investitionen relativ gering sind. Auch ist man der Auffassung, dass die FAM hiervon partizipieren müsste. Die neue Gebührenordnung soll vor der Sommerpause 2012 der Luftaufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

4. Personalentwicklung

Mit dem Weggang der Hilfsbuchhalterin wurde grundsätzlich betriebsintern die Frage der Qualifikation der neuen, noch einzustellenden Fachkraft erörtert. Die Vielseitigkeit der Arbeit (Flugleitung, buchhalterische Kenntnisse, Führerschein) und das Durchschnittsalter des Teams erforderten eine umfangreiche Prüfung der Kandidaten. Es wurden mehrere hospitierende Bewerber geprüft. Eine Einstellung erfolgte erst zum 01. März 2012 als Teilzeitstelle.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

In der Aufsichtsratssitzung am 23. April 2012 hat die Geschäftsführung dargestellt, dass der Landeplatz unter den heutigen Prämissen, d.h. unter Berücksichtigung der Gesellschafterzuschüsse zur

Pachtzinserhöhung (lt. Gesellschafterbeschluss v. 06.12.04) kostendeckend mit einem kleinen Überschuss („schwarze Null“) geführt werden kann.

Gespräche über die zukünftige Rolle von FAM und FH/ RWTH (Bereich Luft und Raumfahrt) auf dem Landeplatz und das Ausloten von gemeinsamen Aktivitäten werden weiter verfolgt. Auch wurde Kontakt mit dem BK Alsdorf aufgenommen mit dem Ziel, eine Verbindung zwischen der Ausbildung zum Flugzeugmechaniker und den Möglichkeiten als außerschulischer Lernort herzustellen. Ansiedlungen sollen über F&E in Form eines „School Lab“ und/ oder eines AN-Institutes entwickelt werden. Hier steht die Geschäftsführung mit der FH im Gespräch.

Es besteht die Nachfrage nach Abstellplätzen für Flugzeuge. Die Geschäftsführung prüft die Wirtschaftlichkeit solcher Unterstellmöglichkeiten, ggfs. in Verbindung mit weiteren Verbesserungen. Außerdem besteht Interesse von flugaffinen Unternehmern, sich am Platz anzusiedeln. Ein Hub-schrauberunternehmen hat sich 2012 niedergelassen.



Bereiche

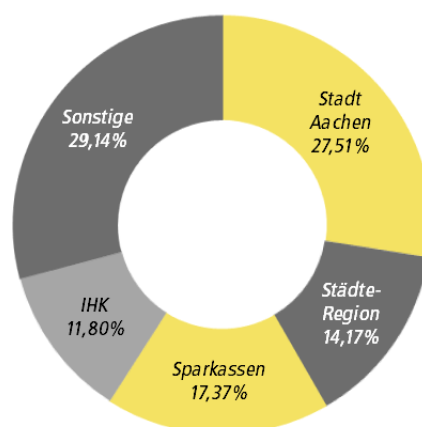
Tourismus,
Wirtschaft, Wohnen

Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Aachener Gesellschaft für Innovation Und Technologietransfer mbH
Sitz	Technologiezentrum am Europaplatz Dennewartstr. 25-27, 52068 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1983
Geschäftsführer	Dr. Helmut Greif Ulrich Schirowski
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	3.253.000,00 EUR
Mitarbeiter	49,5 (Durchschnitt)
Internet	www.agit.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist es Innovation und Technologietransfer zu fördern, Technologiezentren zu errichten und zu betreiben, Beratungs- und andere Dienstleistungen anzubieten, Vorhaben der angewandten Forschung und Entwicklung durchzuführen, Urheberrechte und Know how zu vermitteln und zu verwerten, sowie Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung und Standortwerbung für die Region im In- und Ausland.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer	Dr. Helmut Greif Ulrich Schirowski
------------------------	---------------------------------------

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Dieter Philipp	Handwerkskammer Aachen
stellv. Vorsitzender	Prof. Dr. Reinhart Poprawe	IHK Aachen
stellv. Vorsitzender	Günter Rosenke	Landrat Kreis Euskirchen
stellv. Vorsitzender	Hans-Peter Schmitz	Städteregion
	Friedrich Beckers (CDU)	Ratsmitglied
	Georg Beyß	Kreisdirektor Kreis Düren
	Hubert Herpers	Sparkasse Aachen
	Assessor Jürgen Drewes	IHK Aachen
	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Rolf Kitt (CDU)	Ratsmitglied
	Marcel Philipp (CDU)	Oberbürgermeister
	Stephan Pusch	Landrat Kreis Heinsberg

	Karin Schmitt-Promny (Grüne)	Ratsmitglied
	Karl Schultheis (SPD)	Ratsmitglied
bis 26.5.2011	Adolf Terfloth	Sparkasse Düren
ab 26.5.2011	Thomas Pennartz	Sparkasse Düren
	Dr. Axel Thomas	WFG Kreis Aachen

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Geschäftsführer werden durch den Aufsichtsrat bestellt, angestellt und abberufen.

Aufsichtsrat

Die Stadt Aachen ist mit 5 Mitgliedern vertreten. Die Mitglieder aus dem Bereich der kommunalen Gebietskörperschaften werden für die Dauer einer Wahlzeit der Kommunalvertretungen in den Aufsichtsrat entsandt. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entscheidung eines Nachfolgers im Amt. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	10.432	96%	9.675	92%	8.833	86%
Umlaufvermögen	467	4%	880	8%	1.495	14%
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0%	7	0%	2	0%
Bilanzsumme Aktiva	10.907		10.562		10.330	
Eigenkapital	1.588	15%	1.401	13%	1.103	11%
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	5.468	50%	4.832	46%	4.189	41%
Rückstellungen	107	1%	109	1%	139	1%
Verbindlichkeiten	3.744	34%	4.220	40%	4.884	47%
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	15	0%
Bilanzsumme Passiva	10.907		10.562		10.330	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	2.989	2.759	3.014
sonstige betriebliche Erträge	2.190	2.684	3.371
Betriebsleistung	5.179	5.442	6.385
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	0	0	27
Personalaufwand	1.780	2.115	2.684
Abschreibungen	890	899	910
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.437	2.378	2.804
Betriebserfolg	71	50	-40
Finanzerfolg	-149	-147	-161
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-78	-97	-201
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	89	89	97
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-167	-186	-298

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Die Zuschüsse teilen sich die Gesellschafter Stadt Aachen, Kreis Aachen, Kreis Düren, Kreis Euskirchen und Kreis Heinsberg im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander. Der Zuschuss der Stadt Aachen für das Jahr 2011 betrug 776,3 TEUR incl. TZA II und ZBMT.

Lagebericht

A. DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS

Die sechs Geschäftsfelder der AGIT werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die Projekte und Aufträge werden nur summarisch dargestellt. Sie sind inhaltlich im Jahresbericht aufgeführt, der diesem Bericht als Anhang beiliegt.

1. Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld I)

Die betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt seitens der AGIT lag in 2011 qualitativ und quantitativ auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Die gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 230 Arbeitsplätze schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 11,4 Mio. Euro. Die Region Aachen liegt damit gegenläufig zum deutschlandweiten Trend, der einen deutlichen Rückgang der Gründer konstatiert. Auch die anderen Beratungsleistungen der AGIT (SIGNO, Wachstumsberatung, Finanzierungsvermittlung) und die Mitwirkung bei der Gründungs- und Wachstumsinitiative ACfi im Rahmen der GründerRegion Aachen lagen auf dem hohen Niveau der Vorjahre.

2. Technologiezentrumsmanagement (Geschäftsfeld II)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen nach Flächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2011 in den beiden von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA und MTZ fort. Die Auslastung liegt weiterhin auf dem hohen Niveau der Vorjahre (TZA 97%, MTZ 99%). Auch das in der zweiten Jahreshälfte erstmalig in Betrieb genommene ZBMT, das erste CAMPUS-Clustergebäude, wurde von den Gründern und CAMPUS-Mietern gut angenommen und war zum Januar 2012 bereits mit 92% ausgelastet (14 Firmen).

3. Investorenberatung (Geschäftsfeld III)

Mit knapp 50 Kontakten zu standortsuchenden Unternehmen war die Nachfrage etwa so groß wie im Vorjahr, jedoch entschieden sich deutlich weniger Unternehmen als im Rekordjahr 2010 für einen Standort in der Region. Das Niveau der Jahre 2008-2010 wurde wieder erreicht. Die Ansiedlungsinteressenten spiegeln das Technologie-/Wissenschaftsangebot der Region wider.

4. Regional- und Clusterentwicklung (RuC) (Geschäftsfeld IV)

Die Region Aachen ist auf einem erfolgreichen Kurs für eine nachhaltige regionale Wirtschafts- und Strukturentwicklung. Ein wesentliches Instrument bildet weiterhin die nordrhein-westfälisch-europäische Strukturfondsförderung und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel 2 Programm 2007-2013 (EFRE). Das regionale Programm- und Projektmanagement wurde 2007 der AGIT seitens der Gesellschafter übertragen. Deshalb sind im vergangenen Jahr von RuC gemeinsam mit den regionalen Partnern und potenziellen Antragstellern zahlreiche mögliche Projektansätze entwickelt worden. Letztlich sind die meisten der in den Ziel-2-Förderwettbewerben beim Land NRW eingereichten Projekte aus der Region Aachen in enger Abstimmung - zum Teil auch in inhaltlicher Kooperation - mit der AGIT erstellt worden. Bei den Ergebnissen des Wettbewerbs ist die Region Aachen weiterhin führend in NRW.

5. Regionalmarketing (Geschäftsfeld V)

In 2011 wurden die Öffentlichkeitsarbeit der AGIT und das Regionalmarketing in wesentlichen Punkten erweitert.

Das für Investoren konzipierte aHEAD (Magazin der Region Aachen), das auch in englischer Sprache herausgegeben wird, erschien in der dritten Ausgabe.

Wesentliche Impulse für die Region Aachen erwarten wir aus der Beteiligung der AGIT bzw. der Region Aachen an der 2011 gestarteten Marketingkampagne des Landes Nordrhein-Westfalen "Germany at its best". Die unter der Schirmherrschaft des Wirtschaftsministers des Landes NRW stehende Kampagne wird von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes NRW.Invest getragen und aktiv unterstützt. Als offizieller Partner hat die Region Aachen über die AGIT die Möglichkeit, Bestleistungen in Kategorien wie Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur zu präsentieren. Schwerpunktmäßig präsentiert sich die Region Aachen im Rahmen der Kampagne als Standort für wissensbasierte Industrie mit einem Schwerpunkt im Bereich Automotive. Auf der Internetseite www.germanyatitsbest.de und in zahlreichen Publikationen werden Bestleistungen aus der Region Aachen vorgestellt.

Anstelle der bisherigen Informationsmedien „AGIT aktuell“ und „Region Aachen Newsletter“ wurde das Magazin „Region Aachen46“ konzipiert und im November von AGIT und Regio Aachen gemeinsam herausgegeben. Ziel ist es, Menschen in der Region zu informieren und auf bestimmte Möglichkeiten der Unterstützung aufmerksam zu machen. Das Magazin soll ab 2012 dreimal jährlich erscheinen.

Im Jahr 2011 lag die durchschnittliche monatliche Besucherzahl der Internetpräsenz bei über 3.000 Besuchern. Die Ansichtszeit pro Besucher lag bei über drei Minuten. Mit der Erstellung eines neuen Internetauftritts wurde im Frühjahr 2011 begonnen. 2012 wird er frei geschaltet.

Nachdem die AGIT seit 2006 die Bewerbungsphase und die Festveranstaltung zur Verleihung des Innovationspreis Region Aachen organisiert hatte, wurde ein neues Konzept (ACfi – Innovationspreis Region Aachen 2012) erarbeitet, das eine Zusammenlegung der Preisverleihung mit der Veranstaltung zur Verleihung der Preise im Rahmen der ACfi-Wettbewerbe vorsieht. Die Findungsphase für die Innovationspreiskandidaten sowie die Abendveranstaltung werden weiterhin von der AGIT organisiert.

Die Standortwerbekampagne „Wussten Sie schon, dass...?“ findet große Zustimmung seitens der Unternehmen und wird in 2012 fortgesetzt.

6. Regionalagentur Aachen (Geschäftsfeld VI)

Die Tätigkeit der Regionalagentur, die im Auftrag des Landes NRW und der Region Aachen für die regionale Arbeitspolitik zuständig ist, konzentriert sich auf folgende fünf Handlungsfelder:

- Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten
- Arbeit und Bildung in der Gesundheitsregion Aachen
- Fachkräfteentwicklung im Demografischen Wandel
- Jugend und Beruf
- Neue Wege in Arbeit.

B. DARSTELLUNG DER LAGE

Das Geschäftsjahr 2011 brachte eine deutliche Steigerung der Gesamtleistung um 943 T€ (17,3 %) auf 6.385 T€ (5.442 T€ in 2010). Die Umsatzerlöse nahmen gegenüber 2010 deutlich zu (255 T€ / 9,2 %), aber insbesondere die sonstigen betrieblichen Erlöse stiegen um 687 T€ (25,6 %) auf nunmehr 3.371 T€ (Vorjahr 2.684 T€). Diese sonstigen Erlöse basieren auf deutlich erhöhten Projekteinnahmen, die mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen. Insgesamt schloss das Geschäftsjahr dadurch mit einem negativen Ergebnis von rund -298 T€ ab (Vorjahr -186 T€).

Gegenüber dem Jahr 2010 ist diese Verschlechterung primär auf einer Erhöhung der Personalkosten um knapp 570 T€ (+26,9 %) auf 2.684 T€ (Vorjahr 2.115 T€) und der damit verbundenen Steigerung der Gesamtkosten zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich in 2011 gegenüber 2010 ebenfalls deutlich erhöht (426 T€ / 17,9 %), was u. a. aus erhöhten Instandhaltungsaufwendungen und dem in 2011 in Betrieb gegangenen ZBMT resultiert.

Unter dem Aspekt, dass die Einnahmen aus Projekten (die von der Region Aachen an die AGIT herangetragen wurden) in der Regel mit einem Eigenanteil zwischen 20 % und 30 % unter Vollkostenbetrachtung finanziell hinterlegt werden müssen, war dieses Ergebnis vorhersehbar und kann durchaus als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Bezüglich des TZA BA II haben die Gesellschafter Stadt Aachen und StädteRegion Aachen den Ausgleich für die Differenz zwischen „Leasingrate“ und „Einnahmen“ ab 2010 übernommen. In 2011 liegt dieser Betrag bei 94 T€ (76 T€ für 2010) und damit im Planbereich. Damit wurde die im letzten Bericht festgestellte notwendige neue Finanzierungslösung vollständig eingelöst. Der noch verbleibende Fehlbetrag von 122 T€ (Vorjahr 113 T€) kann ebenfalls laut Gesellschafterbeschluss durch ein Darlehen zur Verbesserung der Liquiditätssituation der AGIT ausgeglichen werden. Die in den Beschlüssen zur Absicherung der Situation im BA II gemachten Berechnungen (Simulation) über die Kostendifferenz „Einnahmen vs. Leasingrate“ sowie Höhe der Darlehensaufnahme wurden damit eingehalten.

Beleuchtet werden sollte in diesem Zusammenhang jedoch ausdrücklich das „Gesamtergebnis“ des TZA II, das durch die steigende Leasingrate und das ausgewiesene Ergebnis immer etwas verdeckt wird: Trotz der o. a. Zuschüsse der beiden Gesellschafter Stadt Aachen und StädteRegion Aachen i. H. v 94 T€ (76 T€ für 2010) und des aufzunehmenden Darlehens in Höhe von insgesamt 122 T€ in 2011 (113 T€ in 2010), entsteht in 2011 wie bereits in 2010 aus dem Betrieb des TZA II in Summe kein Verlust für die AGIT, sondern es liegt sogar ein Wertzuwachs vor. In 2011 sind dies 33 T€ (31 T€ in 2010). Dieser Wertzuwachs resultiert aus der einfachen Tatsache, dass der Tilgungsanteil der Leasingrate in 2011 knapp 249 T€ (220 T€ in 2010) beträgt, dem die oben ausgewiesenen Zuschüsse und Verluste (Darlehen) gegenüberstehen. Es findet somit ein Darlehensabbau statt und die Restschuld verringert sich.

Für die Finanzierung der eingeworbenen und im Auftrag der Region Aachen durchgeführten Projekte gibt es immer noch keine zufriedenstellende Lösung, da weder der aufzubringende Eigenanteil von den Gesellschaftern bereitgestellt noch die notwendige Finanzierungssicherheit geboten wird.

Das Ergebnis laut Gewinn- und Verlustrechnung entwickelt sich auf rund -298 T€ (Vorjahr -186 T€). Das Plan-Ergebnis für 2011 von ca. -159 T€ konnte nicht erreicht werden.

Im Bereich des Technologiezentrumsmanagements (TZM) hat die AGIT im Geschäftsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr im TZA eine verbesserte Auslastung im Jahresmittel und damit erhöhte Einnahmen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt sich in diesem Ergebnis als überwunden, was sich z. B. an den höheren Einnahmen im Bereich der Konferenzraumvermietung zeigt.

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten, aber vor Umlage der Zentralen Dienste für das TZA BA I einen Überschuss in Höhe von 435 T€ (Vorjahr 411 T€) erzielt. Im TZA BA II wurde ein Verlust von rund -122 (Vorjahr -113 T€) nach Abzug des Zuschusses in Höhe von 94 T€ (Vorjahr 76 T€) durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen erreicht.

Im MTZ, das in 2011 zu 99% ausgelastet war, lag das Ergebnis bei knapp 3 T€ (im Vorjahr -28 T€). Gegenüber 2010 hat sich das Ergebnis damit – wie prognostiziert – wieder deutlich verbessert (31 T€).

In 2011 wurde das ZBMT sukzessiv ab Juli in Betrieb genommen. Durch zahlreiche Baumängel (Heizung, Lüftung, Aufzug) konnte eine Vermietung nicht entlang der vorgesehenen Zeitachse erfolgen, die zudem zu erheblichen Mietminderungen geführt haben. Das Ergebnis von knapp -130 T€ belastet die AGIT nicht, da über eine Verlustabdeckungsvereinbarung mit der Stadt Aachen dieser Verlust ausgeglichen wird. Erfreulich ist die Tatsache, dass in 2012 die Mietmängel im ZBMT

weitgehend behoben werden konnten und dass der Vermietungsstand einschließlich Optionen bei über 95% liegt, was als Volllastung angesehen werden kann.

Bei Umlage der Aufwendungen für die Zentralen Dienste (knapp 700 T€) nach Mitarbeiterköpfen auf die jeweiligen Bereiche verbleibt für das TZA I. BA für 2011 ein GuV-Ergebnis von rund 338 T€ (Vorjahr 273 T€).

In den anderen Geschäftsbereichen Beratung technologieorientierter Unternehmen, Regionalentwicklung und Entwicklung Technologiefelder, Regionalmarketing und Ansiedlung, Standortbeobachtung und -entwicklung und Regionalagentur (RA) konnte auch unter Berücksichtigung der budgetierten Zuschüsse kein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden. Auf alle vier Bereiche entfällt nach Umlage der Zentralen Dienste ein Gesamtverlust in Höhe von ca. -514 T€ (Vorjahr -347 T€).

Auf Grund deutlich erhöhter Außenstände, die insbesondere im Bereich der Projektförderung bei bis zu 1.000 T€ lagen, hat sich trotz eines systematischen Forderungs- und Kostenmanagements in 2011 eine deutlich verschlechterte Liquiditätssituation für die AGIT ergeben. Hierbei spielt auch die hohe, von der AGIT vorzufinanzierende Leasingrate für den TZA BA I eine sichtbare Rolle. Trotz einer Erhöhung des Kontokorrentkredites von 510 T€ auf 850 T€ kam es in 2011 zu einer vollen Inanspruchnahme des Kredites. Die daraus resultierende Zinsbelastung lag mit 18 T€ deutlich über dem Wert des Vorjahres (ca. 5 T€ in 2010).

Nach Berücksichtigung der laufenden Zuschüsse der Gesellschafter für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -298 T€ (Vorjahr -186 T€). Dieser Wert liegt im erwarteten Bereich aufgrund der vielen neuen Aufgaben, die die AGIT in 2011 übernommen und durchgeführt hat.

Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (86%) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Gebäudes rückläufig. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen an. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen erhöhten sich aufgrund wachsender Außenstände bei den zugesagten Fördermitteln. Der Anstieg der Forderungen von 822 T€ in 2010 auf 1.263 T€ in 2011 erklärt die Minderung des Bestandes an liquiden Mitteln und zeigt die Notwendigkeit der Euribor-Erhöhung in 2011. Allein nur die Projektforderungen liegen bereits über dem gegebenen Finanzrahmen.

Das negative Ergebnis hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das gezeichnete Kapital von 3.253 T€ weit über 50% aufgebraucht ist und um das negative Ergebnis 2011 weiter aufgebraucht wird.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung vom 9. November 2011 die Übernahme der Anteile des ausgeschiedenen Gesellschafters Aachen-Münchener Versicherung nach einem bestimmten Schlüssel einstimmig beschlossen. Der Beschluss wurde umgesetzt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres wie folgt eingetreten.

Liquidität: Die hohe Anzahl und das Volumen der Projekte haben zu einer deutlichen Verschlechterung der Liquidität der AGIT geführt. Zwar führt die AGIT nur noch Projekte durch, die zu 100% finanziert sind, insbesondere hat die nachträgliche, oft verzögerte Auszahlung von Projektmitteln von bis zu über einem Jahr eine komplette Vorfinanzierung der Projekte zur Folge. Beispielsweise lag die vorfinanzierte Summe für Projekte Mitte Mai bei ca. 950 T€ und damit bereits über dem derzeitigen Kreditrahmen. Die Erhöhung des Kontokorrentkredits von 510 T€ auf 850 T€ in 2011 könnte möglicherweise nicht ausreichend sein, so dass hier eine weitere Erhöhung des Kontokorrentkredits aus Vorsichtsgründen vorgesehen werden sollte. Dies ist für die nächste Sitzung des AR im Juni 2012 geplant.

In 2012 wird sich an dieser Situation nichts ändern, da das Projektvolumen auf ähnlichem Niveau wie in 2011 liegt und deutlich höhere Einnahmen aus den Technologiezentren (Volllastung) nicht zu erwarten sind. Erst gegen Ende des Jahres 2013 wird sich die Situation deutlich entschärfen, da zum einen das Projektvolumen in 2013 deutlich zurückgeht und die Forderungen aus 2012 beglichen sein müssten.

AGITneu: Im Jahre 2011 hat die Region Aachen ein Reformkonzept entwickelt, das zu neuen, verbesserten Strukturen in der Region führen soll. Nach diesem Konzept wird es einen Zweckverband (ZV) und eine AGITneu geben. Die AGITneu wird sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und deutlich weniger Projekte durchführen als bisher oder ausschließlich Projekte, die zu 100% finanziert sind. Nach aktueller Planung wird das Projektvolumen für die AGITneu in 2013 unter 500 T€

liegen. Dieses Volumen liegt damit unter dem Projektvolumen von 2008, als die AGIT ein positives Ergebnis erwirtschaftete. Für 2014 sind bisher noch keine neuen Projekte vorgesehen.

TZA: Inspektionen am TZA, die nach jeder Winterperiode verstärkt durchgeführt werden, haben ergeben, dass spätestens im Jahr 2012 größere Dachsanierung am Gebäude erforderlich sind, die deutlich über 100 T€ zusätzlich zu den bereits geplanten Instandhaltungsaufwendungen liegen. Wir werden ein Gutachten erstellen lassen, das die Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen des TZA für die nächsten 5 bzw. 10 Jahre erfasst, da das Gebäude im nächsten Jahr 20 Jahre alt wird.

ZBMT: Obwohl erhebliche Mängel am ZBMT zu Mietminderungen geführt haben, belasten diese nicht die AGIT, da zum Einen die Mietminderung an die GEGRA weitergegeben wurde und zum Zweiten die Stadt Aachen die Gesamtverluste und damit auch die entstandenen Anfangsverluste in 2011 über eine Verlustausgleichsregelung vollständig ausgleicht.

Sachstand AGIT-Beteiligungen

Gegenüber 2010 ergaben sich zum Dezember 2011 keine Veränderungen bei den Beteiligungen. Die AGIT ist weiterhin bei 10 Beteiligungen zur anteiligen Verlustabdeckung verpflichtet ist.

Die TAE GmbH hat das Geschäftsjahr 2011 mit einem negativen Jahresergebnis abgeschlossen. In der TAE-Gesellschafterversammlung wurde ein Beschluss zur Verlustabdeckung herbeigeführt. Dies bedeutet für die AGIT, dass die Gesellschaft für dieses Jahr einen Zuschuss von rd. 4 T€ (Vorjahr rd. 4 T€) leisten muss.

C. RISIKOBERICHT

In 2011 wurde ein Projektvolumen von über 2.000 T€ (Vorjahr 1.069 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2010 deutlich überschritten. Frühere Befürchtungen, das Projektvolumen könnte erheblich einbrechen, haben sich damit nicht bestätigt, das Gegenteil ist eingetreten. Hieraus ergaben sich aber negative Folgen für das Ergebnis der AGIT, da der Eigenanteil an den Projekten (der in der Regel zwischen 20 % und 30 % liegt) sich unmittelbar negativ im Ergebnis auswirkt, solange der Eigenanteil über Zuschüsse der Gesellschafter nicht abgedeckt wird. Hinzu kam die Tatsache, dass Raumkosten und Overheadkosten im Rahmen der Projekte nicht mehr finanziert werden. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich nicht, da Projekt-Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird.

In 2012 ist das Projektvolumen auf dem Niveau von 2011. Dies führt wiederum zu einer weiteren Verschlechterung des Ergebnisses gegenüber der Planung.

Die Integration der Regionalagentur (RA) in die AGIT ist in 2007 erfolgt. Die Regionalagentur ist durch öffentliche Förderung und durch Gesellschafterzuschüsse zu 100 % finanziert, so dass sich hieraus keine Risiken ergeben.

Für die seit 2003 weiterhin ständig auftretenden Betriebsverluste für den 2. Bauabschnitt TZA II wurde - wie oben beschrieben - einer Lösung erarbeitet. Die seit 2008 laufenden Verhandlungen konnten Anfang 2011 in einem Gesellschafterbeschluss zum Abschluss gebracht werden. Risiken ergeben sich unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr. Bei einer entsprechenden Auslastung des TZA BA II wird sogar ein kontinuierlicher Abbau der Restschuld vorgenommen, der in 2011 immerhin 33 T€ betrug.

Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich der Dachflächensanierung wurden in einen Stufenplan überführt und in 2010 ausgeschrieben. Mit den ersten dringenden Arbeiten wurde Ende 2010 begonnen. Größere Maßnahmen werden in 2012 und 2013 durchgeführt.

Aufgrund der oben beschriebenen Projektaktivitäten hat sich Liquiditätssituation der Gesellschaft spürbar verschlechtert. In Verbindung mit den wieder gestiegenen Zinssätzen im Bereich des Kontokorrentkredites ist die aktuelle Zinsbelastung nicht mehr zu vernachlässigen. Durch den in 2011 und insbesondere in 2012 gestiegenen Projektanteil, der eine Erhöhung des Anteils von Fördermitteln mit einem erheblichen Eigenanteil zur Folge hat, ist die Liquiditätssituation der AGIT trotz Erhöhung der Kontokorrentkredites auf 850 T€ in 2011 sehr angespannt. Die Forderungen aus 2010, 2011 und 1-5/2012 belaufen sich zurzeit auf knapp 1.000 T€.

D. SONSTIGE ANGABEN UND PROGNOSE ZUR VORAUSSICHTLICHEN ENTWICKLUNG

Nach jetziger Erkenntnislage kann gegenüber dem Plan Budget 2012, das ein erwartetes Ergebnis von knapp -139 T€ ausweist, folgende Einschätzung erfolgen:

Nach der Prüfung der Spartengewinnermittlung 2011 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA I / II und das MTZ zeigt sich, dass bei gleich bleibender hoher Auslastung nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind. Die Ausgaben im TZA II werden durch die weiterhin steigende Leasingrate natürlich zusätzlich belastet. Jedoch sind diese Erhöhungen im Planbudget berücksichtigt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich bisher in einer verringerten Einnahmesituation im Bereich der Konferenzraumvermietung niedergeschlagen hat, scheint überwunden, denn in 2011 waren die Einnahmen deutlich höher als in 2010 und in 2012 dürften die Werte von 2011 sogar wiederum übertroffen werden. Der Eigentümer des MTZ hat das Gebäude an das UKA (Universitätsklinikum Aachen) verkauft. Der Mietvertrag der GEGRA mit der AGIT wurde für den zweiten Bauabschnitt des MTZ bis Ende 2014 verlängert und für den ersten Bauabschnitt wurde mit dem UKA ein Servicevertrag bis Ende April 2011 abgeschlossen. Dieser Servicevertrag wurde ebenfalls bis Ende 2014 verlängert. Die Einnahme- und Kostensituation für die AGIT bleibt damit weitgehend unverändert. Das Ergebnis für das MTZ hat sich bereits in 2011 verbessert, nachdem in 2010 durch den Verkauf ein erheblicher Mehraufwand entstanden war; in 2012 ist nach heutigem Stand wiederum mit einem positiven Ergebnis zu rechnen. Für 2012 zeichnet sich auch für das neue, in 2011 in Betrieb genommene Zentrum für Bio-Medizinische Technik (ZBMT), für das die AGIT als Generalmieter auftritt, eine Vollausslastung (> 95 %) ab. Die technischen Anfangsprobleme sind weitgehend behoben und die aktuelle Vermietungssituation im ZBMT einschließlich der Optionen liegt zurzeit (Mai 2012) bei einem Auslastungsgrad von fast 95%.

Im Bereich Personal- und Sachkosten werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind Erhöhungen berücksichtigt, die den aktuellen Verhandlungsergebnissen entsprechen. Aufgrund des Baualters des TZA (knapp 20 Jahre für den TZA BA I) und der geplanten Maßnahmen werden die Instandhaltungsaufwendungen voraussichtlich weiterhin hoch sein und weiterhin ansteigen.

Sehr erfreulich ist weiterhin (Frühjahr 2012) die Auslastung in den beiden Technologiezentren. Sowohl im TZA als auch im MTZ kann von einer knapp 100%igen Auslastung ausgegangen werden. Im Konferenzbereich setzt sich die spürbare Verbesserung in 2011 gegenüber 2010 weiter fort, denn das Quartalsergebnis liegt bereits über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraumes.

Die bisherigen Bemühungen der Gesellschaft, durch geförderte Projekte Mehreinnahmen zu erzielen, waren in 2011 erfolgreich und die aktuelle Situation in 2012 zeigt wiederum ein ähnliches Niveau wie 2011. Die aktuelle Prognose des Projektvolumens für 2012 liegt bei über 2.000 T€. Durch die geforderten Eigenanteile und die nicht mehr übernommenen Raumkosten und Gemeinkostenanteile ergibt sich hieraus jedoch eine negative Ergebnisbelastung aus den Projekten in Höhe von ca. – 300 T€. und mehr. Das Ergebnis in 2012 wird sich damit gegenüber dem Plan deutlich verschlechtern und etwa dem von 2011 entsprechen, sofern die Gesellschafter sich nicht zu einem Zuschuss entschließen. Ein entsprechender aktualisierter Plan 2012 wurde hierzu erarbeitet. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst. Sehr erfreulich entwickelten sich in 2011 und auch in 2012 im Rahmen der NRW-Wettbewerbsverfahren die Projektzusagen für die gesamte Region Aachen. Der neue Bereich Regionalentwicklung erfüllt hier voll die in ihn gestellten Erwartungen.

Die Regionalagentur (RA), die 2007 in die AGIT integriert wurde, wird durch Zuschusserhöhung der kommunalen Gesellschafter getragen. Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (aric), die für Ende 2009 geplant war, musste aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, verzögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen in 2011 in der geplanten Form aufgegeben werden. Für 2012 ist eine Kooperation mit der RWTH Aachen geplant, unter der die bisherigen Aktivitäten fortgeführt werden sollen.

Mit der Förderung von Gründungen, Wachstum und Ansiedlung in der Region Aachen und der Aufgabe der Strukturentwicklung steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten und anspruchsvollen Aufgaben. Die Bewältigung dieser Aufgaben sind durch die Lösung der TZA BA II-Problematik in 2010 deutlich erleichtert worden. Die intensiven Bemühungen um ausreichende Fördermittel sowie eine bestmögliche Refinanzierung der vermieteten Immobilien hat erstmalig in 2008 zu einem positiven Ergebnis geführt, das in 2009 und 2010 jedoch nicht gehalten werden konnte. Hierfür war in 2009 zu einem großen Teil die ungelöste TZA BA II-Problematik verantwortlich und in 2010 und 2011 der hohe Projektanteil an der Finanzierungsstruktur der AGIT mit den erheblichen Eigenanteilen. Für 2012 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis nicht erreichen kann, sofern keine Sondereffekte eintreten oder die Gesellschafter einen entsprechenden Zuschuss beschließen. Die angestrebte Lösung einer AGITneue lässt jedoch die Perspektive einer ausreichend finanzierten AGIT ab dem Jahr 2013 bzw. nach einer Übergangsperiode ab den Jahre 2014 erwarten.

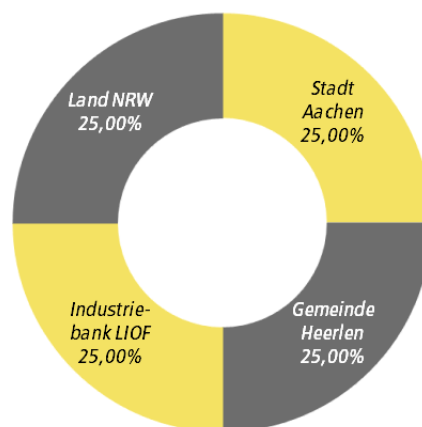
Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Aachen- Heerlen N.V.

Heerlen

Allgemeine Angaben

Firma	Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Aachen-Heerlen N.V.
Sitz	Snellius 8, NL – 6422 RM Heerlen
Rechtsform	AG nach niederländischem Recht
Gründungsjahr	1998
Geschäftsführer	René Seijben
Gremien	Hauptversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	4.991.582,00 EUR
Mitarbeiter	4,2 (Durchschnitt)
Internet	www.avantis.org

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist ein hochwertiges, grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Grenzgebiet Aachen – Heerlen zu realisieren. Mit der Realisierung wird beabsichtigt, der Euregio Maas-Rhein starke wirtschaftliche Impulse durch Investitionen zu geben, die Arbeitsplätze und Erwerbsquellen schaffen. Die Gesellschaft hat ferner die Aufgabe, für ein zuverlässiges und zweckmäßiges Funktionieren der von ihr angebotenen Gewerbegebietseinrichtungen zu sorgen. Der Gesellschaftszweck wird unter anderem durch folgende Maßnahmen erreicht:

- Erwerb von Grundstücken,
- Anlegen infrastruktureller Einrichtungen, wie Straßen, Erschließungswege, Energieversorgung, Telekommunikationseinrichtungen, Entwässerungssysteme, Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs, oder die Beauftragung hierzu,
- Akquirieren von Unternehmen, die sich im Gewerbegebiet niederlassen
- Auftritt als zentrale Dienststelle für sämtliche im Gewerbegebiet ansässige Unternehmen
- Unterhaltung des Gewerbegebietes als Ganzes auf einem hochwertigen Niveau
- Gewährung von Hilfestellungen beim Erlangen aller für die Ansiedlung oder den Betrieb von Unternehmen erforderlichen Genehmigungen sowie möglicher Fördermittel und beim Lösen von damit in Beziehung stehenden Problemen, und zwar mit allen Mitteln, die diesem Zweck im weitesten Sinne förderlich sind, soweit dies mit den Kräften der Gesellschaft möglich ist.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer René Seijben

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Rob van Midden	LIOF
	Annekathrin Grehling	Stadtkämmerin
	M. Heckmanns	Gemeinde Heerlen
	Michael Deitmer	Land NRW

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Die Hauptversammlung legt die Zahl der Vorstandsmitglieder fest. Die Hauptversammlung bestimmt die Mitglieder des Vorstandes. Dem Vorstand obliegt die Leitung der Gesellschaft. Die Hauptversammlung ist befugt, dem Vorstand schriftlich allgemeine Richtlinien für die Unternehmenspolitik zu geben.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus vier Mitgliedern. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Hauptversammlung aufgrund eines bindenden Vorschlags gewählt, der wie folgt unterbreitet wird: das Aufsichtsratsmitglied A von der Stadt Aachen, das Aufsichtsratsmitglied B von der Gemeinde Heerlen, das Aufsichtsratsmitglied C durch die Versammlung der Aktionäre C und das Aufsichtsratsmitglied D durch die Versammlung der Aktionäre D. Die Hauptversammlung bestellt den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und seinen Stellvertreter.

Vertretung der Stadt Aachen in der Hauptversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009	2010	2011
Anlagevermögen	3.869 13%	3.695 13%	3.711 12%
Umlaufvermögen	25.457 87%	25.257 87%	27.516 88%
Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Aktiva	29.326	28.952	31.227
Eigenkapital	4.735 16%	3.930 14%	2.990 10%
Rückstellungen	117 0%	135 0%	153 0%
Verbindlichkeiten	24.474 83%	24.887 86%	28.085 90%
Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Passiva	29.326	28.952	31.227

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Erträge Verkauf + Vermietung von Stellplätzen	4.120	20	517
Änderung Infrastruktur-Gelände	20	0	0
Änderung Grundstücksbewirtschaftung	-1.395	1.145	776
Sonstige Erträge	96	107	80
Kosten im Zusammenhang mit Verkauf	0	-46	-14
Summe der Betriebserlöse	2.841	1.225	1.359
Kosten des Grunderwerbs	66	0	0
Infrastrukturkosten	115	137	211
Personalkosten	257	213	382
Abschreibungen	4	5	-104
sonstige betriebliche Aufwendungen	442	500	488
Erhaltene Fördermittel	25	-102	0
Summe Kosten abzgl. erh. Fördermittel	909	753	978
Zinsergebnis	-1.027	-973	-1.593
Erg. der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	904	-500	-1.211
Steuern	99	-154	-255
Anteil am Gewinn aus Beteiligungen an anderen Unternehmen	-3	1	15
Ergebnis nach Steuern	802	-345	-941

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht.

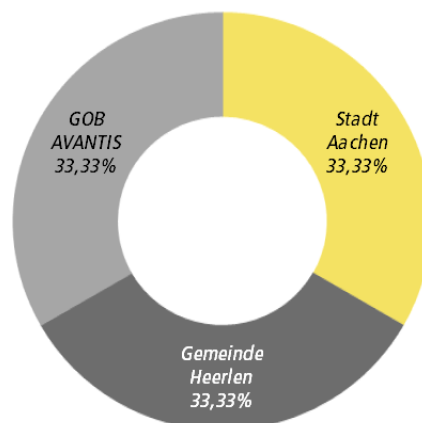
AVANTIS Services N.V.

Heerlen

Allgemeine Angaben

Firma	AVANTIS Services N.V.
Sitz	Snellius 8, NL – 6422 RM Heerlen
Rechtsform	AG nach niederländischem Recht
Gründungsjahr	2002
Geschäftsführer	René Seijben
Gremien	Hauptversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	300.000,00 EUR
Mitarbeiter	-

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Ihr Zweck ist die Erbringung von Dienstleistungen für im Gewerbegebiet Avantis angesiedelte Unternehmen, kurz: das so genannte Park-Management. Dabei handelt es sich um eine moderne Form der Gewerbegebietsverwaltung, die langfristig eine hochwertige Qualität des Gewerbegebiets gewährleistet. Haupttätigkeitsbereiche sind die Instandhaltung der umfassenden Grünanlagen und die Gewährleistung der Sicherheit der Nutzer des Gewerbegebiets. Ferner gehören die Instandhaltung der (eigenen) Straßen und die Abfallentsorgung zu den Aufgaben der Gesellschaft.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer René Seijben

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Rob van Midden	LIOF
	Annekathrin Grehling	Stadtkämmerin
	M. Heckmanns	Gemeinde Heerlen
	Michael Deitmer	Land NRW

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Der Geschäftsführer wird durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 4 Mitgliedern. Bei der Wahl durch die Hauptversammlung hat die Stadt Aachen ein Vorschlagsrecht für ein Aufsichtsratsmitglied.

Gesellschaftervertreter

Die Hauptversammlung besteht aus jeweils einem Vertreter der Gesellschafter.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	0	0%	0	0%	0	0%
Umlaufvermögen	403	100%	377	100%	406	100%
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme Aktiva	403		377		406	
Eigenkapital	229	57%	233	62%	279	69%
Verbindlichkeiten	174	43%	144	38%	127	31%
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0%	0	0%	0	0%
Bilanzsumme Passiva	403		377		406	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Beitrag der Städte	203	206	222
Beiträge angesiedelter Unternehmen +Dienstleistung Glasfaser	83	89	106
Summe Erlöse	287	295	327
Betriebskosten	110	88	46
Sicherungskosten	17	17	19
Unterhaltskosten	87	97	112
Kosten des Glasfasernetzes	23	24	36
Miete und Nebenkosten	5	5	5
Externe Kosten	65	65	67
Summe Kosten	307	296	286
Zinsergebnis	11	5	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätig- keit	-9	4	46
Steuern	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-9	4	46

Verbindungen zum städtischen Haushalt

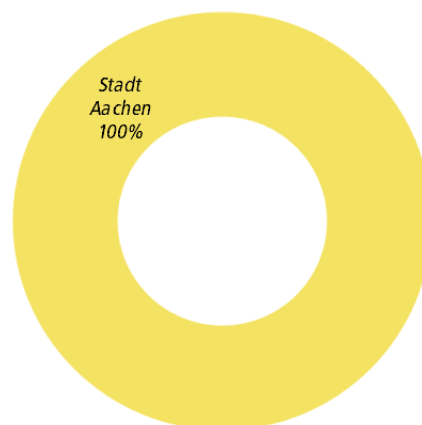
Eine unmittelbare Verbindung zum städtischen Haushalt besteht nicht.

Kur- und Badegesellschaft mbH Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Kur- und Badegesellschaft mbH
Sitz	Krefelder Str. 123, 52070 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1932
Geschäftsführer	Werner Schlösser
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	205.000,00 EUR
Mitarbeiter	45 (Durchschnitt)
Internet	www.bad-aachen.de www.carolus-thermen.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eigener oder fremder Einrichtungen, sowie die Übernahme von Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Kur- und Badewesen, der Förderung des Aachen-Tourismus, sowie der wirtschaftlichen Entwicklung von Bad Aachen stehen. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, eine Freizeit-Therme in Aachen im eigenen Namen und für eigene Rechnung zu errichten, zu erhalten, zu betreiben oder zu verpachten, insbesondere auch durch Erwerb eines Erbbaurechts und durch Beteiligung an einer Betriebsgesellschaft.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer Werner Schlösser

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Dr. Ralf Otten (CDU)	Ratsmitglied
stellv. Vorsitzende	Rosa Höller-Radtke (SPD)	Ratsmitglied
	Annekathrin Grehling	Kämmerin
	David Hasse (Grüne)	Ratsmitglied
	Björn Jansen (SPD)	Bürgermeister
	Ernst-Rudolf Kühn (CDU)	Ratsmitglied
	Ursula Palm-Schwarzer	Arbeitnehmervertreterin
	Jonas Paul (Grüne)	Ratsmitglied
	Margret Schulz (SPD)	Ratsmitglied
	Klaus Trommler (FDP)	sachkundiger Bürger
	Ruth Wilms (CDU)	Ratsmitglied

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer sowie die Festsetzung der Dienstbezüge derselben erfolgt durch die Versammlung der Gesellschafter.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern.

Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt. Eines der Mitglieder ist der Oberbürgermeister als geborenes Mitglied oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter der Stadt. Ein Aufsichtsratsmitglied wird von den Arbeitnehmern der Gesellschafterversammlung zur Wahl vorgeschlagen. Das von den Arbeitnehmern vorzuschlagende Aufsichtsratsmitglied wird von diesen in allgemeiner, geheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl bestimmt. Die Aufsichtsratsmitglieder werden jeweils für eine Ratsperiode gewählt. Die Amtsdauer entspricht der Ratsperiode. Nach Ablauf der Ratsperiode bleiben die Aufsichtsratsmitglieder bis zum Vollzug der Neuwahl im Amt.

Ist ein Aufsichtsratsmitglied auch Ratsmitglied und scheidet es als Ratsmitglied vor Ende der Ratsperiode aus, so endet auch sein Amt als Aufsichtsratsmitglied. Das Aufsichtsratsmitglied bleibt jedoch bis zum Vollzug der Neuwahl eines Nachfolgers im Amt.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	38.639	97%	37.925	96%	37.523	98%
Umlaufvermögen	1.330	3%	1.412	4%	805	2%
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0%	5	0%	5	0%
Bilanzsumme Aktiva	39.976		39.342		38.333	
Eigenkapital	205	1%	205	1%	205	1%
Rückstellungen	371	1%	394	1%	286	1%
Verbindlichkeiten	37.937	95%	37.383	95%	36.509	95%
Rechnungsabgrenzungsposten	1.463	4%	1.360	3%	1.332	3%
Bilanzsumme Passiva	39.976		39.342		38.333	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	7.108	7.324	7.321
sonstige betriebliche Erträge	532	503	425
Betriebsleistung	7.640	7.827	7.746
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	1.720	1.930	1.874
Personalaufwand	2.295	2.072	2.068
Abschreibungen	2.044	2.022	1.517
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.178	2.893	3.099
Betriebserfolg	-1.598	-1.090	-812
Finanzerfolg	-1.031	-849	-727
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.629	-1.939	-1.539
Steuern	84	84	87
Außerordentliches Ergebnis (Erträge aus Verlustübernahme)	2.712	2.022	1.626
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0	0	0

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Das außerordentliche Ergebnis der Kur- und Badegesellschaft entspricht der Verlustübernahme durch die Stadt Aachen. Die Stadt zahlte 2011 zur Sicherung der Liquidität der Gesellschaft einen Zuschuss i.H.v. 1.700.000 EUR.

Lagebericht (Asuszug)

A Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Branchenentwicklung und Entwicklung der Gesamtwirtschaft

a) Branchenentwicklung

Die Kur- und Badegesellschaft mbH ist mit ihrer Geschäftstätigkeit keiner klar umrissenen Branche zuzuordnen. Insofern liegen auch keine gesicherten Informationen über Branchenstruktur und -konjunktur vor.

Mit dem wesentlichen Unternehmensteil, den Carolus Thermen Bad Aachen, bewegt sich die Gesellschaft im Bereich der freizeitorientierten Bäder, hier aber im Spezialsegment der freizeitorientierten Thermal- und Mineralbäder.

Zur Marktsituation der großen freizeitorientierten Bäder im Jahr 2011 erklärte die European Waterpark Association e.V.:

Bei 17 % der befragten Bäder, also knapp einem Fünftel der befragten Bäder, waren die Besucherzahlen in diesem Geschäftsjahr leicht rückläufig (bis max. -5 %) bzw. rückläufig (bis max. -10 %). Dem entgegen blieben bei 7 % der Bäder die Besucherzahlen konstant und, besonders erfreulich, 74 % der Teilnehmer verzeichneten gestiegene Besucherzahlen, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße. Ungefähr ein Drittel der Bäder musste rückläufige Besucherzahlen im Saunabereich hinnehmen, davon je 3 % (entspricht je einem Bad) sogar Rückgänge von über 5 % bzw. 10 % zum Vorjahreswert. Bei 13 % der Antwortenden blieben die Zahlen konstant, während sich mit 54 % der Großteil über leichte bis starke Zuwächse freuen durfte.

(Auswertung der Mitgliederbefragung der European Waterpark Association e.V. für das Geschäftsjahr 2011.)

b) Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland hat in seiner Pressemitteilung vom 09.11.2011 folgendes ausgeführt:

„Die deutsche Wirtschaft sieht sich im Herbst 2011 hohen Risiken gegenüber. Im Euro-Raum hat sich die zunächst auf Griechenland begrenzte Schuldenkrise so stark ausgeweitet, dass es zu einem Teufelskreis aus Staatsschulden- und Bankenkrise gekommen ist. Einige Tendenzen erinnern fatal an die Situation nach der Lehman-Insolvenz im September 2008. Selbst die Beschlüsse des Euro-Gipfels vom 26.10.2011, die prinzipiell in die richtige Richtung gingen, konnten die Finanzmärkte aufgrund neuer politischer Unwägbarkeiten nur für kurze Zeit beruhigen. In den gesamtwirtschaftlichen Daten für die deutsche Wirtschaft hat sich dies bisher nur wenig niedergeschlagen. Auch wenn sich der nach der Krise des Jahres 2009 einsetzende Aufholprozess in der ersten Jahreshälfte 2011 merklich verlangsamt hat, dürfte im Jahresdurchschnitt 2011 mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von immerhin 3,0 % zu rechnen sein. Dabei gehen die stärksten Auftriebskräfte - wie schon im Jahr 2010 - von der Binnennachfrage aus. In Anbetracht der wachsenden weltwirtschaftlichen Unsicherheiten und des unausweichlichen Konsolidierungsdrucks in fast allen Industrieländern ist für das Jahr 2012 nur noch ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 0,9 % zu erwarten. Aufgrund der nur schwer abschätzbaren Risiken, insbesondere bei der weiteren Entwicklung des Euro-Raums, hat der Sachverständigenrat zusätzliche Risiko-Szenarien durchgerechnet, bei denen es im ungünstigsten Fall sogar zu einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung kommen könnte.“

Das ifo Institut für Wirtschaftsförderung e.V. München berichtet in einer Pressemitteilung aus dem Januar 2012 zum Bereich der Dienstleistungen wie folgt:

„Der ifo-Geschäftsklimaindikator für das Dienstleistungsgewerbe (ohne Handel, Kreditgewerbe, Leasing, Versicherungen und ohne Staat) ist im Dezember deutlich gestiegen. Die befragten Dienstleister waren mit ihrer momentanen Geschäftslage zufriedener als im Vormonat und schätzten zudem ihre Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate günstiger ein. Die Umsätze waren höher als im vergleichbaren Vorjahresmonat, die Testteilnehmer rechneten allerdings für die nahe Zukunft kaum noch mit Umsatzsteigerungen. Den Firmenmeldungen zufolge haben sich die Beschäftigungsperspektiven im Dienstleistungsgewerbe leicht verbessert.“

Aus den vom ifo Institut für Wirtschaftsförderung e.V. veröffentlichten Tabellen und Graphiken ist zu entnehmen, dass der ifo-Geschäftsklimaindikator für das Dienstleistungsgewerbe im Jahr 2011 deutlich gesunken, aber zum Ende des Jahres 2011 wieder angestiegen ist. Die positiven Erwartungen vom Jahresanfang 2011 haben sich offensichtlich für die befragten Unternehmen nicht bewahrheitet.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft sanken im vergangenen Jahr um 0,04 % auf 7,321 Mio. Euro.

Die Summe aus Umsatzerlösen und den um 15,51 % gesunkenen sonstigen betrieblichen Erträgen sank um 1,03 % auf 7.746 Mio. Euro.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den Umsatzerlösen des Jahres 2010 0,257 Mio. Euro Erlöse aus einem Energiecontractingvertrag enthalten waren.

Insgesamt besuchten im vergangenen Wirtschaftsjahr 346.349 Gäste die Carolus Thermen Bad Aachen. Dies entsprach einem Rückgang um 1,91 % im Vergleich zum Vorjahr.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Carolus Thermen Bad Aachen im Juni 2011 an insgesamt fünf Tagen wegen dringend notwendiger Instandhaltungsmaßnahmen nicht in Betrieb waren.

Der Tagesdurchschnitt der Besucherzahlen lag im Wirtschaftsjahr 2011 bei 963 Gästen und damit um 0,52 % niedriger als im Vorjahr.

Das Preissystem für die Carolus Thermen Bad Aachen wurde zum 01.10.2011 geändert. Erstmals wurde ein in der Branche mittlerweile üblicher Wochenend-/Feiertagszuschlag von 1,00 bzw. 2,00 Euro auf die an Wochentagen geltenden Tarife eingeführt.

Die Gastronomie in den Carolus Thermen Bad Aachen verzeichnete im Wirtschaftsjahr 2011 einen Umsatzzuwachs von 5,09 %.

Die Umsätze aus dem Bereich Kurverwaltung stiegen um 12,2 % auf 0,531 Mio. Euro.

Die Umsätze aus Managementaufgaben stiegen um 3,65 % auf 0,088 Mio. Euro.

3. Investitionen

Die Zugänge im Anlagevermögen betrugen im vergangenen Wirtschaftsjahr insgesamt 286 TEUR.

Hiervon entfielen 8,8 TEUR auf immaterielle Wirtschaftsgüter, 23,5 TEUR auf grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken, 27,8 TEUR auf technische Anlagen und Maschinen, 151,9 TEUR auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie 74,0 TEUR auf Anlagen im Bau.

4. Finanzierungsmaßnahmen und -vorhaben

Kredite wurden im Jahr 2011 nicht aufgenommen. Weitere Kreditaufnahmen sind zurzeit nicht geplant.

5. Umweltschutz

Die Gesellschaft bemüht sich um aktiven Umweltschutz.

Zur Absicherung dieser Aktivitäten hat sie in den Wirtschaftsjahren 2005/2006 am regionalen Projekt ÖKOPROFIT teilgenommen. In diesem Projekt ging es um konkrete Einsparmaßnahmen für Energie, Abfall, Wasser und Abwasser, um Rechtssicherheit beim Umgang mit Gefahrstoffen und Erfolge im Umweltschutz.

Zum Ende des Jahres 2006 wurde ein spezialisiertes Ingenieurbüro damit beauftragt, gezielt nach weiteren Energieeinsparmöglichkeiten in den Carolus Thermen Bad Aachen zu suchen.

In diesem Zusammenhang ergaben sich erhebliche Einsparungen bei den Energieverbrauchsmengen, die allerdings nahezu komplett wieder durch deutliche Steigerungen der Energiepreise aufgefangen wurden.

Aufgrund der Art ihrer Tätigkeit hat die Gesellschaft keine speziellen umweltrelevanten Problematiken.

6. Personal- und Sozialbereich

a) Angaben zur Belegschaft

Zum Ende des Jahres 2011 setzte sich die Belegschaft der Gesellschaft wie folgt zusammen:

Geschäftsführung und Verwaltung inkl. Geschäftsführer	4
Carolus Thermen Bad Aachen	36
Kurverwaltung Bad Aachen	5
insgesamt	45
davon im Erziehungsurlaub	0
davon in der Freizeitphase Altersteilzeit	2

Da sechs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt sind, entsprechen die 45 genannten Stellen tatsächlich nur 40,72 Stellen im Vollzeit-Äquivalent (39 Std./Woche).

Nicht zum Personalbestand der Gesellschaft gehören die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen Personalreserve, Facility-Management, Parkhaus, Gastronomie und Fremdreinigung der Carolus Thermen Bad Aachen. In diesen Bereichen sind ca. 100 weitere Personen regelmäßig in den Carolus Thermen Bad Aachen tätig.

Nicht zum angestellten Personal gehören ebenfalls die im Spa und im Shop der Carolus Thermen Bad Aachen tätigen Personen, da diese Bereiche durch selbstständige Unternehmerinnen geführt werden.

Die Vergütung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgt nach einem Haustarifvertrag auf der Basis des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Zum 01.08.2011 wurde eine weitere Auszubildende zur Kauffrau für Tourismus und Freizeit eingestellt, so dass zurzeit zwei Auszubildende bei der Gesellschaft beschäftigt sind.

Weitere Auszubildende sind in der Gastronomie der Carolus Thermen Bad Aachen bei dem verantwortlichen Managementunternehmen tätig.

b) Betriebliche Sozialleistungen

Entsprechend den Regelungen des Tarifvertrages erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kur- und Badegesellschaft mbH eine betriebliche Altersversorgung über die Rheinische Zusatzversorgungskasse. Der Gesamtaufwand hierfür belief sich im vergangenen Wirtschaftsjahr auf 0,103 Mio. Euro.

Darüber hinaus erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf entsprechenden Antrag die tarifvertraglich vorgesehenen Vermögenswirksamen Leistungen. Der Gesamtaufwand hierfür betrug im vergangenen Wirtschaftsjahr 0,002 Mio. Euro.

c) Aus- und Weiterbildung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen regelmäßig die ihnen angebotenen inner- und außerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen.

d) Gesundheits- und Arbeitsschutz

Die Gesellschaft bedient sich eines externen Arbeitsmediziners und einer externen Fachkraft für Arbeitssicherheit, die in regelmäßigen Abständen die Betriebsstellen des Unternehmens besuchen und kontrollieren.

In regelmäßigen Sitzungen mit den verantwortlichen Betriebs- und Bereichsleitern werden alle anstehenden Fragen aus diesen Bereichen diskutiert und gelöst.

7. Wichtige Ereignisse des Geschäftsjahres

Am 09.02.2011 feierten die Carolus Thermen Bad Aachen ihr 10-jähriges Bestehen.

B Darstellung der Unternehmenslage

1. Vermögenslage

Das Anlagevermögen wurde zum 31.12.2011 mit insgesamt 37,523 Mio. Euro bilanziert.

Hiervon entfallen 0,017 Mio. Euro auf immaterielle Vermögensgegenstände.

Der größte Teil des Anlagevermögens (18.558 Mio. Euro) steht in der Position „Grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremdem Boden“ und bezieht sich überwiegend auf die Carolus Thermen Bad Aachen.

Weitere 0,857 Mio. Euro wurden bilanziert für technische Anlagen und Maschinen. 0,611 Mio. Euro stellen den aktuellen Wert der Betriebs- und Geschäftsausstattung dar, 0,078 Mio. Euro resultieren aus Anlagen im Bau.

Unter der Position „Finanzanlagen“ wurden zum 31.12.2011 insgesamt 17,402 Mio. Euro bilanziert.

Zum einen handelt es sich um ein Wertpapier (Stadionanleihe der Alemannia GmbH) im Wert von 0,001 Mio. Euro.

Zum anderen werden hier die bisher nicht von der Stadt Aachen als alleiniger Gesellschafterin eingezahlten Verlustübernahmen der Jahre 1998 bis 2011 sowie die darauf entfallende Verzinsung (5,5 % per anno) bilanziert.

Das gesamte Umlaufvermögen wurde mit 0,805 Mio. Euro ausgewiesen.

Hiervon entfallen 0,079 Mio. Euro auf Vorräte und 0,456 Mio. Euro auf liquide Mittel.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden bilanziert in einer Höhe von 0,020 Mio. Euro.

Sonstige Vermögensgegenstände wurden bilanziert in einer Gesamthöhe von 0,250 Mio. Euro.

Ergänzt um aktivische Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 0,005 Mio. Euro ergibt sich eine Bilanzsumme von 38,333 Mio. Euro.

Auf der Passivseite der Bilanz zeigen sich folgende wesentliche Positionen:

Eigenkapital	0,205 Mio. Euro
Rückstellungen	0,286 Mio. Euro
Verbindlichkeiten	36,509 Mio. Euro
Rechnungsabgrenzungsposten	1,333 Mio. Euro

Der wesentliche Teil der Verbindlichkeiten (35,702 Mio. Euro) resultiert aus langfristigen Bankkrediten zur Finanzierung der Carolus Thermen Bad Aachen.

2. Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war über das gesamte Wirtschaftsjahr 2011 gesichert.

Zum Bilanzstichtag (31.12.2011) betrugen die liquiden Mittel 0,456 Mio. Euro.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft deckt aus ihren Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen zunächst vollständig den Materialaufwand, den Personalaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Abschreibungen in einer Gesamthöhe von 1,517 Mio. Euro, Zinserträge von 1,358 Mio. Euro und Zinsaufwendungen von 2,085 Mio. Euro führten dann zunächst zu einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von -1,539 Mio. Euro. Regelmäßig abzudecken sind darüber hinaus sonstige Steuern in Höhe von 0,087 Mio. Euro (Grundsteuern).

Der durch die Stadt Aachen als alleiniger Gesellschafterin übernommene Verlust belief sich daher im Wirtschaftsjahr 2011 auf 1,626 Mio. Euro. Das Bilanzergebnis ist ausgeglichen.

Diese Zahlen dokumentieren, dass die Gesellschaft aus ihrer eigenen Ertragskraft die laufenden Kosten decken kann. Die aus dem Bau der Carolus Thermen Bad Aachen resultierenden Zinsaufwendungen und Abschreibungen führen trotz erheblicher Zinserlöse zu einem negativen Ergebnis, das von der Gesellschafterin vollständig abgedeckt wird. Insofern ist nicht nur die Liquidität, sondern auch die Bestandskraft des Unternehmens gesichert.

4. Besondere Darstellung zur Entwicklung und Lage des Unternehmens

Die relativ kleinen Geschäftsbereiche Kurverwaltung und Managementaufgaben sind nicht nur kostendeckend, sondern tragen zur Deckung der Verwaltungsgemeinkosten bei.

Die Carolus Thermen Bad Aachen erwirtschaften nur geringfügig mehr als ihre laufenden Betriebs- und Unterhaltungskosten.

In der Liquiditätsbetrachtung können durch die quartalsweise erfolgenden Vorauszahlungen auf die Verlustübernahme durch die Stadt Aachen als alleiniger Gesellschafterin auch die Zins- und Tilgungsleistungen sowie notwendige Neu- und Ersatzinvestitionen gedeckt werden.

In Anbetracht des sehr niedrigen Eigenkapitals und der dadurch notwendigen 100 %-igen Kreditfinanzierung der Carolus Thermen Bad Aachen entstehen nach wie vor erhebliche Zinsaufwendungen, die aus dem laufenden Betrieb nicht zu erwirtschaften sind. Gleiches gilt für die Abschreibungen, die sich allerdings ab dem Wirtschaftsjahr 2011 deutlich verringert haben.

Der zusammenfassende Blick auf die letzten elf Geschäftsjahre (2001 bis 2011), in denen die Gesellschaft die Carolus Thermen Bad Aachen betrieben hat, zeigt, dass die mittel- und langfristigen Planungen für die Gesellschaft grundsätzlich eingehalten werden.

So stieg das EBITDA in den Jahren bis 2006/2007 zunächst kontinuierlich an, sank dann durch Sondereinflüsse in den Jahren 2008/2009 deutlich ab, lag aber in 2010 mit 0,819 Mio. Euro sogar geringfügig über dem bisher besten Ergebnis aus dem Geschäftsjahr 2006 (0,816 Mio. Euro). Für das Wirtschaftsjahr 2011 berechnet sich das EBITDA auf 0,649 Mio. Euro.

Im Wirtschaftsjahr 2011 ist es zu weiteren Besucherrückgängen in den Carolus Thermen Bad Aachen gekommen. Trotz einer Preisanpassung zum 01.10.2011 konnten die Umsätze des Vorjahres nicht gehalten werden. Daran konnte auch die positive Umsatzentwicklung in der Gastronomie nichts ändern.

Der Personalaufwand konnte im Wirtschaftsjahr 2011 geringfügig reduziert werden. Der deutliche Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert insbesondere aus einem deutlichen Anstieg der Instandhaltungsaufwendungen.

C Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung (Risiko-Bericht)

1. Wirtschaftliche Bestandsgefährdungspotenziale

Grundsätzlich ist der Bestand der Gesellschaft durch die Stadt Aachen als alleiniger Gesellschafterin abgesichert.

Die alleinige Gesellschafterin übernimmt regelmäßig die aufgelaufenen Verluste und garantiert damit ein ausgeglichenes Bilanzergebnis.

Auch wenn die Gesellschaft bis auf Weiteres von dieser Absicherung durch die Stadt Aachen abhängig sein wird, zeigen die Geschäftsentwicklungen der vergangenen Jahre, dass sich die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft kontinuierlich verbessert. Dies gilt insbesondere für den überwiegenden Geschäftsbereich, die Carolus Thermen Bad Aachen.

2. Sonstige Risiken mit besonderem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens

Im Laufe des Wirtschaftsjahres 2008 hat das Finanzamt Aachen-Stadt den Einsprüchen der Gesellschaft gegen die aufgrund der Betriebsprüfung für die Jahre 1999 bis 2001 ergangenen Steuerbescheide der Jahre 1999 bis 2007 in vollem Umfang entsprochen. Folglich sind die Verlustübernahmen der Stadt Aachen – wie bislang erklärt – als verdeckte Einlagen zu behandeln. Darüber hinaus ist keine verdeckte Gewinnausschüttung wegen Gewinnlosigkeit der Gesellschaft anzunehmen.

Demnach ergeben sich für die Jahre 2003 bis 2007 aufgrund der zu bilanzierenden Verluste keine Gewerbesteuern. Die bislang gebildeten Rückstellungen für Gewerbesteuern und Nachzahlungszinsen waren daher zum 31.12.2008 aufzulösen.

Die Gesellschaft hat daher zum 31.12.2011 nach wie vor ihre vollständigen Verlustvorträge in Höhe von 39.418 Mio. Euro im Bereich der Körperschaftssteuer und 30.909 Mio. Euro im Bereich der Gewerbesteuer zur Verfügung.

Offen ist nach wie vor die Verbindlichkeit gegenüber dem Architekten Pütz, der ursprünglich mit Schreiben vom 27.01.2004 zusätzliche Honorarforderungen aus der Planung und Bausteuerung der Carolus Thermen Bad Aachen geltend gemacht hatte. Die Forderung wird von der Gesellschaft bestritten.

D Sonstige Angaben (§ 289 Abs. 2 HGB)

Gemäß § 108 Abs. 2 Ziffer 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen ist die Gesellschaft verpflichtet, im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

Mit den Carolus Thermen Bad Aachen hat die Stadt Aachen als staatlich anerkanntes Heilbad einen neuen Schwerpunkt gesetzt. Sie ist damit den Forderungen nach einer grundsätzlichen Umorientierung der staatlich anerkannten Heilbäder nachgekommen. Neben dem stationären Kurwesen wird mit den Carolus Thermen Bad Aachen ein zeitgemäßes Wellness-Angebot breiten Bevölkerungsschichten zur Verfügung gestellt.

Die staatlich anerkannten Heilquellen, die sich im Eigentum der Stadt Aachen befinden, und das daraus gewonnene überaus wertvolle Mineral-Thermalwasser werden in den Carolus Thermen Bad Aachen in einer zeitgemäßen Form genutzt.

Die Angebote der Carolus Thermen Bad Aachen haben insbesondere auch zu einer Entlastung der Krankenkassen geführt, da nunmehr gesundheitsorientierte und gesundheitsfördernde Nutzungen des Mineral-Thermalwassers auf Selbstzahlerbasis erfolgen.

Die Stadt Aachen hat damit ihre fast 2000-jährige Badetradition in einer modernen und zeitgemäßen Form weiterentwickelt und einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung ihrer Heilbad-Anerkennung geleistet.

Nicht zuletzt wurden im Zusammenhang mit Errichtung und Eröffnung der Carolus Thermen Bad Aachen die bisherigen überaus defizitären Thermalbadehäuser Kurbad Quellenhof und Römerbad

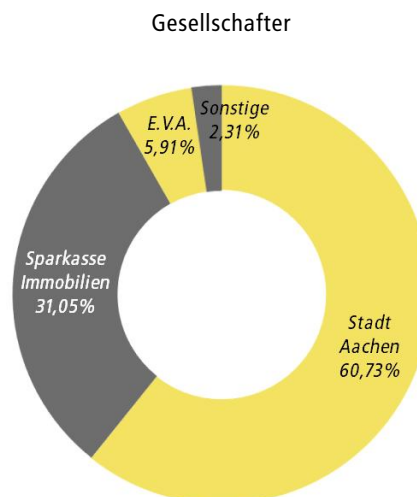
geschlossen. Beide Immobilien konnten durch die Stadt Aachen als Eigentümerin veräußert werden.

Mit der Tätigkeit der Gesellschaft, insbesondere der Errichtung und dem Betrieb der Carolus Thermen Bad Aachen, erfüllt die Stadt Aachen die öffentliche Zwecksetzung als staatlich anerkanntes Heilbad. Die bisher erreichten Besucherzahlen zeigen eindeutig auch einen hohen Grad der Zweckerreichung.

gewoge AG Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	gewoge AG
Sitz	Kleinmarschierstr. 54-58, 52062 Aachen
Rechtsform	AG
Gründungsjahr	1891
Vorstand	Bernd Botzenhardt
Gremien	Hauptversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	12.300.000,00 EUR
Mitarbeiter	47 (Durchschnitt)
Internet	www.gewoge-aachen.de



Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist eine qualitativen und quantitativen Erfordernissen entsprechende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Dabei werden die sozial und wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungskreise mit besonderem Augenmerk berücksichtigt. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern sie dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind. Die Gesellschaft kann auch Gebäude für öffentliche, soziale und kulturelle Zwecke sowie für gewerbliche Nutzung errichten und bewirtschaften. Zur Erfüllung des Zwecks kann die Gesellschaft Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, veräußern, vermieten, bewirtschaften, betreuen und verwalten. Bei Veräußerung von Wohnungseigentum aus dem Bestand der Gesellschaft wird dem Mieter eine vorrangige Erwerbsmöglichkeit eingeräumt. Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach wirtschaftlichen Grundsätzen.

Organe des Unternehmens

Vorstand Bernd Botzenhardt

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Hermann Josef Pilgram (Grüne)	Ratsmitglied
stellv. Vorsitzender	Manfred Kuckelkorn (SPD)	Ratsmitglied
	Dr. Christian Becker	Vorstand STAWAG
	Wolfgang Boenke (CDU)	Ratsmitglied
	Norbert vom Dorp	Arbeitnehmersvertreter
	Martina Hörmann (Grüne)	Ratsmitglied
	Franz Jansen	Sparkasse
	Heinz-Willi Laeven	Sparkasse
	Norbert Lauffs	Sparkasse
	Wolfgang Pomp	Arbeitnehmersvertreter
	René Rademacher	Arbeitnehmersvertreter
	Ralf Schaffrath	Arbeitnehmersvertreter
	Wolfgang Scheen	Arbeitnehmersvertreter
	Dr. Manfred Sicking	Stadt Aachen
	Dr. Klaus Vossen (FDP)	sachk. Bürger

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Vorstandsmitglieder werden durch Beschluss des Aufsichtsrates auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder eine vorzeitige Verlängerung der Amtszeit, die auch mehrfach erfolgen kann, ist jeweils für höchstens fünf Jahre zulässig. Der Aufsichtsrat kann ein Mitglied zum Vorsitzenden des Vorstandes ernennen. Der Vorstand hat die Gesellschaft unter eigener Verantwortung zu leiten. Er hat die ihm obliegenden Pflichten mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung zu erfüllen. Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, so vertritt es die Gesellschaft allein. Sind mehrere Vorstandsmitglieder bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Der Aufsichtsrat kann bestimmen, dass Vorstandsmitglieder einzelvertretungsbefugt sind. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedarf.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Personen. Neun Mitglieder werden von der Hauptversammlung gewählt. Dabei dürfen fünf Mitglieder von der Stadt Aachen bzw. von einem an deren Stelle tretenden Aktionär, drei Mitglieder von der Sparkassen Immobilien GmbH bzw. eines an deren Stelle tretenden Aktionärs und ein Mitglied von den sonstigen Aktionären vorgeschlagen werden. Ein Mitglied stellt die Stadt Aachen. Sie entsendet als Mitglied den Oberbürgermeister oder einen von ihm bestellten Beamten oder Angestellten. Die Arbeitnehmervertreter entsenden fünf Mitglieder. Der Aufsichtsrat kann zur Beratung Sachkundige hinzuziehen.

Vertretung der Stadt Aachen in der Hauptversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009		2010		2011	
Anlagevermögen	122.650	82%	121.611	81%	125.687	81%
Umlaufvermögen	27.420	18%	28.607	19%	28.969	19%
Rechnungsabgrenzungsposten	268	0%	256	0%	472	0%
Bilanzsumme Aktiva	150.337		150.475		155.128	
Eigenkapital	37.762	25%	38.306	25%	38.720	25%
Rückstellungen	4.953	3%	4.733	3%	3.931	3%
Verbindlichkeiten	107.548	72%	107.374	71%	112.428	72%
Rechnungsabgrenzungsposten	74	0%	61	0%	49	0%
Bilanzsumme Passiva	150.337		150.475		155.128	

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	32.355	29.006	29.055
sonstige betriebliche Erträge	502	544	566
Betriebsleistung	32.857	29.550	29.622
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	17.512	13.417	13.730
Personalaufwand	2.809	2.769	2.871
Abschreibungen	3.774	4.628	4.087
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.401	1.470	2.065
Betriebserfolg	7.361	7.266	6.869
Finanzerfolg	-2.053	-2.091	-2.128
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.307	5.175	4.741
außerordentliche Aufwendungen	0	21	0
Steuern	1.722	1.809	1.526
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	3.585	3.344	3.215

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Konjunkturelle Entwicklung und Kapitalmarkt

Die noch nicht überwundene Staatsschuldenkrise in Europa sowie unter anderen Rahmenbedingungen auch in den USA waren neben der Naturkatastrophe in Japan und den Revolutionen im arabischen Raum der größte Einflussfaktor auf die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2011. Der weltweite Vertrauensverlust setzte im Juli ein, als zeitgleich in den USA um die Ausweitung der Obergrenze für öffentliche Schulden und in der Europäischen Union um ein neues Hilfspaket für Griechenland sowie eine Reform des Rettungsfonds gerungen wurde. Die diesseits und jenseits des Atlantiks präsentierten Ergebnisse wurden an den Märkten nicht als Lösung der Schuldenprobleme aufgefasst und konnten den Vertrauenseinbruch nicht aufhalten. Was die Wirtschaft in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in der zweiten Jahreshälfte 2011 und im nächsten Jahr stützt, sind die weiterhin expansive Geldpolitik sowie die hohe, allerdings abgeschwächte Wachstumsdynamik in den Schwellenländern Asiens, aber auch Lateinamerikas und Mittel- und Osteuropas.

Die Staatsfinanzen im Euroraum sind durch die Finanzkrise massiv in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Anstieg der Defizitquote ist seit einigen Jahren auf Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und Aufwendungen zur Stabilisierung des Finanzsektors zurückzuführen sowie durch Einnahmeausfälle und Ausgabenwüchse als Folge des konjunkturellen Einbruchs. Zurzeit kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Defizite im Zuge eines Aufschwungs aufgeholt werden. Ursächlich für diese Annahme ist, dass die Rezession in einer Reihe von Ländern mit strukturellen Umbrüchen – insbesondere im Immobilienmarkt und im Bankensektor – einherging, die das Produktionspotenzial gesenkt haben dürften und wohl auch das Potenzialwachstum auf längere Zeit drücken werden. Hinzu kommt die Belastung durch den Schuldendienst, der infolge des höheren Schuldenstandes und gestiegener Risikoprämien zunimmt.

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2011 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wie bereits im Jahr zuvor kräftig gewachsen: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war um 3% höher als 2010. Damit setzte sich der konjunkturelle Aufholprozess der deutschen Wirtschaft auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise fort. Im Jahresverlauf 2011 wurde zudem

das Vorkrisenniveau beim preisbereinigten BIP wieder überschritten. Der Außenhandel hatte 2011 zwar einen geringeren Anteil am BIP-Wachstum als die Binnennachfrage, zeigte sich aber weiterhin dynamisch: Deutschland exportierte im Jahr 2011 preisbereinigt 8,2% mehr Waren und Dienstleistungen als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stiegen die Importe etwas weniger stark (+7,2%). Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – steuerte 0,8 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum 2011 bei.

Der stärkste Nachfrageimpuls kam allerdings aus der Binnenwirtschaft: Ausrüstungsinvestitionen, Bauinvestitionen und Vorratsveränderungen zusammen genommen trugen mit plus einem Prozentpunkt kräftig zum Anstieg des BIP bei. Allein bei den Ausrüstungsinvestitionen investierten Staat und Unternehmen in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge zusammen 8,3% mehr als ein Jahr zuvor. Damit konnte ein Großteil der Rückgänge aus dem Krisenjahr 2009 wieder aufgeholt werden. Die Bauinvestitionen erhöhten sich um 5,4% und damit so stark wie seit 1994 nicht mehr.

Als Stütze erwiesen sich 2011 die gestiegenen privaten Konsumausgaben, die mit 1,1% knapp den größten Anteil am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen konnten. Dabei zeigten sich vor allem die privaten Haushalte konsumfreudig. Bei einem Wachstum von 1,5% stiegen die realen Konsumausgaben privater Haushalte so stark wie zuletzt vor fünf Jahren. Die verfügbaren Einkommen stiegen um 3,2% und damit sogar noch etwas stärker als im Jahr zuvor. Gestützt wurde der private Konsum zudem durch eine abnehmende Sparneigung. Die anziehende Inflation schmälerte den Zuwachs der verfügbaren Einkommen real allerdings deutlich. Der wirtschaftliche Aufschwung fand hauptsächlich in der ersten Jahreshälfte statt. In der zweiten Jahreshälfte kühlte sich die Konjunktur deutlich ab. Für das vierte Quartal des Jahres 2011 rechnen die Bundesstatistiker mit einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,2%.

Nominal sind die Ausgaben der Haushalte für das Wohnen (Nettokaltmiete sowie kalte und warme Betriebskosten) gestiegen. Bereinigt um die Preissteigerung, die 2011 bei 2,3% lag, ergibt sich allerdings ein Minus von 0,6%. Hierbei schlägt sich vor allem der geringe Anstieg der Nettokaltmieten im Wohnungsbestand nieder, der 2011 bei 1,2% und damit deutlich unterhalb der Inflationsrate lag. Die Energiepreise für Haushaltsenergie stiegen dagegen mit einem Plus von 9,5%.

Auf dem Kapitalmarkt war die Zinsentwicklung zwischen Anfang und Ende 2011 uneinheitlich. Die von der deutschen Bundesbank veröffentlichten Effektivzinssätze für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (Neugeschäft) stiegen im kurz- und mittelfristigen Bereich, während sie im langfristigen Bereich im Jahresverlauf zurückgingen. Der Zinssatz für Monatsgelder im Interbankengeschäft stieg kurzzeitig im Jahresverlauf von 0,89% im Februar auf 1,42% im Juli, um dann bis zum Jahresbeginn 2012 wieder auf ein ursprünglich niedriges Niveau von 0,84% zu fallen.

Die Situation am Arbeitsmarkt

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Jahr 2011 einen neuen Höchststand. Im Jahresdurchschnitt 2011 wurde die Wirtschaftsleistung von rund 41,1 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Das waren 535.000 Personen oder 1,3% mehr als ein Jahr zuvor. So viele Erwerbstätige gab es in Deutschland noch nie. Erfreulich ist zudem, dass der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahr 2011 überwiegend vom Aufbau voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung getragen wurde. Davon entfiel in absoluter Betrachtung ein größerer Zuwachs auf Vollzeitstellen als auf Teilzeitbeschäftigungen. Demgegenüber waren geringfügige Beschäftigungsverhältnisse entgegen dem bisherigen Trend insgesamt rückläufig.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank im Verlauf des Jahres auf 2,78 Mio. Personen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Jahresdurchschnitt von 7,7% im Jahr 2010 auf 7,1% aller Erwerbspersonen im Jahr 2011. Der erfreuliche Beschäftigungsaufbau beruht bei genauerer Analyse auf einem längerfristigen strukturellen Wandel der Arbeitswelt. Der Beschäftigungsaufbau seit der Wiedervereinigung war begleitet vom Bedeutungszuwachs von Teilzeitbeschäftigungen von weniger als 20 Wochenstunden einschließlich geringfügiger Beschäftigungen, befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit (atypische Beschäftigungsverhältnisse).

Diese marginal Beschäftigten sind von 1991 bis 2011 um mehr als 3,3 Millionen gestiegen, während gleichzeitig die Zahl der in Vollzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um fast 5,4 Millionen sank. Der Anstieg der Erwerbstätigenzahlen ging nicht mit entsprechenden Zuwächsen beim Arbeitsvolumen einher. Im Vergleich zu 1991 ist das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen in 2011 sogar um fast zwei Milliarden Stunden gesunken, während die Beschäftigung um 2,4 Millionen Personen anwuchs. Ein geringeres Jahresarbeitsvolumen wurde demzufolge auf mehr Erwerbstätige verteilt. Die Schattenseiten des strukturellen Wandels zeigen sich insbesondere dann, wenn es sich bei den neu entstandenen Erwerbstätigkeiten um atypische Beschäftigungsverhältnisse handelt und das erzielte Lohneinkommen zu gering ist, um den eigenen Lebensunterhalt nachhaltig zu sichern.

Die Experten der Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen damit, dass sich die Erholung auf dem Arbeitsmarkt 2012 deutlich abgeschwächt fortsetzen wird und gehen von einem weiteren Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen auf im Jahresdurchschnitt 2,8 Mio. aus. Insbesondere für die zweite Jahreshälfte wird aber saisonbereinigt mit einer sinkenden Erwerbstätigkeit gerechnet.

Der Ausblick auf 2012

Die Weltwirtschaft dürfte 2012 deutlich schwächer expandieren als noch 2011. Die kräftige Erholung nach der Rezession der Jahre 2008 und 2009, die der Weltwirtschaft 2010 und 2011 sehr hohe Wachstumsraten beschert hatte, geht damit zu Ende. Für die Prognose bestehen nach wie vor beträchtliche Risiken. Das größte Risiko wird allgemein in einer weiteren Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise gesehen, bei der das europäische Finanzsystem erneut ins Wanken geriete. Hier ist insbesondere relevant, dass sich viele Staaten eine Rekapitalisierung der nationalen Banken wohl nicht mehr leisten könnten, da die öffentlichen Haushalte bereits sehr stark angespannt sind. Eine Bankenkrise im Euroraum würde angesichts der Vernetzung im Finanzsektor vermutlich auf andere Länder übergreifen und hätte gravierende Konsequenzen für die Wirtschaft in Deutschland.

Die ausgelöste Vertrauenskrise hat mittlerweile den gesamten Eurowährungsraum erfasst. Die Kapitalmärkte reagieren indessen nicht nur bei den hochverschuldeten Euroländern mit hohen Risikoprämien auf die Staatsanleihen. Um das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen, haben die Regierungen im Euroraum teilweise massive Sparprogramme verabschiedet, die die Konjunktur stark bremsen werden. Auf das Gesamtjahr gerechnet gehen die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für 2012 im Mittel von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 0,4% aus.

Die bauwirtschaftliche Situation

Die Bauinvestitionen erhöhten sich im Jahr 2011 preisbereinigt um 5,4%. Dies war der stärkste Anstieg seit dem Jahr 1994. Getragen wurde dieser Aufschwung insbesondere durch die kräftigen Zuwächse bei den Wohnbauten (+5,9%). Mit einem Anteil von 57% an der Gesamtsumme der Bauinvestitionen sind die Wohnbauten zudem die bedeutendste Teilsparte unter den Bauarten. Während sich der gewerbliche Bau 2011 vom Einbruch der beiden vorangegangenen Jahre erholte und um 6,6% zulegte, drehte sich beim öffentlichen Bau die konjunkturelle Dynamik um. Insbesondere der öffentliche Hochbau, der in den letzten beiden Jahren durch die Maßnahmen der Konjunkturprogramme im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2008 geprägt war, brach regelrecht ein und notierte im Jahresmittel um 4,9% unter dem Vorjahresergebnis. Im öffentlichen Tiefbau wirkten die Impulse der Konjunkturpakete dagegen 2011 noch deutlich nach. Die Investitionen stiegen in diesem Bausegment aufgrund der längeren planerischen Vorlaufzeiten erstmals seit der Krise stark um 4,9% an.

Im Wohnungsneubau zeigte sich die Nachfrage im Jahr 2011 ungebrochen. Die Baugenehmigungen lagen um rund ein Fünftel über dem Vorjahresniveau. Somit wurden im vergangenen Jahr ersten Berechnungen zufolge insgesamt rund 226.000 Wohnungen genehmigt. Besonders stark stiegen 2011 die Genehmigungen von Wohnungen im Geschosswohnungsbau. Sie wuchsen gegenüber dem Vorjahr um rund ein Viertel. Getragen wurde die Nachfrage vor allem durch den Neubau von Eigentumswohnungen, die um rund 40% zulegten, während sich die Genehmigungen bei neuen Mietwohnungen lediglich um 10% erhöht haben. Insgesamt wurden im Geschosswohnungsbau damit 2011 rund 84.000 Wohnungen auf den Weg gebracht. Das Genehmigungsvolumen bei Ein- und Zweifamilienhäusern lag mit gut 110.000 Einheiten deutlich höher und zeigte mit einem Zuwachs von 16,6% eine leicht geringere Dynamik als der Geschosswohnungsbau.

Der Wohnungsneubau profitiert gegenwärtig davon, dass Wohnimmobilien infolge der Finanzkrise als weitgehend sichere und werterhaltende Kapitalanlage gelten. Zudem sind die Hypothekenzinsen weiterhin günstig. Allerdings konzentriert sich der Wohnungsneubau nur auf einige Wachstumsregionen. Vor allem im Geschosswohnungsbau ist die Nachfrage sehr deutlich in den Kernstädten verortet. Die Neubaunachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern manifestiert sich vor allem in den Umlandkreisen großer Städte.

Die Erholung der Immobilienaktien konnte gegenüber 2010 nicht fortgesetzt werden. Der DIMAX sank bis Jahresende 2011 um rd. 12,0% gegenüber dem Endstand 2010.

Auch im Jahr 2012 wird der Wohnungsbau weiter zulegen. Den Prognosen der Institute zufolge dürften die Wohnungsbauinvestitionen allerdings deutlich verhaltener wachsen als 2011. Der Wirtschaftsbau wird sich angesichts der eingetrübten Konjunkturerwartungen der Unternehmen merklich abkühlen und im Jahresmittel 2012 weitgehend stagnieren. Mit Auslaufen der Konjunkturpakete und den zunehmenden Bestrebungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird

der öffentliche Bau rückläufig sein. In der Summe aller Bausparten rechnen die Institute 2012 mit einem Wachstum der Bauinvestitionen um 1,6%.

Die regionale Situation im Mietwohnungsbereich

Der vielfach prognostizierte Trend hoher Studentenzuwächse in Aachen findet erste Bestätigungen. Gerade der Markt für Kleinstwohnungen und Appartements hat im zurückliegenden Bewirtschaftungszeitraum eine sehr hohe Nachfrage erfahren. Grundsätzlich muss vermutet werden, dass der Trend aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge in naher Zukunft nicht nur weiter anhält, sondern spürbar verstärkt wird.

Auf dem Markt für Wohnungen mittlerer Größe, Lage und Ausstattung hat sich eine Ausgewogenheit zwischen Angebot und Nachfrage eingestellt, was sich auch in der Leerstandsentwicklung niedergeschlagen hat. Gut ausgestattete Wohnungen in ansprechenden Lagen verzeichnen eine verstärkte Nachfrage, die sich mit der Entwicklung des Campus Melaten weiter erhöhen könnte, sofern hier einer Ansiedlung zahlreicher neuer Arbeitsplätze kein infrastruktureller Ausgleich entgegensteht.

Zunehmend schwieriger wird die Lage auch für große Familien im mittleren und unteren Preissegment. Neben einem aktuell nicht ausreichendem Angebot an Großraumwohnungen, erschwert künftig auch die tendenziell rückläufige Bauentwicklung bei öffentlich-gefördertem Wohnraum eine Entspannung. Der Bestand von öffentlich geförderten Mietwohnungen in Aachen wird voraussichtlich von derzeit 9.500 in den kommenden Jahren auf ca. 8.000 zurückgehen.

Um Ersatz zu schaffen, stellt die Landesregierung mit dem Wohnraumförderprogramm 2012 jetzt 850 Millionen Euro als zinsverbilligte Darlehen für den sozialen Wohnungsbau bereit und damit 50 Millionen mehr als im Vorjahr. Grundsätzlich wird jedoch neben der Neubautätigkeit die zukunfts-fähige Entwicklung des vorhandenen Wohnraumes nach wie vor von größter Bedeutung sein.

1.2 Finanzielle Leistungsindikatoren

Insbesondere die im Jahr 2011 anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage solcher Zielgruppen, die die Gesellschaft auch satzungsgemäß in besonderem Maß mit Wohnraum versorgen möchte, führte dazu, dass das in den Planungen kalkulierte Mietausfallrisiko von 2% voll ausgeschöpft wurde. Trotz intensiver Mieterbetreuung und Engagement im sozialen Mieterservice und der Mietschuldenberatung der Gesellschaft standen dem Ansatz von T€ 566 Mietausfallwagnis Mietausfälle in Höhe von T€ 674 oder 119,1% gegenüber. Die Vermietungssituation selbst hat sich im Jahr 2011 nur wenig verändert. Zum Jahresende waren 97,5% des gesamten Wohnungsbestandes vermietet, der Leerstand stieg um insgesamt 38 Wohneinheiten. Fluktuationsbedingt waren am Jahresende 63 Wohnungen (+ 22) nicht vermietet, wegen laufender Modernisierung und ähnlicher Gründe waren 52 Wohnungen (+ 16) zum Stichtag nicht vermietbar. Die Erlösschmälerungen ohne Umlagen-ausfall lagen mit T€ 450 nur wenig über dem vergleichbaren Vorjahresniveau (T€ 443). Die Fluktuationsrate bewegte sich mit 8,2% minimal unter dem Niveau des letzten Jahres (8,3%), wobei die Gründe für die Beendigung der Mietverhältnisse sehr vielfältig waren.

Im Jahr 2011 entwickelten sich die Instandhaltungsaufwendungen im Vergleich zum Jahr 2010 (T€ 3.975) um T€ 255 auf T€ 4.230. Für noch nicht abgeschlossene Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen der Bestandsentwicklung wurden im Jahr 2011 Rückstellungen in Höhe von T€ 222 gebildet. Bezogen auf die Gesamtfläche ergaben sich verausgabte Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von € 12,05 pro mfi (Vorjahr € 11,45 pro mfi).

Die Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragsteuern und Fremdkapitalzinsen im Verhältnis zur Bilanzsumme) beträgt 4,1% und liegt 0,4% unter der des Vorjahres. Die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragsteuern im Verhältnis zum Eigenkapital) beträgt 10,7% und liegt 0,6% unter der des Vorjahres. Die durchschnittliche Sollmiete beträgt € 4,56 (2010: € 4,53) pro Quadratmeter und Monat und liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt (€ 5,05 lt. GdW-Jahresstatistik 2010) in den alten Bundesländern.

1.3 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Jahresdurchschnitt waren 50 hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt. Den 29 kaufmännischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen standen dabei 8 Technische sowie 8 Gewerbliche gegenüber. Am Jahresende hatte die Gesellschaft drei Auszubildende. Darüber hinaus waren 42 Mitarbeiter nebenberuflich (Minijob) als Hauswarte für die Gesellschaft tätig. Damit zeigt das Unternehmen seit Jahren eine relativ gleich bleibende personelle Ausstattung. 45% der hauptamtlichen Mitarbeiter weisen eine Betriebszugehörigkeit von mehr als 15 Jahren auf. 18% der Mitarbeiter sind zwischen 20 und 34 Jahren alt, 39% zwischen 35 und 49 und 43% zwischen 50 und 65 Jahren.

Durch die Teilnahme an ex- und internen Fortbildungsmaßnahmen zu vielfältigen fachspezifischen Themen und zur Optimierung der unternehmensinternen IT-Nutzung konnte die Qualifikation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kontinuierlich verbessert werden, sodass sie den vielfältigen und weiter wachsenden Anforderungen an den jeweiligen Arbeitsplätzen gerecht werden können.

1.4 Servicestellen

Neben der Hauptverwaltung in der Kleinmarschierstraße betreibt die Gesellschaft in den beiden großen Wohngebieten Gut Kullen und Driescher Hof sowie im Bereich Aachen Nord jeweils eine wirtschaftlich unselbstständige Servicestelle mit regelmäßigen Sprechstunden mit Kundenberatern und Hausmeistern.

2. Darstellung der Lage

2.1 Ertragslage

Die Unternehmensleitung beurteilt den Geschäftsverlauf als zufrieden stellend. Das Ergebnis vor Ertragssteuern beträgt T€ 3.852 (Vorjahr T€ 4.310) und setzt sich zusammen aus dem Betriebsergebnis in Höhe von T€ 3.443 (Vorjahr T€ 4.643), dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von T€ 328 (Vorjahr T€ 341) und dem neutralen Ergebnis von T€ 81 (Vorjahr T€ - 674).

Das positive Betriebsergebnis wird im Wesentlichen von dem Leistungsbereich Hausbewirtschaftung getragen. Zum 31. Dezember 2011 weist die Gesellschaft einen Bestand von 4.687 Wohnungen (davon 2.327 öffentlich geförderte bzw. 168 mit Mietpreisbindung), 37 Gewerbeeinheiten und 2.020 Garagen und Stellplätze aus. Den aus der Hausbewirtschaftung erwirtschafteten Erträgen in Höhe von T€ 27.607 (Vorjahr T€ 27.314) stehen Aufwendungen in Höhe von T€ 23.389 (Vorjahr T€ 22.441) gegenüber. Die Ergebnisveränderung von T€ 655 gegenüber dem Jahr 2010 resultiert im Wesentlichen aus höheren Instandhaltungskosten (+ T€ 234), Abschreibungen auf Gebäude (+ T€ 175), Verwaltungskosten (+ T€ 299), Betriebskosten (+ T€ 145) bei gestiegenen Mieterträgen (+ 339 T€).

Das positive Ergebnis im Leistungsbereich Hausbewirtschaftung wurde durch die Ergebnisse in den Geschäftsbereichen der Bautätigkeit, Verkaufstätigkeit, Betreuungstätigkeit und den sonstigen Geschäftsvorfällen reduziert. Das Ergebnis aus Verkaufstätigkeit verringerte sich um T€ 194 auf - T€ 36, da den Aufwendungen keine Erträge mehr gegenüber stehen. Der im Vergleich zum Jahr 2010 um T€ 170 erhöhte Fehlbetrag aus der Bautätigkeit (- T€ 413) besteht aus verrechneten Personal- und Sachaufwendungen, denen eine geringere Zunahme aktivierter Eigenleistungen gegenüberstanden. Das Ergebnis im Betreuungsbereich schließt mit einem negativen Ergebnis von T€ 289 ab.

Das positive Ergebnis des neutralen Bereichs von T€ 81 (Vorjahr - T€ 674) wird im Wesentlichen verursacht durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 61) und aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (T€ 50) bei einer Rückstellungszuführung (T€ 60).

Die Aufwendungen für die Verwaltung beliefen sich insgesamt auf T€ 4.699 (Vorjahr T€ 4.125), wobei eine Erhöhung der Sachkosten sowie ein Mehraufwand bei den Personalkosten und den Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung zu verzeichnen sind.

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 3.215 ab (Vorjahr T€ 3.344). Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus erhöhten Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung und sonstigen betrieblichen Aufwendungen bei verminderten Abschreibungen. Zum Jahresende werden T€ 460 in andere Gewinnrücklagen und T€ 161 in die gesetzliche Rücklage eingestellt, sodass sich mit dem Gewinnvortrag in Höhe von T€ 810 ein Bilanzgewinn von T€ 3.404 ergibt.

Bei der künftigen Entwicklung wird durch das Ausschöpfen von vorliegendem Mietsteigerungspotenzial im Bestand und im Zusammenhang mit durchgeführten Objektmodernisierungen von einer Erhöhung der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung ausgegangen. Im Bauträgergeschäft wird für 2012 nicht mit Ergebnisbeiträgen gerechnet. Preissteigerungen bei den Betriebskosten sowie eine erweiterte Instandsetzungs- und Modernisierungstätigkeit zur nachhaltigen Bestandsentwicklung führen jedoch auch im Aufwandsbereich zu höheren Planwerten. In der Summe wird für 2012 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 3.674 und einem Jahresüberschuss nach Steuern von T€ 3.115 gerechnet.

2.2 Finanzlage

Die langfristigen Vermögenswerte sind durch zur Verfügung stehende langfristige Finanzierungsmittel gedeckt. Darüber hinaus stehen nicht gebundene Mittel von T€ 10.531 zur Verfügung. Sie werden in voller Höhe zur Deckung des Finanzierungsbedarfs im mittelfristigen Bereich eingesetzt. Zum Bilanzstichtag ergibt sich ein Überschuss an kurzfristig realisierbaren Vermögenswerten über die kurzfristig fällig werdenden Verbindlichkeiten von T€ 9.397.

Die mit Grundpfandrechten gesicherten Verbindlichkeiten teilen sich auf in 99,5% Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 98.376) und 0,5% Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern (T€ 491). 72,9% der Verbindlichkeiten (T€ 81.978) haben eine Restlaufzeit von über fünf Jahren, 9,7% (T€ 10.930) von ein bis fünf Jahren und 17,4% (T€ 19.520) sind kurzfristig fällig. Der wesentliche Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten besteht aus erhaltenen Anzahlungen für Betriebs- und Heizkosten. Den kurzfristigen Verbindlichkeiten stehen ausreichende kurzfristig verfügbare Mittel gegenüber.

Die Kapitalflussrechnung weist einen Cashflow in Höhe von T€ 7.411 (Vorjahr T€ 7.913) aus und einen Finanzmittelbestand am 31.Dezember 2011 von T€ 17.532. Die Liquidität war über das ganze Jahr gesichert. Die Gesellschaft konnte zu jeder Zeit ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen. Bei der Liquiditätsfortschreibung wird davon ausgegangen, dass bei der Modernisierungstätigkeit keine wesentlichen Kostenüberschreitungen eintreten, die vorgesehenen Fremdmittel wie geplant zufließen sowie die Ansätze im Wirtschaftsplan 2012 eingehalten werden.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöht sich in 2011 um T€ 4.653 auf T€ 155.128. Die Veränderung auf der Aktivseite wird im Wesentlichen von Erhöhungen der Sachanlagen, Rechnungsabgrenzungsposten und der flüssigen Mittel bestimmt.

Die Zunahme des Anlagevermögens ist insbesondere begründet durch Modernisierungsinvestitionen bei verschiedenen Grundstücken mit Wohnbauten und Ankäufen in Höhe von T€ 6.729, vermindert um planmäßige Abschreibungen und den Verkauf einer Eigentumswohnung. Das Umlaufvermögen weist hauptsächlich eine Erhöhung der flüssigen Mittel um T€ 241 aus.

Von der Bilanzsumme entfallen zum Bilanzstichtag T€ 126.115 oder 81,3% auf langfristiges Vermögen, hauptsächlich auf bebaute Grundstücke des Anlagevermögens. Das kurz- und mittelfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 29.013 bzw. 18,7% der Bilanzsumme.

Der mehrjährige Vergleich der Kapitalstruktur zeigt folgende Entwicklung:

	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	34.961	23,3	35.504	23,6	35.918	23,1
Fremdkapital – langfristig	97.228	64,6	95.967	63,8	100.728	64,9
Fremdkapital - mittel- und kurzfristig	18.148	12,1	19.004	12,6	18.482	12,0
Gesamtkapital	150.337	100,0	150.475	100,0	155.128	100,0

Die Vermögensstruktur in der Entwicklung:

	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen - u.a. langfristig	122.873	81,7	121.821	80,9	126.115	81,3
Umlaufvermögen – mittelfristig	2.643	1,8	1.279	0,9	1.279	0,8
Umlaufvermögen – kurzfristig	24.821	16,5	27.375	18,2	27.734	17,9
Gesamtvermögen	150.337	100,0	150.475	100,0	155.128	100,0

Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital stellen die fristengerechte Finanzierung des langfristigen Vermögens sicher. Die in Durchführung und Planung befindlichen Baumaßnahmen des Anlagevermögens werden durch Eigenmittel aus Überschüssen oder durch Fremdmittel finanziert.

Die gesamten Investitionen des Jahres 2011 in Höhe von T€ 8.379 verteilen sich auf die Teilaktivierung von Modernisierungskosten von bebauten Grundstücken (T€ 5.112 – 61,0%), Ankäufe bebauter Grundstücke (T€ 1.617 – 19,3%), die Modernisierung der Geschäftsstelle (T€ 920 – 11,0%), Bauvorbereitungskosten (T€ 94 – 1,1%), sowie immaterielle Vermögensgegenstände und Betriebs- und Geschäftsausstattung (T€ 636 – 7,6%).

3. Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres 2011 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung oder weiterer Risikobehaftung ersichtlich geworden.

4. Risikobericht

4.1 Risiken der künftigen Entwicklung

Die abklingende Wirtschaftskrise hatte bisher keine negativen Einflüsse auf das Unternehmen. Akut drohende Entwicklungen sind derzeit nicht erkennbar. Die Marktposition kann bei weiterhin erfolgreicher Geschäftstätigkeit als gefestigt betrachtet werden. Die Zuspitzung einer Schulden- und Vertrauenskrise hätte für die gesamte Wirtschaft in Deutschland Folgen, deren Effekte auch für das Unternehmen als mögliches Risiko einer künftigen Entwicklung aufzuführen sind.

Für den hauptsächlichen Geschäftsbereich der Wohnungsbewirtschaftung werden weiterhin die Mietrückstände und das entsprechende Abschreibungserfordernis auf Mietforderungen kritisch beobachtet. Eine Gefährdung des Unternehmens ergibt sich hieraus aber nicht. Im Geschäftsjahr musste eine leichte Steigerung der Rückstände bzw. eine abnehmende Zahlungsmoral beobachtet werden. Um der Entwicklung von Mietrückständen nachhaltig entgegenzuwirken, erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der ARGE die weiter intensiviert wird. Zusätzlich arbeitet die Gesellschaft seit 2007 mit der SCHUFA Holding AG zusammen, um durch frühzeitige Bonitätsprüfung von Wohnungsinteressenten Problemsituationen für das Unternehmen im Vorfeld auszuschließen oder zu minimieren.

Für die vorhandenen Risiken aus Bauträgergeschäften bestehen Rückstellungen. Allen weiteren erkennbaren Risiken wurde durch die Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz für die Immobilienbestände und die sonstigen Gefahren aus dem Geschäftsbetrieb wurde weiter optimiert.

Gegen Ende des Jahres 2011 erfolgte eine Umstellung der wohnungswirtschaftlichen Software. Durch frühzeitige Bildung einer Projektgruppe, die diese Umstellung verantwortlich begleitete und durch umfangreiche Schulungsmaßnahmen ist von einer reibungslosen Migration der Prozesse in der Datenverarbeitung auszugehen.

4.2 Chancen der künftigen Entwicklung

Die im mehrjährigen Wirtschaftsplan definierten Ergebnisse werden vorwiegend aus dem Kerngeschäft Wohnungsbewirtschaftung durch Bestandsaufbau, -entwicklung und -pflege erzielt. Ein aktives und strategisches Portfolio Management trägt zur wertorientierten Bestandsentwicklung bei, wobei eine nachhaltig erzielbare Wirtschaftlichkeit im Fokus der Entwicklung für die Gesellschaft angemessen berücksichtigt werden soll.

Neben der traditionell bereits hohen Nachfrage an Kleinstwohnungen im mittleren und unteren Preissegment, wird durch das Projekt RWTH Campus, bei dem auf einer Fläche von rund 800.000 m² etappenweise bis zu 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, künftig auch die Nachfrage nach hochwertigeren Wohnungsangeboten steigen. Durch die Verzahnung von Zielgruppenorientierung und Bestandsentwicklungsplanung innerhalb des bestehenden Portfoliomanagements integriert die Bestandsentwicklung neben technischen, betriebswirtschaftlichen und satzungsgemäßen Belangen vermehrt diese Entwicklungen und wird ständig, zur weiteren Optimierung unseres Bestandes und dessen Marktfähigkeit, aktualisiert und ergänzt.

4.3 Finanzinstrumente

Nach den mehrjährigen Wirtschafts- und Finanzplänen sind Risiken, dass liquide Mittel zur Erfüllung von Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten nicht ausreichend zur Verfügung stehen, ebenso wie Zahlungsstromschwankungen nicht erkennbar.

Geschäfte, die als derivative Finanzinstrumente definiert werden, wurden mit Ausnahme eines Forward-Darlehens nicht abgeschlossen. Der Abschluss der entsprechenden Verträge bedarf der Genehmigung durch den Vorstand. Finanzanlagen tätigt das Unternehmen vorwiegend in der Form der klassischen Festgeldanlage.

Der Vorstand beachtet das seit dem 1. Mai 1998 geltende Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) durch ein Risikomanagementsystem. Das systematische Verfahren ermöglicht für die verschiedenen Beobachtungsbereiche und -felder die Darstellung von geschäftlichen Entwicklungen, die eventuell zu einer Risikosituation für das Unternehmen führen können und wird ständig weiter entwickelt. Es sind geeignete Frühwarnziele definiert, damit wirtschaftliche und rechtliche bestandsgefährdende Entwicklungen rechtzeitig erkannt werden können. Zur Absicherung gegen mögliche Liquiditätsrisiken und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wird ein fortlaufender Liquiditätsplan erstellt, der permanent an aktuelle Änderungen angepasst wird und als Basis für die Geldmitteldisposition dient. Seit 2010 ist ein Mitarbeiter eigens mit dem Themengebiet Risikomanagement betraut.

5. Prognosebericht

Auch in den kommenden Jahren werden die Aktivitäten der Gesellschaft stark vom Geschäftsfeld der Wohnungsbewirtschaftung geprägt, wobei neben der Betreuung und Verwaltung der Bestände die Schwerpunkte auf der weiteren Bestandspflege, -optimierung und Quartiersentwicklung liegen werden. Vorgesehen ist dabei auch die Bebauung verfügbarer Grundstücke zur Bestandsergänzung und -entwicklung. Daneben sollen auch die Geschäftsbereiche Verwaltungsleistung und Baubetreuung für Dritte weiter betrieben und ausgebaut werden.

Zurückhaltung zeigen wird die Gesellschaft im Jahr 2012 bei Bauträgergeschäften und bei Investitionen in Gewerbeimmobilien. In diesen Segmenten ist für die Gesellschaft derzeit keine signifikante Aktivität geplant.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit für 2012 lässt durch die Intensivierung von Bestandsinvestitionen einen leichten Rückgang erwarten. Für das Jahr 2013 wird ein ähnliches Ergebnis prognostiziert. Aus der Wirtschafts- und Finanzplanung ergeben sich auch in den darauf folgenden Jahren positive Jahresergebnisse.

6. Ergänzende Angaben nach § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW

Nach den Bestimmungen der Satzung hat die Gesellschaft eine qualitativen und quantitativen Erfordernissen entsprechende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum sicherzustellen und dabei mit besonderem Augenmerk die sozial und wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungskreise zu berücksichtigen.

Dieser wichtigen öffentlichen Aufgabe für den Mehrheitsaktionär, die Stadt Aachen, und damit der öffentlichen Zwecksetzung ist die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 in vollem Maße nachgekommen. Neben technischen und wirtschaftlichen Betreuungsleistungen für die Stadt Aachen werden in Erfüllung der genannten satzungsmäßigen Aufgabe unverändert Maßnahmen geplant und durchgeführt, die der Pflege des Wohnungsbestandes, der Wohnumfeldverbesserung oder der Energieeinsparung dienen.

7. Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG

Die Stadt Aachen hält in ihrem Eigenbetrieb „Eurogress“ die Mehrheit der Anteile an der gewoge AG. Der Vorstand hat deshalb einen Abhängigkeitsbericht erstellt und zur Prüfung vorgelegt. Die Schlusserklärung darin lautet:

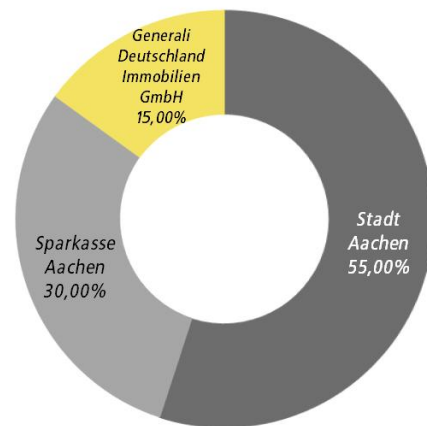
„Ich erkläre hiermit, dass bei jedem in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäft unsere Gesellschaft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keinerlei Rechtsgeschäfte mit Dritten auf Veranlassung oder im Interesse der Stadt Aachen vorgenommen oder unterlassen worden.“

Gewerbegrundstücks- gesellschaft mbH Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	Gewerbegrundstücksgesellschaft mbH
Sitz	Kleinmarschierstr. 54 – 58, 52062 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	1990
Geschäftsführer	Dr. Manfred Sicking Ralf Wagemann
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	1.024.000,00 EUR
Mitarbeiter	1

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist es, gewerbliche Flächen zu beschaffen und bereitzustellen, insbesondere durch Erstellung, Vermietung und Verkauf eigener gewerblicher Objekte im Stadtgebiet Aachen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer Dr. Manfred Sicking
Ralf Wagemann

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Eberhard Büchel (CDU) Annekathrin Grehling Manfred Kuckelkorn (SPD) Norbert Laufs Barbara Deisenrieder	Ratsmitglied Stadtkämmerin Ratsmitglied Sparkasse Generali Deutschland Immobilien GmbH
--------------	--	--

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Ein Geschäftsführer wird von der Stadt Aachen vorgeschlagen oder gestellt, der andere wird von der Sparkasse Aachen gestellt. Der Geschäftsführung obliegt die Führung der Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze und des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschaft wird durch ihre Geschäftsführer jeweils einzeln vertreten.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Die Stadt Aachen stellt drei, die Sparkasse Aachen und die Generali Deutschland Immobilien GmbH je ein Mitglied. Eines der von der Stadt gestellten Mitglieder ist der Oberbürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter. Die übrigen von der Stadt gestellten Mitglieder werden durch den Rat entsandt, die anderen Mitglieder durch die Vorstände bzw. Geschäftsführungen ihrer Körperschaft. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009	2010	2011
Anlagevermögen	3.565 56%	7.072 94%	9.202 94%
Umlaufvermögen	2.850 44%	482 6%	573 6%
Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Aktiva	6.415	7.553	9.775
Eigenkapital	1.053 16%	1.092 14%	1.089 11%
Sonderposten mit RI-anteil	1.706 27%	1.706 23%	0 0%
Rückstellungen	50 1%	12 0%	10 0%
Verbindlichkeiten	3.606 56%	4.744 63%	8.676 89%
Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Passiva	6.415	7.553	9.775

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	349	247	499
sonstige betriebliche Erträge incl. Zuwendungen eines Gesellschafters	1.936	78	1.784
Betriebsleistung	2.285	325	2.283
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	0	0	0
Personalaufwand	19	22	20
Abschreibungen	315	52	1.829
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.819	66	89
Betriebserfolg	133	186	345
Finanzerfolg	-90	-142	-303
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	44	44	42
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	18	18	20
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	25	25	22

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Eine von der Gesellschafterversammlung beschlossene Gewinnausschüttung erfolgt im Verhältnis der Beteiligung der Minderheitsgesellschafter am Stammkapital. Die Stadt ist verpflichtet, alle Aufwendungen auszugleichen, die im Zusammenhang mit Erwerb, Erschließung und Bebauung, Veräußerung, Vermietung einschl. der Personal-, Sach- und Fremdkapitalkosten der Gesellschaft entstehen, soweit sie nicht durch Erlöse und Zuschüsse gedeckt sind. Ferner ist sicherzustellen, dass die Gesellschaft für die eingesetzten Eigenmittel eine Mindestverzinsung von 5,5% jährlich erhält (ab 1.7.2011: 4,17%) und dieser Gewinn durch Beschluss der Gesellschafterversammlung an die Minderheitsgesellschafter auszuschütten ist. Unter anderem zur Sicherstellung der garantierten Gewinnausschüttung hat die GEGRA 2011 einen Zuschuss der Stadt Aachen i.H.v. rd. 33 TEUR erhalten.

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft (GmbH) mit Sitz in Aachen, das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Gesellschafter sind die Stadt Aachen (55%), die Sparkasse Aachen (30%) und die AMB Generali Immobilien GmbH (15%). Gegenstand der Gesellschaft ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Beschaffung und die Bereitstellung gewerblicher Flächen, insbesondere durch Erstellung, Vermietung und Verkauf eigener gewerblicher Objekte im Stadtgebiet Aachen.

Die Gesellschaft ist Eigentümerin des 2. BA des Medizintechnischen Zentrums (MTZ) in unmittelbarer Nähe des Klinikums Aachen. Das Gebäude ist für 10 Jahre an die AGIT - Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologie mbH - vermietet. Der 1. BA des MTZ wurde im Jahr 2009 verkauft. Im Mai 2010 wurde mit dem Neubau eines Zentrums für Bio-Medizintechnik als erstes Gebäude des RWTH-Campus begonnen. Das Gebäude wurde im September 2011 fertig gestellt und bezogen.

Die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft ist durch die Mietverträge sowie durch eine vertragliche Vereinbarung mit der Stadt Aachen gesichert, nach der sich diese verpflichtet, die nicht durch Ertrag gedeckten Aufwendungen der Gesellschaft einschließlich einer Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals der Minderheitsgesellschafter jährlich auszugleichen.

Die gesamtwirtschaftliche Situation

Die noch nicht überwundene Staatsschuldenkrise in Europa waren neben der Naturkatastrophe in Japan und den Revolutionen im arabischen Raum der größte Einflussfaktor auf die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2011. Der weltweite Vertrauenseinbruch setzte im Juli ein, als zeitgleich in den USA um die Ausweitung der Obergrenze für öffentliche Schulden und in der Europäischen Union um ein neues Hilfspaket für Griechenland sowie eine Reform des Rettungsfonds gerungen wurde. Die diesseits und jenseits des Atlantiks präsentierten Ergebnisse wurden an den Märkten nicht als Lösung der Schuldenprobleme aufgefasst und konnten den Vertrauensverlust nicht aufhalten. Die Staatsfinanzen im Euroraum sind durch die Finanzkrise massiv in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Anstieg der Defizitquote ist seit einigen Jahren auf Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und Aufwendungen zur Stabilisierung des Finanzsektors zurückzuführen.

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2011 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wie bereits im Jahr zuvor kräftig gewachsen: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war um 3 % höher als 2010. Damit setzte sich der konjunkturelle Aufholprozess der deutschen Wirtschaft auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise fort. Im Jahresverlauf 2011 wurde zudem das Vorkrisenniveau beim preisbereinigten BIP wieder überschritten. Der stärkste Nachfrageimpuls kam aus der Binnenwirtschaft: Ausrüstungsinvestitionen, Bauinvestitionen und Vorratsveränderungen zusammen genommen trugen mit plus einem Prozentpunkt kräftig zum Anstieg des BIP bei.

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Jahr 2011 einen neuen Höchststand. Im Jahresdurchschnitt 2011 wurde die Wirtschaftsleistung von rund 41,1 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Das waren 535.000 Personen oder 1,3 % mehr als ein Jahr zuvor. So viele Erwerbstätige gab es in Deutschland noch nie. Erfreulich ist zudem, dass der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahr 2011 überwiegend vom Aufbau voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung getragen wurde. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Jahresdurchschnitt von 7,7% im Jahr 2010 auf 7,1% aller Erwerbspersonen im Jahr 2011.

Die Bauinvestitionen erhöhten sich im Jahr 2011 preisbereinigt um 5,4%. Getragen wurde dieser Aufschwung insbesondere durch die kräftigen Zuwächse bei den Wohnbauten (+5,9 %). Mit einem Anteil von 57% an der Gesamtsumme der Bauinvestitionen sind die Wohnbauten zudem die bedeutendste Teilsparte unter den Bauarten. Während sich der gewerbliche Bau 2011 vom Einbruch der beiden vorangegangenen Jahre erholte und um 6,6% zulegte, drehte sich beim öffentlichen Bau die konjunkturelle Dynamik um.

Auf dem Kapitalmarkt war die Zinsentwicklung zwischen Anfang und Ende 2011 uneinheitlich. Die von der deutschen Bundesbank veröffentlichten Effektivzinssätze für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (Neugeschäft) stiegen im kurz- und mittelfristigen Bereich, während sie im langfristigen Bereich im Jahresverlauf zurückgingen. Der Zinssatz für Monatsgelder im Interbankengeschäft stieg kurzzeitig im Jahresverlauf von 0,89% im Februar auf 1,42% im Juli, um dann bis zum Jahresbeginn 2012 wieder auf ein ursprünglich niedriges Niveau von 0,84% zu fallen.

Die Weltwirtschaft dürfte den Prognosen nach 2012 deutlich schwächer expandieren als noch 2011. Die kräftige Erholung nach der Rezession der Jahre 2008 und 2009, die der Weltwirtschaft 2010 und 2011 sehr hohe Wachstumsraten beschert hatte, geht damit zu Ende. Für die Annahmen bestehen nach wie vor beträchtliche Risiken. Das größte Risiko wird allgemein in einer weiteren Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise gesehen, bei der das europäische Finanzsystem erneut ins Wanken geriete. Hier ist insbesondere relevant, dass sich viele Staaten eine Rekapitalisierung der nationalen Banken nur schwer leisten könnten, da die öffentlichen Haushalte bereits sehr stark angespannt sind. Eine Bankenkrise im Euroraum würde angesichts der Vernetzung im Finanzsektor vermutlich auf andere Länder übergreifen und hätte gravierende Konsequenzen für die Wirtschaft in Deutschland. Um das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen, haben die Regierungen im Euroraum teilweise massive Sparprogramme verabschiedet, die die Konjunktur stark bremsen können. Auf das Gesamtjahr gerechnet gehen die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für 2012 im Mittel von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 0,4 % aus.

Geschäftsentwicklung

Die Unternehmensleitung beurteilt den Geschäftsverlauf als grundsätzlich zufrieden stellend. Das Ergebnis 2011 weist keine gravierenden Änderungen zum Plan auf, der geplante Überschuss wurde erreicht.

Vor dem Hintergrund des RWTH Aachen-Zukunftsprogramms der Exzellenzinitiative (Campus-Konzept) hat die Gesellschaft den Neubau eines Zentrums für Bio-Medizintechnik (ZBMT) in unmittelbarer Nähe zum Universitätsklinikum im September 2011 fertig gestellt. Mit der RWTH Aachen Campus GmbH wurde für einen Großteil der Flächen ein langfristiger Mietzinsgarantievertrag (20 Jahre) abgeschlossen, der mit Bezugsfertigkeit des gesamten Gebäudes wirksam wurde. Im ZBMT sollen sowohl Gründerfirmen als auch Campus-Unternehmen angesiedelt werden.

1.2 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragsteuern + Fremdkapitalzinsen im Verhältnis zur Bilanzsumme) beträgt 3,8% (Vorjahr 3,1%). Die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragsteuern im Verhältnis zum Eigenkapital) beträgt 2,0% (Vorjahr 2,3%).

1.3 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Neben zwei Geschäftsführern und einem Prokuristen ist weiter kein eigenes Personal im Unternehmen beschäftigt. Wegen der geringen Größe hat die Gesellschaft keine umfangreiche Organisation ausgebaut. Im Übrigen hat die Gesellschaft der gewoge AG die Führung ihrer Geschäfte im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages übertragen.

2. Darstellung der Lage

2.1 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2011 wurde ein Jahresüberschuss von T€ 22 erzielt. Das Ergebnis setzt sich zusammen aus dem Betriebsergebnis in Höhe von T€ 54 (Vorjahr T€ 58), dem Finanzergebnis von T€ - 19 (Vorjahr T€ - 30) und dem neutralen Ergebnis von € - 13 (Vorjahr € - 3).

Das Betriebsergebnis ist im Wesentlichen beeinflusst durch Erträge aus der Bewirtschaftung des ZBMT sowie dem Fortfall des Leasinggeschäftes Pascalstraße. Das Finanzergebnis resultiert überwiegend aus Aufwendungen für das MTZ 1. BA, denen keine Erträge gegenüber stehen und das neutrale Ergebnis betrifft verrechnete Verwaltungsleistungen für die Aufhebung von Erbbaurech-

ten früherer Jahre sowie für die Akquisition neuer Bauvorhaben. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2011 ermöglicht die Ausschüttung einer Dividende an die Minderheitsgesellschafter. Gemäß Vertrag zwischen Stadt Aachen und GEGRA ist die 10-jährige Zinsbindungsfrist zur Berechnung der Mindestdividende ausgelaufen und wurde für die nächsten 10 Jahre neu berechnet. Nach dem Wirtschaftsplan wird für das Jahr 2012 ein voraussichtlicher Jahresüberschuss von T€ 19 erwartet. Aufgrund des Mietvertrages und der Erstattung von Fehlbeträgen durch die Stadt Aachen kann die Ertragslage als gesichert bezeichnet werden.

2.2 Finanzlage

Die langfristigen Vermögenswerte sind in voller Höhe durch zur Verfügung stehende langfristige Finanzierungsmittel gedeckt. Der überschießende Betrag in Höhe von T€ 275 entspricht der Stichtagsliquidität.

Die Kapitalflussrechnung weist einen Cashflow in Höhe von T€ 145 (Vorjahr T€ 77) aus und einen Finanzmittelbestand am 31. Dezember 2011 von T€ 40. Die Liquidität war über das ganze Jahr gesichert. Die Gesellschaft konnte zu jeder Zeit ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen. Die Zahlungsbereitschaft ist unter Berücksichtigung der Ausgleichsverpflichtung der Stadt Aachen auch 2012 gewährleistet.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Jahr 2011 um T€ 2.222 oder 29,42 % auf T€ 9.775 erhöht. Die Veränderung auf der Aktivseite wird im Wesentlichen verursacht durch Investitionen von T€ 4.992, einer außerplanmäßigen Abschreibung durch Übertrag eines Sonderposten mit Rücklageanteil (T€ 1.706) und den planmäßigen Abschreibungen des Sachanlagevermögens (T€ 123). Auf der Passivseite haben sich die langfristigen Fremdmittel, insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, durch die Teilvalutierung zur Finanzierung des Zentrums für Biomedizintechnik (ZBMT) in Höhe von T€ 5.000 abzüglich planmäßiger Darlehenstilgung von T€ 123 erhöht.

Die Vermögensstruktur weist T€ 9.202 (94,14%) Anlagevermögen und T€ 573 (5,86%) Umlaufvermögen aus.

Die Kapitalstruktur zeigt T€ 8.410 (86,0%) langfristige und T€ 298 (3,1%) kurzfristige Verbindlichkeiten sowie T€ 1.067 (10,9%) Eigenkapital.

Der mehrjährige Vergleich der Kapitalstruktur zeigt folgende Entwicklung:

	2009		2010		2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.734	42,7	2.773	36,8	1.067	10,9
Fremdkapital - langfristig	3.235	50,4	4.541	60,1	8.410	86,0
Fremdkapital - mittel- und kurzfristig	446	6,9	239	3,1	298	3,1
Gesamtkapital	6.415	100,0	7.553	100,0	9.775	100,0

Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital stellen die fristengerechte Finanzierung des langfristigen Vermögens sicher. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet.

3. Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres 2011 sind abgesehen von einer Mietminderungsforderung der AGIT in Höhe von T€ 71,9, der ein Schadenersatzanspruch gegen diverse Handwerksunternehmen in gleicher Höhe gegenüber steht, keine Vorgänge von besonderer Bedeutung oder weiterer Risikobehaftung ersichtlich geworden. Sollten die Schadenersatzansprüche nicht in geplanter Höhe durchzusetzen sein, wird die Stadt Aachen gemäß Vereinbarung ihren geplanten Zuschuss erhöhen.

4. Risikobericht

In den geschäftlichen Aktivitäten der Gesellschaft werden insbesondere aufgrund der langfristigen Vermietung der Gewerbeflächen an die AGIT als Generalmieter und der Ausgleichsverpflichtung der Stadt Aachen zum jetzigen Zeitpunkt keine Risiken der künftigen Entwicklung gesehen, sofern der Hauptmieter AGIT seinen Verpflichtungen regelmäßig nachkommt. Auch die Bewirtschaftung

des Neubaus ZBMT bedeutet für die Gesellschaft kein erhöhtes Risiko, da für einen Großteil der Flächen ein langfristiger Mietzinsgarantievertrag mit der Campus GmbH abgeschlossen wurde.

Risiken aus Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten existieren nicht. Mögliche negative Auswirkungen aus Zahlungsstromschwankungen sind nicht erkennbar.

Geschäfte, die als derivate Finanzinstrumente definiert werden, wurden nicht abgeschlossen. Finanzanlagen erfolgen vorwiegend durch klassische Festgeldanlagen.

Die geplanten Baukosten für das Zentrum für Bio-Medizintechnik (ZBMT) wurden eingehalten.

Das Ausfallrisiko der AGIT GmbH und der RWTH-Campus GmbH wird aufgrund der Gesellschaftsstrukturen als gering eingeschätzt.

Zum Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) und seinen Auswirkungen hat die Geschäftsführung im Hinblick auf die geringe Größe der Gesellschaft und ihren überschaubaren Geschäftsumfang kein umfassendes Früherkennungssystem aufgebaut. Fehlentwicklungen können aber kurzfristig aufgrund von Quartalsberichten erkannt werden.

5. Prognosebericht

Die voraussichtliche Entwicklung geht von der Fortführung der Vermietungen des 2. Bauabschnitts des MTZ bis 2014 sowie der Bewirtschaftung des ZBMT aus.

6. Ergänzende Angaben nach § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW

Hinsichtlich der öffentlichen Zwecksetzung ist die GEGRA (Gewerbegrundstücksgesellschaft mbH) ihren satzungsgemäßen Aufgaben nachgekommen.

EUROGRESS AACHEN

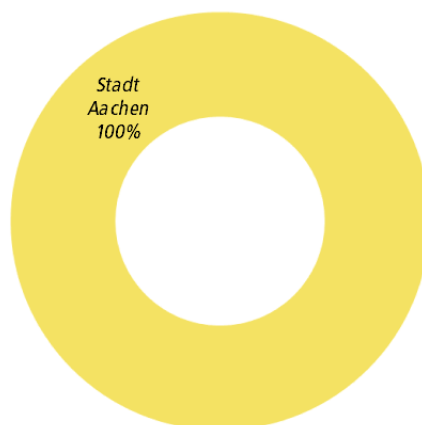
Betriebs-GmbH

Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	EUROGRESS AACHEN Betriebs-GmbH
Sitz	Monheimsallee 48, 52062 Aachen
Rechtsform	GmbH
Gründungsjahr	2006
Geschäftsführer	Kristina Wulf
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Stammkapital	25.000,00 EUR
Mitarbeiter	31
Internet	www.eurogress-aachen.de

Gesellschafter



Gegenstand des Unternehmens

Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Vorbereitung und Durchführung von Tagungen, Konzerten, Ausstellungen und sonstigen gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen, insbesondere im Gebäude des Eigenbetriebs EUROGRESS AACHEN, aber auch außerhalb. Insgesamt soll durch die Gesellschaft eine größere Selbständigkeit und Flexibilität sowie bessere Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Partnern erreicht werden.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer Kristina Wulf

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Klaus-Dieter Jacoby (CDU)	Ratsmitglied
stellv. Vorsitzende	Rosa Höller-Radtke (SPD)	Ratsmitglied
	Aida Beslagic (Grüne)	Ratsmitglied
	Alexander Gilson (CDU)	Ratsmitglied
bis 14.12.2011	Prof. Dr.-Ing.	
	Karl-Heinz Hausmann (FDP)	sachk. Bürger
	Boris Linden (SPD)	Ratsmitglied
	Hermann-Josef Pilgram (Grüne)	Ratsmitglied
	Franz Plum (CDU)	sachk. Bürger

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung

Die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers obliegt der Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat

Zwischen dem Aufsichtsrat der Gesellschaft und dem Betriebsausschuss des Eigenbetriebs EUROGRESS Aachen soll gem. Gesellschaftsvertrag Personalunion bestehen.

Vertretung der Stadt Aachen in der Gesellschafterversammlung

Der Oberbürgermeister oder Vertreter. Beide haben das Recht, einen anderen Beamten oder einen Angestellten zu bevollmächtigen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Bilanz (TEUR)	2009	2010	2011
Anlagevermögen	0 0%	0 0%	0 0%
Umlaufvermögen	93 99%	57 99%	143 100%
Rechnungsabgrenzungsposten	1 1%	1 1%	1 0%
Bilanzsumme Aktiva	93	58	143
Eigenkapital	28 30%	37 63%	61 43%
Rückstellungen	14 15%	12 21%	25 18%
Verbindlichkeiten	51 55%	9 16%	57 40%
Rechnungsabgrenzungsposten	0 0%	0 0%	0 0%
Bilanzsumme Passiva	93	58	143

Gewinn- und Verlustrechnung (TEUR)	2009	2010	2011
Umsatzerlöse incl. Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	227	131	122
sonstige betriebliche Erträge	162	184	209
Betriebsleistung	389	315	331
Materialaufwand/ Aufwand für bezogene Leistungen	0	0	0
Personalaufwand	175	239	239
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	200	64	57
Betriebserfolg	14	12	35
Finanzerfolg	-1	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13	12	36
Steuern	1	3	11
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	13	9	24

Verbindungen zum städtischen Haushalt

Der Jahresabschluss schließt mit einem Jahresüberschuss i.H.v. EUR 24.370,76 ab, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Ein Zuschuss wurde nicht gezahlt.

Lagebericht

I. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Vorbereitung und Durchführung von Tagungen, Konzerten, Ausstellungen und sonstigen gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen, im Gebäude des Eigenbetriebes EUROGRESS AACHEN, aber auch außerhalb. Die Gesellschaft soll durch eine größere Selbständigkeit und Flexibilität für das EUROGRESS AACHEN eine bessere Kooperationsmöglichkeit mit anderen Partnern erreichen.

Das Geschäftsjahr 2011 schließt bei einem Veranstaltungsvolumen von 3 Veranstaltungen mit einem Jahresüberschuss von 24 TEUR ab und liegt damit um 15 TEUR über dem Jahresüberschuss des Vorjahres mit 9 TEUR.

Grundsätzlich hat sich das Geschäftsjahr plangemäß entwickelt, über besondere Ereignisse ist nicht zu berichten.

II. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Ertragslage

Die Ergebnisstruktur stellt sich wie folgt dar:

	2011 TEUR	%	2010 TEUR	%	Veränderung TEUR	%
Umsatzerlöse	122	36,86	131	41,59	-9,0	-6,9%
Sonstige betriebliche Erträge	209	63,14	184	58,41	25,0	13,6%
Gesamtleistung	331	100,00	315	100,00	16,0	5,1%
Personalaufwand	-239	-72,21	-239	-75,87	0,0	0,0%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-57	-17,22	-64	-20,32	7,0	-10,9%
Betriebsergebnis	35	10,57	12	3,81	23,0	191,7%
Finanzergebnis	0	0,00	0	0,00	0,0	0,0%
Ertragssteuern	-11	-3,32	-3	-0,95	-8,0	*
Jahresüberschuss	24	7,25	9	2,86	15,0	166,7%

Der Rückgang der Umsatzerlöse in 2011 gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die bewusste Reduzierung von Eigenveranstaltungen zurückzuführen. Die Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge setzt sich ausschließlich aus der Weiterberechnung von Personalkosten an den Eigenbetrieb EUROGRESS AACHEN zusammen.

Differenziert nach Umsatzsparten ergeben sich die nachfolgenden Umsatzerlöse:

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Überlassung von Räumen	100.118,80	85.499,28
Überlassung von Dienstleistungen und technischen Geräten	12.871,00	16.698,61
Eigenveranstaltungen	8.725,08	28.115,73
Sonstige Erlöse	0,00	979,83
	<u>121.714,88</u>	<u>131.293,45</u>

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten neben den veranstaltungsbezogenen Kosten die üblichen Kosten für Geschäftsbesorgung, Energie und Reinigung sowie Rechtsberatung und sonstige Kosten.

Aufstellung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen:

Zusammensetzung:	2011	2010
Veranstaltungskosten	14.284,84	9.505,85
Geschäftsbesorgungskosten	18.257,23	19.694,02
Kosten für Energie und Reinigung	10.259,19	13.256,80
Werbe-, Reisekosten	0,00	4.937,38
Rechts- und Beratungskosten	5.440,45	9.124,04
Sonstige Kosten	8.601,75	7.556,56
	<u>56.843,46</u>	<u>64.074,65</u>

Die Finanzergebnisstruktur setzt sich wie folgt zusammen:

Finanzergebnisstruktur	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Zinsen und ähnliche Erträge	936,07	444,01
Zinsaufwendungen	<u>-303,41</u>	<u>-282,50</u>
	<u>632,66</u>	<u>161,51</u>

2. Finanzlage

Die EUROGRSS AACHEN Betriebs-GmbH führt je ein Bankkonto bei der Sparkasse Aachen und Aachener Bank eG sowie eine Barkasse. Weitere Einzelheiten zur Finanzlage ergeben sich aufgrund der nachfolgenden Kapitalflussrechnung:

	2011 TEUR	2010 TEUR
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	24	9
Änderung der Rückstellungen	13	-2
Zu-/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferung und Leistung sowie anderer Aktiva (sofern keine Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	8	6
Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung sowie anderer Passiva (sofern keine Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	48	-42
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	93	-29
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	93	-29
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	47	76
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	140	47

3. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur stellt sich wie folgt dar:

	2011		2010		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umlaufvermögen						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2	1,40	8	13,8	-6	-75,0%
Sonstige, inklusive RAP	1	0,70	3	5,2	-2	-66,7%
	3	2,10	11	19,0	-8	-72,7%
Liquide Mittel	140	97,90	47	81,0	93	197,9%
	143	100,00	58	100,0	85	146,6%
Gesamtvermögen	143	100,00	58	100,0	85	146,6%

Das Kapital setzt sich zusammen aus:

	2011		2010		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital	25	17,5	25	43,1	0,0	0,0%
Bilanzgewinn	36	25,2	12	20,7	24,0	200,0%
Bilanzielles Eigenkapital	61	42,7	37	63,8	24,0	64,9%
Fremdkapital						
Rückstellungen						
Steuerrückstellungen	8	5,6	3	5,2	5,0	166,7%
Sonstige Rückstellungen	17	11,9	9	15,5	8,0	88,9%
	25	17,5	12	20,7	13,0	108,3%
Verbindlichkeiten						
aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0,0	1	1,7	-1,0	-100,0%
gegenüber Gesellschaftern	1	0,7	0	0,0	1,0	*
Sonstige	54	37,8	6	10,3	48,0	800,0%
	2	1,4	2	3,5	0,0	0,0%
	57	39,9	9	15,5	48,0	533,3%
	82	57,3	21	36,2	61,0	290,5%
Gesamtkapital	143	100,0	58	100,0	85,0	146,6%

Die Rückstellungen des laufenden Jahres ergeben sich wie folgt:

	31.12.2011 EUR		31.12.2011 EUR
Steuerrückstellungen		Sonstige Rückstellungen	
Stand 01.01.2011	2.765,00	Stand 01.01.2011	9.295,00
Inanspruchnahme	0,00	Inanspruchnahme	-1.095,00
Auflösung	1.500,00	Auflösung	-1.452,93
	1.265,00		6.747,07
Zuführung	7.108,00	Zuführung	10.322,24
Stand 31.12.2011	8.373,00	Stand 31.12.2011	17.069,31

Einzelheiten zur Zusammensetzung und detaillierten Entwicklung der Rückstellungen sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

IV. Risikobericht

Die Geschäftsführung hat es als ihre Aufgabe angesehen, Risiken, die sich auf die EUROGRESS AACHEN Betriebs-GmbH auswirken können, zu identifizieren und angemessen zu steuern. Wesentliche Bestandteile des Risikomanagements sind u. a. der jährliche Wirtschaftsplan (insbesondere Erfolgsplan). Dabei werden die wirtschaftlichen Ergebnisse aller Veranstaltungen durch eine entsprechende Nachkalkulation kontrolliert.

Wesentliche Risiken, die den Bestand der GmbH gefährden können, sind derzeit nicht erkennbar.

V. Prognosebericht (Fortbestand und zukünftige Entwicklung der GmbH)

Neben der Veranstaltung des Kabarettisten Jürgen B. Hausmann und dem „Neujahrkonzert“ wird auch 2012 wieder der große Kongress „Aachener Kolloquium Fahrzeug und Motorentechnik“ durchgeführt werden.



Aachen

Beteiligungs- bericht 2012

Stadt Aachen

Der Oberbürgermeister

Beteiligungscontrolling

Hackländerstraße 2, 52064 Aachen

beteiligungen.aachen.de

beteiligungen@mail.aachen.de

www.aachen.de